

Aether

A

Prolog: Zebras im
Katavi-Nationalpark

B

MAX STADLER, JANOSCH STEUWER,
MONIKA WULZ

»Rechtes Wissen« –
Eine Problematisierung

C

PATRICK GUT, RICARDO STALDER

»Kulturkampf«
zwischen Schreibtisch
und Fernsehen

D

LUKAS RATHJEN

Im Windschatten
der Innovation

E

ANDRÉ SEMADENI

Geist(er)jäger: Reisen
in den rechten Kosmos
der 1980er Jahre

F

SASCHA DEBONI

Wettbewerb und
Subsidiarität:
Wissensnetzwerke
der SVP

G

SIMON KRÄUCHI

Antiakademie im
Cyberspace

H

EMMANUELLE MACIEL

Using Science to
Justify the »Crisis of
Masculinity«

I

ANNA MORAWIETZ

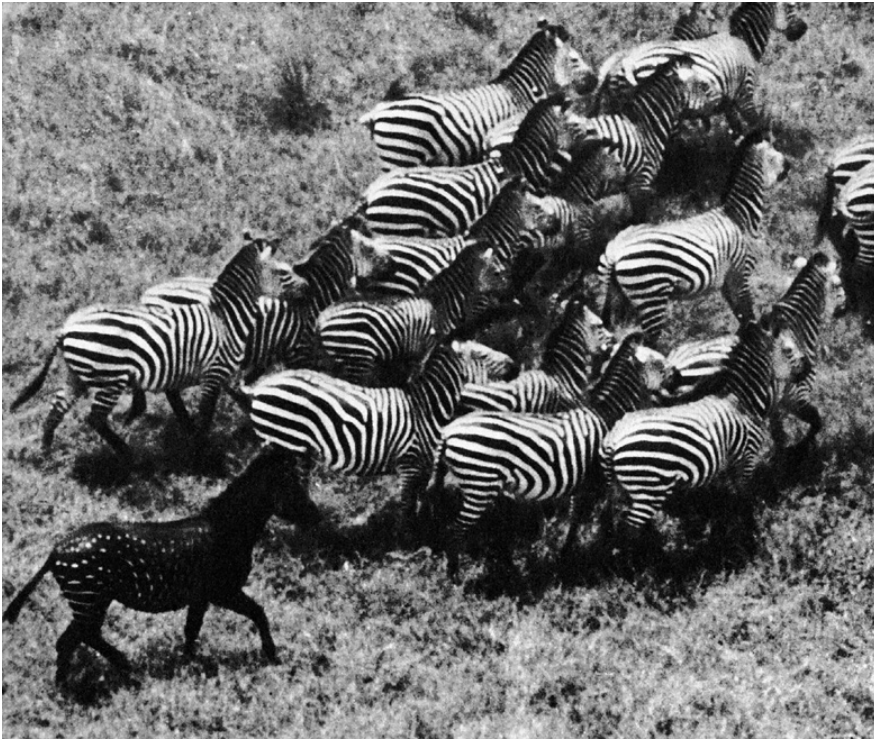
Postdemokratie:
Krisendiagnose zwischen
Wissenschaft und
Neuer Rechter

Rechtes Wissen: Konstellationen
zwischen Universität und Politik

Rechtes Wissen: Konstellationen zwischen Universität und Politik

aether.ethz.ch/ausgabe6

Prolog: Zebras im Katavi-Nationalpark



Zebra-Herde in Tansania, aus: *UNESCO Kurier*, Themenheft »Die Rassen und der Rassenhass« (April 1965).

Prolog: Katavi-Nationalpark, Tansania

Im April 1965 veröffentlichte der *UNESCO Kurier* dieses Foto eines »gefleckten Zebras«, das »friedlich mit [seiner] Herde« im südwestlichen Tansania zusammenlebte. Das Bild sollte illustrieren, was ein internationales Komitee von 22 Wissenschaftler*innen aus Anthropologie, Medizin, Zoologie und Soziologie im gleichen Heft feststellte: dass sich »rassistische Theorien [...] in keiner Weise auf eine wissenschaftliche Grundlage berufen [können]« und dass »die Anthropologen zu verhindern suchen [sollten], daß die Ergebnisse ihrer Forschung so entstellt werden, daß sie nichtwissenschaftlichen Zwecken dienen können«. Auch die Natur, so sollte das Bild zeigen, störe sich nicht an anderem Aussehen. Das »gefleckte Zebra«, ergänzte die Bildunterschrift, habe »inzwischen ebenfalls ein geflecktes Fohlen geworfen«.¹

Im Dezember 1965 druckte die rechtsextreme Zeitschrift *Nation Europa* das Foto wieder ab. Dort sollte es allerdings einen gegenteiligen Sachverhalt dokumentieren: wie die »erschreckten Tiere sich – wie es ihrem Instinkt entspricht – eng zusammenrudeln [...]. Alle stehen in der Phalanx – aber leider nicht die Außenseiterin, die arme segregierte gefleckte Stute«. »Von Verhaltensforschung scheinen unsere Kollegen vom »Kurier« noch nichts gehört zu haben«, belustigte sich *Nation Europa*, sonst »hätten sie

die Zebra-Panne vermieden«. Auch weitere Wissensgebiete ließen sich zur Rechtfertigung der Rassentheorie vermeintlich heranziehen: Der Bakteriologe und Mediziner Felix von Bormann hielt im gleichen Heft der »verworrenen Argumentation der 22 Rassenexperten« der UNESCO ein Plädoyer gegen die »Mischung« von »Rassen« entgegen.²

Die Auseinandersetzung um die Formen der Herstellung und Verbreitung, der Deutung und Aneignung von Wissen ist bis heute Teil einer Politik ›rechten‹ Wissens. Wie die Beiträge in diesem Heft zeigen, beschränkt(e) sich diese Politik nicht auf die Lebenswissenschaften – andere Wissensfelder wurden dafür ebenfalls mobilisiert, von der Ökologie über die Wirtschaftswissenschaften bis hin zur Kybernetik.

Literatur

- 1 »Die biologischen Aspekte der Rassenfrage. Ein Dokument erster Ordnung« (o. V.), in: *UNESCO Kurier* 6/4, Themenheft »Die Rassen und der Rassenhass« (April 1965), S. 6–9; Bild und Bildunterschrift auf S. 16–17.
- 2 Felix von Bormann: »Ein Pamphlet der UNESCO«, in: *Biopolitik* 1, Beiheft zu *Nation Europa* (Dezember 1965), S. 17–29. Die Zebra-Abbildung findet sich auf S. 25.

»Rechtes Wissen« – Eine Problematisierung

Seit den 1960er Jahren arbeitet eine »neue« Rechte an einer eigenen Wissenspolitik. Doch was ist »rechtes Wissen« überhaupt? Und welchen Ort hat es in der jüngeren Geschichte der Geistes-, Sozial- und Naturwissenschaften?

Steht der Geist »rechts«, wandert er nach »rechts«?¹ Die Frage steht seit einigen Jahren zumindest (und wieder einmal) im Raum: Vermehrt war in letzter Zeit von Vordenkern und Intellektuellen einer *neuen* Rechten die Rede, hinter denen undurchsichtige Verlagsstrukturen, institutionelle Netzwerke und Geschäftsmodelle stehen, die auf Buchmessen für Unruhe sorgen, die in Seminare ein- und wieder eingeladen werden. Oder: von neuen »Rationalisten« und »Skeptikern«, gar Vertretern eines *Dark Enlightenment*, die die Tatsachen auszusprechen wagen, die der (wie auch immer apostrophierte) *Mainstream* nicht zu denken wage – IQ-Unterschiede zwischen Menschengruppen etwa, biologische Determiniertheit von »Rasse«, Kultur und Geschlecht, das angebliche Scheitern des »Multikulturalismus«, die inneren, notwendigen Widersprüche des Auslaufmodells »Demokratie«; von Versuchen, den weitverbreiteten Sorgen um Klimakrise und -wandel einen Drall in Richtung Heimat und Nation zu verpassen; von sinistren Think-Tanks, die im Namen »objektiver« Wissenschaft an diesem und jenem Zweifel sähen; von mächtigen Tech-Unternehmer*innen, die alldem keineswegs abgeneigt sind, jedenfalls gerne ihre Plattformen zur Verfügung stellen.

Die Konjunktur von Labels wie »alt right«, »Identitäre« oder »Neue Rechte« verlief dabei zwar in etwa parallel mit den Karrieren von Fake News, *alternative facts*, Verschwörungstheorien à la *The Great Reset* und dergleichen, aber die entsprechenden ideologischen Projekte und Milieus sind nicht identisch – die sich betont sachlich gebende Theoretisierung der neurechten Begriffsschöpfung »Ethnopluralismus« etwa erinnert daran. Im Dunstkreis der »Neuen Rechten« und, allgemeiner, (neo)konservativen Strömungen finden sich positivere, affirmativere, mal mehr, mal weniger strategische Umarmungen von »Wissen«, die sich schlecht auf bloße Pseudo-Wissenschaftlichkeit und Anti-Intellektualität reduzieren lassen. Und, darauf haben nicht zuletzt die Analysen der letzten Jahre hingewiesen, die die Geschichte der »Neuen Rechten« neu aufgerollt haben: Die damit angesprochenen Verwicklungen zwischen Wissen und Politik sind auch nicht so neu. Gilt jenen Untersuchungen »1968« üblicherweise als Ursprungsszene, an der sich das neuartige dieser »Neuen Rechten« ablesen lässt – deren »subversive« Protestformen, Zeitschriftenkulturen, intellektuelle Netzwerke und »Vordenker« –,² so zog jedoch weniger systematische Aufmerksamkeit auf sich, was im vorliegenden Heft im Mittelpunkt des Interesses steht: das Verhältnis der (neuen) Rechten zum »Wissen«.

Um eine nähere Bestimmung dieses Verhältnisses kreiste ein zweiseimestriges Forschungsseminar zum Zusammenhang von »Wissenschaft und Neuer Rechter«, das die Autor*innen dieser Einleitung gemeinsam mit ihren Kollegen Nils Güttler und Fabian Grütter 2019 an der Professur für Wissenschaftsforschung der ETH Zürich veranstaltet haben. Ausgehend von der skizzierten aktuellen Gemengelage ging es uns dabei um einen längerfristigen Blick hinein in die noch weitgehend unerforschte Wissensgeschichte des rechten bzw. neurechten Denkens nach 1945. Das Projektseminar, aus dem die hier versammelten Texte hervorgingen, galt

dem Versuch, (neu)rechte Diskurse und Wissenspolitiken im Kontext allgemeinerer wissenschafts- und zeithistorischer Dynamiken zu verorten. Wie lässt sich – so könnte man das zugrunde gelegte Erkenntnisinteresse formulieren – über dieses Verhältnis produktiv nachdenken, ohne es schlicht zu normalisieren oder zu pathologisieren? Welche methodischen, historiographischen oder wissenschaftstheoretischen Ansätze helfen dabei? Welche gilt es eher zu problematisieren? Und wie kommen Zuschreibungen wie »rechte« (oder »linke«, oder »politisierte«) Wissensproduktion überhaupt zustande?

éléments

**participez vous aussi
au combat des idées...**



**abonnez-vous
ou faites abonner
vos amis !**

BULLETIN D'ABONNEMENT A «ELEMENTS»
(à découper ou à recopier)

NOM PRENOM

PROFESSION CODE POSTAL

ADRESSE

Abonnement d'un an à «Éléments» à partir du N° Ci-joint la somme de francs, par chèque bancaire ou postal (à l'ordre d'Éléments). Pour les paiements en provenance de l'étranger, mandats à l'ordre de Mlle Chantal de Chantérac.

Abonnement d'un an : 80 francs ; Abonnement de soutien : 200 francs.
Abonnement de propagande (2 numéros) : 150 francs.

Bulletin d'abonnement à retourner à «Éléments», 13 rue Charles Lecocq, 75737 Paris Cedex 15

Abb. 1: »participez vous aussi au combat des idées ...« — Beilage zur Hauszeitschrift der Nouvelle Droite, *éléments* (1980).

Wissenspolitiken nach »1968«

Um die Zusammenhänge zwischen Wissen, rechtem Denken und rechter Politik zu verstehen, erwies sich auch in unseren Seminardiskussionen »1968« als guter Ausgangspunkt. Viele Faktoren trugen in jenen Jahren dazu bei, dass sich nicht nur die Politik verwissenschaftlichte – Stichwort: »Technokratiedebatte« –, sondern auch Wissen politisierte, d.h. von ganz

unterschiedlichen Seiten produziert und in politischen Debatten in Stellung gebracht wurde. Dazu gehörten zweifellos »subversive« Protestformen, die nicht nur von »links« bemüht wurden.³ Dazu gehörte aber auch, dass die damals in Entstehung begriffene »Neue Rechte« spezifische, transnationale Formen von »Wissenspolitik« entwickelte, mittels der rechtes Denken in Auseinandersetzung mit und im Anschluss an wissenschaftliche Diskurse scheinbar jenseits ideologischer Positionierungen in öffentliche Debatten eingeführt werden sollte. »Wissen« besass dabei für die »Neue Rechte« eine doppelte Funktion: Im Modus der Mobilisierung von Wissen formulierte sie ihren Politikansatz und grenzte sich zugleich von der »Alten Rechten« ab. Diese hatte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges versucht, mit letztendlich ähnlichen Strategien und Mitteln politischen Einfluss zurückzugewinnen, mit denen die faschistischen Bewegungen in den europäischen Demokratien der Zwischenkriegszeit erfolgreich gewesen waren: Auch in den 1950er Jahren gründeten sich rechte Parteien, die Anhänger*innen organisieren und bei Wahlen mobilisieren sollten.

Doch in den 1960er Jahren wurde dann an den Abstimmungsergebnissen in unterschiedlichen westeuropäischen Ländern offensichtlich, dass dieser Weg nicht zu politischem Einfluss führen würde. Die »Neue Rechte«, wie sie zunächst in Frankreich um den jungen Aktivisten Alain de Benoist und den rechtsextremen Think-Tank »Groupement de Recherche et des Études pour la Civilisation Européenne« (G.R.E.C.E.) und schnell auch in anderen europäischen Ländern entstand, wollte hingegen – statt über Wahlen – politischen Einfluss durch »kulturelle Hegemonie« in gesellschaftlichen und politischen Diskursen erlangen, um durch eine langfristig Prägung gesellschaftlicher Debatten neue Mehrheiten für rechtsextreme Politik zu stiften. Gewonnen werden sollte dieser »Kampf der Ideen« durch die Produktion eines eigenen, nämlich »rechten« Wissens und dessen Verbreitung in gesellschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Diskursen. Neu gegründete Zeitschriften wie *Nouvelle École* und *éléments* in Frankreich oder *Criticón* und *Wir selbst* in Deutschland, an denen sich das Interesse für die »Neue Rechte« immer wieder kristallisiert hat, waren ein Mittel dazu.⁴ In ihnen wurden Wissensfelder von Soziobiologie über Forschung zu Intelligenz und »Rasse« bis hin zu Kybernetik und Ökologie darauf abgeklopft, inwieweit sich mit deren Theorien, Methoden und Erkenntnissen »rechte Politik« begründen oder verbinden liess.

So berief sich etwa de Benoist in seinen Bemühungen zur Neubegründung rechten Denkens explizit auf die Aktualitäten (natur)wissenschaftlicher Forschung, auf »Ergebnisse der Ethologie, der Genetik, der Geschichtsschreibung, der Soziologie, der Mikrophysik«.⁵ Gemeint waren damit unter anderem die Biologen Konrad Lorenz, Richard Dawkins und E.O. Wilson, auf die er à propos »naturegegebene Ungleichheit« gerne verwies, so auch in einem 1979 veröffentlichten Interview mit dem *Spiegel*.⁶ Ähnliche Töne fanden sich in der »neurechten« Zeitschrift *Junges Forum*, für die sich u.a. der junge »Nationalrevolutionär« (und Kultur- bzw. Technikhistoriker) Henning Eichberg engagierte – auch er eine zentrale Figur in Erzählungen der »Neuen Rechten«. Im *Jungen Forum* fragte man

sich 1972 unter anderem, »welche Weltanschauung [...] den modernen wissenschaftlichen Erkenntnissen [...] adäquat« sei. Angesprochen waren hier erneut Verhaltensforschung, Soziologie, Strukturgeschichte, Soziopsychologie – alles Trendwissenschaften, die in jenen Jahren die ideologischen Auseinandersetzungen um die »Natur« des Menschen bestimmten. Ebenso angesprochen war die Bedeutung des »Nationalismus in einer Welt der technologischen Imperialismen«, in der »nur eine Nation Europa Überlebenschancen hätte«. ⁷ Letzteres, nämlich die Sorge um den wissenschaftlich-technologischen Rückstand, der drohte, Europa in eine »Industriekolonie« und »Lizenznehmerprovinz« der USA zu verwandeln, war dabei nicht weniger zeittypisch. ⁸ Einige der wesentlichen Themen, um die sich die »Neue Rechte« formierte, sind damit bereits benannt: die biologisierende Begründung von (sozialer) Ungleichheit und Hierarchie, die ambivalenten, teilweise gegensätzlichen Positionierungen zum technologischen Fortschritt und dem »abendländischen« Europa, die Mobilisierung von Geistes- und Sozialwissenschaften – Linguistik, Philologie, Ethnologie, vorchristliche Geschichte – zur Untermauerung ethnopluralistischer Standpunkte.

Die sich hier abzeichnende Form der Wissenspolitik, von Benoist selbst als »Metapolitik« propagiert, eröffnete der »Neuen Rechten« damit Chancen, im Anschluss an wissenschaftliche Diskurse eigene Ideen und Wertvorstellungen in gesellschaftliche Debatten einzuspeisen, aber auch dazu, Überlegungen anderer für die Begründung und Realisierung eigener politischer Vorstellungen zu nutzen. Im Gegensatz zu den Kleinparteien der »alten« Rechten mit ihren »Programmen« und »Grundsatzserklärungen« sollte die hier entworfene »neue« Rechte bewusst nicht als Vertreterin einer »Ideologie« auftreten. Sie hoffte gerade auf die Zirkulation des »rechten Wissens« in verschiedenen Kontexten und Öffentlichkeiten. Durch Aneignungen und Aktualisierungen Dritter – nicht zuletzt durch Wissenschaftler*innen – sollte dieses Wissen wirken, die Themen und Positionen der »Neuen Rechten« somit als Teil eines breiten Diskurses erscheinen. Dafür propagierten ihre (vorwiegend männlichen) Aktivist*innen die eigenen Ideologeme gezielt in unterschiedlichen Foren. Henning Eichberg etwa präsentierte seine Überlegungen zum »Ethnopluralismus«, sprich: der neurechten Reformulierung des biologischen Rassismus unter dem Leitbegriff der »Kultur«, zuerst in der renommierten *Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften*; später verbreitete er das Konzept auch in *Wir selbst* und anderen neurechten Zeitschriften.

Zugleich versuchte die »Neue Rechte« etablierte Wissenschaftler*innen für ihre Wissenspolitik einzuspannen. In Frankreich verfügte die Zeitschrift *Nouvelle École* über einen disziplinar weitläufigen wissenschaftlichen Beirat – *comité de patronage* –, der unter anderen die Biologen Konrad Lorenz und Ernst Mayr, den Pflanzengenetiker Cyril Darlington, die Psychologen Hans Juergen Eysenck und Arthur Jensen sowie den Religionswissenschaftler Georges Dumézil und den Wissenschaftstheoretiker Louis Rougier einschloss.



Abb.2: Aufbrüche um »1968« — Im Vorwort zur deutschen Ausgabe (1968) von *Le défi américain* (1967) warnte der ehemalige Atom- bzw. Verteidigungsminister Franz Josef Strauß u.a. davor, dass Europa sich in eine »Industriekolonie« und »Lizenznehmerprovinz« der USA zu verwandeln drohe.

Solche Interaktionsräume zwischen »Neuer Rechter« und Wissenschaft umfassten dabei nicht nur Zeitschriften und andere Publikationsformate, sondern auch diverse »Denkfabriken«: in Deutschland etwa die 1964–1985 von Armin Mohler, dem einflussreichen Vordenker der »Neuen Rechten«, geführte *Carl Friedrich von Siemens Stiftung* oder das 1979 vom ehemaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger gegründete *Studienzentrum Weikersheim*.⁹ In ihnen versammelte sich ein breites Spektrum konservativer, wirtschaftsliberaler und neurechter Akteure, das in den 1970er und 1980er Jahren mit Nachdruck auf eine »geistig-moralische Wende« drängte, um den gesellschaftlichen Reformen seit »1968« ein Ende zu setzen. Statt »mehr Demokratie [zu] wagen«, lautete die neue Losung: mehr Markt, mehr Leistung und individuelle Verantwortung, mehr Einfluss politischer und wirtschaftlicher »Eliten«.¹⁰ Wissenschaftler*innen, die in diesen Kontexten auftauchten und/oder mitmischten, darunter der Chemiker Ilya Prigogine, der Kybernetiker Heinz

von Förster oder die Meinungsforscherin Elisabeth Noelle-Neumann, verfolgten Forschungs- und Themenspektren bzw. Interessen, die mit denen der »Neuen Rechten« oder anderer (neo)konservativer Akteure nicht unbedingt identisch waren, die aber auch in die Formierung von »rechtem Wissen« hineinspielten und ihr Aufmerksamkeit verliehen. So wurden die im Dunstkreis der Siemens-Stiftung kultivierten Wissensfelder – von Soziobiologie über Molekularbiologie bis Chaostheorie und Ökonomie – mobilisiert, um gesellschaftskonservative Themen wie etwa die Grenzen wohlfahrtsstaatlicher Politik auszuloten oder die (intellektuelle) Erschöpfung des Marxismus zu verkünden;¹¹ in Weikersheim machte man sich unter Einbeziehung wissenschaftlicher Expert*innen ebenso wie Vertreter*innen aus Politik und Wirtschaft unter anderem Gedanken über die Privatisierung der Medien, Elitenförderung oder die »Freiheit der Forschung« angesichts zeitgenössischer Kritik an Gentechnologie und Tierversuchen.¹²

Konstellationen zwischen Wissenschaft und Politik

Aus dem bisher gesagten geht bereits hervor, dass die Entstehung und Veränderung »rechten« Wissens sich nicht allein mit einem engen Blick auf die Protagonisten der »Neuen Rechten« begreifen lässt, wie er in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung bislang dominiert. Entsprechend wenig weiss man bislang über die Kontexte dieses Prozesses, also etwa über den strukturellen Ort der neurechten Wissensproduktion in der Wissenschafts- und Technikgeschichte. Dennoch ist offensichtlich, dass an diesem »rechten« Wissen mehr Faktoren Anteil hatten, als die Aktivisten der selbsterklärten »Neuen Rechten«: diejenigen Wissenschaftler*innen, die deren ideologischen Projekten zugearbeitet haben, ohne vielleicht selbst als »rechts« zu gelten oder sich so zu verstehen; die jeweiligen wissenschaftlichen Felder und gesellschaftspolitischen Debatten, in die sich diese Projekte einschrieben; das weitläufige Spektrum rechtsradikaler, rechter, konservativer und neokonservativer Politiken, die kaum jemals mit nur einer Stimme sprachen.

Indem die kritische Forschung zur »Neuen Rechten« eben diese Kontexte weitgehend ausblendet, schreibt sie latent noch immer das Selbstbild ihres Untersuchungsgegenstandes fort, wonach der »Erfolg« neurechter Strategien vor allem dem geschickten Agieren ihrer Protagonisten zu verdanken sei, allen voran Alain de Benoist. Im Seminar haben wir uns stattdessen um eine Perspektive bemüht, die jene grösseren Kontexte und Bedingungen einbezieht, in denen sich das Projekt der »Neuen Rechten« entwickeln und rechtes Wissen zirkulieren konnte. Nicht der Nachweis, dass sich die »Rechte« auf wissenschaftliches Wissen bezog, gilt es so gesehen zu führen. Freizulegen sind vielmehr deren Beziehungsgeflechte im Kontext konkreter Wissensfelder: Dazu gehören Publikations- und Interaktionsformate ebenso wie die strukturellen, sozialen und

ökonomischen Entwicklungen, die das Spannungsverhältnis wissenschaftlicher und politischer Projekte ermöglichten, gestalteten, störten oder beförderten. Es greift zu kurz, »rechtes« Wissen als (lediglich) pathologisches Aussen einer vermeintlich neutralen und inhärent liberal-progressiven Wissenschaft zu betrachten.



Abb.3: 25 Jahre Carl Friedrich von Siemens Stiftung (1985) — als Geschäftsführer der 1958/60 gegründeten Stiftung fungierte bis Juli 1985 Armin Mohler, der wohl prominenteste »Vordenker« der »Neuen Rechten«. »Entsprechend dem Stiftungszweck«, so hiess es in der Dokumentation zum Jubiläum, rückte unter Mohlers Ägide »die Zielgruppe der Wissenschaftler mehr und mehr in den Mittelpunkt«.

Beispielhaft zeigt dies bereits ein Blick auf die (auch heute wieder virulente) Forderung nach »Autonomie« von Forschung und Lehre, die nicht zufällig zu Beginn der 1970er Jahre in modifizierter Form Aufschwung erhielt. Hatten (neoliberale) Autoren wie Michael Polanyi in den 1950er Jahren die »Freiheit« der Wissenschaft noch unter dem Eindruck von Faschismus und Stalinismus gegen staatliche Planung in Stellung gebracht,¹³ wurde im

Nachgang von »1968« die »Politisierung« von Forschung in neuer Weise diskutiert: von progressiver Seite als Kritik an Wissenschafts- und Standortpolitik, deren »imperialistische« Interessen es aufzudecken galt; von konservativer Seite als links-utopische Überformung: Schreckgespenst einer »ideologisch verplanten Forschung«, die dem »post-industriellen« Wettkampf der Nationen kaum förderlich sein würde.¹⁴

Im »Leitbild des unpolitischen Wissenschaftlers«, machten linke Kritiker*innen dann Mitte der 1980er Jahre gar den Kern einer »gegenwärtige[n] konservative[n] Ideologiepolitik« aus, die mittels Wissenschafts- und Universitätspolitik Grundlagenforschung auf die Entwicklung von Schlüsseltechnologien verenge.¹⁵ Tatsächlich waren es nicht zuletzt neokonservative Wissenschaftstheoretiker, die – nunmehr unter Schlagworten wie »Markt der Ideen« – besonders vehement Werte wie »Objektivität«, »Pluralismus« und »Autonomie« einforderten; und auch die offizielle Wissenschaftspolitik distanzierte sich (durchaus im Sinne der »geistig-moralischen« Aufbruchsstimmung) vom »übertriebenen Erwartungsdruck« in punkto gesellschaftspolitischer Zielsetzungen à la 1970er Jahre. Sie betonte demgegenüber »Eigenverantwortung« universitärer Forschung sowie die »außerordentlich erwünschte Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft«.¹⁶ Normativ aufgeladene Begrifflichkeiten wie »Autonomie« oder »Wissenschaftsfreiheit« veränderten die Bedingungen, unter denen Wissen politische Relevanz gewann.

Damit einhergehend verschoben sich nun auch die wissenspolitischen Fronten: Die Kritik an Wissenschaft, Technik und Fortschritt wanderte vom traditionell technikkritischen konservativen Lager tendenziell nach »links«, die Fortschrittseuphorie – zumal in der zeitgenössischen Wahrnehmung – nach »rechts«. »Konservativ heißt, an der Spitze des Fortschritts zu marschieren«, so ein 1968 in Umlauf gebrachtes Bonmot von Franz Josef Strauß – eine Einladung auch an all jene Wissenschaftler*innen, die offen dafür waren, ihre Forschung im Rahmen einer weltmarkt-orientierten Wirtschafts- und Standortpolitik fruchtbar zu machen.¹⁷ Die damals in Entstehung begriffenen links-alternativen sozialen Bewegungen trugen ihrerseits bald dazu bei, dass (sympathisierende) Wissenschaftler*innen ihren Forschungsgebieten neue politische Bedeutungen verliehen, sich jenseits des »Elfenbeinturms« engagierten oder jedenfalls mit dem eigenen Fachgebiet ins Gericht gingen – postwendend verfielen sich Etikettierungen wie »Maschinenstürmerei«, »neue Irrationalität«, gar »Wissensverzicht«.¹⁸

Für rechtes Wissen eröffnete diese Konstellation neue Resonanzräume. Übt sich die »Neue Linke« zusehends in der Kritik an Produktivismus und Imperialismus, an Hierarchien und »Experten«, begann ein »neuer« Konservatismus quasi im Gegenzug den Fortschritt für sich zu reklamieren. Nicht zufällig etwa strich der Publizist Gerd-Klaus Kaltenbrunner in *Die Herausforderung der Konservativen* (1974) die Bedeutung von »Konrad Lorenz, Irenäus Eibl-Eibesfeldt und andere[n] Ethologen in der Bundesrepublik« wie weiterer, neu etablierter Wissensfelder für eine

Erneuerung des Konservatismus im Sinne einer »neuen Rechten« heraus – entgegen der »unter deutschen Meinungsmachern verbreiteten Abneigung gegen die ganze Verhaltensforschung«. »Wie der aus Frankreich kommende Strukturalismus und die zunehmend aktueller werdende Ökologie [...] ist dies eine Botschaft, die ohne Zweifel konservative Implikationen hat«, so Kaltenbrunner, der sich damals anschickte, solchen Botschaften eine intellektuelle Plattform zu bereiten.¹⁹

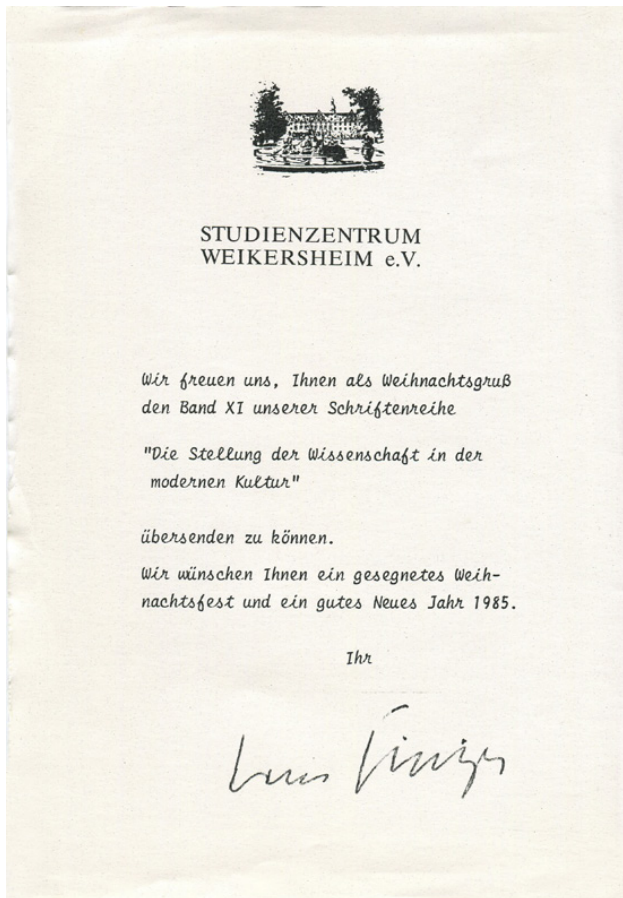


Abb. 4: Weihnachtsgruss von Hans Filbinger – das 1979 vom ehemaligen Marinerichter und ex-Ministerpräsidenten Baden-Württembergs Filbinger lancierte Studienzentrums Weikersheim galt Anfang/Mitte der 1980er Jahre als rechtskonservative »Denkfabrik« schlechthin. Zum Nachdenken über *Die Stellung der Wissenschaft in der modernen Kultur* (1984) waren u. a. die hochrangigen Wissenschaftsfunktionäre Heinz Meier-Leibnitz, Reimar Lüst, Hubert Markl, Heinz Riesenhuber und Wolfgang Wild geladen.

Ähnliche Töne – »[d]er Widerwille gegen Naturwissenschaft und Technik verbindet APO und Establishment«²⁰ – konnte man damals auch vermehrt von Vertretern der »technischen Intelligenz« vernehmen, die, aufgeschreckt durch revoltierende Studierende, »innovationsfeindliche« Zustände (»Großindustrie«, »Bürokratie«, usw.) und einen sich verschärfenden »Konkurrenzkampf der Industrienationen«, ihrerseits auf Konfrontationskurs steuerten.

»1968« brachte also nicht nur die Frage nach Autonomie bzw. Politisierung von Wissenschaft kontrovers auf die Agenda; in der Folge zeichneten sich Front- und Weichenstellungen ab, die in Interaktion mit zeitgenössischen Wissenschaftstrends (auch) zur Neuaufstellung rechtskonservativer Themen- und Aktionsfelder beitrugen: Diese erstreckten sich von der Mobilisierung verhaltens- und soziobiologischer Wissensproduktion im Dienst neokonservativer Staatskritik über kulturwissenschaftlich-identitäre Theoriebildung hin zur (diskursiven) Verpflichtung der Universität auf »Spitzenleistungen«, »Eliten« und »Schlüsselindustrien«.

Zugänge zu »rechtem Wissen«

Die hier erwähnten Konstellationen von Wissenschaft und Politik seit »1968« waren Teil des historischen Panoramas, das wir im Rahmen des Forschungsseminars rekonstruiert haben. Ersichtlich werden sollte dabei, dass Wissen und Wissenschaften als Teil rechter und konservativer Diskurse nichts Aussergewöhnliches sind, oder besser: eine Geschichte haben, der sich nachzuspüren lohnt. Statt auf Vordenker zu fokussieren, dienten die sich historisch wandelnden Beziehungsgeflechte zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Politik als Leitlinien in der Auseinandersetzung mit dem historischen Material. Das Seminar, an dem Studierende aus unterschiedlichen Disziplinen (aus der Geschichte, aber auch den Umweltwissenschaften, der Informatik, Physik und den Gesundheitswissenschaften) teilgenommen haben, zielte in diesem Sinn weniger darauf, Akteur*innen, Netzwerke und Medienkanäle des rechten Spektrums zu identifizieren und nachzuzeichnen. Vielmehr ging es darum, die Entwicklungen und Konstellationen »rechten Wissens« innerhalb der strukturellen Verschiebungen des Wissenschaftsbetriebs seit den 1960er Jahren zu verorten. Es handelt sich um methodische Perspektiven, die sich auch in den hier versammelten Beiträgen niedergeschlagen haben.

Überblickt man gegenwärtige Debatten um Wissenschaft von »rechts« fällt dagegen auf, dass diese in der Regel drei Annahmen teilen: Erstens gehen nahezu alle Stimmen ganz selbstverständlich davon aus, dass Universitäten vermeintlich »linke« oder zumindest »liberale« Orte seien, an denen die Präsenz von »Rechten« anomal und insofern erklärungsbedürftig sei.²¹ Dabei weiss die Wissenschaftsgeschichte eigentlich nur zu gut, dass Nationalismus und Kriegseuphorie im Ersten Weltkrieg, Rassenpolitik und »NS-Weltanschauung« in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht zuletzt von akademischen Milieus und universitärer Forschung getragen worden waren; dass die Universität auch in der Folgezeit keine Bastion ausschliesslich linker Weltverbesserei war – ob nun qua »Militärisch-industrieller Komplex« oder (zunehmend) »unternehmerische« Forschungsanstalt –, ist ebenfalls kein Geheimnis.²² Statt also Universitäten als »linke« Orte zu stilisieren, an denen »rechte« Positionen als Fremdkörper auftreten, gilt es, diesen Topos zu historisieren: Die Klage über die »linke Universität« weist bekanntlich selbst eine lange Geschichte auf – vom 1970 gegründeten konservativen »Bund Freiheit der Wissenschaft«

über die Bemühungen um eine »geistig-moralische Wende« parteinaher Think-Tanks der CDU/CSU hin zu den Debatten um Political Correctness oder »Postmoderne« in den 1990er Jahren.²³

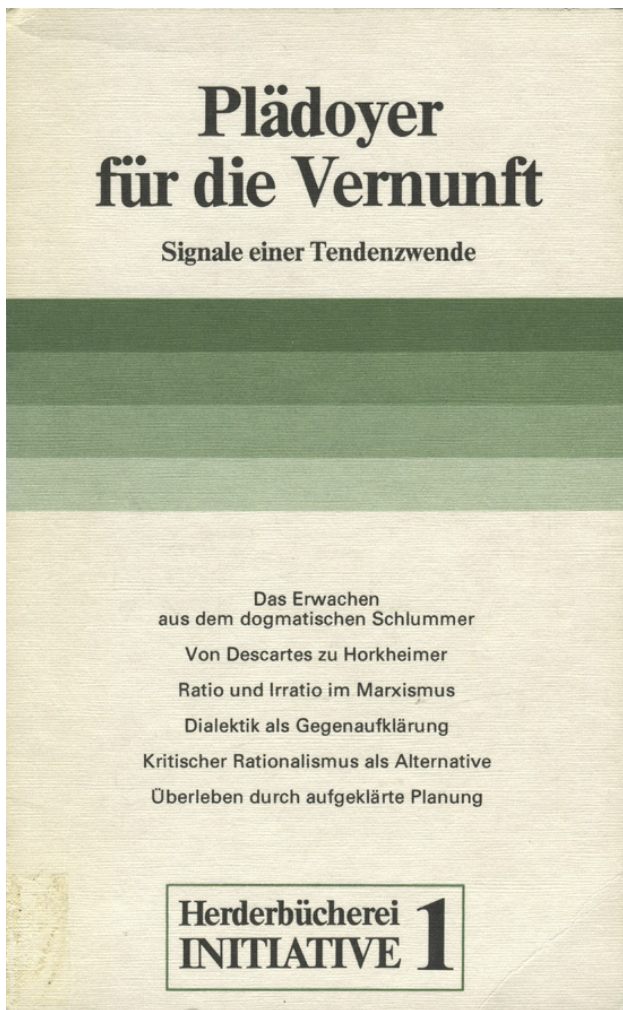


Abb. 5: »Zu den bemerkenswertesten Kennzeichen der politisch-ideologischen Lage der westlichen Gesellschaften der Gegenwart gehört die Renaissance eines neuen Irrationalismus«, hiess es einleitend in *Plädoyer für die Vernunft: Signale einer Tendenzwende* (1974), dem Pilottitel der Herderbücherei INITIATIVE, herausgegeben vom österreichischen »Anti-Suhrkamp« Gerd-Klaus Kaltenbrunner.

Zweitens, und damit zusammenhängend, fällt auf, dass viele bestehende Analysen der »Neuen Rechten« im Modus der Ideologiekritik funktionieren und in erster Linie um Personen, deren Netzwerke und politische Zuordnung kreisen. Im Fokus stehen die Texte ihrer Protagonist*innen, deren politischer Gehalt hinter der »wissenschaftlichen Fassade« aufgedeckt werden soll, die diese errichtet hätten. Systematische Zusammenhänge und disziplinäre Kontextualisierungen dagegen bleiben zumeist aussen vor; also etwa die Frage, wie Wissenschaft »gemacht« wird,

wie sie – etwa in Form von Beratung, Auftragsforschung und Expertisen – politisch-institutionell »verarbeitet« wird und in welchen Formaten und Interaktionen sie in öffentlich-mediale Debatten einfließt. Übersehen wird mit diesem Fokus ferner, wie das System der Wissensproduktion – nicht selten unter der Devise »Freiheit der Forschung« – zunehmend selbst in den Sog von Partikularinteressen kam, während Demokratisierungsbestrebungen ins Hintertreffen gerieten: Seit den 1970er Jahren ist diese Entwicklung geprägt durch die Ausweitung von an Universitäten angedockten, teils privat-finanzierten »An-Instituten«, GmbHs, Ausgründungen, Transferstellen, Stiftungen, Drittmittelprojekten usw. Dazu gesellte sich eine sich pluralisierende und zunehmend gewichtigere Medienlandschaft, die die Kopplung von Wissensproduktion an politisch-wirtschaftliche Interessen und ihre Ausrichtung auf öffentlichkeitswirksame Debatten weiter vorangetrieben hat.

Drittens wird die Auseinandersetzung um »konservative« Wissenschaft tendenziell auf dem Feld und anhand der »weichen«, theoretisch-hermeneutischen Geistes- und Sozialwissenschaften geführt: Der Verdacht ihrer Ideologieanfälligkeit liegt vermeintlich auf der Hand, wobei übersehen wird, dass nicht zuletzt auch die »harten« Natur- und Technikwissenschaften in rechte Wissenspools einfließen bzw. Element konservativer Politiken waren und sind. Dabei wies Claus Leggewie schon Mitte der 1980er Jahren darauf hin, wie wichtig es wäre, den Blick auf das erweiterte Spektrum der »Igit-Disziplinen« zu lenken: Diese stünden zwar in der Zeit- und Intellektuellengeschichte stets »im Schatten der eloquenten Geistes- und Sozialwissenschaftler«, würden aber, so Leggewie damals, entscheidend an der Formierung »rechten Wissens« Anteil nehmen: Rechtswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Technik- und Naturwissenschaften, Medizin- und Biowissenschaften.²⁴ Auch die erwähnte Sorge um den Wissenschaftsstandort Deutschland im internationalen »Konkurrenzkampf« gehört hierzu. Werden diese disziplinären Kontexte übersehen, werden damit nicht nur unter der Hand Teilbereiche von Wissenschaft für das Ganze generalisiert; aus dem Blick geraten so nicht zuletzt die vielfältigen Schauplätze, auf denen »rechte« Politik und Wissenschaften ineinandergriffen.

Die Formel vom »rechten Wissen«, so wie hier verwendet, soll eine andere Perspektive öffnen: nicht auf einen bestimmten Wissenskanon, wie ihn die »Neue Rechte« in verschiedenen Lexikonprojekten selbst immer wieder festzulegen gesucht hat.²⁵ Sie soll als heuristische Wendung vielmehr Fragen nach dem Verhältnis von Wissen und Rechten aufwerfen und zur Reflexion der sich wandelnden Konstellationen zwischen Politik und Universität im weiten Feld von Konservatismus, Rechtspopulismus und »Neuer Rechter« einladen. In den Blick rücken soll also das Handeln ganz unterschiedlicher Akteure ebenso wie die sich wandelnden Wissensstrukturen – universitäre Drittmittelforschung, Think-Tanks, elitäre Zirkel, Zeitschriftenprojekte –, in denen »rechtes Wissen« geschaffen, verändert und verbreitet wurde und auch in wissenschaftspolitischer Hinsicht an Boden gewinnen konnte. Dabei muss sich das

Forschungsinteresse nicht nur auf jene Personen und Kontexte beschränken, denen etwa an den Universitäten gewöhnlich politische Bedeutung zugeschrieben werden. Wichtig ist es, den Blick auch auf jene disziplinären Felder und Bereiche des Wissenschaftssystem zu richten, die unter dem Radar der politischen Debatte geblieben sind. Zur Debatte steht damit auch die historisch spezifische Sicht- und Unsichtbarkeit von »rechtem Wissen«, die sich von Fall zu Fall sehr unterschiedlich gestalten konnte: Nur selten wurde es so offensiv als ein »rechtes« ausgegeben, wie in den oben erwähnten Selbstkanonisierungen, meist jedoch in Begrifflichkeiten von »Neutralität«, »Objektivität« und »Pluralismus« gehüllt.

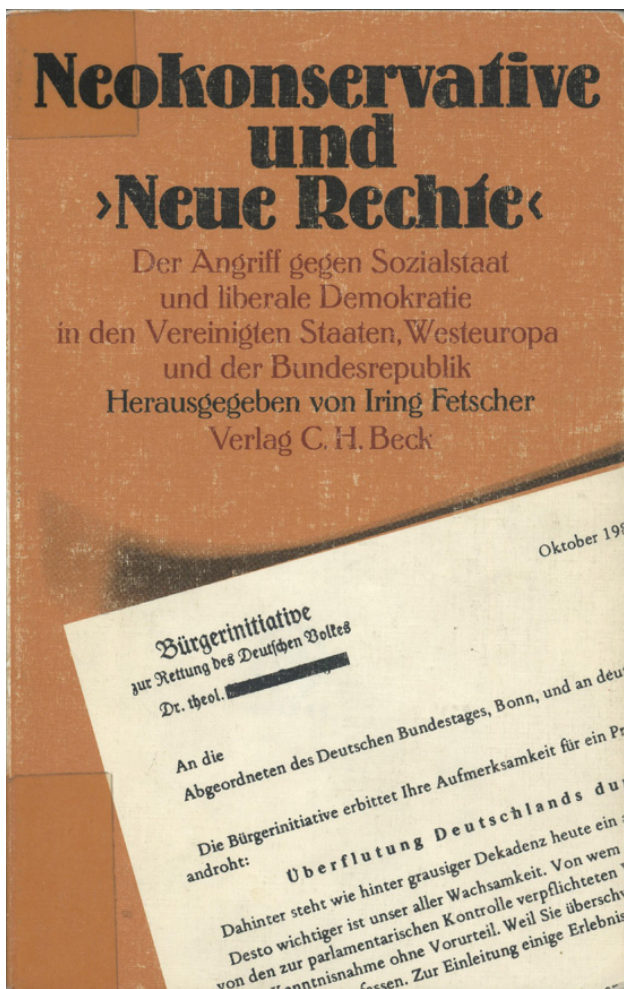


Abb. 6: Beobachtungsgegenstand »Rechtes Wissen« — der von Iring Fetscher herausgegebene Sammelband *Neokonservative und »Neue Rechte«* (1983) gehört mit zu den frühesten Bestandsaufnahmen der (neu)rechten Wissenspolitiken jener Jahre.

Sichtbar gemacht wurde die Einordnung als »rechtes Wissen« zumeist von anderen – sei es im Rahmen medialer Skandalisierung, wie sie etwa Konrad Lorenz in den 1970er Jahren angesichts seiner wissenschaftlichen

Aktivitäten zur Zeit des Nationalsozialismus ereilten;²⁶ sei es im Rahmen eines antifaschistischen Sammlungs- und Dokumentationsaktivismus, wie er seit den 1980er Jahren entstand;²⁷ sei es im Rahmen fach-interner und/oder öffentlicher Auseinandersetzungen um die Grenzen von Wissenschaft und Politik (etwa in der sogenannten »Finalisierungsdebatte« der 1970er Jahre oder im Historikerstreit in den 1980ern). In ähnlicher Weise wurde »rechtes Wissen« regelmässig als Beobachtungsgegenstand von Sozial- und Politikwissenschaftler*innen sichtbar, die sich um systematische Bestandsaufnahmen »rechter« Wissenspolitiken bemüht(en).²⁸ In all diesen Fällen blieb sein Status als »rechtes« Wissen umstritten, konkurrierten unterschiedliche Einschätzungen zu seiner politischen Bedeutung. Auch für die Vergangenheit ist die Charakterisierung als »rechtes Wissen« als eine politische Formel zu denken, die ihrerseits auf dahinterstehende Vorstellungen und Motive und ihre jeweiligen Wissens- und Forschungsfelder befragbar ist.

In diesem Sinn – Fokus auf Kontexte und Strukturen statt auf »Vordenker«; Erweiterung des disziplinären Spektrums und der untersuchten Wissensakteur*innen; Reflexion der eigenen Forschungsperspektive – behandeln die hier versammelten Essays Entwicklungen und Konstellationen »rechten Wissens« und versuchen, diese innerhalb der strukturellen Verschiebungen des Wissenschaftsbetriebs seit den 1960er Jahren zu verorten. Die Bandbreite erstreckt sich dabei von den Anfängen der französischen »Neuen Rechten« am Beispiel von Alain de Benoists Wissensarbeit zwischen Schreibtisch und Fernsehen (Patrick Gut und Ricardo Stalder) über die akademische Sozialisation des »Nationalrevolutionärs« Henning Eichberg (Lukas Rathjen) hin zu den sozialwissenschaftlichen Diskursen um Helmut Kohls »geistig-moralische Wende« im Westdeutschland der 1980er Jahre (André Semadeni). Die weiteren Beiträge widmen sich Entwicklungen in und seit den 1990er Jahren: der Rolle von wirtschaftswissenschaftlichem Wissen und neoliberalen Diskursen in der Anti-EWR-Kampagne der Schweizer SVP (Sascha Deboni); der Mischung aus Cyber-Utopien und Antiakademismus an der »Cybernetic Culture Research Unit« der Universität Warwick als Urszene des »Dark Enlightenment« (Simon Kräuchi); dem Antifeminismus der französischen Rechten (Emmanuelle Maciel) sowie den politikwissenschaftlichen und neurechten Debatten um »Postdemokratie« (Anna Morawietz).

Damit sind einige, aber natürlich bei weitem nicht alle Themen benannt, in denen wissenschaftliche Forschung und rechte Positionen interagierten und zum Teil weiterhin interagieren. Die Beiträge greifen die hier skizzierte heuristische Perspektive »rechtes Wissen« in unterschiedlicher Weise auf und erproben sie für die jeweils gewählten Themenbereiche. Ihr Blick legt dabei verschiedene Konstellationen rechter Politik und wissenschaftlicher Forschung frei, die auch dazu auffordern, nicht nur die aktuellen Debatten um neue Themen- und Aktionsfelder der »Neuen Rechten« historisch zu perspektivieren, sondern auch das Verhältnis von Wissen und Politik heuristisch zu schärfen.

Max Stadler ist Wissenschafts- und Technikhistoriker, z.Z. Vertretungsprofessor an der Bauhaus-Universität Weimar. Janosch Steuer ist Historiker und lehrt am Arbeitsbereich Historische Erziehungswissenschaft der Martin-Luther-Universität Halle Wittenberg. Monika Wulz ist Wissenschaftshistorikerin und Philosophin und lehrt im Bereich Wissenschaftsforschung an der Universität Luzern.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: »Participez vous aussi ...«, Beilage zu: *éléments: pour la civilisation européenne* 33 (Februar/März 1980).

Abb. 2: Jean-Jacques Servan-Schreiber: *Die amerikanische Herausforderung*, Hamburg: Hoffmann und Campe (1968), Cover.

Abb. 3: Armin Mohler (Hg.): *25 Jahre Carl Friedrich von Siemens Stiftung. Eine Dokumentation*, München: Carl Friedrich von Siemens Stiftung (1985), Cover.

Abb. 4: »Wir freuen uns ...«, Beilage zu: Studienzentrum Weikersheim e.V. (Hg.): *Die Stellung der Wissenschaft in der modernen Kultur*, Mainz: v. Hase und Koehler (1984).

Abb. 5: Gerd-Klaus Kaltenbrunner (Hg.): *Plädoyer für die Vernunft: Signale einer Tendenzwende*, München: Herder (1974) (= Herderbücherei INITIATIVE 1), Cover.

Abb. 6: Iring Fetscher (Hg.): *Neokonservative und »Neue Rechte«. Der Angriff gegen Sozialstaat und liberale Demokratie in der Bundesrepublik, Westeuropa und den Vereinigten Staaten*, München: C.H. Beck (1983), Cover.

Literatur

- 1 »Der Geist steht rechts« konstatierte Claus Leggewie 1986 mit seinem einschlägigen Buch zu den »Denkfabriken« der geistig-moralischen Wende der BRD-Kanzlerschaft Helmut Kohls. Vgl. Claus Leggewie: *Der Geist steht rechts: Ausflüge in die Denkfabriken der Wende*, Berlin: Rotbuch Verlag (1987).
- 2 Siehe etwa Thomas Wagner: *Die Angstmacher: 1968 und die Neuen Rechten*, Berlin: Aufbau Verlag (2017); Volker Weiß: *Die autoritäre Revolte: Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes*, Stuttgart: Klett-Cotta (2017); Christian Fuchs, Paul Middelhoff: *Das Netzwerk der Neuen Rechten: Wer sie lenkt, wer sie finanziert und wie sie die Gesellschaft verändern*, Reinbek: Rowohlt (2019).
- 3 Wie historische Analysen zeigen, veränderte sich in diesem Moment das Verhältnis von Politik und Wissen strukturell (vgl. z.B. Peter Weingart: »Verwissenschaftlichung der Gesellschaft - Politisierung der Wissenschaft«, in: *Zeitschrift für Soziologie* 12/3 (1983), S. 225-241). Gemeint ist damit nicht nur die Student*innen-Bewegung, im Zuge derer Universität stark politisiert wurde, und zwar eben nicht nur von links, sondern auch etwa durch die »Reaktion« konservativer Student*innen wie Professoren (vgl. Anna von der Goltz: *The Other '68ers: Student Protest and Christian Democracy in West Germany*, Oxford: Oxford University Press (2021)). Die Verflechtung von Wissen und politischen Diskursen manifestierte sich zudem im Nachklang der Rezession 1966/67 in zunehmenden ökonomischen Ansprüchen, die an Forschung gestellt wurden (Stichwort: »amerikanische Herausforderung«). Ähnliche Ansprüche kamen von Seiten staatlicher Politik und Verwaltung in Bezug auf Bildung, Gesundheit oder Umwelt.
- 4 Vgl. Moritz Neuffert, Morten Paul: »Rechte Hefte: Zeitschriften der alten und neuen Rechten nach 1945«, in: *eurozine* (November 2018), <https://www.eurozine.com/rechte-hefte/>.
- 5 Alain de Benoist: *Kulturrevolution von rechts: Gramsci und die Nouvelle Droite*, Krefeld: Sinus (1985), S. 17.
- 6 »Den alten Volksgeist erwecken: Alain de Benoist über die »Verwurzelungs«-Ideologie der französischen Neuen Rechten. Spiegel-Gespräch mit Alain de Benoist«, in: *Der Spiegel* 34 (1979), S. 159.
- 7 »Was will JUNGES FORUM?« (o.V.), in: *Junges Forum* 5 (Oktober 1972), Impressumseite. Zur Hegemonie der Soziologie und Ethologie in dieser Zeit siehe auch Erika Milam: *Creatures of Cain: The Hunt for Human Nature in Cold War America*, Princeton: Princeton University Press (2018).
- 8 Franz J. Strauß (Vorwort), in: Jean-Jacques Servan-Schreiber: *Die amerikanische Herausforderung*, Hamburg: Hoffmann und Campe (1968), S. 9; S. 13.
- 9 Siehe etwa Wolfram Wette (Hg.): *Hans Filbinger - eine deutsche Karriere*, Springe: zu Klampen (2018); Meinrad Heck: »Studienzentrum Weikersheim: Der Club der rechten Denker«, in: Stephan Braun, Daniel Hörsch (Hg.): *Rechte Netzwerke - eine Gefahr*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (2004),

- S. 95–101; zum Programm der Siemens Stiftung vgl. Armin Mohler (Hg.): *25 Jahre Carl Friedrich von Siemens Stiftung: Eine Dokumentation*, München: Carl Friedrich von Siemens Stiftung (1985).
- 10 Zur zeitgenössischen Diskussion siehe etwa Helmut Dubiel: *Was ist Neokonservatismus?*, Frankfurt am Main: Suhrkamp (1985).
 - 11 Vgl. u.a. (aus der Reihe »Schriften der Carl Friedrich von Siemens Stiftung«): *Schicksal? Grenzen der Machbarkeit. Ein Symposium* (o.V.), München: dtv (1977); Hubert Markl (Hg.): *Natur und Geschichte*, München: Oldenbourg (1983); Heinz Gumin, Armin Mohler (Hg.): *Einführung in den Konstruktivismus*, München: Oldenbourg (1985).
 - 12 Siehe etwa Studienzentrum Weikersheim e.V. (Hg.): *Die Stellung der Wissenschaft in der modernen Kultur*, Mainz: v. Hase und Koehler (1984); Studienzentrum Weikersheim e.V. (Hg.): *Die Medien – das letzte Tabu der offenen Gesellschaft*, Mainz: v. Hase und Koehler (1986).
 - 13 Vgl. Martin Beddeleem: »Freiheit (Michael Polanyi: *Science, Faith and Society*, 1951)«, in: Monika Wulz, Max Stadler, Nils Güttler, Fabian Grütter (Hg.): *Deregulation und Restauration: Eine politische Wissenschaftsgeschichte*, Berlin: Matthes & Seitz (2021), S. 56–73.
 - 14 Symptomatisch siehe etwa: Kurt Hübner, Nikolaus Lobkowitz, Hermann Lübbe, Gerard Radnitzky (Hg.): *Die politische Herausforderung der Wissenschaft: Gegen eine ideologisch verplante Forschung*, Hamburg: Hoffmann und Campe (1976); und weiterführend: Ariane Leendertz: »Finalisierung der Wissenschaft«. Wissenschaftstheorie in den politischen Deutungskämpfen der Bonner Republik«, in: *Mittelweg* 36 4/22 (2013), S. 93–121.
 - 15 Holger Wendel, zitiert in: Rainer Rilling: »Ist der »unpolitische Wissenschaftler« noch die Leitfigur konservativer Wissenschaftspolitik?«, in: *Intelligenz, Intellektuelle und Arbeiterbewegung in Westeuropa* (o.V.), Frankfurt am Main: IMSF, S. 260–264, hier S. 260; zu den streckenweise analogen (aber besser erforschten) wissenschaftspolitischen Entwicklungen in den USA und Grossbritannien in diesen Jahren siehe David Dickson: *The New Politics of Science*, Chicago: University of Chicago Press (1984); Jon Agar: *Science Policy Under Thatcher*, London: UCL Press (2019).
 - 16 Der Bundesminister für Forschung und Technologie (Hg.): *Bundesbericht Forschung 1984*, Bonn: BMFT (1984), S. 3; S. 20; zu den Wissenschaftsvorstellungen von neokonservativer und neoliberaler Seite vgl. auch Max Stadler, Monika Wulz: »Neben Feyerabend: Wissenschaftsforschung neokonservativ«, in: *Nach Feierabend. Zürcher Jahrbuch für Wissenschaftsgeschichte* 15 (2020), S. 49–61.
 - 17 Zitiert nach Christian Merten: »Kulturrevolution« – ein Anachronismus? Basis/Überbau-Verhältnis und Kulturrevolution im Neokonservatismus«, in: *kultuRRRevolution. zeitschrift für angewandte diskurstheorie* 5 (Februar 1984), S. 39–43, hier S. 40; neben Strauß tat sich v.a. der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) als fortschrittsgesinnter »High-Technokrat« hervor. Vgl. z.B. Claus Leggewie: »Cleverle und die Postkonservativen: Bericht aus der Zukunft eines Musterlandes«, in: *Badische Zeitung* (22.8.1987), S. 5.
 - 18 Siehe etwa Gerard Radnitzky: »Alternative Wissenschaft« entspringt purer Ideologie«, in: *Hochschulpolitische Informationen* 14/11 (1980), S. 3–5; Heinrich Meier, »Die Herausforderung der Evolutionsbiologie«, in: ders. (Hg.): *Die Herausforderung der Evolutionsbiologie*, München: Piper (1988), S. 7–18, hier S. 17.
 - 19 Gerd-Klaus Kaltenbrunner: »Vorwort des Herausgebers«, in: ders. (Hg.), *Die Herausforderung der Konservativen: Absage an Illusionen*, München: Herder (1974) (= Herder Initiative 3), S. 9f. Die im Herder-Verlag verlegte Taschenbuch-Reihe Kaltenbrunners wurde damals auch im Feuilleton intensiv verfolgt; vgl. z.B. Hermann Rudolph: »Initiative gegen den Zeitgeist. Neue Taschenbuchreihe, herausgegeben von Gert [sic]-Klaus Kaltenbrunner«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (12.11.1974), S. 11.
 - 20 Karl Steinbuch: »Die technische Intelligenz als politische Kraft: Versuch einer Abgrenzung gegenüber den Konservativen – 2. Teil«, in: *VDI nachrichten* 7 (Februar 1971), S. 11, hier S. 11.
 - 21 Die Annahme, dass »die Wissenschaft« (eigentlich) ein inhärent liberales Unterfangen ist, oder jedenfalls nur unter demokratischen Bedingungen florieren kann, ist allerdings auch darüber hinaus weit verbreitet bzw. in westlich-kapitalistischen Gesellschaften historisch tief verankert: Man denke hier etwa an Robert Mertons »Normen« (1942), Sir Karl Poppers *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde* (1945), überhaupt die anti-kommunistische Ideologie des Kalten Kriegs, die nicht zuletzt auf der Einführung von wissenschaftlicher und wirtschaftlicher »Freiheit« beruhte. Siehe dazu etwa Audra Wolfe: *Freedom's Laboratory: The Cold War Struggle for the Soul of Science*, Baltimore: John Hopkins University Press (2018).
 - 22 Aus einer Fülle an Literatur vgl. zum deutlich besser erforschten Fall der USA: Elizabeth Popp Berman: *Creating the Market University: How Academic Science Became an Economic Engine*, Princeton: Princeton University Press (2012); Sarah Bridger: *Scientists at War: The Ethics of Cold War Weapons Research*, Cambridge/MA: Harvard University Press (2015). Zur entsprechenden zeitgenössischen Diskussion in der BRD siehe etwa Rainer Rilling: »Zur Analyse des »militärisch-industriellen Komplexes« der BRD«, in: *Internationaler Dialog* 4 (1971), S. 360–369; »Hochschule: Prinzessin oder Hure?« (o.V.), in: *Der Spiegel* 44 (Oktober 1988), S. 86–99.
 - 23 Siehe dazu insbesondere: Claus Leggewie: *Der Geist steht rechts: Ausflüge in die Denkfabriken der Wende*, Berlin: Rotbuch Verlag (1987); Nikolai Wehrs: *Protest der Professoren: Der »Bund Freiheit der Wissenschaft« in den 1970er Jahren*, Göttingen: Wallstein (2014).
 - 24 Claus Leggewie: *Der Geist steht rechts: Ausflüge in die Denkfabriken der Wende*, Berlin: Rotbuch Verlag (1987), hier S. 22.
 - 25 Vgl. z.B. Armin Mohler: *Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1932. Ein Handbuch* [1949]. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft (1989); Gerd-Klaus Kaltenbrunner (Hg.): *Rekonstruktion des Konservatismus*, Freiburg: Rombach (1972); Erik Lehnert, Karlheinz Weißmann (Hg.):

Staatspolitisches Handbuch, Bd. 5, Schnellroda: Edition Antaios (2009-2017).

26 Klaus Taschwer, Benedikt Föger: *Konrad Lorenz. Biographie*, Wien: Paul Zsolnay (2003), S. 231ff.

27 Ein Beispiel hierfür wäre der Bestand »Rechte Ökologen« im Archiv Soziale Bewegungen, Freiburg.

28 Zu erwähnen sind hier im deutschsprachigen Raum insbesondere: Claus Leggewie: *Der Geist steht rechts: Ausflüge in die Denkfabriken der Wende*, Berlin: Rotbuch Verlag (1987) sowie die damaligen Analysen zu Neokonservatismus, »Neuer Rechter«, Intelligenz- und Verhaltensforschung, darunter z.B. Iring Fetscher (Hg.): *Neokonservative und »Neue Rechte«: Der Angriff gegen Sozialstaat und liberale Demokratie in der Bundesrepublik, Westeuropa und den Vereinigten Staaten*, München: C.H. Beck (1983). In den 1990er Jahren: Astrid Lange: *Was die Rechten lesen: Fünfzig rechtsextreme Zeitschriften. Ziele, Inhalte, Taktik*, München: C.H. Beck (1993); Armin Pfahl-Traughber: *Rechtsextremismus: Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung*, Bonn: Bouvier Verlag (1993); Jens Mecklenburg (Hg.): *Handbuch deutscher Rechtsextremismus* (Antifa Edition), Berlin: Elefanten Press (1996).

»Kulturkampf« zwischen Schreibtisch und Fernsehen

In den 1970er Jahren gelangte eine Neue Rechte in Frankreich zu medialer Präsenz. Ihr Vordenker Alain de Benoist organisierte sich in einem Netzwerk wissenschaftlicher Referenz und etablierte sich als intellektuelle Figur des öffentlichen Lebens.

Alain de Benoist gilt heute gemeinhin als Vordenker der internationalen Neuen Rechten, avancierte aber bereits in den 1970er Jahren zu einer intellektuellen Figur der französischen Öffentlichkeit. Gegen Ende des Jahrzehnts war der neurechte Denker in der französischen Medienlandschaft auffallend präsent und gab Interviews in populären Formaten wie etwa dem *Playboy*.¹ Spätestens seit er im August 1979 auch dem *Spiegel* ein Interview gegeben hatte, war de Benoist ebenso über die Landesgrenzen hinaus bekannt und die nationale und internationale Presse begann über ihn und seine Bewegung der *Nouvelle Droite* zu berichten.² Anerkennung als Intellektueller hatte er ein Jahr zuvor erhalten, durch den prestigeträchtigen *Prix de l'Essai* der *Académie française*. Rennomierte Jurymitglieder wie Claude Lévi-Strauss oder Georges Dumézil markierten ihn 1978 quasi offiziell als Intellektuellen, mit der Prämierung seines 1977 erschienenen Buches *Vu de droite (Aus rechter Sicht)*.³ Im Verzeichnis der Preisverleihungen findet sich das prämierte Buch jedoch lediglich unter dem wissenschaftlich anmutenden Untertitel *Kritische Anthologie zeitgenössischer Ideen* aufgeführt, den eigentlichen politischen Titel *Aus rechter Sicht* kaschierend.⁴ In den Worten Alain de Benoists ist diese »Anthologie« nämlich ganz unzweideutig eine Besprechung zeitgenössischer Ideen »im Dienst einer zeitgemäßen Rechten«,⁵ und damit eine Grundlegung von neuem rechten Denken basierend auf zeitgenössischen Wissensbeständen.⁶ In seinen Zeitungsinterviews bewarb de Benoist sein Vorhaben mit offenen Worten: »Wir sind keine Neofaschisten und keine neue Mode, sondern eine intellektuelle Bewegung der jungen Generation gegen die alte.«⁷ Wie aber konnte ein solcher politischer Denker Ende der 1970er Jahre derartige akademische Anerkennung und öffentliche Aufmerksamkeit finden?

Für de Benoist musste die Anerkennung Ende der 1970er Jahre als Ergebnis eines langen Weges erscheinen, den er gut zehn Jahre zuvor eingeschlagen hatte. Begleitet von intensiver Publikationsarbeit hatte da nämlich sein Projekt einer Fundierung neuen rechten Denkens begonnen – in Abgrenzung zur diskreditierten faschistischen, kolonialen, monarchistischen französischen Rechten und unter dem Leitsatz: »Die alte Rechte ist tot. Sie hat es wohl verdient.«⁸ Mittels kulturtheoretischer Veröffentlichungen und der Vernetzung mit Wissenschaftler*innen strebte de Benoist danach, rechtes Denken von Grund auf zu erneuern und zu medialisieren. Ein Blick über de Benoists Schultern auf seinen Schreibtisch, in die Organisation seines Netzwerks und hinter die Kulissen seiner Medienauftritte gibt Aufschluss über die Konstruktion von de Benoists Person als öffentliche intellektuelle Figur und die Verbreitung von rechtem Denken, das mit wissenschaftlichem Wissen von damals eng verwoben war.

1977 — De Benoist am Schreibtisch

Bereits bevor de Benoist in den 1970er Jahren als Intellektueller an die Öffentlichkeit trat, war er politisch aktiv gewesen. 1943 bei Tours geboren und in Paris aufgewachsen, besuchte er Elitegymnasien, studierte danach

Verfassungsrecht, Philosophie, Soziologie und Geschichte an der Sorbonne. In seiner Zeit als Student wurde er politisiert und engagierte sich in rechten Gruppierungen wie der militanten neofaschistischen *Fédération des étudiants nationalistes (FEN)*. Die extreme Rechte setzte sich damals noch aus Ex-Vichy-Kollaborateuren sowie Mitgliedern von Vorkriegsgruppierungen wie der *Action française* und dem *Parti populaire français* zusammen. Gemäss seiner Autobiographie wollte de Benoist gegen Ende der 1960er Jahre nach einer Periode militanter politischer Aktivität nochmals »bei Null anfangen«.⁹ Dies ist nicht nur ein Hinweis auf den Bruch mit seinem persönlichen Aktivismus in der *FEN*, die sich unter anderem für den Erhalt von Französisch-Algerien einsetzte.

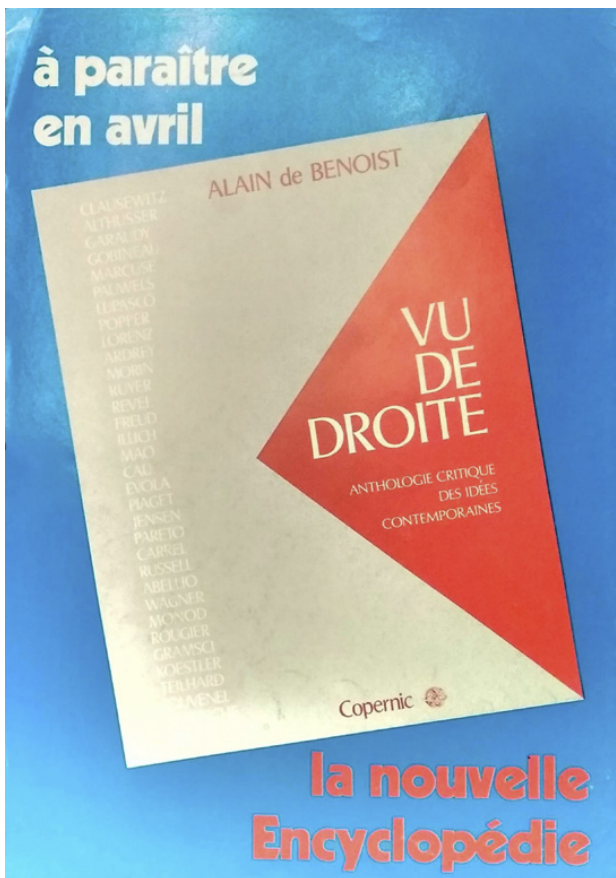


Abb. 1: Wissen »aus rechter Sicht« - Ergebnis von Alain de Benoists Schreibtischarbeit.

Dieser militante Aktivismus, der die rechte Politik bis vor 1968 geprägt hatte, sollte bald durch die Etablierung einer kulturkämpferischen Bewegung abgelöst werden – eine, die gewaltlos, aber grundlegend neue Ideen generiert und verbreitet.¹⁰ 1968 bildete nicht nur für die Neue Linke und die Entstehung sozialer Bewegungen einen wichtigen Referenzhorizont. Auch für die Neue Rechte Westeuropas fungiert 1968 als zentrales Bezugsjahr und Gründungsmythos: Wie neuere Studien zeigen, verweist die

Chiffre »1968« auf den Abschied von einer Rechten, die von einer »defensiven, öffentlichkeitsscheuen Haltung« geprägt gewesen sei und auf die Bildung einer »Nischen-« bzw. »Gegenöffentlichkeit« für rechtes Gedankengut.¹¹ Der Wandel von Gedankengut und politischer Praxis entsprach in de Benoists Vorstellung einer Umstellung zum intellektuellen »Kulturkampf«: 1968 gründete er zusammen mit 40 anderen Aktivisten der FEN – darunter Journalisten, Schriftsteller und Historiker – die Organisation G.R.E.C.E., den *Groupement de recherche et d'études pour la civilisation européenne*.¹² Seither betätigte sich de Benoist vor allem schriftstellerisch und wurde auf diese Weise zum Kopf der französischen Neuen Rechten.

Das wohl markanteste Zeugnis des intellektuellen Schaffens de Benoists seit 1968 – und gleichzeitig ein anschauliches Beispiel seines »Kulturkampfes« vom Schreibtisch aus – ist die bereits erwähnte und prämierte Publikation *Vu de droite*, erschienen 1977 im hauseigenen Verlag *Éditions Copernic*. Laut de Benoist war die »kritische Anthologie« zweihundertfach rezensiert worden und hatte sich über mehrere Wochen auf der Bestsellerliste des *Figaro* gehalten. Zahlreiche Persönlichkeiten, darunter François Mitterrand, hätten die Publikation in persönlichen Briefen gelobt.¹³ In der Einleitung von *Vu de droite* beschrieb de Benoist sein Projekt wie folgt:

»Ich habe eine bestimmte Vorstellung von dem dritten Weg. Derjenige Weg nämlich, der beiderseits alle extremistischen und einseitigen Bewegungen verwirft. Eine richtige Linie ist immer differenziert. Ich meine damit, dass sie das in Betracht zieht, was jedes System oder jeder Standpunkt an Zutreffendem birgt. Nur ein solches Vorgehen kann auf eine Synthese hinauslaufen.«¹⁴

Das von rechter Seite aus unternommene Projekt beanspruchte demnach die Überwindung des Gegensatzes von Links und Rechts, indem aus der Überschau der zeitgenössischen Weltanschauungen das »Zutreffende« geborgen werde. Unter dem Titel der »Metapolitik« beanspruchte de Benoist »gleichzeitig die Rechte und Linke zu sein«, ¹⁵ um sich bewusst von der etablierten parteipolitischen Landschaft abzusetzen. Nichtsdestotrotz scheute sich de Benoist nicht vor der expliziten Selbstbezeichnung »rechts«. »Das Intelligenzmonopol«, so de Benoist in der Radiosendung *Radioscopie*, »liegt nämlich bei der Linken« und Frankreich sei ein »pays occupé«, ein besetztes Land.¹⁶ Auf diese Besetzung wollte de Benoist gleichermassen mit Kulturpolitik, beruhend auf jenem Eklektizismus rechter und linker Ideen von unten, antworten. Damit schloss er an eine zentrale Botschaft von 1968 an: Die Rolle der Staatsmacht muss überdacht und zugunsten von lokalen und autonomen Organisationen abgebaut werden.

Dieser eklektizistischen Haltung gibt *Vu de droite* als Sammelsurium wissenschaftlicher Texte, Ideen und Diskurse Ausdruck, die de Benoist in einem wuchernden Netz von Verweisen auf Personen und Themen der zeitgenössischen Wissenschaften akribisch kommentiert. Neben Kapiteln wie »Wikinger in Amerika« oder »Die Wurzeln der Zivilisation« finden sich

zahlreiche Einträge wie »Rasse und Psychometrie«, »Das Angeborene und das Erworbene« oder »Erkenntnistheorie und naturwissenschaftliche Entdeckung«. Populärbiologische Themen kreuzen sich so mit der Behandlung von bestimmten Denkern und Referenzen, wie der des faschistischen Kulturphilosophen Julius Evola oder des ungarisch-britischen Schriftstellers Arthur Koestler. Ganz im Sinne der Metapolitik bespricht de Benoist in seiner Anthologie unter der Bezeichnung »Gegen-Figuren« Protagonisten aus dem Umfeld der Linken wie Louis Althusser, Antonio Gramsci und Herbert Marcuse.

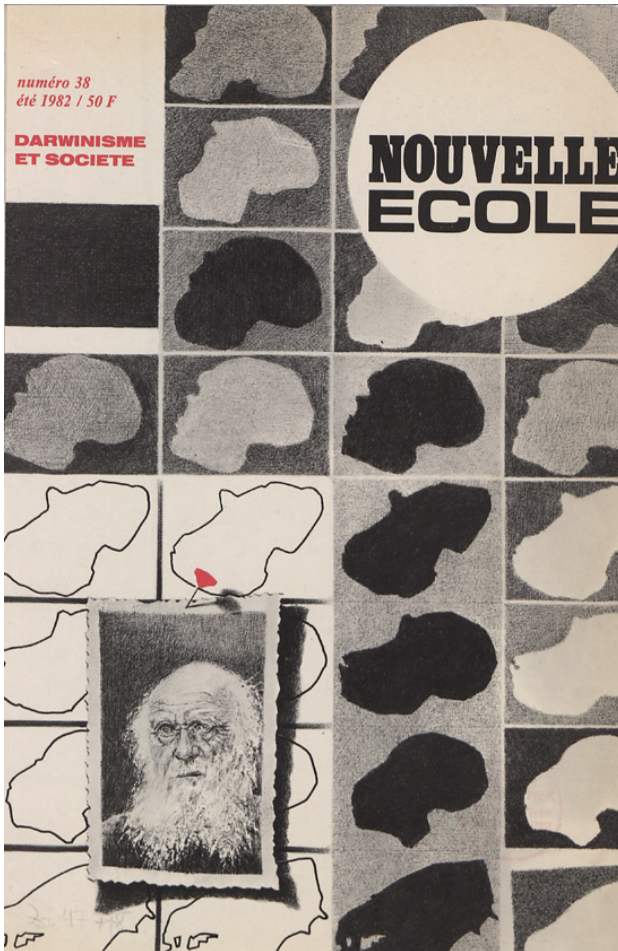


Abb. 2: Politische Biologie der »Nouvelle Droite«: Ausgabe »Darwinisme et société« der Zeitschrift *Nouvelle École*.

Auf diese Art versuchte de Benoist in *Vu de droite* Wissen verschiedenster Strömungen miteinander in Verbindung zu setzen, kurzzuschliessen. Dieses stellenweise willkürlich anmutende Unternehmen soll gerade, in den Worten des Kompilators und Kommentators, auf die »paradoxen Reiserouten zeitgenössischer Ideen« hinweisen, um sie so zur produktiven Nutzung freizugeben.¹⁷ Darin zeigt sich das metapolitische Unterfangen: Einhergehend mit der Aneignung von Wissen, wie sie mit *Vu de droite*

vorliegt, beschwor de Benoist in seinen Aufsätzen eine kulturelle Vorherrschaft der Linken herauf, um diese zugleich zu bekämpfen. Allzu sehr sei die Rechte »blind und stumm« geblieben, während die Linke schon länger erkannt habe, dass »alles mit allem zusammenhängt« und dass es »nichts Neutrales« gebe in den Gefilden kultureller Hegemonie.¹⁸ Solche Zeilen zeugen von einem starken Bedürfnis nach alternativem Wissen in Abgrenzung zur Linken. De Benoists Schreibtischarbeit folgte in den 1970er Jahren demnach einer Doppelstrategie: Es ging ihm einerseits darum, bestehendes Wissen für den eigenen Diskurs aufzubereiten, andererseits eigene theoretische Ansätze zu formulieren.¹⁹

De Benoists kulturpolitische Entwürfe entstanden im Verlauf der 1970er Jahre und sind 1979 unter dem Titel *Idées à l'endroit* (auf Deutsch etwa: »Zurechtgerückte Ideen«) gesammelt erschienen. Ein zentrales Motiv in diesen Aufsätzen ist die Verbindung der Konzepte »Rasse«, »Kultur« und »Ethnie«, sowie ein damit postuliertes Differenzprinzip: das »Recht auf Differenz«. Über den Begriff der Ethnie begriff de Benoist den Menschen »nicht nur als zoologische Einheit«, sondern auch als Träger von Geschichte und Kultur – und damit eines »Schicksals«. Die »Ethnie« habe Teil an der »Rasse« und an der »Kultur«, umfasse also sowohl biologische als auch kulturell tradierte Aspekte.²⁰ Somit fungiert »Ethnie« als starkes Identitätsprinzip, sie sei das wichtigste Charakteristikum für kollektive Identität, weshalb Menschen einer Ethnie aus »strukturellen« Gründen »identische Verhaltensweisen« zeigen würden.²¹ Daraus leitete de Benoist das »Recht auf Differenz« ab: ein normatives und irreduzibles Prinzip, das die Trennung von solchen »Ethnien« überhaupt erst begründen soll.²² Entgegen der »zunehmenden Homogenisierung« von Kulturen gelte es, – und das war seine politische Schlussfolgerung daraus – ursprüngliche, wesentliche Differenzen wiederherzustellen.²³

Das »Recht auf Differenz« lässt sich als die entscheidende theoretische Innovation der Neuen Rechten beschreiben. Das Konzept zielt gegen die Idee des sogenannten »Egalitarismus«: Moderne Denksysteme, wie der Marxismus, der Liberalismus oder auch das Christentum hätten die eigentliche ethnisch-kulturelle Verschiedenheit von Menschen historisch verdeckt und bekämpft.²⁴ Dabei fasste de Benoist in seiner Schreibtischarbeit die fundamentale Ungleichheit der Menschen mit dem Begriff der »Ethnie« anders als im Sozialdarwinismus. Gegenüber diesem weit älteren Gedankengebäude konnte er insbesondere die Rolle der Biologie anders definieren, weil populär-biologische Wissensbestände sich in den vorhergehenden Jahrzehnten wesentlich verändert hatten. De Benoist bediente sich sowohl bei der zeitgenössischen Verhaltensbiologie als auch bei grundlegenden Konzepten aus der molekularbiologischen Genetik – er schrieb gewissermassen am Puls der Zeit. In einem Interview von 1974 beleuchtete er das Verhältnis von »Rasse« und »Kultur« genauer: Es handle sich hierbei um eine »Beziehung der Potentialität«. Hierfür konnte er auf den Biologen François Jacob verweisen: »Die Vererbung determiniert die Kultur nicht [...]. Die Vererbung determiniert nur die Fähigkeit, eine Kultur anzunehmen.«²⁵ De Benoist argumentierte, dass genetischer Code

als gleichzeitig wandelbare und fixierte Materialität bloss noch eine *Fähigkeit* (»potentialité«) festlege entgegen einer sozialdarwinistischen notwendigen Kopplung. Im Umkehrschluss bedeutet das aber auch: Wer nicht innerhalb einer bestimmten Ethnie geboren ist, hat keine Möglichkeit sich deren Kultur anzueignen – ein Gedanke, der später unter dem Namen »Ethnopluralismus« Verbreitung fand.²⁶ Dies impliziert wiederum die Unmöglichkeit von Konzepten wie der Integration, sodass »die anderen« unabdingbar und biologisch »die Anderen« bleiben.

Um solche Aporien zwischen Freiheit, Herkunft und Determination eines Menschen drehten sich im Frankreich der 1970er Jahre zahlreiche Debatten: Zentral war etwa die Frage nach der kulturellen Bedeutung von genetischem Material. Die entsprechenden biologisch-philosophischen Diskussionen wurden unter anderem in den Bestsellern der Starbiologen François Jacob und Jacques Monod ausgetragen.²⁷ Monod und Jacob stehen paradigmatisch für diejenige Art von Biologie, die sich in den 1970er Jahren zur wissenschaftlichen Königsdisziplin erhob. Denn bereits im vorherigen Jahrzehnt hatte sich ein Themen- und Problemfeld zwischen Biologie und dem Sozialen aufgetan, in welchem die Biologie mit neuen politischen Verheissungen aufgeladen wurde. Dabei wurde nicht nur die soziale Verantwortung von Wissenschaftler*innen problematisiert, sondern auch die grundlegende Frage nach der »Bedeutung der Biologie und ihrer Deutungshoheit« gestellt. Die neuen molekularbiologischen Wissensbestände hatten »konkreten Impact«, so der Historiker Onur Erdur, »auf medizinische, ethische, sozialtechnische und politische Entscheidungsbereiche«.²⁸ Persönlichkeiten wie Monod und Jacob verkörperten Anfang der 1970er Jahre neue Intellektuellen-Figuren. Nicht über das Schaffen im Bereich der Humanwissenschaften traten sie an eine öffentliche Sprechposition, sondern als Biologen. Werke wie *Le hasard et la nécessité (Zufall und Notwendigkeit)* vermochten ein naturwissenschaftliches Wissen in die öffentliche Debatte zu tragen, das sich als wandel- und interpretierbar herausstellte. Hinzu kamen Theorien der Verhaltensbiologie (vorwiegend von Konrad Lorenz) und spätestens ab 1975 Ideen aus der Soziobiologie-Debatte. All diesen Entwicklungen war gemein, dass sie biologisches Wissen und das Soziale sinnvoll zusammenzubringen versuchten.²⁹ De Benoist fügte sich mit seiner Theorie kultureller Differenzen in dieses bestehende Feld ein.

Hierfür war unerheblich, ob die wissenschaftlichen Bezüge von de Benoist inhaltlich korrekt und sein Zugriff auf populäres Wissen wissenschaftlich gerechtfertigt waren: Mit der Einbettung seiner Theorie in Debatten über die Deutungshoheit von biologischem Wissen konnte de Benoist sein Schaffen sinnvoll fundieren und legitimieren. Die von ihm vorgenommene Auslegung der Biologizität des Menschen ist hierfür ebenso wichtig wie die lexikalische Ansammlung und Bereitstellung wissenschaftlichen Wissens. Dabei ging es weniger um objektive Erkenntnis, sondern vielmehr um eine normative, kulturelle Sinnstiftung. Auf diese Weise schuf de Benoist vom Schreibtisch aus ein Netzwerk intertextueller Referenzen (wie in *Vu de Droite*), in das er seine eigenen Gedanken einzubetten suchte – etwa mit wildesten, von der

Verhaltensbiologie inspirierten, Analogien von Mensch und Tier: Beobachtungen darüber, wie Lachse zum Laichen dorthin zurückschwimmen, wo sie selber geboren wurden, oder dass Lebewesen in ihr eigenes Ökosystem eingebunden sind, würden genauso für den Menschen gelten.³⁰ Die in der heutigen Rechten schillernden Begriffe »Ethnie«, »Identität«, »Differenz« sowie »Authentizität« wurden im Zusammenhang dieser kulturellen und politischen Lesarten molekularbiologischen und humanwissenschaftlichen Wissens geprägt.

1978 – Zehn Jahre G.R.E.C.E.

Die Grundlegung einer Neuen Rechten auf wissenschaftlicher Basis erschöpfte sich aber nicht in der Theoriearbeit. De Benoist forschte nicht an einer Universität und war anderweitig auf eine Institution angewiesen, die seine Arbeit wissenschaftlich fundierte und absicherte. Er benötigte hierfür nicht nur ein textuelles, sondern auch ein personales Netzwerk, ebenso wie Publikationsorgane. 1978 feierte der von de Benoist mitbegründete *Groupement de recherche et d'études pour la civilisation européenne* (dt. etwa *Forschungs- und Studiengruppierung für die europäische Zivilisation*), kurz G.R.E.C.E, bereits sein zehnjähriges Jubiläum. Aus diesem Anlass publizierte die Gruppierung ein Büchlein, um »Bilanz zu ziehen« und um die bisherige Arbeit mit dem selbstgesteckten Ziel abzugleichen: einer »europäischen Renaissance«.³¹ Entsprechend trägt die Jubiläumspublikation auch den Titel *Dix ans de combat culturel pour une renaissance*. Bei der Lektüre zeigt sich, dass die Mitglieder ihren »Kulturkampf« auf zwei Ebenen führten: Einerseits beschreibt die Publikation ihre Arbeit an der eigenen Kultur und ihre Bemühungen zur Besinnung auf Traditionen. Andererseits widmet sich ein Grossteil des Buches dem eigentlichen Kampf gegen die imaginierte »culture à la mode«.³² Diese zeitgenössische herrschende Kultur sei ein Abbild der »Pathologie einer Zivilisation im Niedergang«, eine, die bloss »schwachsinnige Lieder«, »obsessiven Erotismus« und »Knüppelung durch Radio und Fernsehen« hervorbringe. Dies führe dazu, dass dem Menschen der Sinn für die eigenen Werte verloren gehe.³³ Die Bekämpfung dieser vermeintlichen Verfallserscheinung und die Bereitstellung von eigenem kulturellen Wissen bildeten das zentrale Anliegen des G.R.E.C.E. Die Gruppe war in ihrer politischen Praxis also eng verwoben mit de Benoists Publizistik – Wissensbereitstellung und Kulturkampf. Während de Benoist Theoriearbeit leistete, kümmerte sich der G.R.E.C.E. um deren Umsetzungen. Der G.R.E.C.E. sollte ebenso als »Denkschule« fungieren wie auch für die »Fleischwerdung« von Theorie »in der menschlichen Gemeinschaft« stehen. So nahm sich etwa ihre *Commission des traditions* im Dienste der Mitglieder und in beratender Funktion ganz »konkreter und alltäglicher« Probleme an, wie:

»Welches sind meine biologischen Wurzeln? [...] Welche Vornamen soll ich meinen Kindern geben? [...] Wie soll ich das Interieur meines Hauses einrichten? [...] Welchen Namen soll ich meinem Haus geben, um anzuzeigen, dass mein Heim mehr ist als nur mein Wohnsitz?«³⁴

Der *G.R.E.C.E.* sollte aber keine Beratungsstelle sein, wird er doch im Jubiläumsband beharrlich als »Ideen-Laboratorium« bezeichnet.³⁵ Dies machte die Organisation zu einer diffusen Einheit, die sich nicht hinreichend als politische Partei begreifen lässt – vielmehr zielt sie auf eine »umfassende Sicht auf das menschliche Leben« überhaupt.³⁶ Doch hinter dem Etikett eines holistisch orientierten Laboratoriums stand ein Bündel von Strategien und Leitsätzen, die streckenweise einem politischen Programm nahekommen.



Abb. 3: »Kulturkampf« vernetzt: Zehn Jahre *G.R.E.C.E.* (1977).

In zwölf »Situationen« sind die Leitsätze des *G.R.E.C.E.* in der Jubiläumspublikation dargelegt. Dieses manifestartige Kompendium fundiert eine Weltsicht, die in der Dichotomie von »für« und »gegen« aufzugehen scheint. Wenig überraschend entsprechen viele Maximen – etwa der Kampf »gegen Egalitarismus«, »gegen Entwurzelung« und »für eine organische Gesellschaft« – begrifflich und thematisch den Inhalten von Alain de Benoist: »Ethnie«, »Identität«, »Authentizität«.³⁷

Die Gruppe fungierte mit ihren Aktivitäten als Schnittstelle; laut Generalsekretär Jean-Claude Valla sollte »der Kampf« über die »Verknüpfung von Theorie und Praxis« geführt werden.³⁸ Auch Staatspräsident Valéry Giscard d'Estaing soll Interesse gezeigt haben an diesen intellektuellen und wissenschaftlichen Kopplungen des *G.R.E.C.E.*³⁹ Konkret ging es bei der Theorie/Praxis-Verknüpfung um Vernetzungen in Sitzungen oder Kolloquien sowie um wissenschaftliche Publikationen.⁴⁰ Alljährliche Kolloquien mit Teilnehmenden aus ganz Frankreich dienten der öffentlichen Präsentation und Diskussion eigener Schwerpunktthemen, die über die Publikationen vor- und nachbereitet wurden.

Diese Diskursprägungsstrategie erhielt ausserdem durch die Einladung von Wissenschaftler*innen Legitimität. Im Jahr 1979 publizierte der *G.R.E.C.E.* eine Aufzählung namhafter Persönlichkeiten, die diese Veranstaltungen in der einen oder anderen Weise unterstützt hatten. Unter den 123 Personen sind 37 Schriftsteller*innen, 35 Universitätsangehörige, 16 Journalist*innen und 11 Wissenschaftler*innen, sowie drei Mitglieder der *Académie française*: Thierry Maulnier (Journalist und Herausgeber), Maurice Druon (Schriftsteller und Politiker) und René Huyghe (Kunsthistoriker).⁴¹ Vertreten waren zudem Berühmtheiten wie der Anthropologe und Schriftsteller Robert Ardrey, der Jagdverhalten als Schlüssel zur Menschwerdung sah, oder Antony Burgess, Autor von *A Clockwork Orange*.⁴²

Der Versuch, die Wissenschaft für die Legitimation der eigenen Gedanken einzuspannen, bestimmte auch die Publikationstätigkeit des *G.R.E.C.E.* Dafür erhoben seine Veröffentlichungen den Anspruch auf akademisch-wissenschaftliche Strenge, was die Gruppe tatsächlich von anderen Organisationen aus dem rechten Lager unterschied. Zugleich diene wissenschaftliche Rigorosität aber auch systematisch der Selbstdarstellung. Im hauseigenen Verlag *Éditions Copernic* erschienen die Zeitschriften *Éléments* und *Nouvelle École*, die Sprachrohre der Gruppierung. *Nouvelle École* verfügte über ein Unterstützungskomitee, das *Comité de Patronage*, dem Wissenschaftler*innen sowie international bekannte Intellektuelle wie der Schriftsteller Arthur Koestler angehörten. In sämtlichen Ausgaben wurde als Legitimationsstrategie jeweils zu Beginn die Liste dieser Personen abgedruckt.⁴³

Bekannte Persönlichkeiten waren für das Netzwerk des *G.R.E.C.E.* essentiell. Für Diskussionsstoff sorgte Anfang der 1970er Jahre besonders ein Beispiel: De Benoist bemühte sich stark um die Unterstützung des Nobelpreisträgers Konrad Lorenz, dessen Verhaltensforschung sich für biologisch fundierte Argumentationen als brauchbar erwies. Beobachtungen von tierischem Verhalten dienten als Erklärung für das Zusammenleben von Menschen, und Lorenz' Kritik an der Auffassung, dass alle Menschen gleich geboren seien, bot Anschlusschancen.⁴⁴

Seit 1971 erhielt Lorenz die Zeitschrift *Nouvelle École* ungefragt zugestellt. Nach regem Briefwechsel besuchte de Benoist ihn 1974 für ein Interview, das in einer aufwändig gestalteten Doppelnummer zum Thema der Ethologie erschien und mit Nebeneinanderstellungen von Mensch und Tier bebildert wurde.⁴⁵ Einige Zeit nach dem Erscheinen der Doppelnummer erhielt Lorenz 1979 dann die Einladung zum Beitritt ins Unterstützungskomitee, die er dankend annahm. Im selben Jahr thematisierte allerdings *Der Spiegel* die Entwicklungen um de Benoist und dessen rechtsradikales Gedankengut, was zu weiteren Medienberichten führte, in denen auch deutschsprachige Sympathisierende wie Lorenz stets genannt wurden.⁴⁶ Während der Bundespräsidentenwahlen 1980 in Österreich erhielt der Kandidat der neonazistischen NPD, Norbert Burger, Zulauf, was zahlreiche Gegenproteste hervorrief, in deren Kontext Lorenz' Mitgliedschaft in ein neues Licht gerückt wurde.⁴⁸

Vor diesem Hintergrund schrieb Lorenz an de Benoist:

»Ich habe damals nicht geglaubt, dass Neo-Nazismus in irgendeiner Form eine Gefahr darstellen würde, mit anderen Worten, hielt ich sein Wiedererwachen für unmöglich. Aktuelle Ereignisse haben mir nicht Recht gegeben, und ich empfinde das dringende Verlangen, jeden Kontakt mit politischen Prozessen dieser Art – tatsächlich, jeder Art – zu vermeiden.«⁴⁹

Die Einladung von Lorenz ins Komitee und die vorangehende Kontaktaufnahme zeigen, wie der G.R.E.C.E. Wissenschaftler*innen einzuspannen versuchte. Diese sollten den Veröffentlichungen Legitimität und der Gruppierung sowie den neurechten Diskursen einen wissenschaftlichen Bezugsrahmen verleihen. Diese Strategie ist wiederzuerkennen, wenn Generalsekretär Jean-Claude Valla betonte, dass eine »selektive Rekrutierungspolitik« die hervorragende Qualität der Publikationen sichere.⁵⁰ Die Rekrutierung funktionierte vor allem via Empfehlungen von Mitwirkenden, also über persönliche Patenschaften.⁵¹ Im G.R.E.C.E. wurden nämlich zwischen Gründungsmitgliedern, »Membres titulaires« und »Membres associés« unterschieden. Die »Membres titulaires« wurden von einem »Paten« eingeführt, als »associés« hatten sie dann die Bewährungsfrist bestanden. Zwar erwies sich die Organisation mit Verwaltungsrat, Präsident und ideologischer Leitung als eine hierarchisch strukturierte. Tatsächlich prägend für die Aktivitäten des G.R.E.C.E. waren allerdings die Untergruppierungen und weiteren Assoziationsformen. Insgesamt kam der G.R.E.C.E. auf eine Mitgliederzahl von 3000 Personen, die in 30 verschiedenen Gruppen organisiert waren.⁵²

Neben einem Förderclub, Studienzirkeln und weiteren regionalen Gruppen verfügte die Organisation auch über eine Auslandskorrespondenz. Beispielsweise berichtete Jacques Marlaud aus Südafrika oder Thémistocle Savas vom Balkan.⁵³ Zusammengehalten wurden die Mitglieder durch den internen Informationsdienst *Le Lien*.⁵⁴

Der G.R.E.C.E. war insofern eine Vereinigung, die nur bestimmten Personen zugänglich war, klassischen konservativen Clubs entsprechend. Allerdings erinnert das szientistische und metapolitische Selbstverständnis stark an die seit Ende der 1960er Jahre zusehends verbreiteten Thinktanks.⁵⁵ Über die regionalen Gruppen konnte sich der G.R.E.C.E. weiter vernetzen, und die losen Assoziationsformen ermöglichten es, Meinungsträger und wichtige Persönlichkeiten zu Legitimationszwecken einzuspannen. Bewusst trat der G.R.E.C.E. als Organisation in Erscheinung, die versuchte, nicht Massen, sondern gesellschaftlich relevante Personen anzusprechen und ein internationales Netzwerk aufzubauen. Die selektierten Mitglieder und die Assoziierten verschafften auch de Benoist eine wissenschaftliche Legitimationsbasis, von der aus Meinungsbildung und öffentliche Mitsprache möglich wurden.

1979 — Der Sommer der Neuen Rechten: de Benoist im Fernsehen

In den Sommerferien des Jahres 1979 wurde die Neue Rechte Thema in der französischen Presse. »Die Neue Rechte richtet sich ein« schrieb der Journalist Thierry Pfister am 22. Juni in *Le Monde* und läutete mit seinem Artikel den Anfang einer grossen Pressekampagne ein, die über den ganzen Sommer hinweg lief.⁵⁶ Auch wenn Transformationen im rechten Spektrum schon in den Vorjahren immer wieder journalistisch beobachtet worden waren, geriet in diesem Sommer der *G.R.E.C.E.* in den Fokus des medialen Interesses.⁵⁷ Die Debatte kreiste um die Figur Alain de Benoist. Dieser resümierte am Ende des Sommers:

»Ich verbrachte, zwischen meiner Frau, meinem Sohn und meiner Katze sitzend [...], einen Teil des Sommers damit, die Artikel zur Neuen Rechten zu lesen, nicht mit Erstaunen [...], aber mit einer steigenden Neugier.«⁵⁸

In der Tat publizierten nach *Le Monde* unter anderem auch *Libération*⁵⁹ und *Le Nouvel Observateur* Artikel zur »Neuen Rechten« – letzterer widmete ihr sogar seine Titelseite mit der Schlagzeile »Die neuen Kleider der Französischen Rechten«.⁶⁰

Ausserhalb von Frankreich berichteten etwa *International Herald Tribune*,⁶¹ *Le Matin*,⁶² *Time Magazine*,⁶³ *Der Spiegel*⁶⁴ und *Corriere della Sera*.⁶⁵ De Benoist will sich sogar an Berichte in der paraguayischen Presse erinnern.⁶⁶ Gegen Ende des Jahres 1979 hegte der Literaturkritiker und Journalist François Bondy in der *Weltwoche* den Verdacht, dass es sich bei der »Neuen Rechten« um »publizistischen Erfolg und Wirbel« gehandelt habe und sich nur wenig greifbare politische Wirkungen gezeigt hätten.⁶⁷ Doch genau auf diese Art von Erfolg war de Benoist aus gewesen: Noch im Herbst desselben Jahres erschien in den *Nouvelles Éditions Oswald* eine Sammlung über das mediale Geschehen des Sommers mit zahlreichen französischen Presseartikeln jedweder Couleur. Die Sammlung *La Nouvelle Droite. Le Dossier du »Procès«* wurde in der Reihe *Faut-il brûler? (Muss man das verbrennen?)* herausgegeben.⁶⁸ Der *G.R.E.C.E.* reichte im September dagegen eine gerichtliche Beschwerde ein.⁶⁹ Doch mussten sich de Benoist und seine Mitstreiter keineswegs Sorgen machen, aus dem öffentlichen Raum verdrängt zu werden. Die breite Berichterstattung hatte die *Nouvelle Droite* als fester Begriff im öffentlichen Diskurs etabliert.

De Benoist merkte zwar zur allgemeinen Situation im Sommer an, dass es sich bei seinem medial produzierten Abbild »nicht mehr um einen Doppelgänger« von ihm handelte, »sondern um einen Unbekannten.«⁷⁰ Doch dies war nur eine Begleiterscheinung des Erfolgs: Alain de Benoist war eine öffentliche Person geworden, die aus den politischen Debatten am Ende der 1970er Jahre immer weniger wegzudenken war. Im fünfseitigen Interview der *Playboy*-Ausgabe vom November 1979 wurde die ganze

Situation als »regelrechter Erdrutsch« bezeichnet und de Benoist aufgrund seiner »erstaunlichen Überlegungen« ins Zentrum gerückt.⁷¹ Demgemäss zog er aus der Berichterstattung eine positive Bilanz, sowohl für die Neue Rechte als auch für ihre Debatte.

L'INTERVIEW DE PLAYBOY: ALAIN DE BENOIST
réflexions étonnantes du chef de file de la « nouvelle droite »

Ce fut un véritable raz-de-marée. C'est dit, la « Nouvelle Droite » a déferlé sur les journaux qui, devant ce phénomène, ont négligé le monstre du Loch Ness, le fameux Néméa qui pointe habituellement son nez aux mois de juillet et d'août quand la presse est dans sa période creuse.

L'essor de la Nouvelle Droite allait d'un seul coup mobiliser l'ensemble des éditorialistes, certains voyant dans ce courant de pensée une dangereuse réurgence du fascisme. A gauche, du Nouvel Observateur à... la Pravda qui n'a pas hésité à comparer les écrits de la Nouvelle Droite au programme d'action d'Hitler, ce fut le décalé-

Louis Pauzelet, le directeur du Figaro-Magazine, où la Nouvelle Droite s'exprime largement, était sommé de s'expliquer. Mais celui, narquois, par qui le scandale arrivait c'était un jeune intellectuel de 37 ans, Alain de Benoist, chroniqueur dans le même Figaro. Considéré comme le chef de file de ce mouvement d'idées, il eut à subir une critique violente de la part de ses détracteurs.

PLAYBOY, qui fut le premier journal au monde à parler de Nouvelle Droite, avait été aussi pratiquement le seul à signaler l'existence de la Nouvelle Droite

dans un article d'Alexandre Astruc, paru en janvier 1979. Aujourd'hui PLAYBOY relance le débat avec l'interview d'Alain de Benoist qui vient de publier, aux Editions Libres d'Édition, un livre intitulé « Les idées à l'endroit ».

Dans cet entretien avec Jean-Claude Lamy, il livre de quoi surprendre tous ceux qui l'avaient condamné sans appel.

PLAYBOY: En tant que théoricien de la Nouvelle Droite, vous êtes l'homme à abattre pour les intellectuels de gauche, car, à leurs yeux, vous véhiculez une idéologie dangereuse. C'est tout juste si on ne vous compare pas à Joseph Goebbels. Est-ce vous faire trop d'honneur ?

DE BENOIST: Le style de ceux qui font de telles comparaisons reflète beaucoup plus les méthodes de Goebbels que le portrait qu'ils donnent de moi-même. Je crois, en fait, que dans ces milieux, l'existence d'une école de pensée de droite ne fait plaisir à personne. La gauche qui, à de rares intermèdes près, n'a jamais eu le pouvoir politique en France depuis la guerre, a en revanche toujours obtenu le pouvoir culturel. Pendant trente ans, elle a eu une sorte de

monopole du cœur et de l'esprit. C'est alors qu'il y a dix ans, sont apparus un certain nombre de cercles et de clubs de réflexion, de journaux et de revues, se situant dans une mouvance intellectuelle destinée à recevoir une intelligentsia de droite sur des bases entièrement neuves. Je m'étonne d'ailleurs de voir aujourd'hui cette floraison d'articles sur la Nouvelle Droite, comme s'il s'agissait d'un phénomène très récent. Car si l'on se reporte à la presse depuis dix ans, à quelques exceptions près, ce fut le silence sur le développement de cette école de pensée. Jusqu'au jour où il n'a plus été possible de ne pas en parler car elle avait trouvé des centres de résonance dans les médias où certains de ses membres s'exprimaient. Dès lors, on est entré dans une deuxième phase, très classique d'ailleurs, qui est celle de la disqualification systématique de cette école, c'est-à-dire que chacun se fait sa petite idée de la Nouvelle Droite, raisonne selon ses phantasmes, s'efforce de ne pas engager le débat sur le fond, de ne jamais citer les textes ou peu s'en faut. C'est ainsi que certains ont fait de voir dans la Nouvelle Droite une « réurgence du fascisme » ! Or, il suffit de se



PHOTOS FRANÇOIS LATHEUILLE

« Il est intéressant de voir que la Nouvelle Droite et la Nouvelle Gauche sont nées au même moment, en 1968. Ceux qui avaient 20 ans se sont sentis aussi mal à l'aise dans la vieille gauche que dans la vieille droite. »

« Je suis de droite par anticonformisme. Je suis très indifférent aux mandanités parisiennes, ce petit éventail de modes, de piaillements qui forment la trame de ce micro-milieu. »

« J'ai de la tendresse pour Jean-Paul Sartre. Et je n'ai jamais voulu me mêler aux ricanements abjects de la vieille droite lorsque Sartre venait à la « Cause du Peuple » dans la rue. »

Abb. 4: Mediales Interesse an Alain de Benoist: Interview im Playboy 1979.

Es sei ermutigend, dass mitten im Sommerloch 1979 in der Presse ausgiebig über Konflikte zwischen Natur und Kultur, dem Angeborenen und dem Erworbenen sowie über Verwurzelung und Biologie diskutiert werde.⁷² In dieser Hinsicht bildete die Diskussion um die Neuen Rechte, ihre Themen und das Wissen, das durch ihre Institutionen in Umlauf gebracht wurde, in diesem Jahr nicht mehr bloss eine »Nischen-« oder »Gegenöffentlichkeit«, wie der Politikwissenschaftler Rainer Benthin meinte.⁷³

Vielmehr wurde die Neue Rechte immer mehr Teil eines breiten, allgemeinen Diskurses und einer etablierten Medienlandschaft. Laut dem Politikwissenschaftler Franz Greß hat sich hiermit eine Rechte gezeigt, die die Linke mit ihren eigenen intellektuellen Waffen bekämpfte.⁷⁴ De Benoist ging aus der Zeitungsdebatte als öffentliche Figur hervor und neurechte Themen fanden sich in einer publikumswirksamen Diskussion wieder. Diese

Entwicklungen bündelten sich in einem Ereignis im Herbst desselben Jahres, das für die Publizität von de Benoist womöglich noch wichtiger war als die Zeitungsberichte im Sommer. De Benoist wurde im Herbst 1979 in die Sendung *Apostrophes* mit Moderator Bernard Pivot eingeladen.

Die Livesendung lief allfreitglich zur besten Sendezeit auf *Antenne 2* und erreichte zeitweise über sechs Millionen Zuschauende. Unter dem Titel *Quelle nouvelle droite?* stellte der Moderator Bernard Pivot eine politisch bunte Gästeliste für die Sendung an diesem Freitagabend zusammen: Mit dabei waren der Zentrist Georges Hourdin («Christ, Journalist und Demokrat»), der Soziologe Alain Touraine (damals Direktor der Forschungsstelle *Centre d'études des mouvements sociaux*), der Rechtskonservative Henry de Lesquen (Mitbegründer des rechtsnationalen *Club de l'horloge*) und der Aktivist Jean-Pierre Apparu («früher ein Aktivist der Rechten»).

Alle vier hatten in den vergangenen Monaten Bücher zur *Nouvelle Droite* publiziert. Von Beginn an war klar, dass sich das Gespräch um den fünften Gast drehen würde: Alain de Benoist, von Moderator Pivot als »Hauptideologe der Neuen Rechten« vorgestellt.⁷⁵ Mit der Gästeliste versuchte Pivot stereotype Figuren der Pariser Intelligenz um de Benoist zu versammeln: den marxistischen Soziologen, den alten christdemokratischen Journalisten, den jung-konservativen *haute fonctionnaire* und dazu einen desillusionierten rechten Aktivist (der dementsprechend die ganze Sendung über stumm blieb).



Abb. 5: Inszenierung als öffentlicher Intellektueller: Alain de Benoist (Mitte) zu Gast bei *Apostrophes*.

In diese Konstellation wurde de Benoist eingepasst – fast so, als wollte Pivot den vergangenen Sommer im Mini-Format reinszenieren. An der Gesprächsrunde kann das sommerliche Geschehen zwar nicht hinreichend nachvollzogen werden, doch lässt sich an de Benoists Auftritt die medial-diskursive Resonanz seiner Themen verstehen. Während des Gesprächs verhielt sich de Benoist gemäss dem Habitus eines abgeklärten und differenzierten Intellektuellen. In gelassener Manier gab er klare, reflektierte Antworten und machte einen frischeren, weit weniger verstaubten Eindruck als die anderen Gäste. In der Vorstellungsrunde betonte er mit Nachdruck, dass er weder Politiker sei noch, dass es ihm überhaupt um Politik gehe. Vielmehr stellte er die kulturellen Aspekte seines Vorhabens heraus und profilierte sich als zugänglichen Theoretiker: »Viele meiner Gedanken entstammen genetisch nicht der Rechten und werden auch nicht immer rechts sein.« Ausserdem seien seine Ideen »gemacht, um diskutiert zu werden«. ⁷⁶ Er sprach nicht in Parolen, sondern drückte sich gebildet aus, zog Gegenmeinungen immerzu in Betracht und nutzte sie produktiv – die Inszenierung eines Intellektuellen schlechthin.

Seine Inszenierung gewann dabei durch die Gegenüberstellung zum Gründer des *Club de l'horloge*, Henry Lesquen, an Kontur, da sich de Benoist gezielt von ihm distanzieren konnte: »Ich betone nicht so sehr die Biologie-Aspekte, wie das Henry de Lesquen macht.« ⁷⁷ Auch der renommierte Soziologe Alain Touraine lobte – wohlgermerkt vor sechs Millionen Zuschauenden – dass Alain de Benoist im Gegensatz zum »jungen Chef des *Club de l'horloge*« es geschafft habe, seine Biologismen fallengelassen zu haben. Dies war der entscheidende Moment des Fernsehens: Die intellektuelle Gesprächskonstellation liess de Benoist nicht wie einen herkömmlichen Rechten wirken, der einen biologistischen Determinismus als allgemeines Weltbild vertrat – diese Rolle fiel Henry de Lesquen zu. De Benoist codierte biologische Notwendigkeiten, Zwänge und Essentialismen geschickt in einen starken Kultur-Begriff um: biologische Vererbung begründete bloss kulturelle Differenzen, die allerdings kulturellen Austausch ausschlossen sowie Integration verunmöglichten. In der Konsequenz setzte auch de Benoist irreduzible Differenzen. Sein Gebrauch von neuen Wissensbeständen aus der Biologie machte jedoch den Anschein, sozialdarwinistische Prinzipien zu überwinden – was Alain Touraine bestätigte.

De Benoist Fernsehauftritt vermag zu zeigen, wie der Vordenker der Neuen Rechten öffentlich als kulturphilosophischer Intellektueller auftrat, wie in diesem Auftreten seine Figur funktionieren konnte. Damit bahnte er einer neuen Art von rechtem Diskurs den Weg der medial in legitimer Weise Geltung beanspruchen konnte. Der effektive und in der entsprechenden *Éléments*-Ausgabe gefeierte Auftritt ⁷⁸ sowie die mediale Anerkennung als Intellektueller profitierten von einer anderen vorangegangenen Diskussion: die Debatte um die *Nouveaux Philosophes* in derselben Sendung *Apostrophes* im Mai 1977. Die sogenannten *Nouveaux Philosophes* waren eine Gruppe von jungen philosophierenden Leuten, die unter dem Banner des Anti-Totalitarismus eine programmatische Abkehr von etablierten

Denkweisen der französischen Intellektuellenkultur beanspruchte. Dies löste eine regelrechte mediale Furore aus, kulminierend in der Einladung in die Sendung *Apostrophes*. Das epochenmachende Gespräch mit den Protagonisten André Glucksmann und Bernard-Henri Lévy unter dem Titel *Les nouveaux philosophes sont-ils de droite ou de gauche? (Sind die Nouveaux Philosophes rechts oder links?)*⁷⁹ etablierte einen veränderten Typus des Intellektuellen.



Abb. 6: Mediale Aufmerksamkeit: Die »Nouvelle Droite« im Fernsehen.

Die Sendung gab Glucksmann und Lévy und ihrem Abgesang auf den Marxismus eine hinreichende Plattform, um die Bestsellerautoren in den Status von neuen Denkern zu heben. Nicht nur ihr expliziter Anti-Marxismus erwies sich als Neuerung gegenüber der jahrzehntelang dominanten Rolle von marxistischer Theorie an den französischen Universitäten. Wie der Titel der Sendung nahelegt, ging es nun auch um eine Neubewertung des Links-Rechts-Spektrums, wäre doch früher eine ablehnende Haltung gegenüber Marx nur von rechter Seite aus denkbar gewesen.⁸⁰

Zwei Jahre später trat de Benoist seinerseits im medial ähnlich aufbereiteten Gespräch als ein neuer Intellektueller auf, der selbst angab, die Trennung von Links und Rechts überwinden zu wollen, und der sich ebenfalls um Abgrenzung vom Totalitarismus bemühte.⁸¹ Auch wenn Glucksmann und Lévy keineswegs neurechte Denker waren, wies de Benoists Auftritt ähnliche Aspekte auf, die den beiden Autoren aus der vorhergehenden Sendung bereits zu Popularität und Anerkennung verholfen hatten. Wie bereits im Sommer 1979 im *Time Magazine*⁸² zu lesen war, habe Frankreichs Neue Rechte die lebhafteste Debatte im Land

ausgelöst seit den *Nouveaux Philosophes*. Auch der *Playboy*⁸³ rühmte sich in der Einleitung zum Interview mit de Benoist damit, als erster von den *Nouveaux Philosophes* berichtet und ebenso bereits im Januar des Jahres einen Artikel zur *Nouvelle Droite* gedruckt zu haben. Die Parallele lag damals auf der Hand und de Benoist präsentierte sich gemäss eines neuen Intellektuellen-Typus.

Neue Wissensbestände, neue Intellektuelle

Sieht man sich die publizistischen und medialen Aktivitäten der Neuen Rechten im Frankreich der 1970er Jahre an, rückt die Frage nach deren Umgang mit gesellschaftlich debattiertem Wissen in den Fokus. Anhand von de Benoists Verhältnis zur populär-politischen Biologie wurde deutlich, wie wissenschaftliche Referenzen aufgegriffen und in einen öffentlichen Diskurs integriert wurden, um ihnen eigene Bedeutung einzuschreiben. Auf diese Weise war es de Benoist möglich, ein neues rechtes Denken in der Öffentlichkeit zu platzieren. Dafür war die Figur des Intellektuellen als eine öffentlichkeitswirksame Sprechposition entscheidend, die nicht von de Benoist alleine, sondern durch Medien und andere Institutionen geformt wurde.⁸⁴

Genau diesen Formungsprozess hat der Blick auf die hier beleuchteten Jahre von 1977 bis 1979 freigelegt: de Benoist kann als Person charakterisiert werden, die in ihrem Schaffen am Schreibtisch, ihrer Vernetzung im Rahmen von *G.R.E.C.E.* und ihrem öffentlichen Auftreten die zeitgenössischen Diskurse und medialen Formate passgenau zu bedienen wusste. Er konnte sich als neuer Intellektueller profilieren, der sich in seinem wissenschaftlich anmutenden, aber politisch zweckgerichteten Schreiben zum Trend-Thema Biologie äusserte. Legitimation erhielt er dabei als Kopf der elitären Gruppierung *G.R.E.C.E.* und durch die Involvierung von Wissenschaftler*innen. Ebenso wichtig ist es aber, auf die Umstände hinzuweisen, in denen de Benoist zur Intellektuellen-Figur werden konnte. Dafür können die Geschehnisse in der Medienlandschaft des Jahres 1979 stehen, die zur öffentlichen Anerkennung seiner Person führten. Sein Profil als medial präserter Intellektueller ist nicht erschöpfend als Maskierung rechten Denkens zu verstehen. Dieses Profil verweist genauso auf eine bestimmte historische Konstellation am Ende der 1970er Jahre, die Alain de Benoist die Möglichkeit bot, als Intellektueller aufzutreten und in der Arbeit an Wissen und Ideen das Fundament der Neuen Rechten zu legen.

Patrick Gut hat Zeitgeschichte und Wissenschaftsphilosophie an der Universität Zürich studiert. Ricardo Stalder studiert Zeitgeschichte und Germanistik an der Universität Zürich.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: »Die neue Enzyklopädie«: Rückseite der Frühlings-Ausgabe von *Éléments*. Aus: *Éléments pour la civilisation européenne* 20 (1977).

Abb. 2: *Nouvelle École* 38 (1982), Themenheft »Darwinisme et société«, Cover.

Abb. 3: Titelbild von GRECE: Groupement de Recherche et d'Études pour la Civilisation Européenne: *Dix ans de combat culturel pour une renaissance*, Paris: G.R.E.C.E. (1977).

Abb. 4: Eine Seite aus dem Interview im *Playboy*: »L'interview de Playboy: Alain de Benoist. Réflexions étonnantes du chef de file de la ›nouvelle droite‹«, *Playboy*. Edition Française 72 (31.10.1979), S. 41.

Abb. 5: Still aus der Fernsehsendung (v.l.n.r.): Bernard Pivot, Alain de Benoist, Henry de Lesquen. »Quelle nouvelle droite?«, Produktion: Antenne 2, Sendung: *Apostrophes*, 28.07.1979, 74 Minuten.

Abb. 6: Still aus der Fernsehsendung (v.l.n.r.): Alain Touraine, Georges Hourdin, Bernard Pivot, Alain de Benoist, Henry de Lesquen, Jean-Pierre Apparu. »Quelle nouvelle droite?«, Produktion: Antenne 2, Sendung: *Apostrophes*, 28.07.1979, 74 Minuten.

Literatur

- 1 Vgl. o.A., »L'interview de Playboy: Alain de Benoist. Réflexions étonnantes du chef de file de la ›nouvelle droite‹«, *Playboy*. Edition Française 72 (31.10.1979), S. 41–46 u. 160.
- 2 Vgl. mehrere Artikel in *Le Matin*: Jean Bothorel, »Les territoires des nouveaux idéologues« (25.07.1979); Laurent Dispot, »Argument scientifique et argument d'autorité«, (27.07.1979); Alain Touraine, »Petites querelles doctrinales et grandes menaces politiques« (31.07.1979); Gerard Leclerc, »Au-delà de la ›blaguologie‹ scientifique« (07.08.1979); Guy Hocquenghem, »Contre, tout contre la Nouvelle Droite«, *Libération* (13.07.1979). Vgl. Titelblatt von *Le Nouvel Observateur* 764 (02.07.1979); o.A., France: A New Right Raises Its Voice, *Time Magazine* 114/7 (13.08.1979); o.A., »Den alten Volksgeist erwecken. Alain de Benoist über die ›Verwurzelungs-Ideologie der französischen Neuen Rechten«, *Der Spiegel* 34 (20.08.1979); Lorenzo Bocchi, »Ma la ‚Nuova destra‘ è vecchia?«, *Corriere della sera* (13.07.1979); sowie François Bondy, »Die beiden ›Neo‹«, *Die Weltwoche* (12.12.1979).
- 3 Vgl. Jacob Collins: *The Anthropological Turn: French Political Thought After 1968*, Philadelphia: Pennsylvania University Press (2020), S. 47.
- 4 Gemäss de Benoists Autobiographie wurde eine gekürzte Fassung des Buches im Taschenbuchformat, die beim populären Verlag *Livres de Poche* hätte publiziert werden sollen, kurz vor dem Erscheinen wieder aus dem Programm gestrichen. (Vgl. Alain de Benoist: *Mein Leben: Wege eines Denkens*, Berlin: JF Edition (2014), S. 160.)
- 5 Alain de Benoist: *Aus rechter Sicht: Eine kritische Anthologie zeitgenössischer Ideen*, Bd. 1, Tübingen: Grabert (1983), S. 33.
- 6 Der Historiker Onur Erdur weist darauf hin, dass sich gegen Ende der 1960er und anfangs der 1970er Jahre im Bereich von »Biologie und Gesellschaft« diverse neue Themenfelder auftraten. Diese hätten sich von der Frage nach der »gesellschaftlichen Bedeutung der Biologie« erstreckt »bis zur Frage nach der gesellschaftspolitischen Verantwortung von Wissenschaftlern in modernen Wissensgesellschaften«. Ebenso sei die Frage nach den Einflüssen von rezentem biologischem Wissen auf »medizinische, ethische, sozialtechnische und politische Entscheidungsbereiche« aufgeworfen worden. (Onur Erdur: *Die epistemologischen Jahre: Philosophie und Biologie in Frankreich 1960–1980*, Zürich: Chronos (2018), S. 327–358.)
- 7 O.A., »Den alten Volksgeist erwecken. Alain de Benoist über die ›Verwurzelungs-Ideologie der französischen Neuen Rechten«, *Der Spiegel* 34 (20.08.1979), S. 157–162.
- 8 Vgl. Alain de Benoist: *Kulturrevolution von rechts: Gramsci und die Nouvelle Droite*, Krefeld: SINUS-Verlag (1985), S. 13.
- 9 Vgl. Alain de Benoist: *Mein Leben: Wege eines Denkens*, Berlin: JF Edition (2014), S. 135.
- 10 Vgl. Jacob Collins: *The Anthropological Turn: French Political Thought After 1968*, Philadelphia: Pennsylvania University Press (2020), S. 43–46.
- 11 Vgl. Rainer Benthin: »Angriffe aus der Nische: Die Bedeutung von ›1968‹ für den Kulturkampf der Neuen Rechten in Deutschland«, in: Damir Skenderovic, Christina Späti: *1968 – Revolution und Gegenrevolution: Neue Linke und Neue Rechte in Frankreich, der BRD und der Schweiz*, Basel: Schwabe (2008), S. 81–92, für das Zitat siehe Einleitung, S. 11. Vgl. ebd., S. 91f.
- 12 Vgl. für die umfassende Liste, Anne-Marie Duranton-Crabol: *VISAGES de la NOUVELLE DROITE. Le G.R.E.C.E. et son HISTOIRE*, Paris: Presses de la Fondation Nationale des Sciences Politiques (1988), S. 250f.
- 13 Vgl. Alain de Benoist: *Mein Leben: Wege eines Denkens*, Berlin: JF Edition (2014), S. 160. Für eine Zusammenstellung des Lobpreises in der hauseigenen *Éléments* vgl. o.A. »80 opinions sur ›Vu de droite‹«, *Éléments pour une civilisation européenne* 24-25 (Winter 1977/78), S. 3–11.

- 14 Alain de Benoist: *Aus rechter Sicht: Eine kritische Anthologie zeitgenössischer Ideen*, Bd. 1, Tübingen: Grabert (1983), S. 29.
- 15 Vgl. ebd.
- 16 Vgl. »Jacques CHANCEL s'entretient avec Alain de BENOIST, écrivain«, Produktion: France Inter, Sendung: *Radioscopie* (28.11.1977), 56 Minuten, hier ab Minute 50:20. Aufrufbar u.a. über Soundcloud <https://soundcloud.com/patrick-p-h-le/alain-de-benoist-radioscopie-de-jacques-chancel-28111977> (zul. abgerufen am 14.09.20).
- 17 Vgl. ebd., ab Minute 07:00.
- 18 Vgl. ebd., ab Minute 13:25.
- 19 Zu dieser Strategie s. Taguieffs Analyse des G.R.E.C.E. (Vgl. Pierre-André Taguieff: »From race to culture: The New Right's view of European identity«, in: *Telos* 98–99 (1993), S. 99–125, hier S. 110f.)
- 20 Vgl. Alain de Benoist: *Kulturrevolution von rechts: Gramsci und die Nouvelle Droite*, Krefeld: SINUS-Verlag (1985), S. 53f.
- 21 Vgl. ebd.
- 22 Vgl. z.B. Alain de Benoist: *Les Idées à l'endroit*, Paris: Hallier (1979), S. 163ff; Alain de Benoist: *Kulturrevolution von rechts: Gramsci und die Nouvelle Droite*, Krefeld: SINUS-Verlag (1985), S. 69ff.
- 23 Vgl. Alain de Benoist: *Kulturrevolution von rechts: Gramsci und die Nouvelle Droite*, Krefeld: SINUS-Verlag (1985), S. 13f., S. 53f. u. S. 69f.
- 24 Vgl. Jacob Collins: *The Anthropological Turn: French Political Thought After 1968*, Philadelphia: Pennsylvania University Press (2020), S. 6f; Andrea Mammine: *Transnational Neofascism in France and Italy*, New York: Cambridge University Press (2015), S. 162f.
- 25 Eine Bezugnahme zu Jacob oder Monod findet sich etwa auch in »Wider den Rassismus«; »Die Verwurzelung« (Vgl. Alain de Benoist: *Kulturrevolution von rechts: Gramsci und die Nouvelle Droite*, Krefeld: SINUS-Verlag (1985), S. 53f bzw. S. 69f; »Vingt cinq principes« (Vgl. Alain de Benoist: *Les Idées à l'endroit*, Paris: Hallier (1979), S. 49f.); ebenso in Beiträgen in der *Nouvelle École* (Vgl. z. B. *Nouvelle École* 25–26 (1975), S. 51f).
- 26 Dies ist ein Projekt, das für de Benoist seit den 1960ern und bis über die 1980er hinaus zentral war. (Vgl. Tamir Bar-On: *Rethinking the French New Right. Alternatives to modernity*, Abingdon: Routledge (2013), S. 125f.)
- 27 Vgl. Onur Erdur: *Die epistemologischen Jahre: Philosophie und Biologie in Frankreich 1960–1980*, Zürich: Chronos (2018).
- 28 Vgl. ebd., S. 266.
- 29 1975 erschien E.O. Wilsons *Sociobiology: The New Synthesis*. Der Historiker Jean-Frédéric Schaub merkt an, dass *Sociobiology* allgemein im Frankreich der 1970er Jahre zwar im Vergleich zur USA eher schwach rezipiert wurde, Ideen dieser Sorte jedoch in der G.R.E.C.E. ungleich stärker aufgenommen wurden (Vgl. Jean-Frédéric Schaub: *Race Is about Politics: Lessons from History*, Princeton: Princeton University Press (2019), S. 46f.) Zum Thema der sozialen Relevanz von Soziobiologie und Verhaltensforschung in den 1970er Jahren vgl. die Kapitel 13 und 14 in Erika Milams Monographie *Creatures of Cain: The Hunt for Human Nature in Cold War America*, Princeton: Princeton University Press (2019), S. 235–276.)
- 30 Vgl. Alain de Benoist: *Les Idées à l'endroit*, Paris: Hallier (1979), S. 137.
- 31 Vgl. Groupement de Recherche et d'Études pour la Civilisation Européenne: *Dix ans de combat culturel pour une renaissance*, Paris: G.R.E.C.E. (1977), S. 7.
- 32 Vgl. ebd., S. 86.
- 33 Vgl. ebd., S. 86.
- 34 Ebd., S. 40.
- 35 Vgl. ebd., S. 83.
- 36 Vgl. ebd., S. 40.
- 37 Vgl. Pierre-André Taguieff: »From race to culture: The New Right's view of European identity«, in: *Telos* 98–99 (1993), S. 104.
- 38 Vgl. Groupement de Recherche et d'Études pour la Civilisation Européenne: *Dix ans de combat culturel pour une renaissance*, Paris: G.R.E.C.E. (1977), S. 61.
- 39 Vgl. Walter Schwarz, »France's Contagious Intellectual Freemasonry of Racism«, *The Guardian* (23.06.1978), S. 13.
- 40 Vgl. Groupement de Recherche et d'Études pour la Civilisation Européenne: *Dix ans de combat culturel pour une renaissance*, Paris: G.R.E.C.E. (1977), S. 61.
- 41 Vgl. Fanz Greß, Hans-Gernd Jaschke, Klaus Schönekeäs: *Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa: Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (1990), S. 52; ebenso die ausführlichen Listen im Anhang von Anne-Marie Duranton-Crabols Untersuchung *Visages de la Nouvelle Droite* (Vgl. Anne-Marie Duranton-Crabol: *VISAGES de la NOUVELLE DROITE. Le G.R.E.C.E. et son HISTOIRE*, Paris: Presses de la Fondation Nationale des Sciences Politiques (1988), S. 247–258.)
- 42 Vgl. Groupement de Recherche et d'Études pour la Civilisation Européenne: *Dix ans de combat culturel pour une renaissance*, Paris: G.R.E.C.E. (1977), S. 50–54.
- 43 Vgl. Klaus Taschwer, Benedikt Föger: *Konrad Lorenz: Biographie*, Wien: Paul Zsolnay (2003), S. 254.
- 44 Vgl. ebd., S. 253.
- 45 Vgl. *Nouvelle École* 25–26 (1975). Generell sind in der *Nouvelle École* viele Ausgaben zu biologischen Themen erschienen: 1969 eine Sondernummer zur Biologie, 1971 eine Ausgabe über Eugenik, 1972 eine über Evolution und 1982 eine über Darwinismus und Gesellschaft.

- 46 Vgl. Klaus Taschwer, Benedikt Föger: *Konrad Lorenz: Biographie*, Wien: Paul Zsolnay (2003), S. 254.
- 47 Helmut Gipper, Professor für Sprachwissenschaft und kurz zuvor noch selbst Mitglied des Komitees, empfahl Lorenz beispielsweise den Austritt. Letzterer erwiderte, er hätte alle Ausgaben der *Nouvelle Droite* durchgesehen und sähe keinen Grund, sich so direkt von de Benoist abzuzugrenzen. Dieser neige zwar dazu, aus kulturellen Unterschieden Werturteile abzuleiten und zu einem Romantizismus, den auch Hitler mochte, mehr könne man ihm aber nicht vorwerfen. (Vgl. Klaus Taschwer, Benedikt Föger: *Konrad Lorenz: Biographie*, Wien: Paul Zsolnay (2003), S. 254f.)
- 48 Vgl. Klaus Taschwer, Benedikt Föger: *Konrad Lorenz: Biographie*, Wien: Paul Zsolnay (2003), S. 255.
- 49 »Konrad Lorenz an Alain de Benoist am 14. August 1980«, zitiert nach: Klaus Taschwer, Benedikt Föger: *Konrad Lorenz: Biographie*, Wien: Paul Zsolnay (2003), S. 253.
- 50 Vgl. Groupement de Recherche et d'Études pour la Civilisation Européenne: *Dix ans de combat culturel pour une renaissance*, Paris: G.R.E.C.E. (1977), S. 64f.
- 51 Vgl. ebd., S. 63.
- 52 Vgl. Franz Greß, Hans-Gerd Jaschke, Klaus Schönekäs: *Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa: Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (1990), S. 51.
- 53 Vgl. *Nouvelle École* 32 (1979), S. 10.
- 54 Vgl. Franz Greß, Hans-Gerd Jaschke, Klaus Schönekäs: *Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa: Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (1990), S. 48.
- 55 Vgl. Jacob Collins: *The Anthropological Turn: French Political Thought After 1968*, Philadelphia: Pennsylvania University Press (2020), S. 6.
- 56 Vgl. Thierry Pfister, »La Nouvelle Droite s'installe«, *Le Monde* (22.06.1979).
- 57 Siehe die Sammlung von Zeitungsartikel von Julien Brunn: *La nouvelle droite: le dossier du »procès«*, Paris: Nouvelles Éditions Oswald (1979) (»Faut-il brûler?«).
- 58 Vgl. Alain de Benoist: *Les Idées à l'endroit*, Paris: Hallier (1979), S. 20.
- 59 Vgl. Guy Hocquenghem, »Contre, tout contre la Nouvelle Droite«, *Libération* (13.07.1979).
- 60 Vgl. Titelblatt von *Le Nouvel Observateur* 764 (02.07.1979).
- 61 Vgl. Jonathan Kandell, »France's New Right Bids for Influence in Government«, *International Herald Tribune* (09.07.1979).
- 62 Vgl. mehrere Artikel in *Le Matin*: Jean Bothorel, »Les territoires des nouveaux idéologues« (25.07.1979); Laurent Dispot, »Argument scientifique et argument d'autorité«, (27.07.1979); Alain Touraine, »Petites querelles doctrinales et grandes menaces politiques« (31.07.1979); Gerard Leclerc, »Au-delà de la »blaguologie« scientifique« (07.08.1979).
- 63 Vgl. o.A., »France: A New Right Raises Its Voice«, *Time Magazine* 114/7 (13.08.1979).
- 64 Vgl. o.A., »Den alten Volksgeist erwecken. Alain de Benoist über die »Verwurzelungs«-Ideologie der französischen Neuen Rechten«, *Der Spiegel* 34 (20.08.1979).
- 65 Vgl. Lorenzo Bocchi, »Ma la »Nuova destra« è vecchia?«, *Corriere della sera* (13.07.1979).
- 66 Vgl. Alain de Benoist: *Les Idées à l'endroit*, Paris: Hallier (1979), S. 13.
- 67 Vgl. François Bondy, »Die beiden »Neo««, *Die Weltwoche* (12.12.1979).
- 68 Vgl. Julien Brunn: *La nouvelle droite: le dossier du »procès«*, Paris: Nouvelles Éditions Oswald (1979) (»Faut-il brûler?«).
- 69 Vgl. Beiblatt zu Julien Brunn: *La nouvelle droite: le dossier du »procès«*, Paris: Nouvelles Éditions Oswald (1979) (»Faut-il brûler?«).
- 70 Alain de Benoist: *Les Idées à l'endroit*, Paris: Hallier (1979), S. 20.
- 71 Vgl. »L'interview de Playboy: Alain de Benoist. Réflexions étonnantes du chef de file de la »nouvelle droite««, in: *Playboy. Edition Française* 72 (31.10.1979), S. 41-46 u. 160, hier 41.
- 72 Vgl. Alain de Benoist: *Les Idées à l'endroit*, Paris: Hallier (1979), S. 26. Für weitere Angaben hierzu vgl. Franz Greß, Hans-Gerd Jaschke, Klaus Schönekäs: *Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa: Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (1990), S. 73-79.
- 73 Vgl. Rainer Benthin: »Angriffe aus der Nische: Die Bedeutung von »1968« für den Kulturkampf der Neuen Rechten in Deutschland«, in: Damir Skenderovic, Christina Späti: *1968 – Revolution und Gegenrevolution: Neue Linke und Neue Rechte in Frankreich, der BRD und der Schweiz*, Basel: Schwabe (2008), S. 91f.
- 74 Vgl. Franz Greß, Hans-Gerd Jaschke, Klaus Schönekäs: *Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa: Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (1990), S. 78.
- 75 Vgl. »Quelle nouvelle droite?«, Produktion: Antenne 2, Sendung: *Apostrophes*, 28.07.1979, 74 Minuten, hier ab Minute 01:00.
- 76 Ebd., ab Minute 13:00.
- 77 Ebd., ab Minute 44:25.
- 78 Vgl. *Éléments pour une civilisation européenne* 32 (1979), S. 15.
- 79 »Les nouveaux philosophes sont-ils de droite ou de gauche?«, Produktion: Antenne 2, Sendung: *Apostrophes*, 27.5.1977, 76 Minuten.
- 80 Perry Anderson: *In the Tracks of Historical Materialism*, London: Verso (1983), S. 32.
- 81 Zur Verwendung des Totalitarismus-Begriffs bei de Benoist vgl. Alain de Benoist: *Les Idées à l'endroit*, Paris: Hallier (1979), S. 39, 97, 102 und 108f.
- 82 Vgl. o.A., France: A New Right Raises Its Voice, *Time Magazine* 114/7 (13.08.1979).
- 83 Vgl. »L'interview de Playboy: Alain de Benoist. Réflexions étonnantes du chef de file de la »nouvelle

- droite«, in: *Playboy. Edition Française* 72 (31.10.1979), S. 41-46 u. 160, hier S. 41.
- 84 Vgl. David W. Park: »Public Intellectuals and the Media: Integrating Media Theory into a Stalled Debate«, in: *International Journal of Media and Cultural Politics* 2/2 (2006), S. 120. Vgl. zum sozialen Feld von öffentlichen Intellektuellen aber auch David Drake: *Intellectuals and Politics in Post-War France*, Basingstoke: Palgrave (2002) (French Politics, Society, and Culture Series), Kapitel 5. Zu Intellektuellen der Neuen Rechten in Frankreich vgl. ebd., S. 154-156. Drake weist insbesondere darauf hin, dass de Benoists Nouvelle Droite anstrebte, ihre politischen Debatten »so öffentlich wie möglich« auszuführen. Für theoretische und analytische Hinweise zum veränderten sozialen Feld der Intellektuellen in Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg sei auch auf Kp. 7 von Patrick Baerts Monographie *The Existentialist Moment: The Rise of Sartre as a Public Intellectual*, Cambridge: Polity Press (2015), insb. S. 184-189.)

Im Windschatten der Innovation

Was kommt heraus, wenn Professoren an deutschen Universitäten das völkische Denken lehren, Umstrukturierungen im Universitätsbetrieb Freiräume für Forschungen eröffnen und Geistes- und Sozialwissenschaftler anfangen, sich für Entwicklungshilfe zu interessieren?

1973 veröffentlichte der junge Historiker, Sportwissenschaftler und Vordenker der ›Neuen Rechten‹ Henning Eichberg seinen wegweisenden Aufsatz »Ethnopluralismus. Eine Kritik des naiven Ethnozentrismus und der Entwicklungshilfe« in der von Lothar Penz gegründeten nationalrevolutionären Zeitschrift *Junges Forum*. Eichberg publizierte, anfangs unter dem Pseudonym Hartwig Singer, seit 1967 regelmässig in diesem Blatt, das als Sprachrohr eines Arbeitskreises fungierte, der durch antikapitalistische und völkisch-nationale Theoriearbeit rechtes Denken erneuern wollte. Doch keiner seiner Aufsätze entfaltete einen solch weitreichenden und anhaltenden Einfluss wie dieser: Noch heute gilt er als Ausgangspunkt der Neuformulierung rassistischen Denkens in der »Neuen Rechten«.¹

Überzeugten Szientist*innen erscheinen solche Texte als tragisch: wieder ein Wissenschaftler, der sein Denken nicht vor politischen Ideologien geschützt habe. Aber letztlich seien solche Fälle nicht der Rede wert, weil Eichberg hier nur als Privatperson seine ›Meinung‹ verkündet habe und nicht als Wissenschaftler agiere. Doch diese Sichtweise greift zu kurz, wie sich an seinem Fall besonders deutlich zeigt. Denn der junge Akademiker hatte seine Überlegungen zum Ethnopluralismus einige Wochen vor seinem Text im *Jungen Forum* zunächst in einer ausführlicheren Fassung in der renommierten *Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialgeschichte* veröffentlicht.² Dieses sich scheinbar widersprechende Nebeneinander einer zeitgleichen Veröffentlichung in einer wissenschaftlichen *und* einer politischen Zeitschrift lässt sich nicht aus der Welt schaffen, wenn Autor und Text die Wissenschaftlichkeit abgesprochen werden. Nicht nur wurde das in diesem Aufsatz Gesagte *für* und *in* einer Wissenschaft entwickelt. Auch die nationalrevolutionäre Zeitschrift *Junges Forum* beanspruchte ihrer Selbstbeschreibung nach einen Platz innerhalb der wissenschaftlichen Diskurslandschaft. Eine Aussage, die man ernst nehmen, statt relativieren sollte. Entsprechend setzt sich diese Arbeit zum Ziel jene Institutionen und Diskurse in der Bundesrepublik Deutschland herauszuarbeiten, in deren Umfeld in den 1970er Jahren die Theorie des Ethnopluralismus entstand. Gezeigt werden soll, dass es sich bei dieser innerhalb der ›Neuen Rechten‹ einflussreichen Theorie nicht um das reaktionäre Produkt eines akademischen Eigenbrötlers handelt, sondern dieselbe aus staatlich geförderten Entwicklungsprogrammen sowie sozial- und geisteswissenschaftlicher Spitzenforschung hervorging. Der Ethnopluralismus stellt das Produkt einer ›innovativen‹ Phase in der Wissensgeschichte der Bundesrepublik Deutschland dar, von der man bis dato ›rechte Theorie‹ ausgeschlossen hat.

Wie notwendig ein solches Vorgehen ist, lässt bereits jene Frage erkennen, die sich das *Junge Forum* in seinem Editorial in jeder Ausgabe stellte:

»Welche Weltanschauung ist den modernen wissenschaftlichen Erkenntnissen (Verhaltensforschung, Soziologie, Strukturgeschichte, Sozialpsychologie u.a.) adäquat?«³

Bemerkenswerter als die Tatsache, dass als Massstab bei der Ausarbeitung einer Weltanschauung in einer neurechten Zeitschrift die Übereinstimmung mit einem wissenschaftlichen Erkenntnisfeld dient, ist dabei die in der Klammer zum Vorschein kommende Erläuterung dieses »modernen wissenschaftlichen« Wissens. Die hier aufgelisteten Disziplinen und Fachrichtungen verweisen auf ein spezifisch historisches Wissensfeld in der Bundesrepublik um 1970, dessen Dunstkreis sich in diesem Rahmen nur angenähert werden kann.⁴



Abb. 1: Alles ist relativ, weiß auch die Neue Rechte. Für Eichberg lasse sich die historische und kontingente Entstehung eines universell und absolut geglaubten Rationalismus am neuzeitlichen Festungsbau ebenso gut veranschaulichen wie an dem »Paradigmenwechsel« der eigenen Disziplin. Als Technikhistoriker beobachtete und durchlief er den epistemologischen Wandel der Technikgeschichte in den 1960er- und 1970er-Jahren, als sie sich von einer fortschrittsgläubigen in eine kritische Wissenschaft transformierte und in diesem Zuge technische Vernunft neu bestimmte.

Ob im Taschenbuch aus dem Ausland importiert (Claude Lévi-Strauss, Noam Chomsky, Herbert Mead) oder aus dem Inneren des bundesrepublikanischen »Treibhauses« (Irenäus Eibl-Eibesfeldt, Konrad Lorenz) – *Wissen*, ca. 1970 liesse sich mit Adjektiven wie »struktural«, »empirisch«, »anthropologisch« oder »interdisziplinär« beschreiben. Ohne die Aufzählung von *Junges Forum* als repräsentativ gelten lassen zu wollen,

entspricht sie damit doch der allgemeineren wissenschaftsgeschichtlichen Annahme einer Dominanz der Human- und Sozialwissenschaften nach 1968, deren Aufstreben sich auch am Werdegang Eichbergs ablesen lässt.⁵

Eichbergs Aufsätze zum Ethnopluralismus lesen sich als Antwort auf die im *Jungen Forum* gestellte Frage nach der den modernen wissenschaftlichen Erkenntnissen adäquaten Weltanschauung. Der Ethnopluralismus avancierte insofern zum Sinnhorizont der ›Neuen Rechten‹, als er versprach, den »Nationalismus in einer Welt der technologischen Imperialismen«⁶ zu denken und dem Neokolonialismus der ›Supermächte‹ die Authentizität ›unterdrückter‹ Volkskulturen gegenüberzustellen. Eichberg kritisierte hier das Bemühen westlicher Industrieländer sozioökonomische Unterschiede abzubauen als eine Fortsetzung des »schon immer humanitär selbstverstandenen, nicht selten aber zerstörerischen kolonialen Zivilisations- und Verhaltensexports«⁷ Europas. Ausgehend von dieser Kritik entwickelte der zu dieser Zeit als wissenschaftlicher Assistent am Institut für Sozialforschung der Universität Stuttgart arbeitende Eichberg die Theorie des *Ethnopluralismus*, die Rechtsextremen seit den 1970er Jahren ermöglicht, so etwas wie einen »Rassismus ohne Rassen«⁸ zu propagieren: Ethnopluralisten sprechen nicht mehr von biologischer, sondern von kultureller Identität eines ›Volkes‹, die nur in der ›eigenen‹ Region zur Entfaltung kommen könne. Auch der *Ethnopluralismus* ist damit eine ausgrenzende und Fremdenfeindlichkeit befördernde Doktrin, insofern er Gemeinschaft auf einem homogenen Korpus von Verhaltensweisen begründet und an ein Territorium bindet.

Als Vorreiter einer solchen auf Ausarbeitung von kulturellen Ungleichheiten und Eigenheiten fokussierten Forschung gilt in der sich mit neuem Denken befassenden Ideengeschichte der französische Rechtsintellektuelle Alain de Benoist, in dessen Theoriezirkel GRECE man das Konzept des *ethno-différencialisme* bereits in den 1960er Jahren diskutierte.⁹ Wenn auch Eichberg seit 1966 Kontakte nach Frankreich pflegte und er die Begegnung mit Benoist und der Zeitschrift *Europe Action* (aus der später die *Nouvelle Droite* hervorging) als für seine politische Entwicklung zentral beschrieb, griffe es zu kurz im *Ethnopluralismus* ein lediglich französisches Importprodukt zu vermuten, das nur zu ›übersetzt‹ werden brauchte.¹⁰ Dies scheint die Geschichte zu sein, die Eichberg selbst erzählt, wenn er behauptet, den Unterschied zwischen der ›Alten‹ und ›Neuen Rechten‹ erfahren zu haben, als er 1966 den französischen Nationalisten der *Fédération des Étudiants Nationalistes* begegnete.¹¹ Vorausgesetzt der ›Ethnopluralismus‹ sei die Weltanschauung jener ›Neuen Rechten‹, von der Eichberg hier spricht, dann erscheinen die Jahre zwischen 1966 und 1973 unselbständig als das bloße Nachwehen dieses Ereignisses – als Phase der Explikation eines neuen Verhältnisses zu Kapitalismus, Industrialisierung und (West-)Europa.¹²

Wie auch immer man den Besuch in Frankreich gewichten mag, es gilt diese Autobiographie nicht nachzuerzählen, sondern den ›Ethnopluralismus‹ aus einer wissenschaftspolitischen Praxis heraus zu rekonstruieren. Diese

Theorie hat sich in Wissensfeldern und institutionellen Räumen entwickelt, die gleichermaßen zur Speerspitze des Fortschritts zählten, wie sie dem Konservatismus und der Reaktion nahe standen. Sie bildeten ein institutionelles und personales Feld im bundesrepublikanischen Wissenschaftsbetrieb der 1960er und 1970er Jahre, innerhalb dessen der deutsche Ethnopluralismus sich im Windschatten der Innovation und am ›Problem‹ der Entwicklungshilfe entfalten konnte. Im Folgenden wird dieser akademische »Entstehungsherd« näher betrachtet und das Umfeld Eichbergs – die Personen, ihre Forschungen und ihre Projekte – an den Universitäten Hamburg, Bochum und Stuttgart untersucht.

Studium in Hamburg

Eichbergs akademische Laufbahn steht seiner publizistischen Tätigkeit in nichts nach. In seiner Verweigerung, sich einem Fachgebiet zuzuordnen, wiederholt sich auf disziplinärer Ebene das Bild eines politischen Grenzgängers jenseits des Links-rechts-Schemas.¹³ Nach seinem Studium der Geschichte und Literatur in Hamburg (1964–68) promovierte er 1970 bei Albrecht Timm an der Ruhr-Universität Bochum mit einer Arbeit zur frühneuzeitlichen Militärgeschichte.¹⁴ 1976 folgte die Habilitation mit einer soziologischen Arbeit bei Albrecht Kruse-Rodenacker und August Nitschke an der Universität Stuttgart, in deren Folge er seine Karriere als Sportwissenschaftler antrat.

Sein geisteswissenschaftliches Studium begann Eichberg 1962 unter günstigen Bedingungen. Es ist anzunehmen, dass er als Sohn des Pädagogen Ekkehard Eichberg, der zur selben Zeit seine Tätigkeit als Volksschullehrer aufgab, um eine Stelle als Assistent von Georg Geissler am Hamburger Seminar für Erziehungswissenschaften anzutreten, bereits früh den Universitätsbetrieb kennen lernte und nicht zuletzt die Stimme seines Vaters nutzte, um hier Verbindungen zu knüpfen. Ein erster solcher Kontakt war sicherlich Albrecht Timm – sein späterer Doktorvater, der sich ebenso wenig wie Eichberg im Feld der konventionellen Disziplinen einordnen liess.

Timm war ursprünglich Mediävist und bis 1955 ausserordentlicher Professor in Ost-Berlin, bis er Mitte der 1950er Jahre durch die Fürsprache Otto Brunners einen Lehrauftrag am Historischen Seminar der Universität Hamburg erhielt. Brunner, Mediävist und Verfasser des innerhalb der Mediävistik einflussreichen Buches *Land und Herrschaft* (1939), für das er 1941 den von der NSDAP verliehenen *Verdunpreis* erhielt, wurde zwar im Zuge der Entnazifizierung des Amtes enthoben, von der Universität Hamburg aber 1954 als Nachfolger des Ostforschers Hermann Aubin auf eine Professur berufen.¹⁵ Den neu gewonnenen wissenschaftspolitischen Einfluss nutzte Brunner, um Vertreter seines Faches – Gleichgesinnte wissenschaftlicher wie auch politischer Art – ans Hamburger Seminar zu binden. Timm passte als Mediävist mit volkshistorischem Schwerpunkt ideal in dieses Umfeld. Zwar musste er sich aus karrieristischen Gründen – einem Rat Brunners folgend – auf die Frühe Neuzeit umhabilitieren, doch

zahlte sich diese Strategie 1958 aus: Timm wurde zum ausserplanmässigen Professor für mittlere und neuere Geschichte an der Universität Hamburg ernannt. Als solcher hielt er zahlreiche Übungen und Kolloquien ab, die wegen ihres kleinen Kreises eine »persönlichere Bindung zum Dozenten« erlaubten.¹⁶

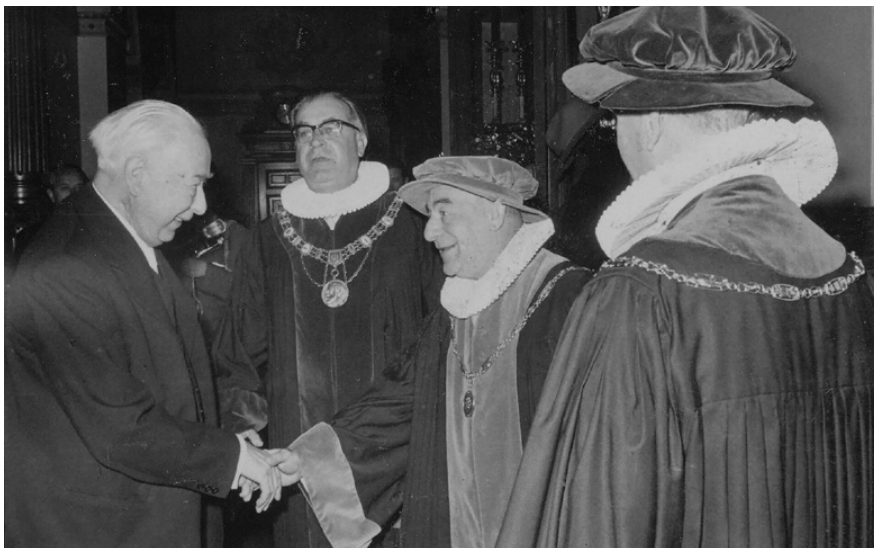


Abb. 2: Ein jüdischer Remigrant reicht dem Bundespräsidenten die Hand, und ein NS-belasteter Universitätsrektor schaut zu. Theodor Heuss, Otto Brunner und Siegfried Landshut (v. l. n. r.) bei der Verleihung des Hansischen Goethe-Preises 1959 in Hamburg.

Unter den Veranstaltungen stach in den 1960er Jahren das »Collegium Politicum« hervor, das sich als selbstorganisierte, studentische Gruppe unter der Leitung Timms mit »gesamtdeutschen« Fragen beschäftigte und schon im Gebrauch des Begriffs »Mitteldeutschland« die Oder-Neisse-Grenze in Frage stellte. Von einem regen politischen Interesse zeugt auch Timms Teilnahme an einer Tagung der rechts-konservativen *Abendländischen Akademie* über das »Epochenjahr 1945« und den Umgang mit der NS-Vergangenheit im Herbst 1960.¹⁷

Brunners Lehrstuhl ist als Umfeld von Eichberg sowohl aus wissenschaftspolitischer wie auch forschungsgeschichtlicher Perspektive von Interesse. Zusammen mit dem ehemaligen NS-Ostforscher Werner Conze, gründete Brunner 1957 den *Arbeitskreis für moderne Sozialgeschichte* – ein überregionales Netzwerk von Sozial- und Strukturhistorikern (neben Conze nahm unter anderem auch Theodor Schieder teil, der mit seinen Forschungen im Nationalsozialismus das wissenschaftliche Fundament für den Generalplan Ost gelegt hatte). Erst seit den 2000er Jahren hat man begonnen, die NS-Vergangenheit dieser Innovatoren im Bereich der deutschen Geschichtswissenschaft herauszuarbeiten.¹⁸ Brunner bemühte sich darüber hinaus in seiner Funktion als Dekan und Rektor um die Förderung regional- und volksgeschichtlicher Arbeiten. Seine wissenschaftlichen Ansichten und Methoden hatten sich dabei seit *Land und Herrschaft* nicht sonderlich

verändert: Immer noch betonte er die Wichtigkeit einer quellennahen Sprache; immer noch gewannen Abstrakta wie ›Land‹ für ihn nur *vollzugshistorisch* ihre Existenz.¹⁹ Zweifelsohne hat dieses theoretische Gerüst Brunners den Historiker Eichberg und seine eigene »Praxeologie des Volkes« (wie er sie beispielhaft am Sport skizzierte) beeinflusst. Noch in seinen letzten Texten meint man Brunner herauslesen zu können, wenn Eichberg in der Zeitschrift *Volkslust*, die Verfassung (Herrschaft) nicht ohne die Volkspraxis (Land) zu denken vermag.²⁰

Promotion in Bochum

Timm verliess Hamburg 1966 für einen Ruf auf den ersten Lehrstuhl für Wirtschafts- und Technikgeschichte der Bundesrepublik an der gerade neu gegründeten Ruhr-Universität Bochum. Er avancierte damit zum Vertreter einer in der westdeutschen Forschungslandschaft noch unbekanntem Disziplin.²¹ Eichberg folgte ihm wenig später als Promovend mit einer militär- und technikhistorischen Arbeit über Schwedenfestungen im 17. Jahrhundert in den Herzogtümern Bremen und Verden.

Im Gründungsausschuss der Universität Bochum (und damit mit erheblichem Einfluss auf Timms Berufung) sass der bereits erwähnte Conze. Gesucht wurde ein Historiker für »ein Fach, in dem es noch kein Lehr- oder Handbuch, im Grunde genommen keine Nomenklatur oder Methodologie und kaum Ansätze für eine systematische Quellenanalyse«²² gebe, so Timm in einer Selbstverortung 1967. Dass er anpassungsfähig war, hatte der aus der DDR emigrierte Mediävist nicht nur mit dem Wechsel seines Forschungsschwerpunktes in die frühe Neuzeit bewiesen, sondern implizit auch durch seine Dienste in drei unterschiedlichen politischen Systemen. Wenn Letzteres hier als ›Kompetenz‹ erscheint, dann weil Timm den notwendigen Systemwechsel, mit dem sich eine ganze Generation konfrontiert sah, mit beispielloser Reibungslosigkeit meisterte. Darüber hinaus war er für Conze ein weiterer Vertreter der eigenen historischen Schule: einer Sozial- und Strukturgeschichte, wie sie dieser zusammen mit Brunner seit den 1950er Jahren betrieben und programmatisch verbreitet hatte.²³

Während seiner Zeit in Bochum übernahm Timm verschiedene wissenschaftspolitische Ämter. So war er zeitweise Präsident der *Gesellschaft für Wissenschaftsgeschichte* sowie Mitglied der *Gesellschaft für Geschichte der Medizin, Naturwissenschaft und Technik*. Timms Bemühen um disziplinenübergreifende Zusammenarbeit spiegelt sich in diesen Projekten ebenso wie in eigenen Forschungen wider. Neben engen Kontakten zu Ingenieuren, Naturwissenschaftlern und Medizinern berief er sich bei seinen Arbeiten vor allem auf die Soziologie – darunter auch auf marxistische Studien, deren Einfluss allerdings erst 1973 im Zuge einer Plagiatsaffäre sichtbar wurde.²⁴ An der Seite seines Doktorvaters kam Eichberg nicht nur intensiv mit der Geschichte von westlicher Industrialisierung und Modernisierung in Kontakt, sondern auch mit ihrer

Problematisierung: Timm beklagte in öffentlichen Reden die »Traditionslosigkeit im freien Deutschland«²⁵ und zog sich 1973 auf die Holz- und Feldwege des Schwarzwalds zurück.

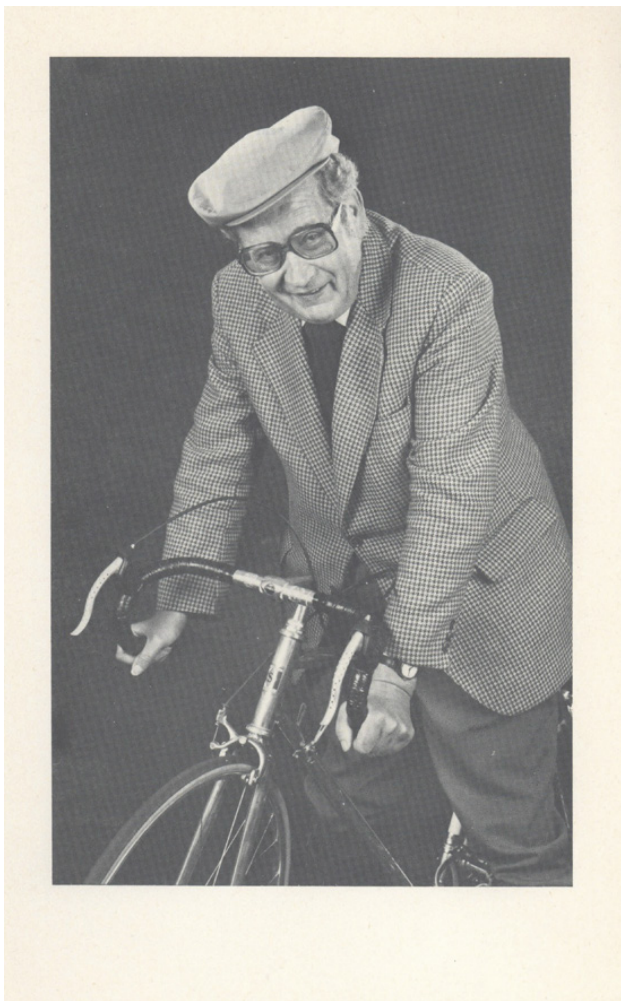


Abb. 3: Wer wie Albrecht Timm mit dem Rennrad unterwegs ist, weiss: im Windschatten fährt es sich besser. Gekonnt inszeniert sich der renommierte Technikhistoriker in dieser Fotografie als »Praktiker«.

Bereits 1966 hatte Timm zusammen mit dem einstigen Vertreter der »Konservativen Revolution« Hans Freyer den *Strukturwandel des industriellen Systems im 20. Jahrhundert* kritisch untersucht und 1968 mit *Verlust der Muße* eine Verfallsgeschichte entworfen, die ihn nun auch diskursgeschichtlich dem rechts-konservativen Milieu der BRD zuordnete.²⁶ Eine rechts-konservative bis nationale Gesinnung legten bereits seine 1961 am Beispiel des Kyffhäuser²⁷ erfolgten Arbeiten zum »deutschen Selbstbewußtsein« nahe, zumal Timm im selben Jahr in den Vorstand des Mitteldeutschen Kulturrats gewählt wurde.²⁸ Rückblickend beschrieb Timm seine Beschäftigung mit dem Kyffhäuser wie folgt:

»Hier ging und geht es mir darum, Fragen des Nationalgefühls und des Nationalbewußtseins der Vergangenheit aufzuwerfen und sie mit aktuellen Fragen unserer Tage zu konfrontieren.«²⁹

In einem 1974 in Schönau (Schwarzwald) gehaltenen öffentlichen Vortrag über den Nationalrevolutionär und ›Märtyrer‹ Albert Leo Schlageter spitzte Timm diese politische Position nochmals zu. Der nationalrevolutionäre Widerstand Schlageters im Ruhrgebiet 1923 müsse ins Geschichtsbewusstsein der Deutschen übergehen; sein Denkmal dürfe nicht in jenem ruinösen Zustand belassen werden, in dem es sich 1974 präsentierte. Und ganz nebenbei bemerkte Timm, dass es »politische Geschichte«³⁰ wie diese ist – Fragen der nationalen Identität –, die ihn seit seiner Schulzeit interessierte. Ob er damit auch seine Forschungen für den Nationalsozialismus im Auftrag der NSDAP meinte? Zumindest waren die Arbeiten Timms nicht nur Beschäftigung mit »geronnene[r] Politik«,³¹ wie er behauptete, sondern selbst von Grund auf politisch. Seit April 1941 war er Mitglied der nationalsozialistischen Partei gewesen und arbeitete zum deutschen Bauerntum sowie zu Themen der ›Westforschung«. ³² Seine Arbeiten zu Raum und Identität nach 1945 führten dieses Projekt einer Sondierung des ›deutschen Raumes‹ fort – keineswegs nur in einer universitär gestützten »Sicherheit des Schweigens«³³ (Dirk van Laak), die erst verlassen wurde, als die viel beschworene »junge Generation«³⁴ schon als Nachfolge bestimmt war, sondern auch auf zahlreichen Vorträgen im kleinen und oftmals ländlichen Raum.³⁵

Für Eichberg jedoch war Timm mehr als dieser Mentor eines sich historisch begründenden Nationalismus. Er war die erste Station einer den Ethnopluralismus tragenden Rationalitätskritik, die Rationalitäten regional und historisch unterscheidet, respektive sie auf sich historisch verändernde Regionalitäten zurückführt. So versuchte Eichberg bereits in seiner Dissertation zu beweisen, dass sich der barocke Festungsbau nicht mit militärhistorischen Nutzenüberlegungen erklären lasse, weil sich in ihm ein kultureller und epochaler Stil niederschläge: »Aus der technischen Rationalität wird damit ein kultur- und epochenspezifischer Plural«,³⁶ so Eichberg in einem späteren Aufsatz zum Festungsbau. Dieser Plural aber werde heute übersehen, weil an seine Stelle eine universelle Logik technischer Rationalität gerückt sei – eine sich seit 1800 einheitlich über Europa ausbreitende Verhaltensweise (Liberalismus, Industrialisierung, Kapitalismus etc.), die kein anderes kulturspezifisches Verhalten dulde.

Der Blick auf jene »Kräfte, die im 17./18. Jahrhundert Veränderungen hervorriefen, die zur industriellen Leistungsgesellschaft führten« sollten diesen historischen Verdrängungsprozess nicht nur erklären,³⁷ sondern auch das unkontrollierte Wirken der gegenwärtigen »Gleichmacher« sichtbar machen. Eichbergs Befund: Eine administrative, militärische und technische Elite habe dem Festungsbau des 18. Jahrhundert eine neue Rationalität zu Grunde gelegt, und sie erstreckte sich im Typus des Ingenieurs bis in seine eigene Gegenwart.



Abb. 4: Schon bevor sie fertiggestellt war, besass die Ruhr-Universität Bochum den Ruf der »Massenuniversität«. Sie sei ein Gleichmacher und Nivellierungsapparat, der Konservative fürchten ließ, man würde in diesem Betrieb das »Eigene« verlieren. Während Henning Eichberg zu Festungen der Neuzeit forschte, sass er selbst in dieser vielleicht modernsten »Festung« der Bundesrepublik.

Habilitation in Stuttgart

Eichberg verliess Bochum 1971 für eine Assistenzstelle bei August Nitschke an der Universität Stuttgart. Bis 1967 war die Stuttgarter Universität eine technische Hochschule gewesen, die allein der Ingenieurausbildung diene. Nur 7 der 119 Lehrstühle, waren von Geisteswissenschaftlern besetzt. Unter ihnen befand sich auf dem Lehrstuhl für Mittlere Geschichte seit 1960 auch Nitschke: Er trat in den 1960er Jahren gemeinsam mit dem Germanisten Fritz Martini, der über die Grenze von 1945 hinaus bis zu seiner Emeritierung 1974 ebenfalls eine Professur in Stuttgart hielt, durch sein Bemühen hervor, die Geisteswissenschaften an der technischen Hochschule auszubauen.³⁸

Den Ausbauplan der Geisteswissenschaften hatten mehrheitlich Ingenieure zu entscheiden, weshalb die Schaffung weiterer Aufbaustudiengänge für Studierende der technischen Wissenschaften im Vordergrund stand. Nitschke und andere versuchten beiderseitige Interessen zu berücksichtigen und vermarkteten die Erweiterung um

geisteswissenschaftliche Fächer als Massnahme zur Verbesserung der Ingenieurausbildung durch Vorbereitung auf Arbeiten in Entwicklungsländern. Die Idee war, dass Nitschke seine Geisteswissenschaftler bekam und die Ingenieure das historische, soziologische und psychologische Wissen, um in Ländern der ›Dritten Welt‹ zu helfen und effizient zu wirtschaften. Der Ausbau wurde Ende 1963 bewilligt und es entstanden weitere Lehrstühle, wie 1968 der für *Geschichte der Naturwissenschaften und Technik*.

Nitschke beschreibt die Einrichtung im Rückblick wie folgt:

»So kam vieles zusammen, was zur Einrichtung eines Lehrstuhls für Geschichte der Naturwissenschaften und Technik am Historischen Institut der Universität Stuttgart führte: Die Bereitschaft, diejenigen Disziplinen, die der Ausbildung von Lehrern dienen, auszubauen, – der Wunsch nach einer engeren Zusammenarbeit zwischen Ingenieurwissenschaften und Sozialwissenschaften – [...] das Interesse an Studien, die, an der Dritten Welt orientiert, Voraussetzung für eine Tätigkeit in diesen Ländern boten, – die Hoffnung, auch mit Hilfe der Geschichte der Physik einen besseren Zugang zu früheren und zu außereuropäischen Gesellschaften zu finden.«³⁹



Abb. 5: Auf dem Stuttgarter Campus hatte sich die »moderne Leistungsgesellschaft« ihre Monumente gebaut – eine Architektur, die in vielerlei Hinsicht für das steht, was Eichberg kritisierte, aber eben auch »Außenseitern« wie ihm einen Platz bot.

Spätestens Ende der 1960er Jahre war an der Universität Stuttgart eine Gruppe entstanden, die ein reges Interesse an der ›Dritten Welt‹ einte. »Sie liebten die Farbigkeit, Vielfalt und Intensität jener Lebensformen, die sie in der Bundesrepublik nicht mehr antrafen«,⁴⁰ so Nitschke in einem Rückblick 1993. Die Ingenieure für die »Differenziertheit dieser fremden Kulturen« zu sensibilisieren, sowie zu »kritischem Durchdenken aktueller Probleme«⁴¹ zu erziehen, das war das ernannte Ziel dieser aus Geisteswissenschaftler*innen bestehenden Gruppe. Was ›Differenz‹ hier meint, darüber kann nur spekuliert werden. Dass aber der Differenz-Begriff auch ›Nationalrevolutionären‹ einen Spielraum bot, hatte zur selben Zeit Alain de Benoist in Frankreich gezeigt. *Vive la difference!*, so das von ihm verkündete Motto, dem sich die französische Neue Rechte (*Nouvelle Droite*) schon früh verpflichtete.

In Stuttgart hatte man derweil zwei weitere Lehrstühle eingerichtet, die auf das Feld der Entwicklungshilfe spezialisiert waren. 1968 wurde Eberhard Jäckel, der lange Zeit in Indien tätig gewesen war, auf den Lehrstuhl für neuere Geschichte berufen. Der Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre wurde 1966 mit Albrecht Kruse-Rodenacker besetzt, der 1968 im Auftrag der Bundesregierung Grundsätze für eine westdeutsche Kapitalhilfe an Entwicklungsländer formulierte.⁴² Zusammen mit dem Lehrstuhl Nitschkes und seiner am wirtschaftswissenschaftlichen Institut angesiedelten Abteilung »Historische Verhaltensforschung«⁴³ bildeten diese Lehrstühle das geistes- und sozialwissenschaftliche Umfeld einer entwicklungspolitischen Ingenieursausbildung, die auch in den 1970er Jahren noch im Zentrum der ehemals *technischen* Hochschule stand.⁴⁴ Sie erforschten, »was denn die Charakteristika dieser außereuropäischen Lebensformen waren«, denen zu helfen, »wirtschaftlich und geistig ihre eigenen Wege [zu] gehen«, das Ziel jener Stuttgarter Gruppe war, in der sich seit 1970 auch Henning Eichberg betätigte.⁴⁵

Sowohl für Nitschke als auch für Kruse-Rodenacker, sie beide betreuten Eichbergs Habilitationsprojekt – *Sozialverhalten und Regionalentwicklungsplanung. Modernisierung in der indonesischen Relationsgesellschaft (West Sumatra)* –, war das Interesse an der ›Dritten Welt‹ mit einer zunehmend kritischen Haltung gegenüber der europäischen Leistungsgesellschaft verbunden. Sie unterhielten gemeinsam Forschungsprojekte in Ländern Asiens, Afrikas und Südamerikas. Ihre Beschäftigung mit aussereuropäischen Kulturen und Wirtschaften war geleitet von der Vorstellung, dass dieser ›ethnologische‹ Blick den historischen in das Europa der Frühindustrialisierung ergänzen könnte. (Und andersherum erhofften die in Entwicklungsländern tätigen Ingenieure – wie etwa Fritz Leonhard –, dass ein Blick auf die Anfänge der Industrialisierung helfen würde, »Zugang zu dem Arbeitsverhalten ihrer heutigen nichteuropäischen Mitarbeiter« zu erhalten.)⁴⁶

Als würde sich am Horizont eine historisch vertane Chance, eine Reihe von Möglichkeiten auftun, die anzueignen die Aufgabe der Stunde wäre. »Hilfe zur Selbsthilfe«⁴⁷ – für jene »Stuttgarter Schule«⁴⁸ müsste man die Ende der

1960er Jahre im bundesrepublikanischen Umfeld der Entwicklungshilfe populär gewordene Formel erweitern: *Hilfe zur Selbsthilfe zur Selbsthilfe*. Gerade für Eichberg mag diese Formel ihre Gültigkeit gehabt haben, sah er doch in Deutschland ein kolonisiertes Gebiet und im Nebeneinander von BRD und DDR eine der vietnamesischen Teilung ähnliche Situation.⁴⁹ Der nun (d.h. in der Phase der Dekolonisierung) in der ›Dritten Welt‹ zu beobachtende Prozess der »Abkoppelung« und Autonomisierung könne auch den europäischen ›Völkern‹ als Modell dienen, um ihren *eigenen* Weg jenseits der zwei Blöcke zu gehen.

In Stuttgart war man auf der Suche nach »Alternativen innerhalb der Leistungsgesellschaft« (Nitschke) oder aber nach einem »wirkliche[n] Ausweg« (Kruse-Rodenacker), und beides hoffte man, würde der Blick in die Ferne ermöglichen. Während Nitschke Verhaltensformen suchte, die in der »Aufnahme von Relationen«⁵⁰ eine kompensatorische Funktion übernehmen können – Relationen wie sie traditionell in China und Japan bestünden –, stand für Kruse-Rodenacker ein wirklicher Ausweg nur denen offen, »die sich außerhalb der Zwänge des wirtschaftlichen Wachstums stellen«.⁵¹

»Man wird sie daran erkennen können, daß sie ihr politisches Wollen über die ökonomischen Verkettungen setzen, daß sie aus dem bloßen Re-agieren heraustreten und die politischen Initiativen ergreifen, daß sie die Spielregeln einer niedergehenden Gesellschaft verwerfen und neue Maßstäbe setzen. Woher sie kommen werden, aus welcher Partei oder Gruppierung, das ist eine ebenso absurde wie überflüssige Frage. [...] Ob sie ›links‹ oder ›rechts‹ stehen, auch diese Frage trifft nicht mehr den Kern.«⁵²

Nahezu zeitgleich – 1972 – erschienen die Bücher, in denen die beiden Stuttgarter Hochschulprofessoren ihre compensationstheoretische (Nitschke) sowie subversive (Kruse-Rodenacker) Antwort auf ein globales, imperialistisches und deregulierendes Wirtschaftssystem formulierten. Henning Eichberg sass unterdessen am Anfang seiner Habilitation, in der er sich dem Leistungssport einerseits und der Ethnographie der indonesischen Metawaia andererseits widmete. Mitte der 1970er Jahre qualifizierte er sich auf diesem Wege in historischer Verhaltensforschung. Die Stuttgarter Kritik an der Leistungsgesellschaft setzte er von da an als eine Kritik am Leistungssport fort.



Abb. 6: In der Rolle der Aussenseiter sahen sich in den 1970er-Jahren nicht nur Hippies, K-Gruppen und Spontis, sondern auch gutverdienende Hochschulprofessoren, die ihre ganz eigenen Probleme mit dem Staat, Europa und den ›Supermächten‹ hatten.

Textumwelten

1972 wurde auch die *Aktion Neue Rechte* gegründet, für die Eichberg die Grundsatzerklärung schrieb. Ein Jahr später erschien der Aufsatz über europäische Entwicklungshilfe als Modell für ›Verhaltensumformung‹, mit dem dieser Beitrag eingeleitet wurde. Hamburg, Bochum und Stuttgart; Strukturgeschichte, Technikgeschichte und Verhaltensforschung – der hier skizzierte personelle sowie institutionelle Zusammenhang ist nicht nur Teil einer akademischen Biographie, er ist auch Umwelt eines *Textes*, durch den eine Theorie politisch Karriere gemacht hat: So verweist Eichbergs Hervorhebung der »Sprachstruktur« als deutlichster Ausdruck von Kulturrelativität auf die Struktur- und Begriffsgeschichte Conzes und Brunners. Der rationalitätskritische Ton, wie er in Bochum bei und mit Timm aus der historischen Perspektive der Vormoderne heraus geübt wurde, setzt

sich fort in der Konfrontation der Moderne mit der ›Dritten Welt‹. Auf Nitschke verweisen nicht nur Eichbergs Foucault-Referenzen oder der Begriff der »Verhaltensnorm«, sondern auch Beispielhaftes, wie die Relativität der Wahrnehmung am Beispiel der Physik durchzuspielen – wir erinnern uns an Nitschkes Lobgesang auf einen Stuttgarter Lehrstuhl für Geschichte der Physik. Und auch Kruse-Rodenacker ist in diesem Text in der Wahl des Gegenstandes vertreten. Er hatte Eichberg Anfang der 1970er Jahre das Feld der Entwicklungshilfe als ›Labor‹ geöffnet.

Philologische Evidenzen, die es erlauben, den Text mit der Biographie Eichbergs zu verknüpfen, finden sich weitere. Doch statt die bloße Auflistung fortzusetzen, erscheint es sinnvoller, die Rolle der beiden Stuttgarter Professoren eingehender zu besprechen – auch weil sie das *unmittelbare* Umfeld darstellen, in welchem dieser Text entstanden ist. Zu beschreiben ist dieser ›Stuttgarter‹ Einfluss wie folgt: Nitschke, der zwar eher einem älteren Konservatismus nach Art der Ritter-Schule anhing, vermittelte Eichberg nicht nur ein anthropologisches Wissen über grundlegende Unterschiede des Verhaltens, Wahrnehmens und Denkens zwischen Kulturen, sondern bot ihm auch die Gelegenheit historische und kulturelle Differenzen empirisch zu erforschen. Mit Kruse-Rodenacker, dem Verweigerer der Leistungsgesellschaft, kam nicht nur das Problemfeld der Entwicklungshilfe hinzu, sondern auch eine zum Teil wissenschaftlich fundierte Imperialismuskritik, die die »Wodka-Cola-Kultur« zum Feindbild erhob, die Gegenwart ablehnte (»NEIN zur Gegenwart«⁵³) und auf der Suche war nach einem dritten Weg jenseits von links und rechts. Vor allem aber beförderte wohl Letzterer Eichbergs Projekt einer Historisierung der Leistungsgesellschaft am Beispiel des Leistungssports, an dem nichts auszusetzen gewesen wäre, wenn die Destruktion nicht bei einer vermeintlich ›ursprünglichen‹ und ethnisch oder national differenzierten Körperwelt stehen geblieben wäre, die dort zum Ausdruck komme, wo das ›kolonialisierende‹ Leistungsprinzip nicht wirke.⁵⁴

Vielleicht hat Kruse-Rodenacker in späteren Jahren, so lässt zumindest ein von ihm verfasstes und mit »Das Nest« betiteltes Requiem vermuten, eine solche vom Leistungsprinzip befreite Existenz in West-Berlin gefunden – einer Stadt, die in den 1970er Jahren noch jenseits ökonomischer und sozialer Zwänge und jenseits von Disziplinarmaßnahmen schien. In diesem im Jahr 2000 verfassten Text schreibt er: »Was der Anlaß war, wer das alles bezahlte, wo das herkam, wo das hinführte. Ha, ha, ha. Diese blöden Fragen.«⁵⁵ Es sei an dieser Stelle nur darauf hingewiesen, dass die Zeitschrift *Der Spiegel* 1978 Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen Kruse-Rodenacker bekannt gab. Er habe in einem längeren Zeitraum öffentliche Gelder im Rahmen von Forschungsaufträgen des Bonner Entwicklungshilfe-Ministeriums veruntreut. Lehrkräfte der Universität wurden unentgeltlich in Projekte eingespannt, während dem Ministerium ihre Arbeit in Rechnung gestellt wurde. Laut Spiegel hatte Kruse-Rodenacker den Staat damit um 900.000 DM betrogen.⁵⁶ Vor diesem Hintergrund wirkt nicht mehr so sehr die Frage, wer das alles bezahlte, blöd, sondern Kruse-Rodenackers Antwort. Und gleichwohl hier weder der Ort ist,

noch die Quellenlage eine adäquate Aufarbeitung zulässt, ist doch anzunehmen, dass auch Eichberg, der in den 1970er Jahren im Rahmen eines von Kruse-Rodenacker geleiteten Projektes nach Indonesien reiste, in diesen Skandal – wenn auch als der Ausgebeutete – verwickelt war.

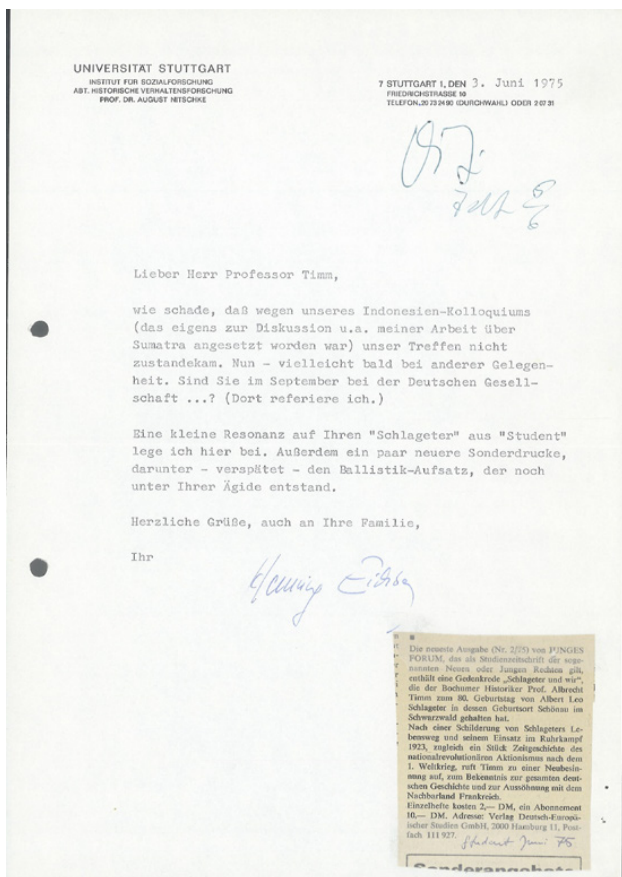


Abb. 7: Im Nachlass von Albrecht Timm finden sich mehrere Briefe von Henning Eichberg. In ihnen informiert vor allem der Schüler den Lehrer über Karriere und Publikationen, und man bietet sich gegenseitig Hilfe an, wenn es um Fragen der Finanzierung oder Publikation geht. Dieses Mal war es Eichberg, der Timm mit seinem Aufsatz »Schlageter und wir« einen Publikationsort in der neurechten Zeitschrift *Junges Forum* vermittelte.

Die Universität Stuttgart war mit ihren wissenschaftlichen Schwerpunkten und ihrem akademischen Personal ein geeignetes Umfeld, um dem Ethnopluralismus zur Entfaltung zu helfen. Doch die Geschichte seiner Entstehung muss auch die Stationen »Hamburg« und »Bochum« mit in den Blick nehmen. Denn eingeholt wird dieser Text von der Vergangenheit seines Autors vor allem dort, wo die Behauptung gemacht wird, dass der amerikanisch-europäische Imperialismus und Kapitalismus nicht nur ausser-, sondern auch innereuropäische »Völker« bedrohe. Was er aus eigener Erfahrung bei Iren, Ukrainern oder Esten Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre meinte beobachten zu können, konnte er mithilfe der deutschen Regional- und Volksgeschichte, wie er sie vor allem bei Timm

kennenlernte, auch auf Deutschland übertragen: eine ethnische, mit einem spezifischen Raum verbundene Identität noch unterhalb der nationalen Ebene, die im Zuge von Technisierung und Industrialisierung zunehmend verdeckt wird. Ideengeschichtlich liesse sich so mindestens ein Dreieck spannen zwischen der Volksgeschichte, der historischen Anthropologie und der Entwicklungsforschung. Gezeigt werden sollte aber auch, dass diese ›Idee‹ nicht nur in einem Umfeld von Geistes- und Sozialwissenschaftlern entstand, die sich der Innovation versprachen, sondern auch von einer Bildungspolitik gefördert wurde, die sich mit der Neugründung von technik- und wissenschaftsgeschichtlichen Disziplinen sowie der Anbindung der Geistes- und Sozialwissenschaften an die Ingenieursausbildung einen Standort- und Wettbewerbsvorteil BRD erhoffte.

Fazit

In einem Rückblick zum 25-jährigen Jubiläum des Lehrstuhls für Geschichte der Naturwissenschaft und Technik an der Universität Stuttgart schrieb August Nitschke:

»Manche Zeiten lähmen, andere verleihen den Menschen einen eigentümlichen Mut. In den Jahren zwischen 1960 und 1970 muß dieser an den deutschen Universitäten verbreitet gewesen sein; denn auf den Universitäten gewannen überraschend viele Professoren, Assistenten und Studenten Freude daran, neue Institutionen zu schaffen.«⁵⁷

In der Tat wird man dieser Dekade, die man noch ein Stück in die 1970er Jahre hineinnehmen darf, nachsagen dürfen, dass sie sich durch einen eigentümlichen Innovationsdrang auszeichnete. Dieser Beitrag hat zeigen wollen, dass auch Akteure bei dieser Innovation mitmachten, die im rechtskonservativen Diskursfeld der Bundesrepublik verortet waren, und diese dabei dem Ethnopluralismus, einer zentralen Theorie der ›Neuen Rechten‹, Pate gestanden haben. Der Diskurs über Entwicklungshilfe, der in den 1970er Jahren nicht nur ›links‹ und ›rechts‹, sondern auch von optimierungswütigen Technokraten geführt wurde, wurde ebenso von einem Essentialismus begleitet, der von ›Volk‹ und ›Raum‹ wie einem unzertrennlichen Memory-Paar sprach. Ein Essentialismus der nichts Nachträgliches an sich hatte, sondern selbst Teil der Innovation war.

Bedenkt man dies, dann handelt es sich bei der Theorie des ›Ethnopluralismus‹ nicht länger nur um die weltanschauliche Antwort eines Einzelnen, sondern um eine ›Idee‹, die durch die hier in den Blick genommene wissenschaftliche und entwicklungspolitische Praxis zu denken möglich wurde.

Im ›Windschatten‹, um hier die titelgebende Metapher zu bemühen – wenn auch nicht länger klar ist, wer sich hier in wessen Schatten bewegte –, von

Lehrstuhlgründungen und Weiterbildungsmaßnahmen für Studierende der technischen Wissenschaften, entstanden Freiräume, die auch das Verfolgen politischer Projekte an der Universität ermöglichten. Sie gehören zu dieser innovativen Phase, so wie es die Glanzlichter bundesrepublikanischer Wissenschaftsgeschichte (Technikgeschichte, Strukturgeschichte und Verhaltensforschung) tun. »Harmlose« Wissenschaften, die zu kompensieren versprochen, was der ungestüme Fortschritt an Problemen bereitete – auf ihre Anbindung und Förderung liessen sich die universitären Neugründungen gerne ein. Welche Funktion dieses Wissen jenseits seiner ingenieurwissenschaftlichen Anwendung hatte? »Ha, ha, ha. Diese blöden Fragen.«

Lukas Rathjen ist Doktorand an der Professur für Literatur- und Kulturwissenschaften der ETH Zürich. Für die freundliche Genehmigung zum Abdruck der hier verwendeten Bilder sowie für ihre wissenschaftliche und archivische Expertise dankt der Autor: Prof. Dr. Rainer Nicolaysen von der Arbeitsstelle für Universitätsgeschichte in Hamburg, dem Universitätsarchiv Bochum und dem Universitätsarchiv Stuttgart.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Henning Eichberg: *Die historische Relativität der Sachen*, Münster: LIT-Verlag (1984), Cover.

Abb. 2: Universität Hamburg, Arbeitsstelle für Universitätsgeschichte.

Abb. 3: Volker Schmidtchen (Hg.): *Wirtschaft, Technik und Geschichte. Beiträge zur Erforschung der Kulturbeziehungen in Deutschland und Osteuropa. Festschrift für Albrecht Timm zum 65. Geburtstag*, Berlin: Camen (1980).

Abb. 4: Universitätsarchiv Bochum, Dep. Staatliches Bauamt Bochum 02, 73.0311 © Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW, 02.07.1973.

Abb. 5: Otto Borst: *Schule des Schwabenlands. Geschichte der Universität Stuttgart*, Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt (1979), zwischen S. 384/385.

Abb. 6: Albrecht Kruse-Rodenacker: *Die Stunde der Außenseiter. Die Supermächte haben versagt. Die Gesetze des Verfalls. Planung als falsche Hoffnung*, Düsseldorf: Econ-Verlag (1972), Cover.

Abb. 7: Henning Eichberg an Albrecht Timm, 3. Juni 1975. in: UnivA Bochum, Nachlass Timm, Nr. 24.

Literatur

- 1 Vgl. Hans-Gerd Jaschke, Klaus Schönekeas (Hrsg.): *Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa: Bundesrepublik, Frankreich, Grossbritannien*, Wiesbaden: Springer (1990).
- 2 Henning Eichberg: »Entwicklungshilfe«: Verhaltensumformung nach europäischem Modell?«, in: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften* 93 (1973), S. 641–670. Wiederabgedruckt in: Ders.: *Nationale Identität: Entfremdung und nationale Frage in der Industriegesellschaft*, München: Langen-Müller (1978), S. 39–86. Im Folgenden wird die Ausgabe von 1978 zitiert. Die gekürzte in *Junges Forum* erschienene Fassung: Henning Eichberg: »Ethnopluralismus. Eine Kritik des naiven Ethnozentrismus und der Entwicklungshilfe«, in: *Junges Forum*, Heft 5 (1973), S. 3–12.
- 3 »Was will JUNGES FORUM?« (o.V.), in: *Junges Forum*, Heft 5 (Oktober 1972), o. Seitenzahl.
- 4 Nils Güttler, Margarete Pratschke, Max Stadler (Hg.): *Wissen, ca. 1980*, Zürich/Berlin: Diaphanes (2016) (=Nach Feierabend. Zürcher Jahrbuch für Wissensgeschichte 11).
- 5 Vgl. Christoph Weischer: *Das Unternehmen »Empirische Sozialforschung«: Strukturen, Praktiken und Leitbilder der Sozialforschung in der Bundesrepublik Deutschland*, München: Oldenbourg (2004) (=Ordnungssysteme 14), S. 235–366; Jürgen Kocka: *Sozialgeschichte: Begriff, Entwicklung, Probleme*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht (1986), S. 132–175; Thomas Etzemüller: *Sozialgeschichte als*

- politische Geschichte: Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945*, München: Oldebourg (2001) (=Ordnungssysteme 9). Die Geschichte der Verhaltensforschung in der Bundesrepublik ist noch immer eine Leerstelle. Für den amerikanischen Kontext siehe Erika Milam: *Creatures of Cain: The Hunt for Human Nature in Cold War America*, Princeton: Princeton University Press (2019). Zur Rolle der Anthropologie in der politischen Theorie im Frankreich der 1970er Jahre siehe Jacob Collins: *The Anthropological Turn: French Political Thought After 1968*, Philadelphia: University of Pennsylvania Press (2020).
- 6 Das Zitat hier ebenfalls aus dem Impressum von *Junges Forum*: »Was will JUNGES FORUM?« (o.V.), in: *Junges Forum*, Heft 5 (Oktober 1972), o. Seitenzahl.
 - 7 Henning Eichberg: »Entwicklungshilfe: Verhaltensumformung nach europäischem Modell?«, in: Ders.: *Nationale Identität: Entfremdung und nationale Frage in der Industriegesellschaft*, München: Langen-Müller (1978), S. 39–86, hier S. 75.
 - 8 Etienne Balibar, Immanuel Wallerstein: *Rasse, Klasse, Nation: Ambivalente Identitäten*, Hamburg: Argument Verlag (1990), S. 31.
 - 9 Vgl. Armin Pfahl-Traughber: *Konservative Revolution und Neue Rechte. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat*, Opladen: Leske + Budrich (1998), S. 138ff.
 - 10 Eichberg beschreibt in einem Interview diese Begegnung wie folgt: »Im Jahr 1966 begegnete ich in einem Zeltlager den französischen Nationalisten der *Fédération des Étudiants Nationalistes* und eben auch Alain de Benoist. Hier war man nicht konservativ, sondern »revolutionär« und bezog sich auf sozialistisch-syndikalistische Traditionen. Hier verstand ich erstmals, was den Unterschied zwischen den »Alten« und der »Neuen Rechten« ausmachte.« (<<https://www.endstation-rechts.de/news/ueber-habitus-ideologie-und-praxis-im-gespraech-mit-henning-eichberg-teil-1.html>>, abgerufen: 08.12.2019).
 - 11 <<https://www.endstation-rechts.de/news/ueber-habitus-ideologie-und-praxis-im-gespraech-mit-henning-eichberg-teil-1.html>>, abgerufen: 08.12.2019.
 - 12 Henning Eichberg: »Gefährlich denken: Über Rationalität und Angst in der Sportwissenschaft«, in: *Stadion: Internationale Zeitschrift für Geschichte des Sports* 16/2 (1990), S. 223–255, hier S. 230f.
 - 13 Zu einem ähnlichen Schluss kommt auch Susan Brownell: »As a person and a scholar, Eichberg is a liminal figure: he operates in the gaps between political, disciplinary and national boundaries. His liminality is mirrored in a recurring theme in his political and theoretical positioning: he is forever seeking to find the »third position«, the »trialectic« – or, as he puts it, he is always attempting to systematically seat himself between chairs.« Siehe Susan Brownell: »Thinking Dangerously. The person and his ideas«, in: John Bale, Susan Brownell (Hg.): *Body Cultures: Essays on Sport, Space and Identity*, London: Routledge (1998), S. 22–44, hier S. 22.
 - 14 Henning Eichberg: *Militär und Technik. Schwedenfestungen des 17. Jahrhunderts in den Herzogtümern Bremen und Verden*, Düsseldorf: Schwann (1976) (=Geschichte und Gesellschaft 7).
 - 15 Weitere wichtige nationalsozialistisch/völkische Schriften Brunners in den 1930er Jahren: Otto Brunner: »Der ostmärkische Raum in der Geschichte«, in: *Die Rasse. Monatschrift der nordischen Bewegung* 2 (1935), S. 397–401; Ders.: »Österreichs Weg zum Großdeutschen Reich«, in: *Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung* 2 (1938), S. 519–528. Eine umfassende Darstellung der NS-Laufbahn Brunners bei Robert Jütte: »Zwischen Ständestaat und Austrofaschismus. Der Beitrag Otto Brunners zur Geschichtsschreibung«, in: *Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte* 13 (1984), S. 237–262.
 - 16 So Gabriele Wohlauf in einer Festschrift für den Timm-Schüler Ulrich Troitzsch: Gabriele Wohlauf: »Ulrich Troitzsch. Lehrer, Forscher und Mentor«, in: Günter Bayerl/Wolfgang Weber (Hg.): *Sozialgeschichte der Technik. Ulrich Troitzsch zum 60. Geburtstag*, Münster: Waxmann (1998) (=Cottbuser Studien zur Geschichte von Technik, Arbeit und Umwelt 7), S. IX–XII, hier S. X.
 - 17 Vgl. Axel Schildt: *Zwischen Abendland und Amerika: Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre*, München: Oldenbourg (1999) (=Ordnungssysteme 4), S. 78f.
 - 18 Ingo Haar: »Theodor Schieder«, in: Ingo Haar, Michael Fahlbusch, Matthias Berg (Hg.): *Handbuch der völkischen Wissenschaften: Personen, Institutionen, Forschungsprogramme, Stiftungen*, München: Saur (2008), S. 625; Götz Aly: »Theodor Schieder, Werner Conze oder Die Vorstufen der physischen Vernichtung«, in: Winfried Schulze, Otto Gerhard Oexle (Hg.): *Deutsche Historiker im Nationalsozialismus*, Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag (2000), S. 163–182; Thomas Etzemüller: *Sozialgeschichte als politische Geschichte: Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945*, München: Oldebourg (2001) (=Ordnungssysteme 9).
 - 19 Vgl. Thomas Etzemüller: *Sozialgeschichte als politische Geschichte: Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945*, München: Oldebourg (2001) (=Ordnungssysteme 9), S. 70–89.
 - 20 Henning Eichberg: »Volk – wer wo was oder warum nicht? Arbeitsthesen zu einer humanwissenschaftlichen Volkstheorie«, in: *Volkslust* 1 (2004), S. 6–11.
 - 21 Siehe hierzu: Wolfgang Weber, Lutz Engelskirchen: *Streit um die Technikgeschichte in Deutschland 1945–1975*, Münster: Waxmann (2000) (=Cottbuser Studien zur Geschichte von Technik, Arbeit und Umwelt 15), S. 215–225.
 - 22 Albrecht Timm: »Aspekte eines neuartigen Lehrstuhls«, in: *Die Ruhr Universität* 10 (April 1967), S. 33.
 - 23 Vgl. Lutz Budrass: »Ein Lehrstuhl für die Geschichte der Zukunft«. Zur Gründung der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Ruhr-Universität Bochum«, in: Iris Kwiatkowski, Michael Oberweis (Hg.): *Recht, Religion, Gesellschaft und Kultur im Wandel der Geschichte: Ferculum de cibus spiritualibus. Festschrift für Dieter Scheler*, Hamburg: Kovač (2008) (=Studien zur Geschichtsforschung des Mittelalters 23), S. 483 – 508. Mit Wolfgang Köllmann wurde bereits 1964 einer von Conzes Schülern

- auf einen Lehrstuhl berufen. 1968 folgte Hans Mommsen. Siehe auch Thomas Etzemüller: *Sozialgeschichte als politische Geschichte: Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945*. München: Oldebourg (2001) (=Ordnungssysteme 9).
- 24 Vgl. »Eine Art Flickenteppich« (o.V.), in: *Der Spiegel* 27/9 (26.02. 1973), S. 45f; Susanne König: *Leben in außergewöhnlichen Zeiten: Die Mittelalterliche Forschung und ihre Vertreter an der Humboldt-Universität zu Berlin in der DDR*, Berlin: LIT (2018), S. 152f. Das plagiierte Werk ist: Wolfgang Jonas, Valentine Linsbauer, Helga Marx: *Die Produktivkräfte in der Geschichte*, Bd. 1: *Von den Anfängen in der Urgemeinschaft bis zum Beginn der Industriellen Revolution*, Berlin: Dietz Verlag (1969).
- 25 »Eine Art Flickenteppich« (o.V.), in: *Der Spiegel* 27/9 (26.02. 1973), S. 45f.
- 26 Albrecht Timm, Hans Freyer: *Der Strukturwandel des industriellen Systems im 20. Jahrhundert*, Bonn: Mitteldeutscher Kulturrat (1966); Albrecht Timm: *Verlust der Muße: Zur Geschichte der Freizeitgesellschaft*, Buchholz: Knauel (1968).
- 27 Der Kyffhäuser ist ein Mittelgebirge südöstlich des Harzes. Er ist Zentrum einer Sage, die die Rückkehr des »Friedenskaisers« Friedrich I. (»Barbarossa«) verspricht und seit dem 19. Jh in Kyffhäuserdenkmal repräsentiert wird. Der Sage nach ruht der Kaiser im Innern des Berges und soll eines Tages erwachen, um das »Reich« zu retten. Der Kyffhäuser wird vor diesem Hintergrund immer wieder zum identitätspolitischen Monument einer deutschen Nation stilisiert.
- 28 Vgl. Albrecht Timm: *Zur Wissenschaftsgeschichte: Mein Weg und mein Wollen*, Sankt Augustin: Richarz (1975), S. 73f. Zum Kyffhäuser: Albrecht Timm: *Der Kyffhäuser im deutschen Geschichtsbild*, Göttingen: Musterschmidt (1961). Siehe auch Ders.: »Sind wir Kyffhäuserdeutsche?«, in: Mitteldeutscher Kulturrat e.V. (Hg.): *Mitteldeutsche Vorträge 1964*, Bonn: Mitteldeutscher Kulturrat (1964), S. 7–16. 1972/1973 legte Timm den Abgeordneten des Bundestags in seiner Funktion als Vorstand des Mitteldeutschen Kulturrats einen Aufsatz vor: Ders.: »Festpunkte der deutschen Geschichte im Spannungsfeld zwischen Ost und West«, in: Mitteldeutscher Kulturrat e.V. (Hg.): *Nationalfeiertage. Erinnerung oder Verpflichtung?*, Bonn: Mitteldeutscher Kulturrat (1972), S. 16–23.
- 29 Albrecht Timm: *Zur Wissenschaftsgeschichte: Mein Weg und mein Wollen*, Sankt Augustin: Richarz (1975), S. 70.
- 30 Albrecht Timm: »Schlageter und wir. Ansprache zu seinem 80. Geburtstag, gehalten in Schönau (Schwarzwald) von Albrecht Timm«, in: *Junges Forum* (1975), S. 3–10.
- 31 Albrecht Timm: *Zur Wissenschaftsgeschichte: Mein Weg und mein Wollen*, Sankt Augustin: Richarz (1975), S. 74.
- 32 Albrecht Timm: *Der deutsche Bauer und das Sprichwort*, Goslar: Verlag Blut und Boden (1940); Ders.: »Deutsches Bauerntum in Polen – Schicksal und Leistungen«, in: *Montagsblatt* 82/3 (1940), S. 9–10; »Niederländische Kolonisation in Mitteldeutschland«, in: *Montagsblatt* 82/24 (1940), S. 93–94.
- 33 Dirk van Laak: *Gespräche in der Sicherheit des Schweigens: Carl Schmitt in der politischen Geistesgeschichte der frühen Bundesrepublik*, Berlin: De Gruyter (1993).
- 34 Albrecht Timm: »Schlageter und wir. Ansprache zu seinem 80. Geburtstag, gehalten in Schönau (Schwarzwald) von Albrecht Timm«, in: *Junges Forum* (1975), S. 3–10, hier S. 3.
- 35 Vgl. Albrecht Timm: *Zur Wissenschaftsgeschichte: Mein Weg und mein Wollen*, Sankt Augustin: Richarz (1975), S. 72f.
- 36 Henning Eichberg: »Geometrie als barocke Verhaltensnorm: Fortifikation und Exerzitien«, in: *Zeitschrift für historische Forschung* 4/1 (1977), S. 17–50, hier S. 46.
- 37 Henning Eichberg: »Schwedenfestung und Idealstadt Carlsburg an der Unterweser: zur Frühgeschichte des neuzeitlichen Ingenieurs«, in: *Deutsches Schiffsarchiv* 1 (1975), S. 25–46. Hier S. 43.
- 38 Marius Penz: »Der Gründungskontext des Stuttgarter GNT-Lehrstuhls. Zur Aufbruchsstimmung der 1960er Jahre«, in: Klaus Hentschel (Hg.): *50 Jahre GNT: Eine Festschrift zum fünfzigjährigen Jubiläum der Abteilung für Geschichte der Naturwissenschaften und Technik an der Universität Stuttgart*, Stuttgart: GNT-Verlag (2018), S. 32–40, hier S. 34.
- 39 Interview mit August Nitschke, geführt von Klaus Hentschel und Marius Penz am 18. November 2016 in Tübingen. Unveröffentlichte Quelle. Zit. nach Marius Penz: »Der Gründungskontext des Stuttgarter GNT-Lehrstuhls. Zur Aufbruchsstimmung der 1960er Jahre«, in: Klaus Hentschel (Hg.): *50 Jahre GNT: Eine Festschrift zum fünfzigjährigen Jubiläum der Abteilung für Geschichte der Naturwissenschaften und Technik an der Universität Stuttgart*, Stuttgart: GNT-Verlag (2018), S. 32–40, hier S. 37.
- 40 August Nitschke: »Ein neuer Lehrstuhl. Geschichte der Naturwissenschaft und Technik. Die Gunst einer glücklichen Konstellation«, in: Helmuth Albrecht (Hg.): *Naturwissenschaft und Technik in der Geschichte. 25 Jahre Lehrstuhl für Geschichte der Naturwissenschaft und Technik am Historischen Institut der Universität Stuttgart*, Stuttgart: Verlag für Geschichte der Naturwissenschaft und der Technik (1993), S. 16.
- 41 Fritz Martini: »Geisteswissenschaften: Ein Bericht im Überblick«, in: *Baden-Württemberg. Südwestdeutsche Monatsschrift für Kultur, Wirtschaft und Reisen* (Dezember 1969) (Themenheft: *Die Universität Stuttgart*), S. 72–86, hier S. 72.
- 42 Albrecht Kruse-Rodenacker, Horst Dumke: *Kapitalhilfe: Untersuchungen zur bilateralen Kapitalhilfe im Rahmen öffentlicher Leistungen*, Berlin: Duncker & Humblot 1970.
- 43 An anderer Stelle betont Nitschke, dass er die Abteilung »Historische Verhaltensforschung« auf Bitten Kruse-Rodenackers leiten sollte. Vgl. August Nitschke, Justin Stagl, Dieter R. Bauer: »Der Plan und die Beteiligten: Vorwort und Danksagung«, in: August Nitschke, Justin Stagl, Dieter R. Bauer (Hg.): *Überraschendes Lachen, gefordertes Weinen: Gefühle und Prozesse. Kulturen und Epochen im Vergleich*, Wien: Böhlau (2009), S. 11–17, hier S. 16.
- 44 Vgl. Fritz Martini: »Geisteswissenschaften: Ein Bericht im Überblick«, in: *Baden-Württemberg. Südwestdeutsche Monatsschrift für Kultur, Wirtschaft und Reisen* (Dezember 1969) (Themenheft: *Die*

Universität Stuttgart), S. 72–86, hier S. 72: »Es ist nicht beabsichtigt, die Abteilung zu einer vollständigen philosophischen Fakultät im traditionellen Sinne zu erweitern. Ihre Ausgestaltung folgt vielmehr dem genannten Gesichtspunkt struktureller Teilnahme an den besonderen Aufgaben einer ›Technischen‹ Universität«.

- 45 August Nitschke: »Ein neuer Lehrstuhl: Geschichte der Naturwissenschaft und Technik. Die Gunst einer glücklichen Konstellation«, in: Helmuth Albrecht (Hg.): *Naturwissenschaft und Technik in der Geschichte. 25 Jahre Lehrstuhl für Geschichte der Naturwissenschaft und Technik am Historischen Institut der Universität Stuttgart*, Stuttgart: Verlag für Geschichte der Naturwissenschaft und der Technik (1993), S. 18.
- 46 August Nitschke, Justin Stagl, Dieter R. Bauer: »Der Plan und die Beteiligten: Vorwort und Danksagung«, in: August Nitschke, Justin Stagl, Dieter R. Bauer (Hg.): *Überraschendes Lachen, gefordertes Weinen: Gefühle und Prozesse. Kulturen und Epochen im Vergleich*, Wien: Böhlau (2009), S. 11–17, hier S. 16.
- 47 Zum Konzept vgl. Hubertus Büschel: *Hilfe zur Selbsthilfe: Deutsche Entwicklungsarbeit in Afrika 1960–1975*, Frankfurt am Main: Campus-Verlag (2014).
- 48 Eine Selbstbeschreibung Nitschkes. Siehe August Nitschke: »Plädoyer für eine alternative Anthropologie«, in: *Geschichte und Gesellschaft* 2/2 (1976), S. 261–263.
- 49 Vgl. Henning Eichberg: *Abkoppelung: Nachdenken über die neue deutsche Frage*, Koblenz: Bublies (1987), S. 134ff.
- 50 »In dieser weiterentwickelten Industriegesellschaft kann die Aufnahme von Relationen hilfreich sein, denn diese vermitteln zusätzliche Kraft. Fraglich ist freilich, ob es Europäern und Amerikanern gelingen wird, sich in Relationen einzuordnen. Dafür scheinen Japaner wie Chinesen, die aufgrund ihrer Tradition bereits relationsorientiert sind, bessere Voraussetzungen mitzubringen.« August Nitschke: *Die Bedrohung. Ansatz einer historischen Verhaltensforschung*, Stuttgart: Klett (1972), S. 109.
- 51 Albrecht Kruse-Rodenacker: *Die Stunde der Außenseiter: Die Supermächte haben versagt. Die Gesetze des Verfalls. Planung als falsche Hoffnung*, Düsseldorf: Econ-Verlag (1972), S. 239.
- 52 Ebd.
- 53 Ebd., S. 7.
- 54 Vgl. Henning Eichberg: *Leistung, Spannung, Geschwindigkeit: Sport und Tanz im gesellschaftlichen Wandel des 18./19. Jahrhunderts*, Stuttgart: Klett-Cotta (1978) (=Stuttgarter Beiträge zur Geschichte und Politik 12), S. 12–16; S. 299–306.
- 55 Albrecht Kruse-Rodenacker: »Das Nest«, in: Werner Eckelt (Hg.): *Requiem auf West-Berlin: Bilder aus einer vergangenen Zeit*, Berlin: Henschel (2000), S. 137.
- 56 »Die Summe lohnt« (o.V.), in: *Der Spiegel* 32/40 (2.10.1978), S. 124–127
- 57 August Nitschke: »Ein neuer Lehrstuhl: Geschichte der Naturwissenschaft und Technik. Die Gunst einer glücklichen Konstellation«, in: Helmuth Albrecht (Hg.): *Naturwissenschaft und Technik in der Geschichte: 25 Jahre Lehrstuhl für Geschichte der Naturwissenschaft und Technik am Historischen Institut der Universität Stuttgart*, Stuttgart: Verlag für Geschichte der Naturwissenschaft und der Technik (1993), S. 15.

Geist(er)jäger: Reisen in den rechten Kosmos der 1980er Jahre

Rechts das Regierungsmandat, links die kulturelle Hegemonie: die Machtverhältnisse der späten Bundesrepublik schienen klar sortiert. Auf seinen Reisen durch den rechten Kosmos der 1980er Jahre begann der Politikwissenschaftler Claus Leggewie daran zu zweifeln.

Bonn, Januar 1987. Es sollte die letzte Bundestagswahl vor der Wiedervereinigung sein. Die Bundesrepublik liess sich auf keine Experimente ein und bestätigte ihre Regierung, Kabinett Kohl III war Tatsache. Die Euphorie aber hielt sich in Kreisen der CDU/CSU in Grenzen, sie büsste ganze viereinhalb Prozentpunkte ein und stand als verlierende Gewinnerin der Wahl da. Und obwohl die Koalition mit der FDP, welche schon seit 17 Jahren als Juniorpartnerin in Bonn regierte, fortgeführt werden konnte, sah sich die Union mit epochalen Herausforderungen konfrontiert. Die Stichworte lauteten: Ökologie, Technologie und Wissenschaft. Themen wie In-vitro-Fertilisation, Umweltschutz sowie die Abtreibungsdebatte dominierten den politischen und intellektuellen Diskurs. Es ging um die Zukunft: die Zukunft der Union, die Zukunft der Bundesrepublik, die Zukunft der Meinungsherrschaft.

Auf galaktischer Erkundung

In seinem ebenfalls 1987 im Rotbuch Verlag erschienenen Buch mit dem lakonischen Titel *Der Geist steht rechts: Ausflüge in die Denkfabriken der Wende* begab sich der deutsche Politikwissenschaftler Claus Leggewie in dieser Konstellation auf eine »intergalaktische« Reise, um die aktuelle politisch-kulturelle und geistige Landschaft der Bundesrepublik zu vermessen. Der auffällige Buchdeckel (Abb. 2) zeigt eine fliegende Untertasse, und auf den ersten Blick möchte man glauben, es handle sich dabei um eine Science-Fiction-Erzählung. Weit gefehlt: schon die Karikaturen von Lenin, Marx und Mao, die dort gereizt zu den beiden CDU-Altkanzlern Konrad Adenauer und Ludwig Erhard hochblicken, lassen über den Inhalt und die Hauptrollen in diesem Buch vermuten. Aufschlussreicher noch, etwas versteckt, aber gut kontrastiert auf dem Rückdeckel oberhalb des Waschzettels: ein Passionskruzifix (weiss auf schwarz) und eine Swastika (schwarz auf weiss). Untersuchungsgegenstand ist die konservative »Galaxie« mit ihrer Zentralprotagonistin, der »christ-demokratischen Orthodoxie«.¹

Auf seiner Reise durch den ideologisch äusserst heterogenen konservativen Kosmos macht Claus Leggewie Halt bei Denkfabriken, Stiftungen und Studienzentren. Er identifiziert (vorwiegend männliche) Akteure, Beziehungen und Machtkonstellationen und zeichnet dabei ein Bild, das in seiner Zeit zu überraschen vermochte. »So gescheit und vergnüglich es auch ist, wie Leggewie die »konservative Galaxie« erforscht«, meinte kurz nach dem Erscheinen der Rezensent Gunter Hofmann für die Wochenzeitung *Die Zeit*: »wenn man dem das eigene Bild der CDU entgegenstellt, überrascht doch eher, wie wenig es sich mit den meisten der Namen, Zeitschriften oder Zirkeln, die zum Beweis angeführt werden, in Einklang bringen lässt.«²

Leggewie führte etwa Gespräche mit den Philosophen Günter Rohrmoser, bekannt durch seine Nähe zum *Studienzentrum Weikersheim*, oder Robert Spaemann, der wie Rohrmoser der sogenannten Ritter-Schule zugerechnet

wird. Letztere bildete sich als Zusammenschluss gleichgesinnter Denker um den Philosophen Joachim Ritter heraus, in gewisser Abgrenzung zur Frankfurter Schule. Auch Armin Mohler, welcher als Vordenker der neuen Rechten grossen Einfluss unter anderem auch auf den *Nouvelle Droite*-Gründervater Alain de Benoist ausübte, brachte er zum Dialog. Und obwohl sich die Meinungen dieser konservativen Köpfe und Denkinstitute teilweise diametral gegenüberstanden, zeigte sich für Leggewie nach seinem Ausflug eine eindeutige Tendenz: Der Geist steht rechts.



Abb. 1: Die CDU zog 1986/1987 mit dem Slogan »Zukunft statt Rot-Grün« in den Wahlkampf — hier als »Autoaufkleber«.

Intellektuelle Vormacht

Wer in diesem Kontext von Geist spricht, verweist auf den italienischen Philosophen und Schriftsteller Antonio Gramsci und sein Konzept der kulturellen Hegemonie. Dieser hatte in den 1930er Jahren postuliert, dass sich Politik und Ideologie nur bedingt von Gebieten wie der Ökonomie und der Kultur trennen lassen. Vielmehr hingegen hängen die verschiedenen Elemente einer Gesellschaft zusammen und bilden eine gemeinsame Struktur. Theorie und Praxis verfließen demnach ineinander und spiegeln

sich in allen Lebensbereichen wider.³ Nach Gramsci manifestierte sich die Hegemonie aber nicht in einem gewaltsamen Diktat, sondern in der Zustimmung der beherrschten Gesellschaft gegenüber dem Handeln der Machthaber*innen. Diese müssten durch eine Hoheit über Debatten und Diskurse einen »Gleichgewichtszustand« schaffen, in welchem »die Interessen der herrschenden Gruppen überwiegen«.⁴

Kurz gefasst bedeutet das, dass eine politische Hegemonie die kulturelle Hegemonie voraussetzt. Gramsci entwarf dieses Theorem in den 1930er Jahren angesichts des Scheiterns der italienischen Kommunist*innen. Ungeachtet der marxistischen Ausrichtung seines Erschaffers fand es später im ganzen politischen Meinungsspektrum bis hin an den rechten Rand Verbreitung.⁵ Eine besondere Bedeutung kommt nach Gramsci dem Intellektuellen in der Rolle des »Kriegers um den Geist« zu: »Es gibt keine unabhängige Klasse von Intellektuellen, sondern jede Klasse hat ihre Intellektuellen; aber die Intellektuellen der historisch progressiven Klasse üben eine solche Anziehungskraft aus, dass sie sich letztlich die Intellektuellen der anderen Klasse unterordnen«.⁶ War es 1987 tatsächlich die Rechte, die sich als »historisch progressive Klasse« zur kulturellen Hegemonie aufschwang?

Leggewies pauschale Antwort scheint zu einfach, schon deshalb, weil man in weiten Kreisen Ende der 1980er Jahre fest von einer Linkslastigkeit des Geistes überzeugt war.⁷ So sprach Leggewies Gesprächspartner Wulf Schönbohm, Leiter der Abteilung für Grundsatzfragen und Planung in der CDU und damit enger Mitarbeiter des damaligen Parteigeneralsekretärs Heiner Geissler, von einer sich zurückbildenden kulturellen Dominanz der linken Geisteselite. Dies sei aber nicht mit einer kulturhegemonialen Führung der CDU gleichzusetzen.⁸ Auch Günter Rohrmoser erkannte in den aktuellen Entwicklungen vor allem eine um sich greifende Abkehr von linken Utopien – und eine geistige Führung durch die Grünen und Alternativen.⁹ Und der *Zeit* erschien Leggewies These insgesamt als »intellektuelle Spielerei«.¹⁰ Die Kontradiktionen waren augenfällig. Doch was eigentlich zählte und worauf Leggewies provokanter Titel wohl auch abzielte, war die sich abzeichnende Entwicklung, welche er beobachtete. Denn die aufkeimenden Meinungen von heute münden in die Kulturrevolution von morgen. Und während in der Frage um die aktuelle kulturelle Hegemonie grosse Uneinigkeit herrschte, fanden sich die Streitparteien im Hinblick auf die Zukunft der CDU in einem gemeinsamen Konsens: Wichtige und diffizile Positionierungen stehen für die CDU auf der Traktandenliste. Dabei darf die Partei eines nicht verlieren: ihren Zusammenhalt.

Wissenschaft im konservativen Richtungsstreit

Leggewie nannte diese Probleme beim Namen und führte durch die herrschenden Antagonismen in der konservativen Geisteselite. Er unterteilte diese in die drei »Marschsäulen des Bürgerblocks«: Neoliberale, Konservative und christlich-soziale Reformer.¹¹ Dass hier Konfliktpotential

schlummerte, war flagrant. Dabei fiel vor allem ein Umstand ins Gewicht – die Auseinandersetzungen fanden vor dem Hintergrund einer wachsenden Bedeutung der Wissenschaft statt. Denn wer 1968 oder die konservative Gegenbewegung der nächsten Jahre in den Akademien miterlebt hatte, wusste, dass die Universitäten und Hochschulen zur Bühne ideologischer Auseinandersetzungen geworden waren.¹²

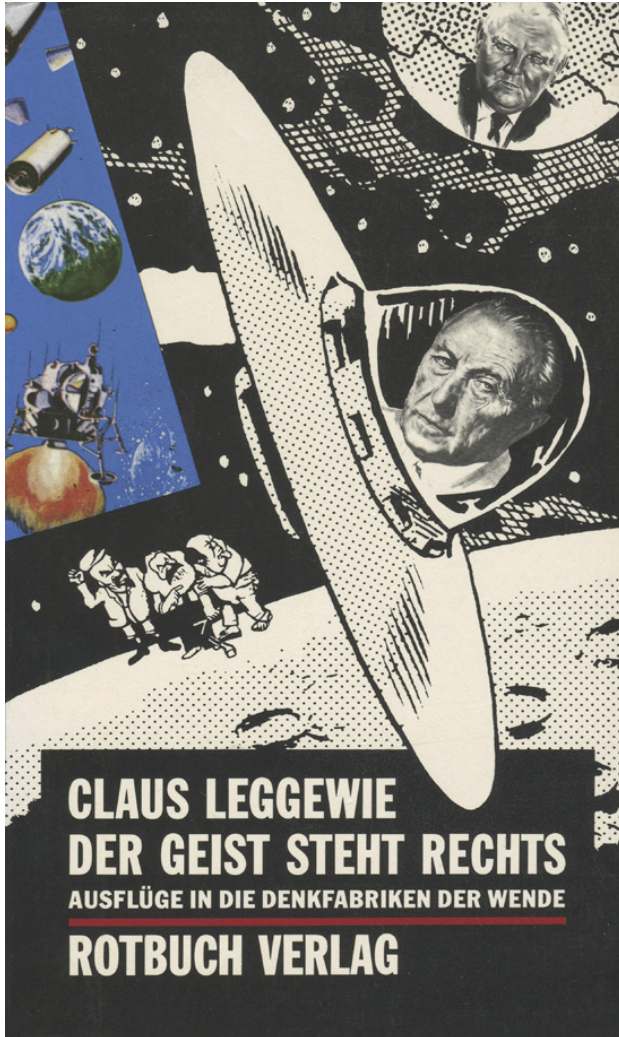


Abb. 2: Claus Leggewies *Der Geist steht rechts: Ausflüge in die Denkfabriken der Wende* erschien 1987 im Rotbuch Verlag. Auf dem Cover: Konrad Adenauer mit UFO, Ludwig Erhard auf dem Mond sowie Lenin, Marx und Mao, die gereizt zu den beiden CDU-Altkanzlern hinaufblicken.

Dabei ging es nicht ausschliesslich darum, wer die Hoheit in den Akademien besass, sondern auch um die Frage des Stellenwertes der Wissenschaft in den eigenen Ideologien. Offensichtlich wurde dies etwa in der Auseinandersetzung darüber, welchen Stellenwert christliche Werte und Argumentationen für den Konservatismus besitzen sollten. Der Streit um

das »C« im Parteiakronym der CDU, das Autor*innen und Glaubensvertreter*innen der *Neuen Politischen Meinung*, wie beispielsweise Basilius Streithofen, gerne hervorkehren wollten, manifestierte sich um 1987 unter anderem in der Abtreibungsfrage.¹³ Plötzlich wurden nicht nur religiöse (Anti-)Argumentarien angeführt. Der von Mohler zitierte Soziologe Robert Hepp etwa betonte in einem Interview mit Augenmerk auf die Demographie, dass er es bedaure, dass für wiederholtes Abtreiben nicht die Todesstrafe angedroht werden könne. Im selben Satz sprach er sich für ein Verkaufsverbot von Empfängnisverhütungen aus. Er sah darin das Patentrezept gegen die gegenwärtigen bevölkerungspolitischen Probleme, gegen den »sanften Völkermord an sich selbst«, der sich aus der tiefen Geburtenrate ergebe.¹⁴

Doch nicht überall im konservativen Kosmos lehnte man die Abtreibung rundweg ab: In einer anderen, an die Evolutionsbiologie angelehnten Erklärung wurde die Rolle der Abtreibung als Instrument zur Verhinderung von Föten mit Missbildung unterstrichen; als Technik, um die »weisse Rasse« erfolgreich dem Übermenschentum näherbringen zu können.¹⁵ Wissenschaft wurde in diesem Kontext zur zentralen Debattenressource und gleichzeitig Schlachtfeld zur Austragung wissenschaftlicher Kontroversen. Dies gilt auch für den sogenannten Historikerstreit, der sich 1986 aus den Professorenbüros der Universitäten in die Öffentlichkeit verlagerte. Die Frage nach Völkermord und Kriegsschuld wurde zum Politikum, Geschichtsforschung und Geisteswissenschaften wurden in ihren Grundsätzen der Methodik, Neutralität und Freiheit diskutiert.¹⁶

Während Kirche und orthodoxe Christdemokrat*innen mit dem zunehmenden Einfluss der Akademien haderten, pflegten Unionspolitiker*innen im Süden der Bundesrepublik eine durchaus optimistische Sicht auf die Wissenschaften. Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth, auch anerkennend »Cleverle« genannt, agierte pragmatisch. Vor allem die Natur- und Ingenieurwissenschaften standen bei ihm hoch im Kurs; Späth war sich der Kraft eines Technologienarrativs vollkommen bewusst und setzte hierbei auf die örtlichen Einrichtungen der Spitzenforschung, benannt nach naturwissenschaftlichen Grössen: Fraunhofer- und Max-Planck-Institute nutzte er, wie Leggewie offenlegte, als politische Strategielieferanten.¹⁷ Komplementär zu den dort praktizierten Naturwissenschaften wirkten Geistes- und Sozialwissenschaften, die den Technologie-Imperativ gesellschaftsfähig machen und gleichzeitig historische Kontinuität garantieren sollten.¹⁸

Auf der gleichen technokratischen Wellenlänge politisierte auch Kurt Biedenkopf. Der Alt-CDU-Generalsekretär, von der *Zeit* als »Ordo-Denker und Wachstumspolitiker« bezeichnet,¹⁹ parteiintern durchaus umstritten, hatte sich seine Denkfabrik allerdings gleich selbst erschaffen. Das *Institut für Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik* stellte sich in seinen Satzungen klar den Anspruch auf Wissenschaftlichkeit seiner Praxis.²⁰ Die CDU hatte also innovative Parteifunktionäre und Mandatsträgerinnen in bester

Positionierung, die mit Hilfe von Wissenschaft und Technik die Antwort auf die Frage nach der Zukunft des Konservatismus zu wissen glaubten.



Abb. 3: »Der High-Technokrat: Lothar Späth« — Exzerpt aus Leggewies *Der Geist steht rechts* (»Fünfte Station: Cleverle und die Postkonservativen«) in der *Badischen Zeitung*.

Ökologiekritik zwischen Innovation und Tradition

Der Gestus von Technik und Innovation verstellte allerdings den Blick darauf, dass viele der aus der Wissenschaft entlehnten Positionen für den Konservatismus alles andere als neu waren. Besonders ermessen lässt sich dies auf dem Feld der Umweltpolitik, das in den 1980er Jahren zu einem besonders wichtigen Ort der intellektuellen Auseinandersetzungen wurde. Vor allem die verheerende Katastrophe, welche sich am 26. April 1986 in Reaktor 4 des Kernkraftwerks in Tschernobyl ereignete, bewegte die Debatte um die sowieso schon umstrittene Atomkraft schlagartig in eine neue Dimension.²¹ Die *Zeit* diagnostizierte nach dem Unfall: »Allerdings lassen sich diese Erfahrungen nicht mehr im Rechts-Links-Schema

parteipolitisch verrechnen. Die neuen Verbindungslinien zwischen konservativer Zivilisationskritik und progressiver Ökologie durchkreuzen die alten Fronten«. ²²

Ökologie wurde zum Schlagwort der Zeit. Es bestimmte zunehmend den öffentlichen Diskurs, was sich nicht zuletzt in der Parteienlandschaft niederschlug. Die Gründung der Grünen Partei 1980 und deren Erfolg an den Bundestagswahlen drei und sieben Jahre später waren symptomatisch für eine Entwicklung, die sich über Jahre hinweg abgezeichnet hatte. In den Akademien wuchs die Aufmerksamkeit für ökologische Themen rasant und auch die Ideologiefabriken der Parteien waren sich bewusst, dass Antworten gefordert wurden: Wer das Thema effektiv und stringent mit dem eigenen Parteiprogramm verbinden konnte, durfte sich im kulturhegemonialen Rennen auf einen grossen Vorsprung freuen. So verschrieb sich unter anderem die *CIVITAS*, eine von Spaemann und den Kollegen Peter Koslowski und Reinhard Löw 1979 gegründete Gesellschaft, anhand von Tagungen den Fragen zum Evolutionismus oder den ethischen Konflikten der modernen Medizin und der Biologie. Spaemann wies darauf hin, dass die Hinwendung zu den aktuellen Naturwissenschaften keine Abkehr von älteren Denktraditionen bedeutete. In den Interviews mit ihm, die Leggewie in seinem Buch abdruckte, betonte Spaemann: »Der neue ökologische Konsens muss sich aus verschiedenen Quellen speisen. Er kann sich aus religiösen Quellen speisen (Kreatürlichkeit)«. ²³ Nach ihm sollte sich also auch die Kirche dazu eignen, Ökologie erklären zu können. Ökologie, so betonte ganz explizit auch Günter Rohrmoser, war ein Kernthema des Konservatismus: »Die Natur der Ökologiekrise lässt ja gar keine anderen Antworten als konservative zu, und es werden ja auch allenthalben konservative gegeben«. ²⁴ Dies waren provokante Kampfansagen an die ›linke‹ Umweltbewegung. Aber sie besaßen eine wahre Essenz, die Ende der 1980er Jahre zunehmend ins Bewusstsein rückte.

Rechts für die Umwelt

Rechte Ökologie – was vielleicht zunächst wie ein schlecht geformtes Oxymoron anmutet, hatte in der Tat eine längere Tradition als so manchem Linken und Grünen lieb sein konnte. Die Spuren führen zurück in die Jahrhundertwende, als das Bekenntnis zur Heimat zunehmend an Bedeutung gewann. Heimat, die sich aus der Landschaft, der Kultur und der zugrundeliegenden Natur zusammensetzt, galt es zu schützen. Der Kopf hinter diesen Ideen hiess Ernst Rudorff, ein bürgerlicher Musiker, besonders bekümmert über die Verunstaltung seiner Heimat. Seine Feinde lauteten damals: Modernisierung, Tourismus und Gier. Er rief zum Schutz der Natur auf, welcher er eine zentrale, schon fast spirituelle Rolle in der Entwicklung eines Volkes zuschrieb. ²⁵ Dies mündete 1904 in die Gründung des *Deutschen Bundes Heimatschutz*, welcher sich fortan mit Projekten wie der Austrocknung von Flüssen durch extensive Wasserentnahme, dem Denkmalschutz von historischen Kulturstätten und der Eindämmung unüberlegter Expansion von industriellen Einrichtungen beschäftigte.

Daneben unterstützte er Publikationen, die sich unter anderem mit der Konservation von Natur und traditioneller Architektur beschäftigten.²⁶ Alles in allem eine reiche Ideengeschichte, die von kulturtraditioneller und argumentativer Bedeutung war. Angesichts dieser ökologischen Tradition sah sich das rechte Lager berechtigt, die Genese des Umweltschutzes für sich zu reklamieren.²⁷ Doch entscheidender als die Besetzung von dessen Historie war das Erbe des altrechten Ökologiebegriffs, das durch die Geschichte mitgetragen wurde. Man musste offensichtlich nicht weit suchen, um in diesen Grundsätzen die Parallelen zu einer Politik der Grünen am Ende der 1980er Jahre zu erkennen. Durch ihre in den 1970er und 1980er Jahren geschärften, teilweise stark abstrahierten Positionen, dehnten die Konservativen den ökologie-ideologischen Graben aber über die Zeit hinweg aus. Selbst die anfänglichen Parallelen konnten die zunehmende Diskrepanz zwischen dem linken und rechten Ökologieverständnis nicht überdecken.

Diese Entwicklung war nicht zuletzt auch eine grosse Chance für die Unionsparteien, sich in diesem kulturhegemonial relevanten Thema von ihrer politischen Konkurrenz abzuheben. Doch diese zauderten, was 1982 unter anderem in der Gründung der Ökologisch-Demokratischen Partei mündete. Dieses von Leggewie auch als »Abspaltung vom Fleisch der Union« betitelte Ereignis war Zeugnis davon, dass sich die CDU schwertat, die Partei in einem ökologischen Konsens zu einen.²⁸ Heute wird deutlich, dass Günter Rohrmoser dazu im Gespräch mit Leggewie eine treffende Entwicklung beschrieben hatte: »Dass die CDU zu dieser zentralen, vielleicht wichtigsten Frage keine philosophisch durchdachte Position hat, wird die Hauptursache für ihren dramatischen Integrationsverlust als Volkspartei in den 90er Jahren sein.«²⁹

Der Grund für dieses Versagen der Partei mag erstens darin gelegen haben, dass die wissenschaftliche Argumentation vor allem aus naturwissenschaftlicher Perspektive nicht wasserdicht war. Andererseits, und auch etwas wahrscheinlicher, könnte eine fundamentale Anschauung den Ausschlag gegeben haben: der von neurechter Seite negierte Universalismus – also die Ablehnung aller egalitären Gesellschaftssysteme – vertrug sich nicht mit den christlichen Strömungen innerhalb des rechten Kosmos. Das war insofern bedauerlich für die CDU, als sich interne Ideologiekonflikte nicht unbedingt positiv auf ein einheitliches Auftreten im Ringen um die kulturelle Hegemonie auswirkten. Es ergänzte aber das Bild einer in sich uneinigen rechten Geisteselite, welches Leggewie in seiner Analyse ausmachte.

Ein Reisebericht

Leggewies Ausflüge in den konservativen Kosmos haben die ganz grosse Bühne umgangen. Doch mit seinem Fokus warf er Licht auf ein Phänomen, das damals noch recht unberührt zu sein schien. »Ohne Zweifel ist bisher die Untersuchung des institutionellen Rahmens vernachlässigt worden,

innerhalb dessen in der Bundesrepublik konservative Leitbilder artikuliert und in massenwirksame Wahlstrategien umgesetzt werden. Claus Leggewie hat nun eine Studie vorgelegt, die geeignet scheint, diese Lücke zu schliessen« schreibt Richard Saage in einer Besprechung 1987.³⁰

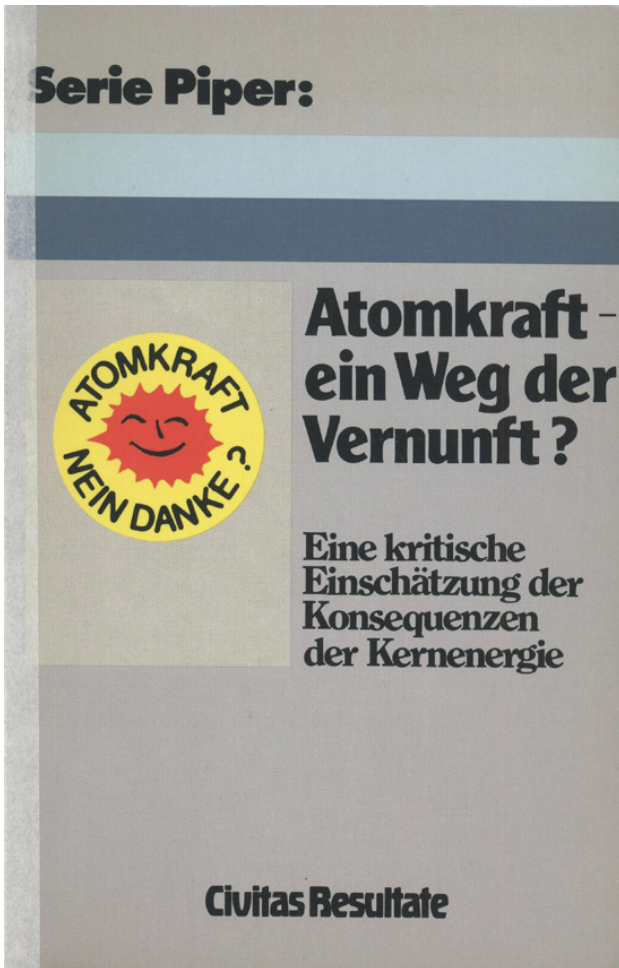


Abb. 4: *Atomkraft, ein Weg der Vernunft?* (1982) – die Reihe ›Civitas Resultate‹ erschien seit 1981 u.a. im Piper Verlag.

Leggewie offenbarte, dass die Arbeit von Denkfabriken nun endgültig im (neu-)rechten Ideologieapparat der Bundesrepublik angekommen war. Was in den frühen Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts in den USA unter dem Begriff »think tank« begonnen hatte, machten sich jetzt auch konservative Intellektuelle in Deutschland zu Nutze. Sie schlossen sich zusammen, um ihre Ideen austauschen zu können, an ihnen zu feilen und anhand von Zeitschriften, Tagungen und Netzwerken gebündelt Einfluss auf den intellektuellen und politischen Diskurs nehmen zu können. Die – als nahtlos anzufügendes Exempel – 1970 von Armin Mohler und Mitstreiter Caspar von Schrenck-Notzing gegründete Zeitschrift für Rechtsintellektuelle *Criticón* lobte die Information sowie den Schreibstil des Buches und

verpasste dem rechten Lager in selbstkritischer Manier einen Denkkzettel, indem sie bemerkte, dass eine solche Methodik und Herangehensweise in den eigenen Reihen selten gesehen sei.³¹ Günter Hofmann apostrophierte das Werk in der *Zeit* fünf Jahre nach dessen Erscheinung als »mittleres Beben«.³²

Dass also die Konklusion (»der Geist steht rechts«), in einer Zeit der breit anerkannten Linkslastigkeit der kulturellen Hegemonie, als Provokation und Denkanstoss aufgefasst wurde, reicht, um zu erkennen, dass der »unorthodoxe Kopf« Claus Leggewie den damaligen Diskurs um die Meinungsführerschaft mit seinen Entdeckungen erweitert hat.³³ Darüber hinaus markiert das Buch einen Perspektivwechsel. Es leistet einen Anstoss für eine bis heute andauernde kritische Auseinandersetzung der Verbindung zwischen rechten Ideen und der Wissenschaft. Deutlich wird das, wenn man einen rund dreissig Jahre grossen Zeitsprung macht. Das Werk wirkt trotz fester zeitlicher Verankerung noch bis in die Gegenwart, es dient als Rezeptionsquelle von Arbeiten und Publikationen, welche sich mit der Politik in der Union, den vielumworbenen Denkfabriken und dem Zusammenhang von Rechten und Universität beschäftigen.³⁴

Dazu kommt, dass Leggewie einige Entwicklungen richtig prognostizierte – das Vakuum im rechten politischen Flügel, welches durch die AfD 2017 mit einem tsunamiartigen Einzug in den Bundestag gefüllt wurde. Auch die Landschaft der Denkinstitute hat sich seither gewandelt und ausgebildet. Wer sich etwas vertieft mit der gegenwärtigen Politik in Deutschland auseinandersetzt, dem sind das *Institut für Staatspolitik* und der dazugehörige Verlag *Antaios* sowie die Zeitschrift *Sezession* wohl bekannt. Und die Strecke Schnellroda-AfD ist zu einer gefestigten Transportverbindung von politischem und ideologischem Immaterialgut avanciert.

Was Leggewie 1987 zu seinem kühnen Fazit trieb, lässt sich also aus den beschriebenen Entwicklungen und Phänomenen verstehen. Seine Feststellung vom rechten Geist mag einige echauffiert, andere bestätigt und weitere verwundert haben. Doch Leggewie hat uns damals beigebracht, dass die Rechte wieder denkt. Sie denkt organisiert, kontradiktorisch und technologisch – strategisch, ökologisch, christlich und natürlich rechts. Und damit ist die Liste nicht abgeschlossen. Intra- und intergalaktische Sternenkriege im Ideologiekosmos waren und sind vorprogrammiert. Aber um Sternenkriege führen zu können, bedarf es der nötigen Ausrüstung. Und diese hatte die Rechte um 1987.

André Semadeni studiert Umweltnaturwissenschaften an der ETH Zürich.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: »Zukunft statt Rot-Grün«, CDU Wahlkampf-Sticker, 1987.

Abb. 2: Claus Leggewie: *Der Geist steht rechts: Ausflüge in die Denkfabriken der Wende*, Berlin: Rotbuch

Verlag (1987), Cover.

Abb. 3: Claus Leggewie: »Cleverle und die Postkonservativen«, in: *Badische Zeitung* (22. August 1987), S. 5, Detail.

Abb. 4: Peter Koslowski, Philipp Kreuzer, Reinhard Löw (Hg.): *Atomkraft, ein Weg der Vernunft? Eine kritische Einschätzung der Konsequenzen der Kernenergie*, München: Piper (1982), Cover.

Literatur

- 1 Claus Leggewie: *Der Geist steht rechts: Ausflüge in die Denkfabriken der Wende*, Berlin: Rotbuch Verlag (1987), S. 28.
- 2 Gunter Hofmann: »Wohin treibt die Union?«, in: *Die Zeit* (17.07.1987), <https://www.zeit.de/1987/30/wohin-treibt-die-union/>.
- 3 Vgl. Gwyn A. Williams: »The Concept of ›Egemonia‹ in the Thought of Antonio Gramsci: Some Notes on Interpretation«, in: *Journal of the History of Ideas* 4/21 (1960), S. 586–599. Zur Gramsci-Rezeption der »Neuen Rechten« siehe »Die kulturelle Macht« [frz. »Le pouvoir culturel«, 1979], in: Alain de Benoist: *Kulturrevolution von rechts: Gramsci und die Nouvelle Droite*, Krefeld: Sinus (1985).
- 4 Antonio Gramsci, zitiert in: Mario Candeias: »Gramscianische Konstellationen: Hegemonie und die Durchsetzung neuer Produktions- und Lebensweisen«, in: Andreas Merkens, Victor Rego Diaz (Hg.): *Mit Gramsci arbeiten: Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis*, Hamburg: Argument Verlag (2007), S. 15–23, hier S. 20.
- 5 Wolfgang Gessenharter, Helmut Fröchling: »Neue Rechte und Rechtsextremismus in Deutschland«, in: Jens Mecklenburg (Hg.): *Handbuch deutscher Rechtsextremismus*, Berlin: Elefant Press (1996), S. 550–571, hier S. 561.
- 6 Antonio Gramsci: »Erstes Heft – 44 (1929–1935)«, in: Klaus Bochmann (Hg.): *Gefängnishefte / Antonio Gramsci*, Bd. 1, Hamburg: Argument Verlag (1991).
- 7 Gunter Hofmann: »Wohin treibt die Union?«, in: *Die Zeit* (17.07.1987), <https://www.zeit.de/1987/30/wohin-treibt-die-union/>.
- 8 Ebd.
- 9 Claus Leggewie: *Der Geist steht rechts: Ausflüge in die Denkfabriken der Wende*, Berlin: Rotbuch Verlag (1987), S. 56.
- 10 Gunter Hofmann: »Der beschädigte Konservatismus«, in: *Die Zeit* (17.03.1989), <https://www.zeit.de/1987/30/wohin-treibt-die-union/>.
- 11 Claus Leggewie: *Der Geist steht rechts: Ausflüge in die Denkfabriken der Wende*, Berlin: Rotbuch Verlag (1987), S. 10.
- 12 Vgl. Nicolai Wehrs: »Der ›Bund Freiheit der Wissenschaft‹ (BFW) in den 1970er Jahren«, in: *Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien* 42 (2008), S. 7–17.
- 13 Claus Leggewie: *Der Geist steht rechts: Ausflüge in die Denkfabriken der Wende*, Berlin: Rotbuch Verlag (1987), S. 89.
- 14 Arbeitskreis Neue Rechte, zitiert in: Wolfgang Gessenharter: *Kippt die Republik? Die Neue Rechte und ihre Unterstützung durch Politik und Medien*, München: Droemer Knauer (1994), hier S. 132; Thor v. Waldstein: »... als würde der deutsche Wald das deutsche Volk überleben« (Interview mit Robert Hepp aus *elemente zur Metapolitik* 3/1987), gekürzte Fassung online: »Der Soziologe Robert Hepp ist 80 – ein Interview«, in: *Sezession* (20.02.2018), <https://sezession.de/58228/der-soziologe-robert-hepp-ist-80-ein-interview/>.
- 15 Yves Christen (n.d.), zitiert in: Patrick Moreau, »Die neue Religion der Rasse«, in: Iring Fetscher (Hg.): *Neokonservative und ›Neue Rechte‹: Der Angriff gegen Sozialstaat und liberale Demokratie in der Bundesrepublik, Westeuropa und den Vereinigten Staaten*, München: C.H. Beck (1983), S. 117–162, hier S. 158.
- 16 Claus Leggewie: *Der Geist steht rechts: Ausflüge in die Denkfabriken der Wende*, Berlin: Rotbuch Verlag (1987), S. 225–226.
- 17 Ebd., S. 66.
- 18 Ebd., S. 73.
- 19 Gunter Hofmann: »Wohin treibt die Union?«, in: *Die Zeit* (17.07.1987), <https://www.zeit.de/1987/30/wohin-treibt-die-union/>.
- 20 Claus Leggewie: *Der Geist steht rechts: Ausflüge in die Denkfabriken der Wende*, Berlin: Rotbuch Verlag (1987), S. 80–81.
- 21 Melanie Arndt: *Tschernobyl. Auswirkungen des Reaktorunfalls auf die Bundesrepublik Deutschland und die DDR*, Thüringen: Landeszentrale für politische Bildung (2011).
- 22 Robert Leicht: »Jetzt wissen wir, was auf dem Spiel steht«, in: *Die Zeit* (16.05.1986), <https://www.zeit.de/1986/21/jetzt-wissen-wir-was-auf-dem-spiel-steht/>.
- 23 Claus Leggewie: *Der Geist steht rechts: Ausflüge in die Denkfabriken der Wende*, Berlin: Rotbuch Verlag (1987), S. 146. Weiterführend aus damaliger Perspektive vgl. Fritz Reusswig, Michael Scharping: »Wo steht die Natur, wenn der Geist rechts steht?«, in: Thomas Noetzel, Horst Dieter Zahn (Hg.): *Die Kunst des Möglichen: Neokonservatismus und industrielle Kultur*, Marburg: SP-Verlag (1989), S. 108–130.
- 24 Claus Leggewie: *Der Geist steht rechts: Ausflüge in die Denkfabriken der Wende*, Berlin: Rotbuch Verlag

(1987), S. 62.

- 25 Vgl. etwa Thomas Lekan: »A ›Noble Prospect: Tourism, Heimat, and Conservation on the Rhine, 1880–1914«, in: *The Journal of Modern History* 4/81 (2009), S. 824–858; Helmut Trotnow: »So neu sind die Grünen nicht«, in: *Die Zeit* (20.09.1985), <https://www.zeit.de/1985/39/so-neu-sind-die-gruenen-nicht/>.
- 26 Christian F. Otto: »Modern Environment and Historical Continuity: The Heimatschutz Discourse in Germany«, in: *Art Journal* 2/43 (1983), S. 148–157.
- 27 Vgl. etwa Günter Rohrmoser: »Was heißt schon konservativ?«, in: *Natur* 4/11 (1983), S. 68–71.
- 28 Claus Leggewie: »Die Zwerge am rechten Rand – Zu den Chancen kleiner neuer Rechtsparteien in der Bundesrepublik Deutschland«, in: *Politische Vierteljahresschrift* 4/28 (1987), S. 361–383, hier S. 366.
- 29 Claus Leggewie: *Der Geist steht rechts: Ausflüge in die Denkfabriken der Wende*, Berlin: Rotbuch Verlag (1987), S. 62.
- 30 Richard Saage: »Claus Leggewie: Der Geist steht rechts«, in: *Politische Vierteljahresschrift* 4/29 (1988), S. 698–699, hier S. 698.
- 31 Zit. nach Günter Platzdasch: »Ein linker Entdecker«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (27.03.2020), <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/dem-politologen-claus-leggewie-zum-siebzigsten-16697689.html/>.
- 32 Gunter Hofmann: »Die Radikalität kommt aus der Mitte«, in: *Die Zeit* (16.12.1992), <https://www.zeit.de/1992/43/die-radikalitaet-kommt-aus-der-mitte/>.
- 33 Gunter Hofmann: »Wohin treibt die Union?«, in: *Die Zeit* (17.07.1987), <https://www.zeit.de/1987/30/wohin-treibt-die-union>.
- 34 Michael Minkenberg: »The New Right in Germany«, in: *European Journal of Political Research* 1/22 (1992), S. 55–81; Hartwig Pautz: »Think Tanks in the United Kingdom and Germany: Actors in the Modernisation of Social Democracy«, in: *The British Journal of Politics and International Relations* 2/12 (2010), S. 274–294.

Wettbewerb und Subsidiarität: Wissensnetzwerke der SVP

Anfang der 1990er Jahre entbrannte in der Schweiz eine heftige Debatte um den EWR-Beitritt, die von der damals aufstrebenden Schweizer Volkspartei (SVP) gezielt als Kampf gegen intellektuelle Eliten inszeniert wurde. Die Strategiebildung der SVP zeigt jedoch deutlich, dass die Partei zentrale Argumente im Dialog mit wissenschaftlicher Expertise entwickelte, die sich im Kontext neoliberaler Wissensnetzwerke herausbildete.

Im Zusammenhang mit der Frage nach dem Beitritt in den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) trat die Schweizerische Volkspartei (SVP) in den frühen 1990er Jahren mit dem Anspruch auf, das ›Volk‹ als einzige Partei richtig vertreten zu können. Als Element dieses Alleinvertretungsdiskurses, wie ihn die Forschung populistischen Bewegungen zuschreibt,¹ diffamierte die Partei damals wie heute Universitäten und Stätten der Wissensproduktion und delegitimierte damit Expert*innenwissen. »Während liberale und konservative Lehrkräfte an den Universitäten rarer werden, [...], geben Linke den Ton an«,² schrieben der ehemalige Nationalrat und Historiker Christoph Mörgeli und der Journalist Philipp Gut, der sich laut eigenen Angaben in seiner Arbeit für die »Werte der Schweiz« einsetzt, 2018 in der *Weltwoche*.³ Die Wissensproduktion würde zunehmend von linken Ideologien unterwandert, legt die Wochenzeitung mit dem langjährigem Chefredaktor und SVP-Nationalrat Roger Köppel nahe.⁴

Diese Tonalität einer rundumschlagenden Kritik charakterisiert das Auftreten der Volkspartei, hielt aber erst mit den Umwälzungen der Parteixonponent*innen während der 1990er Jahre Einzug in das Auftreten der SVP. Denn bei der SVP handelte es sich vormals um eine moderat konservative Mittepartei. 1971 ging sie mit einer Namensänderung aus der Bauernschaft als Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) hervor, welche sich während des Ersten Weltkriegs gegenüber der liberalen Partei des Freisinns (FDP) abspaltete, fortan um die 10 Prozent nationale Parlamentsbeteiligung hatte und seit 1929 mit einer Person in der siebenköpfigen Landesregierung, dem Bundesrat, vertreten war.⁵ Erst in den 1980er Jahren lenkten einige Akteur*innen der Zürcher Kantonalpartei, besonders prominent der gelernte Bauer, promovierte Jurist und Industrielle Christoph Blocher, den vormals moderaten Kurs um und übernahmen mit ihrem dezidiert antieuropäischen Programm in den 1990ern die nationale Partei.⁶ Sie setzten in ihrem Auftritt explizit auf das Motiv der angeblich notwendigen Verteidigung der Schweiz, die sie durch fehlgeleitete Eliten gefährdet sahen.⁷ Die inhaltliche Differenz in der Frage des Schweizer EWR-Beitritts wurde als Gefährdung der Demokratie diffamiert: Sowohl gewählte Politiker*innen anderer Parteien, die Regierung, als auch die Wissenschaft wurden dabei zu Feindbildern des »Volkswillens« stilisiert.⁸

Wie verhielt sich nun dieser neue, ostentativ antielitäre Kurs, den die Partei, wie der *Weltwoche*-Artikel zeigt, bis heute verfolgt, tatsächlich zur Wissenschaft? Wie ist die anti-akademische Positionierung der Partei einzuschätzen, wenn es beispielsweise um die Erarbeitung inhaltlicher Positionen ging? Der vorliegende Essay zeigt anhand der Debatte um die europäische Integration, die in der Schweiz im Vorlauf der Volksabstimmung vom Dezember 1992 über den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum entbrannte, wie dem elitenfeindlichen und teils dezidiert anti-akademischen Auftreten der SVP intensive, wenn auch cachierte Vernetzungen mit wissenschaftlichen Autoritäten gegenüberstanden. Der radikale und aufstrebende Zürcher SVP-Flügel und die »Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz« (AUNS), die sich gegen die

supranationale Integration der Schweiz (beispielsweise auch in Organisationen wie die UNO) einsetzte und weitgehend aus demselben Personenkreis bestand, befeuerten gezielt mit elitenfeindlichen Motiven die Debatte. Gleichzeitig legen die strategischen Parteiaktivitäten im Vorfeld der Abstimmung unerwartete Verbindungen zu Publikationen und Netzwerken von Wissenschaftler*innen der Ökonomie und Rechtswissenschaften offen. Die zentralen Elemente der inhaltlichen Argumentation gegen den EWR lassen sich so in eine Tradition der Vernetzung von Wirtschaftseliten und Wissenschaft einordnen. Die vermeintlich anti-intellektuelle SVP entpuppt sich trotz diffamierender Sprache gegenüber universitärer Expertise als stark vernetzt mit Plattformen, die spezifisches Wissen im Wissenschaftsbetrieb förderten und als Expertise öffentlich vertraten.

Die SVP gegen die »classe politique« und »politisierende Professoren«

Nachdem die Schweizer Aussenpolitik während der Jahre des Kalten Kriegs aufgrund neutralitätspolitischer Überlegungen an einem distanzierten Verhältnis zur europäischen Integration festhielt, schwenkte der Bund Anfang der 1990er Jahre zunehmend auf einen proeuropäischen Kurs um. Der Bundesrat nahm Verhandlungen zur näheren Anbindung der Schweiz auf.⁹ Eine breite Koalition der grossen Parteien stützte das Vorhaben, dem EWR beizutreten und sich damit auch der Europäischen Gemeinschaft (EG) anzunähern. Auch innerhalb der konservativen SVP fand der Vorschlag einer Annäherung zur EG einige Unterstützung. Doch diese Stimmen verhallten, als sich grosser Widerstand insbesondere im Flügel rund um die Führung der Zürcher Kantonalpartei zu regen begann. Mit seiner lautstarken Positionierung ebenso wie mittels strategischer Schachzüge erlangte der radikale Flügel innerhalb der Partei zunehmend die Deutungshoheit.¹⁰

Für die Mobilisierung gegen den EWR kollaborierten die vehementen Integrationsgegner mit Organisationen und Institutionen ausserhalb der Partei: Die »Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz« (AUNS) bildete sich 1986 als Komitee gegen den Beitritt der Schweiz zur UNO und operierte nun auch als Organisation für den Widerstand gegen den EWR-Beitritt. Ihre bekanntesten Exponenten waren SVP-Vertreter des radikalen Parteiflügels, darunter der Zürcher SVP-Nationalrat Christoph Blocher. Über die Publikationsorgane der AUNS verbreiteten die EWR-Gegner den oppositionellen Diskurs, der explizit darauf zielte, Regierung und Parlament zu diffamieren.

Ausschnitte aus dem Informations- und Pressedienst der AUNS, der unregelmässig als Bogen simpel bedruckter A4-Blätter erschien, fassen den Widerstand gegen den EWR-Beitritt exemplarisch, wie folgende Passagen von 1992 zeigen: »In der Bevölkerung [ist] die Begeisterung für ein EG-Engagement nicht sehr gross [...], obwohl grosse Teile der classe politique

und zahlreiche Professoren und Redaktoren dies vorgaukeln.«¹¹ Die AUNS behauptete, dass die Meinung in der Bevölkerung konträr zur politischen Führung sowie zu Wissenschaft und Presse stehe.

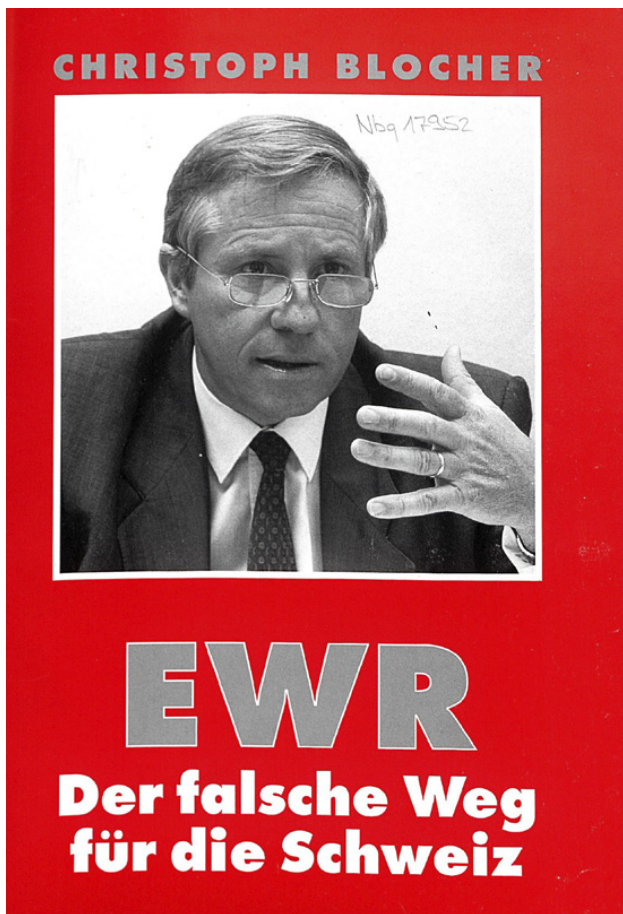


Abb. 1: »EWR. Der falsche Weg für die Schweiz« wurde von Blocher verfasst. Das Heft fasst auf 50 Seiten ohne Quellenangaben und Referenzen die Argumente der SVP gegen den EWR-Beitritt zusammen. Blocher zierte das Cover seiner Publikation persönlich.

Die »*classe politique*«, eine Formulierung, die in den 1990er Jahren Konjunktur hatte, suggeriert, es handle sich bei den politischen Entscheidungsträger*innen um eine abgehobene »Elite«, die antagonistisch dem »Volk« gegenüberstehe: Die Formulierung funktionierte als Kampfbegriff, der die in den Medien vertretenen Positionen als totalitär und inhaltsleer verurteilte.¹²

Ohne weitere Erklärungen wird dem Antagonismus Volk-Elite eine Bedrohungslage eingeschrieben: »Nun droht uns nicht nur aus Brüssel für unsere direkte Demokratie Gefahr. Wir haben neuerdings auch im Inland Gegner, vor allem politisierende Professoren. Diese sind todunglücklich, dass der schweizerische Souverän ihre Ratschläge jeweils nicht goutiert,

sondern immer wieder anders stimmt.«¹³ Ohne jegliche Form des Belegs unterstellte die AUNS den Professor*innen in der Schweiz damit, gegen die Mehrheitsmeinung der Schweizerinnen und Schweizer zu sein und eine Gefahr für die Demokratie darzustellen.

Dass der politischen Führung und den Universitäten in Gegenüberstellung zum ›Volk‹ jegliche Deutungsmacht abgesprochen wird, charakterisiert populistische Bewegungen im Kern. Neben dieser Diffamierung der Gegner gewinnen sie Legitimation für ihre Positionen aus einem rhetorisch konstruierten, vermeintlich imperativen Mandat des ›Volkes‹ – nur sie selbst wüssten, was der ›Volkswille‹ sei.¹⁴ Besonders die leitende Figur in der AUNS und der Zürcher SVP, Christoph Blocher, beanspruchte dieses Mandat. *EWR. Der falsche Weg für die Schweiz* publizierte Blocher in der heissen Phase des Abstimmungskampfs.¹⁵ Die unter diesem Titel erschienene Broschüre gebe »den Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern eine umfassende Grundlage für den schicksalsschweren Entscheid am 6. Dezember 1992.«¹⁶ Blocher kommt auf 51 Seiten ohne eine einzige Quelle aus der Administration des Bundes, aus der Wirtschaft oder der Forschung aus. Er behandelt aber all diese Bereiche und stellt seine Argumentation überdies auch noch auf die Basis historischer Betrachtungen zur Schweiz – wiederum ohne jegliche Verweise.

Dass es sich dabei um ein strategisches Vorgehen handelte, Narrative zu setzen, deren wissenschaftliche Validität nur sekundär ist, lässt das theoretische Heft »Manual für Medien-Manipulatoren« aus der SVP-nahen *Schweizerzeit Schriftenreihe* erahnen: Im Kapitel »Was will Manipulation?« ist am Schluss zu lesen: »Merke: Es bleibt immer etwas hängen, sogar dann, wenn man es eindeutig widerlegen kann.«¹⁷ Auch die Forschung hebt die dezidierte Wissenschaftsferne der SVP hervor: »[AUNS und SVP] verzichten [...] im Wesentlichen auf die Untermauerung des eigenen Standpunktes mit wissenschaftlicher Expertise«, beschreibt der Politikwissenschaftler Jochen Hille das Referenzsystem der SVP.¹⁸ Wie die beschriebene Broschüre zeigt, bestätigt sich dieser Anschein in Publikationen, die sich an ein breiteres Publikum richten. Der Blick auf die Podiumsdiskussionen, Konferenzen und Netzwerke der SVP revidiert diesen Eindruck jedoch.

Im kleinen Kreis: Blocher auf dem Podium

Auch wenn viele der von der SVP und ihrem EWR-kritischen Umfeld vorgebrachten Narrative ohne jegliche Bezüge kommuniziert wurden, gründeten sie auf einer Wissensbasis, die sich aus akademischen Diskursen und Netzwerken speiste. Ein genauerer Blick in die Quellen zeigt, dass dieselben Akteur*innen der SVP und AUNS – trotz ihrer ostentativen Anfeindung gegenüber »zahlreichen Professoren«, die angeblich die Schweiz gefährdeten – Vertreter*innen der Wissenschaft, insbesondere der Wirtschafts- und Rechtswissenschaften, Autorität in Sachen Kritik an den ökonomischen Grundlagen des EWR zuschrieben. Professor*innen wurden ganz punktuell aufgeboten, um den eigenen Standpunkt zu plausibilisieren:

Gezielt nahm die Kampagne der SVP Bezug auf einzelne Professoren und gab dabei die wissenschaftliche Aussage – teils ohne Kontext, teils verdreht – wieder.

Schlecht und unwürdig

- Masseneinwanderung von Ausländern (EG: 15 Mio Arbeitslose!)
- Lohnabbau und weniger Einkommen (AHV Finanzierung!)
- Noch mehr Arbeitslose und noch weniger Arbeitsplätze für Schweizer
- Noch höhere Zinsen, höhere Mieten, höhere Kosten und höhere Teuerung
- Bedrohung der Landwirtschaft durch Verhandlungszwang über Agrarimporte
- Bedrohung des Gewerbes durch unbeschränkte Auslandskonkurrenz und unbeschränkte Geschäftseröffnungen von Ausländern
- Bedrohung der freien Berufe und der Kader durch hereinströmende arbeitslose Akademiker und Spezialisten
- 500 Mio Kosten pro Jahr, 500 neue Bundesbeamte, höhere Steuern
- Superbürokratie aus Brüssel
- Numerus clausus an den Schweizer Universitäten
- Kolonialvertrag mit einem Koloss von 380 Mio Einwohnern
- EWR: Legalisierte Hegemonie? (Prof. D. Thürer in der NZZ)
- Neutralität: Unglaublich
- Volksrechte und Souveränität: Massiv eingeschränkt
- Kantons- und Gemeindeautonomie: Stark reduziert
- Fremdes Recht, fremde Behörden und fremde Richter (Bundesbrief 1291!)
- Gemäss Bundesrat Ogi: "EWR ist Trainingslager für EG"
- Trotz Irreführung durch Bundeshaus und Grossbetriebe:
EWR/EG bedeutet Verzicht auf die freie und unabhängige Schweiz mit schweren finanziellen und wirtschaftlichen Verlusten.
- Verschacherung der Heimat an fremde Politiker und Technokraten

EWR NEIN EG

Einzige Lösung: Weiterführung des bewährten Freihandels und Behauptung unserer selbständigen und neutralen Schweiz

EWR: NEIN

Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz. AUNS.
Über 12'000 Mitglieder. PC 30-10011-5. Jahresbeitrag Fr. 35.-, Ehepaare Fr. 50.-, Gönner Fr. 100.-
Anmeldeschein : AUNS, Postfach 245, 3000 Bern 7

Name: _____
Adresse: _____

vy#320 956b

Abb. 2: Das Inserat der AUNS 1992 führt die wichtigsten Argumente gegen den EWR-Beitritt als Bullet Points auf. Die Referenz auf Prof. Thürer verschafft seinem Zitat Gewichtigkeit.

Für diesen kontextlosen Einsatz von Wissen sticht die Aussage des Juristen Daniel Thürer, damals Professor an der Universität Zürich, heraus. In einem Artikel der NZZ sprach er von »legalisierter Hegemonie«, die im Falle einer Annäherung an die EG eintreten könne.¹⁹ Die EWR-Gegner nutzten diese Aussage und flochten sie in ihren Abstimmungskampf ein – prominent wird das Zitat in ihren Anzeigen mit der Klammer »(Prof. D. Thürer in der NZZ)« angeführt.²⁰ Thürer, ein Hochschulprofessor der Rechtswissenschaften, der durchaus in politisch konservativen Kreisen verkehrte, aber in der Europafrage eine offenere Haltung vertrat, distanzierte sich in einem späteren Leserbrief in der NZZ von der missbräuchlichen, das heisst kontextlosen Verwendung.²¹ Die Betonung von Thürers akademischem Rang erscheint im Widerspruch zur elitenfeindlichen Inszenierung der SVP,

da sie der Position der EWR-Gegner demonstrativ wissenschaftliche Autorität verleiht. Diese punktuelle, in diesem Fall verzerrende Referenz auf akademisches Wissen in einer öffentlichkeitswirksamen Anzeige in der NZZ macht deutlich, dass akademische Autorität zwar einerseits mittels rhetorischer Figuren delegitimiert, andererseits aber zur Untermauerung des eigenen Standpunkts herangezogen wurde.

Dass der Bezug auf Fachwissen darüber hinaus substanziell war, zeigen Vorträge und Diskussionsrunden, die die EWR-Gegner als Plattformen zum Austausch mit wissenschaftlichen Akteur*innen organisierten. Im Juni 1992 vor der Abstimmung hielt der Leiter der Forschungsabteilung der Nationalbank und Basler Ökonomieprofessor Kurt Schiltknecht einen Vortrag an der Mitgliederversammlung der AUNS. Der Zürcher SVP Kreis um Blocher und der Verleger des nationalkonservativen Blattes *Schweizerzeit* Ulrich Schlüer²² publizierten Schiltknechts Vortrag in der *Schriftenreihe der Schweizerzeit* zusammen mit Vorträgen von Blocher und einem weiteren SVP Nationalrat.²³ Dabei verband sich Schiltknechts wirtschaftswissenschaftliche Expertise im Feld der Währungspolitik mit parteipolitischer Strategiebildung.

Die Quintessenz von Schiltknechts Vortrag, der mit der reisserischen Überschrift »Der EWR-Vertrag – eines freien Volkes unwürdig« abgedruckt wurde, lautete: »Mit einer Preisgabe der einheimischen Währung verschenkt die Schweiz ihre Stabilitätsvorteile.«²⁴ Durch die europäische Integration verlören die einzelnen Länder ihre währungspolitische Autonomie und gerade die Schweiz hätte in besonderem Ausmass mit »Vermögens- und Einkommensverlusten« zu rechnen.²⁵ Ausgehend von dieser These weitete Schiltknecht seine Argumentation auf eine umfassende Kritik an der EG aus und strich dabei aus wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive die Überregulierung sowie negative Folgen der Arbeitsmigration durch den EWR hervor.²⁶ Fast im selben Wortlaut betonte Blocher kurz darauf in seiner bereits zitierten Anti-EWR-Broschüre, dass der Beitritt den Verlust des wirtschaftlichen Standortvorteils der Schweiz mit sich bringe, da das Land nicht mehr selbstständig die Währungs- und Wirtschaftspolitik gestalten könne und von der überregulierenden Staatengemeinschaft Gesetze übernehmen müsse.²⁷ Die EWR-kritische Ausrichtung der SVP knüpfte damit strategisch an bestimmte wirtschaftswissenschaftliche Positionen an.

Das Argument, welches die Wichtigkeit der währungspolitischen Konkurrenz zwischen den Ländern unterstrich, die mit dem europäischen Wirtschaftsraum und der angedachten Einheitswährung in Gefahr schien, befeuerte den EG-kritischen Diskurs in ganz Europa.²⁸ Die theoretische Grundlage dieses Arguments blickt auf eine lange Geschichte zurück, die den Diskurs Schiltknechts und damit jenen der SVP mit Überlegungen aus prominenten Kreisen der Wirtschaftswissenschaft verbindet. Schiltknechts währungspolitische Überzeugung entstand nämlich in enger Zusammenarbeit mit Karl Brunner, einem in Zürich und an der London School of Economics (LSE) ausgebildeten Ökonomen, der in der Schweiz

und in den USA lehrte.²⁹ Neben Milton Friedman war Brunner in den 1970er Jahren einer der wichtigsten Monetaristen, die herausstrichen, dass die Geldpolitik von demokratischen Entscheiden unbeeinflusst bleiben sollte. Als oberstes Ziel galt ihnen einzig die monetäre Stabilität.³⁰

Seit den frühen 1970er Jahren veranstaltete Brunner regelmässig internationale »Seminare« (in Konstanz am Bodensee und in Interlaken im Berner Oberland) zu geldpolitischen und wirtschaftlichen Themen und verschaffte sich internationale Bekanntheit.³¹ Sogar Margaret Thatcher, die ab 1979 als britische Premierministerin die »neoliberalen« Ideale in Grossbritannien implementierte und damit als Iron Lady in die Geschichte einging, liess sich direkt vom Schweizer Monetaristen Brunner beraten.³² Schiltknecht nahm an den geldpolitischen Seminaren in Konstanz teil und stand während seiner Tätigkeit bei der Schweizer Nationalbank ebenfalls in regem Austausch mit Brunner. Der Bezug auf Schiltknechts monetaristische Position in der öffentlichen Kampagne ist ein Indiz für die mehr als oberflächliche Anbindung der SVP-Position an wissenschaftliche, institutionelle und politische Akteur*innen einer sich transnational formierenden EWR-Kritik.

Verbündete: Schiltknechts Hintergrund

Die AUNS und die SVP stützten sich in wirtschaftswissenschaftlichen Fragen also durchaus auf spezifisches Fachwissen. Sie schufen im Kampf gegen den EWR-Beitritt mit ihren Publikationen und Vorträgen eine Diskursplattform, an denen Wissenschaftler*innen aus wirtschaftsliberalen Netzwerken ebenso wie Akademiker*innen aus der Rechtswissenschaft oder Geschichtswissenschaft auftreten konnten und aus ihrer Disziplin heraus gegen die Integration argumentierten.³³ Als Ökonom der Schweizer Nationalbank (SNB) und neoliberaler Monetarist agierte Kurt Schiltknecht im Abstimmungskampf als wissenschaftliche Autorität. Sogar im nationalen Parteimagazin, das sich an die breite SVP-Basis richtete, verwies die Zürcher Sektion in der Rubrik »SVP Kantonal ZH« auf den Professor als »hervorragende[n] Kenner der Materie« im Zusammenhang mit dem EWR.³⁴

Auch die ehemalige Premierministerin Thatcher bot die AUNS Anfang 1992 auf (Abb. 4). Der Pressedienst der AUNS inszenierte sie als Heldin, die im Gegensatz zu vielen Politiker*innen und Meinungsführer*innen in der Schweiz die Gefahr des integrierten Europa erkannte: »Margaret Thatcher hat letztthin in Zürich auf Einladung der Bank Bär eine Rede gehalten, die im Grunde genommen nichts anderes als eine wohlverdiente Abkanzlung all der schweizerischen Anpasser an die EG [...] gewesen ist.«³⁵ Ein halbes Jahr später, kurz vor der Abstimmung, liess der Informationsbogen der AUNS sie nochmals als Kämpferin gegen die europäische Integration auftreten: »Margaret Thatcher ist eine der letzten Persönlichkeiten, die es wagt, der Euphorie für die EG offen entgegenzutreten. Die anderen sogenannten Staatsmänner sind demgegenüber schwach und orientierungslos. Zu denen möchte sich auch die »classe politique suisse« gesellen...«³⁶

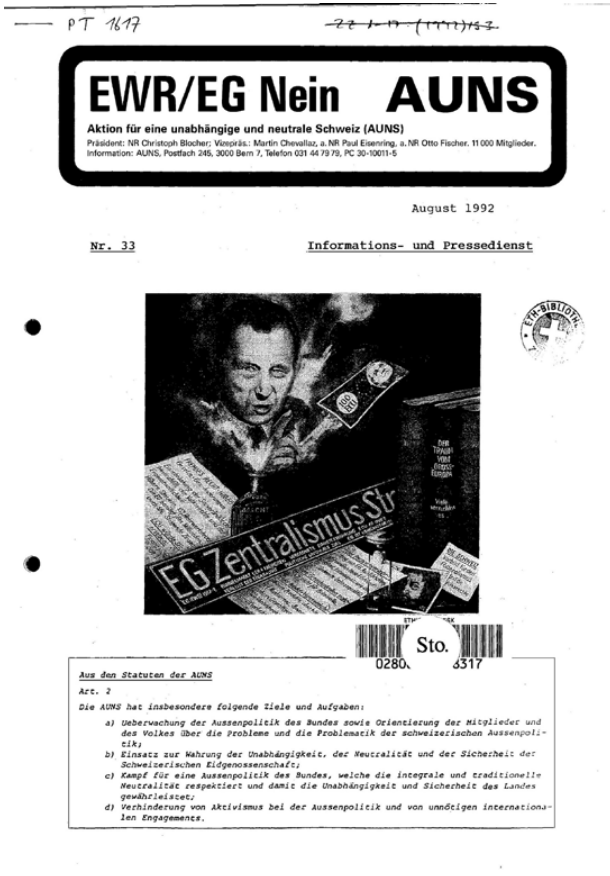


Abb. 3: Die Fotomontage auf der Titelseite des *Informations- und Pressediensts* der AUNS stellt die Bedrohungslage, die durch eine Annäherung zu Europa gewittert wurde, bildlich dar. Im Dampf der Flasche, die mit »Brüssel Macht« beschriftet ist, erscheint das Gesicht des EG-Kommissionspräsidenten Jacques Delors.

Die häufige Bezugnahme auf die führende englische Politikerin kam nicht von ungefähr: Die ehemalige Premierministerin hatte sich nämlich 1989, als die EG unter dem sozialistischen Kommissionspräsidenten Jacques Delors verstärkt auf eine supranationale Vertiefung ihrer Strukturen drängte, mit weiteren wirtschaftsliberalen EG-Gegnern, die in Kreisen »neoliberaler« Denker verkehrten, im belgischen Brügge zur Bruges Gruppe zusammengeschlossen. Die Gruppe mobilisierte fortan als Think-Tank offensiv gegen den weiteren Ausbau der Gemeinschaft.³⁷

Think-Tanks: Vernetztes Wissen und Politik

Auf diese sich transnational entwickelnde EG-Kritik nahmen auch konservative Akteur*innen in der Schweiz Bezug: Der deutsche Professor für Wissenschaftstheorie Gerard Radnitzky etwa lobte in den wirtschaftsliberal ausgerichteten *Schweizer Monatsheften* das gegen die europäische Integration gerichtete Engagement um Thatcher: Die Bruges

Gruppe würde sich der »Aufklärung über Chancen und Gefahren der EG widmen.«³⁸ Radnitzkys Interesse war aber weniger inhaltlicher Natur als wissenschaftstheoretisch begründet. Sein Text thematisierte die Gruppe im Zusammenhang mit einer Abhandlung zu liberalen Think-Tanks. Diese würden versuchen als unabhängige »Bildungs- und Forschungsinstitut[e] [...], das öffentliche Denken und damit auch die wirtschaftliche Entwicklung zu beeinflussen.«³⁹ Anstatt leerer Forderungen nach einem stärkeren Ausbau der Demokratie, folgten sie dem Prinzip: »Mehr Markt und Freiheit, und weniger Staat; Selbstbestimmung anstelle von Mitbestimmung; Selbstverantwortung und die Prinzipien des Wettbewerbs und der Subsidiarität ernst nehmen.«⁴⁰ Die Unabhängigkeit, die notwendig sei, um diesen Prinzipien gerecht zu werden, könne nur eine Finanzierung ohne Steuergelder gewährleisten.⁴¹ Die praktische Arbeit solcher Einrichtungen manifestiere sich besonders in publizistischer Tätigkeit, der Organisation von Podien und Tagungen.⁴²



Abb. 4: Margaret Thatcher, die ehemalige britische Premierministerin, hielt bei ihrem Besuch in der Schweiz einen Vortrag bei der Bank Bär. Auch die Veranstaltungen der Banken dienten als Vernetzungsplattform.

Am Ende seines Artikels formulierte Radnitzky unter dem Zwischentitel »Grosser Nachholbedarf« das Desiderat, einen weiteren finanziell gut ausgestatteten Think-Tank im deutschsprachigen Raum aufzubauen, und argumentierte, dass Wissenschaftler*innen sich dafür leicht finden würden: »Denn vielen liegt daran, der Gefahr, die für das Post-1992-Europa im dirigistischen Konstruktivismus eines Sozialisten wie Jacques Delors besteht, entgegenzuwirken und sich dafür einzusetzen, dass die Chancen für eine europäische Konföderation freier Staaten und ein weltoffenes Wirtschaftsgebiet genutzt werden.«⁴³ Radnitzky setzte in seinem Text auf Think-Tanks, die als explizit privat finanzierte und akademische Netzwerke Wissen produzieren sollten. Seine Skepsis in Bezug auf die europäische Integration war mit der Absicht verbunden, dass Think-Tanks unter dem

Signum von Wettbewerb und Subsidiarität das »öffentliche Denken« bestimmen sollten. Auch wenn es diesen Einfluss laut Radnitzky weiterauszubauen galt, zeigen die bisherigen Beispiele den Einfluss bestehender Wissensplattformen deutlich — darunter der Rückgriff der aufstrebenden Akteur*innen innerhalb der SVP auf Thatchers Bruges Gruppe, die Zusammenarbeit mit Schiltknecht und die Übernahme von neoliberalen, wirtschaftswissenschaftlichen Diskursen über zwischenstaatlichen Wettbewerb und politische Souveränität.

Potente Netzwerke »neoliberalen« Wissens prägten 1992 bereits seit längerem die Politik und deren Diskurse fanden unter anderem über die popularisierte Bezugnahme der SVP Eingang in die öffentliche Debatte. Think-Tanks und Plattformen wie die Interlaken-Seminare, die AUNS- und SVP-nahen Zeitschriften bildeten jene privat organisierten und finanzierten Wissensorte, die Radnitzky 1992 beschrieb und die den europakritischen Diskurs der SVP prägten. Dazu traten altgediente Player wie die liberalen *Schweizer Monatshefte* und die Mont Pèlerin Society, deren Mitglieder Radnitzky und Brunner waren. Die kleineren Vortragsrunden und Publikationen der SVP funktionierten als Intermediäre: Im Austausch mit den liberalen Wissensorten tradierten sie deren Diskurse in die Partei-Strategie und übernahmen sie letztlich als Position im öffentlichen, populistischen Auftritt.

Nichts Neues: *Schweizer Monatshefte* & Mont Pèlerin

Die liberalen Plattformen blickten in Form von Publikationen, Konferenzen und akademischen Institutionen auf eine lange Vorgeschichte. Schon die Zeitschrift, in der Radnitzky seine Überlegungen veröffentlichte, steht exemplarisch für die Tradition dieser Strukturen: Die *Schweizer Monatshefte* brachten bereits seit geraumer Zeit als Magazin mit namhafter Strahlkraft Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik zusammen. Gegründet wurden sie als Gegenreaktion auf den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund 1921. Fortan erschienen sie ohne Unterbrechung. Die Zeitschrift, »an keine andern Rücksichten als die des allgemeinen Landeswohls« gebunden, widme sich, hiess es 1921, den dringenden Fragen der Zeit.⁴⁴ Während die Hefte vor und während der Kriegsjahre trotz vorgegebener Neutralität offen Sympathien für die nationalsozialistische Politik Deutschlands bekundeten und auch in der Schweiz dem lokalen »Deutschtum« frönten,⁴⁵ betonten sie nach dem Zweiten Weltkrieg ihr freiheitliches Profil. Namhafte Grössen des Liberalismus trieben diese Neuausrichtung voran:⁴⁶ Der Ökonom Wilhelm Röpke, der noch vor dem Krieg das zunehmend totalitäre Deutsche Reich verliess und ab 1937 am *Institut Universitaire des Hautes Etudes Internationales*⁴⁷ der Universität Genf lehrte, gehörte zu den ersten dezidiert wirtschaftsliberalen Autoren des Magazins. Die Monatshefte boten den Autor*innen Raum, vornehmlich wirtschaftliche und politische Visionen zur Nachkriegszeit in Essays oder

kürzeren Beiträgen zu formulieren. Auch Friedrich August von Hayek, der vor dem Weltkrieg an die LSE berufen worden war und in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts prominent ökonomische Theorien, insbesondere neoliberaler Ausrichtung, prägte, erlangte für seine neoliberalen Nachkriegsvisionen bereits früh in den *Monatsheften* Beachtung. Hayek selbst publizierte dort ab 1947 regelmässig – zu ökonomischen Fragen, Warnungen vor dem »Sozialismus«, usw.⁴⁸

Ebenfalls 1947 initiierten Röpke, Hayek und einige weitere Theoretiker aus unterschiedlichen Disziplinen eine internationale Tagung auf dem Mont Pèlerin bei Vevey am Genfersee, um die Grundsätze des Liberalismus neu zu diskutieren. Die Ursprünge dieses Anliegens gingen auf das Colloque Walter Lippmann zurück, das 1938 in Paris stattgefunden hatte. Der Begriff »Neoliberalismus« wurde dort erstmals geprägt und theoretisch untermauert.⁴⁹ Knapp zehn Jahre danach, durch den Krieg unterbrochen, nahm die Mont Pèlerin Society (MPS) mit einigen der Teilnehmer des Colloques und jüngeren »neoliberalen« Wissenschaftlern wie Milton Friedman das Anliegen wieder auf. Es handelte sich vorwiegend um Ökonomen, aber auch um Philosophen und Vertretern der Privatwirtschaft, bis auf die britische Historikerin Cecily Wedgewood ausschliesslich Männer. Die Wirtschaftshistorikerin Andrea Franc schrieb 2013 in den *Monatsheften*, dass damit »die Wiedergeburt des Liberalismus nach dem Zweiten Weltkrieg [...] auf dem Mont Pèlerin bei Vevey [stattfand].«⁵⁰ Die Wissenschaftler*innen nutzten die Society fortan als eine internationale Plattform neoliberaler Theoriebildung mit europäischer Verankerung am Genfersee.⁵¹ Mitglieder der MPS wurden auch eine Reihe von Wissenschaftlern, die uns bereits im Umfeld des EWR-kritischen Diskurses in der Schweiz untergekommen waren: der Monetarist Karl Brunner, der Jurist Daniel Thürer, den die SVP in ihrer NZZ-Anzeige als Gewährsmann ihrer Position nannte, der Wissenschaftsforscher Gerard Radnitzky ebenso wie Baron Ralph Harris, der gemeinsam mit Thatcher die Bruges Gruppe gegründet hatte und deren erster Vorsitzender wurde.

Auch wenn das als »Neoliberalismus« bezeichnete ökonomische Denken gemeinhin mit der Theorie eines Marktfundamentalismus gleichgesetzt wird, interessierte sich die MPS, wie Quinn Slobodian in einem viel beachteten Buch gezeigt hat, auch für internationale Politik und insbesondere für Regularien im globalen Rahmen.⁵² So beschäftigten sich die Diskussionen der Gesellschaft etwa mit der Frage, wie die internationale Wirtschaftsordnung institutionell auszugestalten und rechtlich zu schützen sei, um liberale, internationale Wirtschaftsräume zu ermöglichen.⁵³ So gesehen waren die geldpolitischen Konzepte Brunners, Friedmans und Schiltnknechts Teil einer umfassenden Strategie: Die Debatten, aus denen sie resultierten, kreisten im Kern darum, global stabile ökonomische Rahmenbedingungen zu erhalten bzw. diese zu schaffen. Dies sollte durch Institutionen erfolgen, welche politischen Interessen und damit dem demokratischen Zugriff enthoben sind. Diese Forderung nach supranationalen Institutionen bildete ein zentrales Charakteristikum dessen, was infolge dieser Treffen als Neoliberalismus konzeptioniert

wurde. Auch wenn es sich bei den Plänen der europäischen Integration durchaus um supranationale Strukturen, insbesondere wirtschaftliche, handelte, widersprach der Widerstand der SVP gerade nicht den neoliberalen Grundsätzen: Die Aufgabe der nationalen Währungspolitik, die in der Schweiz eben nicht durch demokratische Mechanismen, sondern durch der Demokratie weitgehend enthobene Entscheidungsgremien bestimmt wurde, hätte den Verlust einer stabilen wirtschaftlichen Grösse, dem Schweizer Franken, zur Folge gehabt. Argumentativ übernahm die Volkspartei damit wirtschaftspolitische Positionen, die in einem spezifischen internationalen Denknetzwerk von Ökonom*innen geformt worden waren. Bereits früh bildete sich ausgehend von Röpke noch eine weitere Position heraus, die die neoliberalen Ökonomen gerade in der Debatte um die europäische Integration spalten sollte. Röpke betonte nämlich — eine Auffassung, die in neoliberalen Kreisen nicht umfassend geteilt wurde —, dass neben der supranationalen Integration, die sich auf wirtschaftliche Belange beschränken sollte, politisch-kulturelle Fragen möglichst kleinräumig entschieden werden sollten.⁵⁴ Diese nationale Selbstbestimmung war ein grundlegendes Motiv des SVP-Widerstands gegen den EWR.

Die Wissenschaftler*innen, die sich im Rahmen der MPS trafen, waren nicht nur personell, sondern auch institutionell eng mit Schweizer Universitäten verflochten. Einer der führenden Mitbegründer der Society, der Ökonom und bis 1946 Vize-Direktor der Schweizerischen Kreditanstalt (SKA) Albert Hunold verband die MPS mit dem Schweizerischen Institut für Auslandsforschung (SIAF).⁵⁵ Er stand ab 1950 der volkswirtschaftlichen Abteilung des SIAF vor und fungierte ab 1958 als Leiter des Instituts, das von privaten Trägern wie der SKA unterstützt wurde.⁵⁶ Dieses Netzwerk war institutionell eng mit der grössten Universität der Schweiz, der Universität Zürich, verbunden.

Sowohl die Monatshefte als auch das SIAF und die MPS haben bis heute Bestand. Sie sind allesamt Organisationen, die um die universitäre Wissensproduktion oszillieren aber auf privaten Mitteln beruhen und damit der Beschreibung Radnitzkys von Think-Tanks entsprechen. Zwar umgibt die MPS nicht mehr diese illustre Ausstrahlung, die besonders von den Koryphäen wie Hayek oder Friedman ausging,⁵⁷ dennoch treten deren Mitglieder beispielsweise als Teilnehmer*innen des World Economic Forum in Davos in Erscheinung.⁵⁸ Insbesondere in den 1960er und 1970er Jahren prägte die Society jedoch den neoliberalen Diskurs massgeblich mit. Sie beeinflusste auch die Politik, wie sie eben Thatcher in England ab 1979 oder auch Ronald Reagan in den USA in den 1980ern implementierten.⁵⁹ Die neoliberalen Lehren machten Schule und wurden bis in sozialdemokratische Parteien hinein mehrheitsfähig. Auch der wichtige Zeuge und Monetarist Kurt Schiltknecht, der als Anhänger neoliberaler Geldtheorien wichtige Impulse für die Debatte der SVP setzte, war kein Liberaler erster Stunde: Schiltknecht agierte in den 1990er Jahren noch als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei (SP). Erst später distanzierte sich Schiltknecht von seiner sozialdemokratischen Vergangenheit.⁶⁰

Kleinstaat Schweiz

In Hinblick auf die Rolle der SVP in der Frage der Integration im Europäischen Wirtschaftsraum soll nun abschliessend genauer auf die Spannung innerhalb neoliberaler Theorien, die ja gemeinhin für globalisierte Wirtschaftsverflechtungen stehen, eingegangen werden. Besonders aufschlussreich ist die Art und Weise, wie in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg die Schweiz im Zusammenhang Europas gedacht wurde. Das zerstörte Nachkriegseuropa, die europäische Zusammenarbeit während des Kalten Kriegs und die Integration Osteuropas nach dem Zusammenbruch der bipolaren Weltordnung gaben stets Anlass zu einer intensiv geführten Diskussion über das Verhältnis zwischen Europa und den einzelnen Nationalstaaten. Doch wie hängen neoliberale Integrationskonzepte und die SVP damit zusammen? Die jüngste Forschung zeigt eine Argumentationslinie auf, die sich innerhalb des Konglomerats neoliberaler Denker*innen ausmachen lässt und die – entgegen dem geläufigen globalisierten Antlitz des Neoliberalismus – den europäischen Integrationsentwicklungen mit gewissen Vorbehalten begegnete: Die neoliberale Kritik am europäischen Projekt fokussierte auf die Rolle souveräner Kleinstaaten im supranationalen Wirtschaftsgeflecht.⁶¹ Insbesondere das MPS-Gründungsmitglied Röpke tat sich hierbei hervor: Die Schweiz trat bei ihm als idealisiertes Staatengebilde auf – ökonomisch eingebunden, politisch aber unabhängig. Röpke begründete damit einen Diskurs kleinstaatlicher Subsidiarität, an den die SVP später anknüpfte.

Bereits kurz nach dem Krieg thematisierte Röpke in den *Schweizer Monatsheften* die Rolle des Kleinstaats hinsichtlich der europäischen Wiederaufbaupläne. Unter dem Titel «Die Schweiz im Strome der Weltwirtschaft» argumentierte er: »Es ist [...] eine höchst wichtige Erkenntnis, die man sich immer wieder bei allen Europa-Plänen vor Augen halten muss, dass es für den politischen Zusammenschluss solcher [ethnisch-kulturell] heterogener Gruppen natürlich nur eine einzige Möglichkeit gibt, nämlich jene lockere Form, die wir als die föderative bezeichnen [...], die dem Eigenleben der verschiedenen Gruppen ein Maximum an Entfaltung gewährt, so wie es in der Schweiz geschieht.«⁶² Röpke erhob die Schweiz zum Vorbild und betonte die politische Eigenständigkeit kultureller Gruppen. Obwohl das wirtschaftliche Projekt, wie es Mitgliedern der MPS vorschwebte, klar eine globale Integration der Volkswirtschaften vorsah, lassen sich also auch Vorbehalte gegenüber der politischen Integration der Nationen (den »heterogenen Gruppen«, wie sie Röpke nennt) erkennen.⁶³ Der Föderalismus dagegen, wie er dem Aufsatz zufolge in der Schweiz praktiziert wurde, fungierte als ideale politische Einteilung der Welt.

Der Sekretär des Schweizer Handels- und Industrievereins Vorort, später *economiesuisse*, Gerhard Winterberger, der ab 1959 ebenfalls Mitglied der MPS war und entsprechend Austausch mit Röpke und Hayek pflegte, formulierte dies 1961 in den *Schweizer Monatsheften* deutlich: »Eine vollständige Harmonisierung der Zölle, die mit einer Aufgabe von

Souveränitätsrechten verbunden wäre, könnte schon nach kurzer Zeit eine Harmonisierungswelle auf andern Gebieten (Sozialpolitik, Fiskalpolitik [...]) auslösen. [...] Es liegt auf der Hand, dass derartigen Forderungen seitens der Schweiz allein schon aus Gründen unserer politischen Autonomie niemals nachgegeben werden kann – ganz abgesehen davon, dass die Harmonisierungswelle die Konkurrenzfähigkeit der Exportindustrie und die Stabilität der Währung gefährden kann.«⁶⁴ Winterberger forderte damals, dass die Integration nur soweit gehen dürfe, wie sie eine ökonomische Deregulierung verlange, dabei die politische Autonomie des Landes aber nicht gefährdet werden dürfe. Auch warnte er, dass eine »Harmonisierung« die Exportindustrie und das Währungssystem schwächen würde. Die grosse Skepsis gegenüber einer Integration, die über rein wirtschaftliche Harmonisierung hinausging, war also in Teilen des neoliberalen Denkkollektivs tief eingeschrieben. Es handelte sich um Motive, die die SVP später aufgriff.

Unabhängigkeit oder Integration?

Der Fall des Eisernen Vorhangs 1989 bedeutete, dass die europäische Integrationsfrage nicht nur in den politischen Verhandlungen der Schweiz auftauchte, sondern auch in den Debatten wirtschaftsliberaler Wissenschaftler*innen mit neuer Dringlichkeit in den Fokus rückte. Wie die europäische Integration aussehen sollte, beschrieb 1992 etwa ein Beitrag aus Deutschland in der wirtschaftsliberal ausgerichteten Zeitschrift *Reflexion*. Die Publikation von jeweils ca. 50 Seiten erschien seit 1981 ein- bis zweimal jährlich als Organ des Schweizer Liberalen Instituts (LI), welches 1979 – in der global aufstrebenden Phase der neoliberalen Realpolitik – von Robert Nef, einem Zürcher Juristen und ebenfalls Zögling der MPS, ins Leben gerufen worden war. (Es handelte sich um einen Think-Tank, den Radnitzky 1992 in seinem Artikel ganz explizit für die Schweiz nannte.)⁶⁵ In der *Reflexion* wurden im Rahmen des Instituts gehaltene Vorträge, Diskussionen und Positionspapiere für eine breitere Öffentlichkeit zugänglich gemacht.⁶⁶ Zur Europafrage findet sich hier eine Passage im »Manifest einer modernen liberalen Partei«, das als Resultat einer Diskussion in der deutschen Friederich-Naumann-Stiftung entstanden war und eine Idealwelt des Liberalismus skizziert. Zum Punkt Europa war dort zu lesen: »Nur in einem Europa des Wettbewerbs zwischen den verschiedenen Bürgergesellschaften können die Bürger frei sein. Deshalb lehnen wir das Europa der Harmonisierung ab. Deshalb gibt es in unserem Europa keine europäische Regierung, keine europäische Bürokratie und kein europäisches Parlament.«⁶⁷ Die Position unterstreicht wiederum die Wichtigkeit der Trennung von wirtschaftlicher und politischer Integration pointiert.

Am Projekt der Vertiefung der Europäischen Gemeinschaft, das Anfang der 1990er Jahre unter Kommissionspräsident Delors verfolgt wurde, übten die (neo-)liberalen Wissenschaftler*innen zunehmend Kritik und griffen dabei die Argumentationslinie auf, die Röpke bereits in seinem Kleinstaat-Diskurs

verfolgte.⁶⁸ So sah etwa 1992 in den *Monatsheften* der Schweizer Wirtschaftswissenschaftler Jörg Baumberger, ebenfalls im Beirat des Liberalen Instituts,⁶⁹ die wirtschaftliche Integration als wichtigen Motor für die Schweizer Wirtschaftsentwicklung, forderte jedoch deren Trennung von den politischen Integrationsbestrebungen: »Die Aufrechterhaltung einer hohen faktischen Integration der Schweiz mit der EG-Wirtschaft (aber nicht nur mit ihr) ist für die Schweiz [...] eine unabdingbare Wohlstandsvoraussetzung. Daraus folgt freilich nicht, dass die maximale formell-institutionelle Integration notwendigerweise die beste Strategie für einen Kleinstaat ist. Die sorgfältige Unterscheidung von ökonomisch-faktischer und politisch-institutioneller Integration ist eine wichtige Voraussetzung für eine vernünftige Diskussion der schweizerischen Europa-Strategie.«⁷⁰

In einer ähnlichen Weise äusserten sich auch die Ökonomen und Verfasser des medial als »Weissbuch der Wirtschaft« verhandelten *Ordnungspolitischen Programms*,⁷¹ das der deutsche Wirtschaftsphilosoph und Radnitzky-Schüler Hardy Boullion in der *Reflexion* lobte.⁷² Die Rezension war ein Anlass, dem Schweizer wirtschaftsliberalen Publikum die Argumente des Weissbuchs näherzubringen, das sich zwar für die EG als Binnenmarkt aussprach, die Schweiz aber vor einer institutionellen Vereinnahmung durch die EG warnte. Die Schweiz müsse mit der Liberalisierung weitergehen als die EG, denn einen »ordnungspolitische[n] Vorsprung«, das heisst die souveränen und in Konkurrenz zu anderen Nationen stehenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, gelte es zu erhalten.⁷³ Die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz dürfe nicht durch einen EG-Beitritt gefährdet werden. Wiederum stellten die Gegner die wirtschaftliche Anbindung grundsätzlich nicht infrage, gegenüber der EG dominierten aber Vorbehalte, was die politische Annäherung anbelangte, da diese als Harmonisierung die Vorteile des Kleinstaats in einem Europa des Wettbewerbs bedrohe.

Die Argumente zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit, zur Wahrung des ökonomischen Standortvorteils und zur währungspolitischen Autonomie, wie sie Röpke in seinen Überlegungen zum Kleinstaat anlegte und fortan durch die neoliberale Theorie und Brunners Geldtheorie tradiert wurden, entsprechen der Position Schiltknechts, der dieselben Themen im Kreise der AUNS und SVP adressierte.⁷⁴ Darüber hinaus nahm auch Blocher in der bereits erwähnten Broschüre gegen den EWR-Beitritt eben diese Argumentation auf. Pointiert hielt er dort fest: »Denn nur die Selbstverantwortung erhält letztlich auch den Wettbewerbsgedanken aufrecht, der alles in allem zu besseren Resultaten führt.«⁷⁵ Kleinere Staaten seien in der Wirtschaft effizienter, der europäische »Staatsinterventionismus« würde die Schweiz ausbremsen, der europäische Wirtschaftsraum benachteilige die Schweiz im globalen Handel, schrieb er und reproduzierte damit die Kontroverse der neoliberalen Integrations skeptiker.⁷⁶ In vergleichbarer Manier ging es auch bei ihm um den Erhalt des innereuropäischen Wettbewerbs — und um den Vorsprung der Schweiz, den es mit einem Beitritt nicht zu verspielen gelte.



Abb. 5: Im Hôtel du Parc auf dem Mont Pèlerin tagte die Gruppe von Wissenschaftler*innen zwischen dem 1. bis 10. April 1947 erstmals.

Die populistischen EWR-Gegner in der Schweiz griffen damit direkt einen Strang der liberalen, wirtschaftswissenschaftlichen Debatte um internationale Integration auf. Sie konnten dafür auf die in der Schweiz bestehenden Wissensnetzwerke zurückgreifen, in deren Rahmen sich die europaskeptischen Diskurse entwickelten. Hinsichtlich der europäischen Integration, die die wirtschaftliche Tätigkeit europäischer Länder durchaus intensivierte und damit grundsätzlich den Idealen neoliberaler Fantasien entsprach, standen die Skeptiker*innen bei weitem nicht für alle Wissenschaftler*innen, die mit der MPS, den *Schweizer Monatsheften* oder dem Liberalen Institut assoziiert waren.

Die Frage der europäischen Integration war höchst umstritten – auch unter liberalen Wissenschaftler*innen und Politiker*innen: Für den freisinnigen Schweizer Chefunterhändler des Bundes Franz Blankart beispielsweise erfüllten die neuen Strukturen der EG die liberalen Anforderungen. Er betonte in den Monatsheften: »Der Markt ist Trumpf und insbesondere der EG-Binnenmarkt, der seinerseits nichts anderes als eine monumentale Deregulierungsübung darstellt.«⁷⁷ Der Binnenmarkt des europäischen Raumes erfülle das Ideal einer Verschlinkung der Marktregularien. Einige Akteur*innen, die sich selbst in der Tradition des Neoliberalismus verordnet hätten, teilten diese Haltung. Schliesslich ist nicht zu vergessen, dass für die Genese der europäischen Integrationsidee neoliberale Ökonomen wie Hayek immer wieder als Vordenker hervorgehoben werden:⁷⁸ Klar ist, Hayek und der Kreis der MPS prägten die Herausbildung der europäischen Idee massgeblich mit. Der Grad der politischen Integration und ebenso die konkrete Umsetzung war aber umstritten und spaltete die neoliberalen Denker*innen.⁷⁹

Kleinstaat in der Weltwirtschaft

Dass sich Thatcher mit Harris und weiteren vehementen EG-Gegnern in Brügge verbündete und damit eine dezidiert liberale Ablehnung der EG formierte, steht exemplarisch für diesen Bruch. Und exakt an jenen Strang, der dem unabhängigen Kleinstaat in einigen Fragen durchaus Autonomie beimass, schlossen AUNS und SVP an: Thatcher hielt die Rede, die die AUNS gleich zweimal in ihren Publikationen aufgriff, im Oktober 1991, ein Jahr vor der Abstimmung, vor einem auserlesenen Publikum der Bank Julius Bär. In diesem Rahmen forderte Thatcher ein Europa souveräner Staaten als Alternative zum europäischen Integrationsprozess: »I spelt out my vision of Europe's future in a speech I made to the College of Europe at Bruges in 1988. This is of a Europe of sovereign states committed to free enterprise and open trade freely cooperating one with another.« Die Haltung des derzeitigen Kommissionspräsidenten Delors sei keine »Vision«, sondern ein »Alptraum«.⁸⁰

Diesen Alptraum der Integration und die Furcht vor der Auflösung der souveränen Nation befeuerte auch die SVP. Das bedeutet nicht, dass sich das neoliberale Wirtschaftsverständnis mit jenem der SVP deckt, verfolgte die Partei doch beispielsweise in Fragen der Landwirtschaft einen dezidiert protektionistischen Kurs, der mit einer wirtschaftlichen Öffnung nicht vereinbar gewesen wäre. Dennoch sind die teilweise direkte Übernahme der Argumente wie überhaupt die Vereinnahmung von Akteur*innen der liberalen Eliten frappant.⁸¹

Diese Anschlussfähigkeit neoliberaler Theorie an rechtspopulistische Politik erstaunt auf den ersten Blick, steht der Neoliberalismus doch gerade für die Doktrin des globalen Freihandels gegenüber nationaler Abschottung.⁸² Der Blick auf die unterschiedlichen Stränge neoliberaler Diskurse in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg zeigt allerdings, dass es sich bei der Doktrin internationaler Integration in erster Linie um die Vernetzung der Wirtschaft, nicht aber um die vollständige Aufgabe nationaler Souveränität handelte: Röpke konzipierte in Anlehnung an Carl Schmitt die Weltwirtschaft als umfassende Ordnung, bei Schmitt »Dominium«, die – supranational durchgesetzt – global Eigentum und Freihandelsrechte vor dem demokratischen Eingriff schützen sollte. Gleichzeitig ging er daneben von nationalstaatlichen Einheiten aus, die mit ihren national ausgerichteten Richtlinien, beispielsweise als Steueroasen, gegenseitig konkurrierten.⁸³

Die Frage, ob die EG nun ein richtiger Schritt zur Bildung des wirtschaftlichen »Dominiums« war oder die Eigenständigkeit der konkurrierenden Nationen zu sehr gefährdete, führte, wie dargestellt, besonders in den Debatten um die europäische Integration während der 1990er Jahre zu einem Bruch unter neoliberalen Theoretikern. Als die EG mit dem sozialistischen Kommissionspräsidenten Jacques Delors auf umfassendere Integrationsziele hinsteuerte, wurden die Europa-Kritiker*innen unter den neoliberalen Denker*innen lauter. Die Aufgabe souveräner Entitäten für eine zentralistische Sozialunion, wie die EG mit

Schrecken beschrieben wurde, war nicht in ihrem Sinn, obwohl sie die Wirtschaftsunion befürworteten.⁸⁴ Oder wie Radnitzky in Bezug auf die Bruges Gruppe formulierte: Die Erhaltung »freier Staaten« sei ein Kernanliegen.⁸⁵



Abb. 6: Die Postkarte zeigt den Tagungsort mit Sicht auf den Genfersee. Die Mont Pèlerin Society trifft sich noch immer, allerdings an unterschiedlichen Austragungsorten auf der ganzen Welt.

Exakt diese Haltung, welche die EG mit ökonomischen Argumenten problematisierte, bot Anschluss für den rechtspopulistischen Flügel der SVP und AUNS, die die nationale Souveränität nun mit aller Kraft verteidigten. Nicht zu vergessen ist dabei, dass eben diese Akteur*innen in wirtschaftlichen Fragen aber am »Dominium« der deregulierten Wirtschaft festhielten, wie der Historiker Jakob Tanner pointiert formuliert: »Es ist dies der Traum [der SVP] einer perfekten Harmonie zwischen einem gesunden, bescheidenen, aber urchig-unbezähmbaren Schweizervolk und internationalen Grosskonzernen, die den Globus nach Geschäftsmöglichkeiten durchforsten.«⁸⁶

Aufstieg der SVP und die Durchsetzung »wirtschaftlicher Freiheit«

Die AUNS zeichnete sich also nicht einfach durch einen globalisierungsfeindlichen Nationalismus aus, vielmehr schloss sie sich dem Diskurs und den Netzwerken wirtschaftsliberaler Kreise an, nahm deren Debatten um Überregulierung, übertriebene Harmonisierung, Eliminierung währungspolitischer Stabilität und exportwirtschaftlicher Vorteile auf und

mobilisierte damit im Abstimmungskampf gegen die Annäherung der Schweiz an die EG. Dieses Anknüpfen an wissenschaftliche Theorien, die in geschlossenen Kreisen global vernetzter wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Eliten wie der MPS entstanden, kaschierte die SVP und die AUNS aber weitgehend: Gegenüber der Öffentlichkeit spielte die Einbindung wissenschaftlicher Autoritäten kaum eine Rolle. Im Gegenteil bediente die SVP das Feindbild einer gegen den Willen der Bevölkerung verschworenen Elite.



Abb. 7: Die Abstimmung über den Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum erwies sich als richtungweisend und bestimmte fortan einen integrationskeptischen Kurs.

Während diese populistische Position der SVP immer wieder in eine Tradition der »geistigen Landesverteidigung« gestellt wurde,⁸⁷ zeigt der ideengeschichtliche Blick auf den Schweizer EWR-Abstimmungskampf, dass die Positionen der SVP und AUNS viel enger mit den Diskursen und Plattformen wirtschaftsliberaler EU-Kritiker*innen verbunden waren, als ihre gegen »Eliten« gerichtete Rhetorik den Anschein erweckte. Der gegen »Eliten« gerichtete Populismus prägte zwar zentral den öffentlichen Auftritt der Partei. Er verstellt aber den Blick, wenn es darum geht die inhaltlichen Positionen und deren Fundament und ebenso die Elitenkritik bei gleichzeitiger Vernetzung zu verstehen. Das Wesen des SVP-Populismus speiste sich nämlich trotz vorgeblicher Ablehnung von Universitäten und Eliten aus einem spezifischen Wissen: Dieses Wissen entstammte traditionsreichen ökonomischen Denkstrukturen und artikulierte sich in neoliberalen Diskursnetzwerken sowie in deren engen Verbindungen zur Schweizer Wirtschaft und Politik. Die Implementierung derartiger Wirtschaftstheorie durch rechtspopulistische Kräfte ging mit einer intensiven, wenn auch bei weitem nicht widerspruchsfreien Wechselwirkung und Anschlussfähigkeit der jeweiligen Strömungen einher. Dass Blochers Gebaren Volksnähe inszenierte, auf deren Basis er alle

möglichen Institutionen, wirtschaftliche und politische Entscheidungsträger*innen wie auch wissenschaftliche Stichwortgeber*innen denunzieren konnte, war elementarer Bestandteil seines Auftritts. Die theoretischen Anschlüsse und personellen Kooperationen, die in diesem Text stark gemacht wurden, zeigen aber auf, dass das Verhältnis zu wissenschaftlichen Akteur*innen und Diskursen als Grundlage der Positionierung ebenso zentral für denselben Auftritt war.

Letztlich glückte das Unterfangen: Im Dezember 1992 lehnte die Schweizer Stimmbevölkerung den Beitritt zum europäischen Wirtschaftsraum mit 50.3 Prozent ab, womit auch die Pläne für den EG-Beitritt vorläufig vom Tisch waren. Die Debatte um die europäische Integration brachte Blochers SVP und damit besonders dem Zürcher Flügel Gewinne ein, führte zu deren Aufstieg innerhalb der Partei.⁸⁸ Der Abstimmungssieg verhalf darüber hinaus der zunehmend radikalen SVP mit zum Aufstieg zur stärksten Partei in der Schweizer Polit-Landschaft.⁸⁹

Auch die neoliberalen EG-Gegner erreichten ihr Ziel. Sie erhielten im Rahmen globaler Wirtschaftsverträge die politische Unabhängigkeit der Schweiz zugunsten optimaler Standortbedingungen. Man denke an die Schweiz als Steuerparadies oder als Oase der wirtschaftlichen Freiheit, wie das Liberale Institut im Bericht über den Index wirtschaftlicher Freiheit nahelegt: »Die Schweiz bleibt auch 2019 das Land mit europaweit der höchsten und weltweit der viertgrössten wirtschaftlichen Freiheit.«⁹⁰

Sascha Deboni studiert im Master Zeitgeschichte und Data Science an der Universität Zürich.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Christoph Blocher: *EWR. Der falsche Weg für die Schweiz* (1992), Zürich: Zentralbibliothek, Signatur: DW 12583.

Abb. 2: AUNS: *Schlecht und unwürdig*, in: NZZ (14. November 1992), S. 29a, Zürich: NZZ-Archiv.

Abb. 3: AUNS (Hg.): *Informations- und Pressedienst* 33 (1992), S. 1., Zürich: ETH Bibliothek, Signatur: P T 1617.

Abb. 4: Jules Vogt: *Margaret Thatcher, britische Premierministerin, Besuch in der Schweiz* (21. September 1990), Zürich: ETH-Bibliothek, Bildarchiv, Com_LC1501-00T-006-001.

Abb. 5: Werner Friedli: *Chardonne, Mont Pèlerin, Pèlerin Palace* (Mai 1949), Zürich: ETH-Bibliothek, Bildarchiv, LBS_H1-011846.

Abb. 6: Vevey, *Le Mont Pèlerin, Le Lac Léman et les Dents-du-Midi, Au 1er plan l'Hôtel du Parc* (vor Juni 1973), Zürich: ETH-Bibliothek, Bildarchiv, Fel_015547-RE.

Abb. 7: Comet Photo AG (Hg.): Zürich, Abstimmung Europäischer Wirtschaftsraum (EWR) (6. Dezember 1992), Zürich: ETH-Bibliothek, Bildarchiv, Com_LC1404-004-005.

Literatur

- 1 Jan-Werner Müller: *Was ist Populismus? Ein Essay*, Berlin: Suhrkamp (2016), S. 44f.
- 2 Philipp Gut, Christoph Mörgeli: »Der Wind weht von links«, in: *Weltwoche*, <https://www.weltwoche.ch/ausgaben/2018-23/titelgeschichte/der-wind-weht-von-links-die-weltwoche-ausgabe-23-2018.html> (7. Juni 2018).
- 3 Philipp Gut: »Journalist«, <https://philipp-gut.ch/> (14. September 2020).
- 4 Vgl. auch den Artikel zu US-Universitäten und deren linker Professor*innenschaft, der im Zuge der Proteste im Zusammenhang mit der Ermordung George Floyds erschien: Urs Gehringer: »Niemand darf von der Orthodoxie der radikalen Linken abweichen«, in: *Weltwoche* (15. Juli 2020); Philipp Gut: »Vor diesen Professoren wird gewarnt«, in: *Weltwoche* (4. Oktober 2012). Der Autor bezeichnet die Errichtung staatlich finanzierter Lehrstühle für erneuerbare Energie oder Gender Studies als Zeichen einer geistigen Epidemie.
- 5 Damir Skenderovic: »Schweizerische Volkspartei«, in: *Historisches Lexikon der Schweiz*, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/017389/2017-03-20/> (2017).
- 6 Damir Skenderovic: *The Radical Right in Switzerland: Continuity and Change, 1945–2000*, New York: Berghahn Books (2009), S. 132–135 und S. 151f.
- 7 SVP Zürich: »Demokratie respektieren und verteidigen«, in: *SVP-Ja 2* (1993), S. 12; Jan-Werner Müller: *Was ist Populismus? Ein Essay*, Berlin: Suhrkamp (2016), S. 44f.
- 8 Jan-Werner Müller: *Was ist Populismus? Ein Essay*, Berlin: Suhrkamp (2016), S. 35, S. 44f; zu Blocher als Populist, vgl. Damir Skenderovic: *The Radical Right in Switzerland: Continuity and Change, 1945–2000*, New York: Berghahn Books (2009), S. 140; zum Antiintellektualismus in Blochers SVP, vgl. Josef Lang: »Blocher, SVP und der Nationalkonservatismus: Historische und Ideologische Kontinuitäten«, in: *Widerspruch: Beiträge zu sozialistischer Politik* 20 (2000), S. 97–113, hier S. 98.
- 9 Peter Niggli, Jürg Frischknecht: *Rechte Seilschaften: Wie die »unheimlichen Patrioten« den Zusammenbruch des Kommunismus meisterten*, Zürich: Rotpunktverlag (1998), S. 98f.
- 10 Damir Skenderovic: *The Radical Right in Switzerland: Continuity and Change, 1945–2000*, New York: Berghahn Books (2009), S. 116. An der Delegiertenversammlung im Oktober vor der Abstimmung unterlagen die EWR-Befürworter innerhalb der SVP mit 119 zu 289 Stimmen. Die vehementen Gegner standen also einem guten Viertel Befürworter gegenüber.
- 11 AUNS (Hg.): *Informations- und Pressedienst* 31 (1992), S. 7.
- 12 Marius Hildebrand: *Rechtspopulismus und Hegemonie: Der Aufstieg der SVP und die diskursive Transformation der politischen Schweiz*, Bielefeld: transcript (2017), S. 215. Ein Leserbrief der NZZ kritisierte 1994 die Verwendung von »classe politique« mit dieser Beschreibung. Vgl. Peter Marti: »Liebäugeln mit dem Totalitarismus auch in der Schweiz«, in: *NZZ* (13. September 1994), S. 59.
- 13 AUNS (Hg.): *Informations- und Pressedienst* 30 (1992), S. 2; vgl. auch: ebd., S. 10.
- 14 Jan-Werner Müller: *Was ist Populismus? Ein Essay*, Berlin: Suhrkamp (2016), S. 54.
- 15 Christoph Blocher: *EWR: Der falsche Weg für die Schweiz* (1992).
- 16 Ebd., S. 1.
- 17 »Manual für Medien-Manipulatoren. Aber auch eine kleine Denkhilfe für manipulierte Medien-Konsumenten« (o.V.), in: *Schweizerzeit Schriftenreihe* 6 (1989).
- 18 Jochen Hille: *Gute Nation oder Europa? Euroskeptizismus in Norwegen und in der deutschsprachigen Schweiz*, Berlin: Humboldt-Universität (2005), S. 57.
- 19 Daniel Thürer in: *NZZ* (14. Mai 1991).
- 20 AUNS: »Schlecht und unwürdig«, in: *NZZ* (14. November 1992), S. 29a.
- 21 Daniel Thürer: »EWR-Hegemonie oder europäische Solidarität«, in: *NZZ* (27. November 1992), S. 69.
- 22 Auch ehemaliger Privatsekretär von James Schwarzenbach. Die *Schweizerzeit* steht in direkter Verbindung zu dessen Bewegung *Die Republikaner*.
- 23 Damir Skenderovic: *The Radical Right in Switzerland: Continuity and Change, 1945–2000*, New York: Berghahn Books (2009), S. 132.
- 24 Kurt Schiltknecht: »Die wirtschaftlichen und währungspolitischen Auswirkungen eines EWR/EG-Beitritts«, in: *Schweizerzeit Schriftenreihe* 12 (1992), S. 56.
- 25 Ebd., S. 64f.
- 26 Ebd., S. 46f., S. 60f.
- 27 Christoph Blocher: *EWR: Der falsche Weg für die Schweiz* (1992), S. 35.
- 28 Quinn Slobodian, Dieter Plehwe: »Neoliberals against Europe«, in: William Callison, Zachary Manfredi (Hg.): *Mutant Neoliberalism: Market Rule and Political Rupture*, New York, USA: Fordham University Press (2019), S. 89–111, hier S. 96f.
- 29 Andrea Franc: »Schweiz, Filz und Neoliberalismus«, in: *Schweizer Monat* 93 (2013), S. 51.
- 30 Franz Ritzmann: »Karl Brunner«, in: *Historisches Lexikon der Schweiz*, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/044472/2005-11-07/> (2005).
- 31 Andrea Franc: »Schweiz, Filz und Neoliberalismus«, in: *Schweizer Monat* 93 (2013), S. 51.
- 32 Allan H. Meltzer: »Ein Schweizer von Weltrang«, in: *NZZ* (22. September 2016).
- 33 Wolfgang von Wartburg: *Der schweizerische Staatsgedanke vor der Herausforderung Europa: Eidgenossenschaft, Neutralität und europäische Gemeinschaft*, Bern (1992). Die Publikation wurde von der AUNS veröffentlicht. Der Historiker von Wartburg argumentiert mit Neutralitätskontinuitäten gegen einen EWR-Beitritt. Derselbe Text wurde auch in den *Schweizer Monatsheften* abgedruckt: Wolfgang von Wartburg: »Eine harte Prüfung: Der schweizerische Staatsgedanke vor der Herausforderung Europa«, in: *Schweizer Monatshefte* 70 (1990).

- 34 SVP Zürich, in: *SVP-Ja 3/4* (30. April 1992), S. 21.
- 35 AUNS (Hg.): *Informations- und Pressedienst* 30 (1992), S. 10.
- 36 AUNS (Hg.): *Informations- und Pressedienst* 34 (1992), S. 10.
- 37 Peter Niggli, Jürg Frischknecht: *Rechte Seilschaften: Wie die »unheimlichen Patrioten« den Zusammenbruch des Kommunismus meisterten*, Zürich: Rotpunktverlag (1998), S. 100; Ralph Harris: »Rome, Brussels – or Bruges? Future of the EEC«, in: *The Times* (8. Februar 1989), S. 14.
- 38 Gerard Radnitzky: »Think-tanks für die Marktwirtschaft: Werkstätten einer freien Gesellschaft«, in: *Schweizer Monatshefte* 72 (1992), S. 265.
- 39 Ebd., S. 267.
- 40 Ebd., S. 268.
- 41 Ebd., S. 269.
- 42 Thomas Medvetz: *Think Tanks in America*, Chicago, London: University of Chicago Press (2012), S. 84–129.
- 43 Gerard Radnitzky: »Think-tanks für die Marktwirtschaft: Werkstätten einer freien Gesellschaft«, in: *Schweizer Monatshefte* 72 (1992), S. 273.
- 44 Genossenschaft zur Herausgabe der schweizerischen Monatshefte für Politik und Kultur (Hg.): »Zur Einführung«, in: *Schweizerische Monatshefte* 1 (1921), S. 1.
- 45 Adrian Zimmermann: »Der »Schweizer Monat«. Reaktionär seit 1921«, in: *Wochenzeitung* 13 (31.3.2011); Walther Burckhardt: »Unsere Einstellung zu Deutschland«, in: *Schweizer Monatshefte* 16 (1936), S. 187.
- 46 Adrian Zimmermann: »Der »Schweizer Monat«. Reaktionär seit 1921«, in: *Wochenzeitung* 13 (31.3.2011).
- 47 Bei dem Institut handelt es sich um eine mit der Universität Genf verbundene Think-Tank ähnliche Struktur, welche finanziell von der Rockefeller Foundation getragen wurde und einen intellektuellen Ort gegen den Kollektivismus darstellen sollte. Bernhard Walpen: »Die Schweiz – Kaderschmiede des Neoliberalismus: Zur Geschichte neoliberaler Institutionen und Vordenker«, in: *Widerspruch. Beiträge zu sozialistischer Politik* 24 (2004), S. 142.
- 48 Friedrich August von Hayek: »Probleme und Schwierigkeiten der englischen Wirtschaft«, in: *Schweizer Monatshefte* 27 (1947); Friedrich August von Hayek: »Die Intellektuellen und der Sozialismus«, in: *Schweizer Monatshefte* 29 (1949). Hayek argumentierte, die grosse Gemeinschaft der Intellektuellen verschiedener Länder habe sozialistische Neigungen. Dagegen fehlten dem Liberalismus mutige Visionen. Dies sei zu ändern durch die Entwicklung radikal liberaler Utopien. Mit dem Glauben an die eigenen Ideen sei die Öffentlichkeit auch zu gewinnen. Vgl. auch: Friedrich August von Hayek: »The Intellectuals and Socialism«, in: *The University of Chicago Law Review* 3 (1949), S. 417–433.
- 49 Bernhard Walpen: *Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft: Eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pèlerin Society*, Hamburg: VSA-Verlag (2004) (Schriften zur Geschichte und Kritik der politischen Ökonomie 1), S. 73; Bernhard Walpen: »Die Schweiz – Kaderschmiede des Neoliberalismus: Zur Geschichte neoliberaler Institutionen und Vordenker«, in: *Widerspruch: Beiträge zu sozialistischer Politik* 24 (2004), S. 142.
- 50 Andrea Franc: »Schweiz, Filz und Neoliberalismus«, in: *Schweizer Monat* 93 (2013), S. 44.
- 51 Bernhard Walpen: *Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft: Eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pèlerin Society*, Hamburg: VSA-Verlag (2004) (Schriften zur Geschichte und Kritik der politischen Ökonomie 1), S. 102.
- 52 Quinn Slobodian: *Globalists: The End of Empire and the Birth of Neoliberalism*, Cambridge: Harvard University Press (2018), S. 2: Hier beschreibt der Autor den Laissez-faire-Kapitalismus als Gegenfolie zu dem, was den Theoretikern der MPS eigentlich vorschwebte. Auf S. 269 stellt Slobodian die Theorien des MPS-Neoliberalismus jenen der Chicagoer Schule gegenüber.
- 53 Quinn Slobodian: *Globalists: The End of Empire and the Birth of Neoliberalism*, Cambridge: Harvard University Press (2018), S. 8.
- 54 Ebd., S. 271f. Slobodian charakterisiert hier den Neoliberalismus der Genfer Schule, die die internationale Wirtschaftsordnung adressierte.
- 55 Dieter Plehwe: »Introduction«, in: Philip Mirowski, Dieter Plehwe: *The Road from Mont Pèlerin: The Making of the Neoliberal Thought Collective*, Cambridge: Harvard University Press (2009), S. 15.
- 56 Das SIAF ist kaum erforscht. Markus Bürgi: »Albert Hunold«, in: *Historisches Lexikon der Schweiz*, <https://hls-dhs-dss.ch/de/articles/048556/2008-02-12/> (2008); Bernhard Walpen: *Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft: Eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pèlerin Society*, Hamburg: VSA-Verlag (2004) (= Schriften zur Geschichte und Kritik der politischen Ökonomie 1), S. 406.; Bernhard Walpen: »Die Schweiz – Kaderschmiede des Neoliberalismus: Zur Geschichte neoliberaler Institutionen und Vordenker«, in: *Widerspruch: Beiträge zu sozialistischer Politik* 24 (2004), S. 145.
- 57 Andrea Franc: »Schweiz, Filz und Neoliberalismus«, in: *Schweizer Monat* 93 (2013), S. 44: Die MPS habe viel von ihrem Zauber verloren. Dennoch war beispielsweise der letzte Direktor der Avenir Suisse, Gerhard Schwarz, Mitglied der MPS. Vgl. Rudolf Strahm: »Gerhard Schwarz: Ein brillanter Marktgläubiger«, in: *Infosperber* (28. Januar 2016).
- 58 Bernhard Walpen: »Die Schweiz – Kaderschmiede des Neoliberalismus: Zur Geschichte neoliberaler Institutionen und Vordenker«, in: *Widerspruch. Beiträge zu sozialistischer Politik* 24 (2004), S. 147.
- 59 Quinn Slobodian: *Globalists: The End of Empire and the Birth of Neoliberalism*, Cambridge: Harvard University Press (2018), S. 20: Slobodian betont, dass es sich beim Neoliberalismus nicht um ein konsistentes Konzept handle, dass aber neben dem Narrativ, welches die Dominanz der neoliberalen Theorie Friedmans herausstreicht, der bezogen auf die internationale Ordnung anders geartete Neoliberalismus der Genfer Schule zentral sei.

- 60 Lukas Hässig: »Es geht immer um das Gleiche«, in: *Weltwoche* (13. Oktober 2004).
- 61 Quinn Slobodian, Dieter Plehwe: »Neoliberals against Europe«, in: William Callison, Zachary Manfredi (Hg.): *Mutant Neoliberalism: Market Rule and Political Rupture*, New York, USA: Fordham University Press (2019), S. 89–111.
- 62 Wilhelm Röpke: »Die Schweiz im Strome der Weltwirtschaft«, in: *Schweizer Monatshefte* 6 (1959), S. 479.
- 63 Quinn Slobodian: *Globalists: The End of Empire and the Birth of Neoliberalism*, Cambridge: Harvard University Press (2018), S. 16, S. 156.
- 64 Gerhard Winterberger: »Brückenschlag durch Zollharmonisierung«, in: *Schweizer Monatshefte* 10 (1961), S. 961.
- 65 Gerard Radnitzky: »Think-tanks für die Marktwirtschaft: Werkstätten einer freien Gesellschaft«, in: *Schweizer Monatshefte* 72 (1992), S. 272.
- 66 Robert Nef: »Editorial«, in: *Reflexion* 1 (1981), S. 3.
- 67 »Bürger zur Freiheit, Manifest einer modernen liberalen Partei« (o.V.), in: *Reflexion* 28 (1992), S. 7.
- 68 Unterstützend äusserte sich, wenn auch zurückhaltend, bspw. das Liberale Institut. Das Heft, das vor der Abstimmung herausgegeben wurde, diskutierte die Abstimmung ebenso. Vgl.: *Reflexion* 28, 1992. Zur Einordnung vgl.: Peter Niggli, Jürg Frischknecht: *Rechte Seilschaften: Wie die »unheimlichen Patrioten« den Zusammenbruch des Kommunismus meisterten*, Zürich: Rotpunktverlag (1998), S. 100.
- 69 Liberales Institut: »Editorial«, in: *Reflexion* 27 (1992), S. II.
- 70 Jörg Baumberger: »Die Schweiz und Europa — zwischen Re-Liberalisierung und Uniformierung«, in: *Schweizer Monatshefte* 72 (1992), S. 913.
- 71 Markus Meier: »Wie in der »Weissbuch-Ära«, in: *Tagesanzeiger* (19. Februar 2015).
- 72 Hardy Bouillon: »Schweizerische Wirtschaftspolitik: Eine Rezension«, in: *Reflexion* 29 (1993), S. 45–47.
- 73 Fritz Leutwiler, Ernst Baltensberger u.a.: *Schweizerische Wirtschaftspolitik im internationalen Wettbewerb: Ein ordnungspolitisches Programm*, Zürich: Füssli (1991), S. 29, S. 31f.
- 74 Kurt Schiltknecht: »Die wirtschaftlichen und währungspolitischen Auswirkungen eines EWR/EG-Beitritts«, in: *Schweizerzeit Schriftenreihe* 12 (1992), S. 44ff.; vgl. auch: Kurt Schiltknecht: *Wohlstand – kein Zufall: Die ökonomischen Zusammenhänge*, Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung (2015), S. 21: Schiltknecht erklärt mit Rückgriff auf Brunner, dass nicht der Kolonialismus für die globalen Wohlstandsunterschiede verantwortlich sei, sondern gesetzliche Rahmenbedingungen, die die Bürger*innen dazu motivieren würden, Wohlstand zu schaffen.
- 75 Christoph Blocher: *EWR: Der falsche Weg für die Schweiz* (1992), S. 24.
- 76 Ebd., S. 15 und S. 17.
- 77 Franz Blankart: »GATT und EG. Perspektiven der schweizerischen Aussenwirtschaftspolitik«, in: *Schweizer Monatshefte* 69 (1989), S. 557.
- 78 Quinn Slobodian, Dieter Plehwe: »Neoliberals against Europe«, in: William Callison, Zachary Manfredi *Mutant Neoliberalism: Market Rule and Political Rupture*, New York, USA: Fordham University Press (2019), S. 89–111, hier S. 89f.: Der Aufsatz zeigt die Verbindung neoliberaler Kreise und Think-Tanks mit der aufkommenden Rechten in den 2000er und 2010er Jahren auf. Plehwe und Slobodian unterlassen es aber, die frühe Phase der Schweizer EU-Ablehnung in den 1990er Jahren sowie die Vernetzung von SVP-Kreisen mit der sich international entwickelnden EG-Kritik unter die Lupe zu nehmen.
- 79 Bernhard Walpen: *Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. Eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pèlerin Society*, Hamburg: VSA-Verlag (2004) (= Schriften zur Geschichte und Kritik der politischen Ökonomie 1), S. 207; Quinn Slobodian: *Globalists: The End of Empire and the Birth of Neoliberalism*, Cambridge: Harvard University Press (2018), S. 16.
- 80 Margaret Thatcher: *Speech to Bank Julius Baer: »The Real Questions Facing Europe in the 1990s«*, <https://www.margareththatcher.org/document/108287> (17. Oktober 1991), hier: »To my mind, this qualifies as more—or perhaps less—than a vision. To me, it would be a nightmare.«
- 81 Bernhard Walpen: *Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft: Eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pèlerin Society*, Hamburg: VSA-Verlag (2004) (= Schriften zur Geschichte und Kritik der politischen Ökonomie 1), S. 268.
- 82 Jamie Peck: »Explaining (with) Neoliberalism«, in: *Territory, Politics, Governance* 1 (2013), S. 132–157. Peck erläutert die vielfältigen Verwendungen des Begriffs Neoliberalismus und geht auf dessen Gebrauch im Zusammenhang mit Globalisierung und Marktexpansion ein.
- 83 Quinn Slobodian: *Globalists: The End of Empire and the Birth of Neoliberalism*, Cambridge: Harvard University Press (2018), S. 10, S. 267.
- 84 Quinn Slobodian, Dieter Plehwe: »Neoliberals against Europe«, in: William Callison, Zachary Manfredi *Mutant Neoliberalism: Market Rule and Political Rupture*, New York, USA: Fordham University Press (2019), S. 89–111, hier S. 94–100.
- 85 Gerard Radnitzky: »Think-tanks für die Marktwirtschaft: Werkstätten einer freien Gesellschaft«, in: *Schweizer Monatshefte* 72 (1992), S. 273.
- 86 Jakob Tanner: *Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert*, München: Beck (2015) (= Europäische Geschichte im 20. Jahrhundert), S. 498.
- 87 Jan-Werner Müller: *Was ist Populismus? Ein Essay*, Berlin: Suhrkamp (2016), S. 45f; Damir Skenderovic: *The Radical Right in Switzerland: Continuity and Change, 1945–2000*, New York: Berghahn Books (2009), S. 25f, S. 129, S. 140; Jakob Tanner: *Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert*, München: Beck (2015) (= Europäische Geschichte im 20. Jahrhundert), S. 500–507.
- 88 SVP Zürich, in: *SVP-Ja* 3/4 (30. April 1992), S. 21: Die SVP war schweizweit gespalten in der Frage zum Verhältnis der Schweiz zur EU. Die Zürcher Sektion setzte sich aber dezidiert gegen einen Beitritt ein

Antiakademie im Cyberspace

In den Onlineforen der amerikanischen neuen Rechten versammeln sich Theoretiker*innen, die eine zweite, »dunkle« Aufklärung fordern. Der Antiakademismus, der dabei lautstark zu Tage tritt, ist allerdings nicht nur Produkt virtueller Abgeschiedenheit. Vielmehr lässt er sich an jene Institution zurückverfolgen, die die intellektuellen Unternehmer des »Dark Enlightenment« verteufeln: die Universität.

Ein junger Mann – bleiche Haut, kurz geschorene, braune Haare, schmale Statur – liegt auf dem Boden, in den Händen ein Mikrofon, in das er kaum zu identifizierende Laute röchelt. Begleitet wird das Schauspiel vom Wummern der Technomusik. Um ihn herum versammelt sich eine gebannte Menschenmenge: Es handelt sich um einen Vortrag im Rahmen der »Virtual Futures« Konferenz 1996 an der Universität Warwick, England.¹

Mehr als zehn Jahre später – 2013 um genau zu sein – betritt eben jener Mann – sein Name ist Nick Land – mit einer radikalen, politischen Schrift die Bühne des Internets.² Sein unter dem unheilverkündenden Titel »Dark Enlightenment« stehendes Werk unternimmt den Versuch, die Ansichten des Bloggers Mencius Moldbug zu systematisieren. Moldbug, der mit bürgerlichem Namen Yarvin Curtis heisst und sich unter anderem als Gründer des Silicon Valley-Startups *Urbis* hervorgetan hat, entwickelte auf seinem Blog ein politisches – reaktionär antidemokratisches – Programm mit dem Ziel, den vermeintlichen Niedergang der westlichen Zivilisation aufzuhalten. In diesem mit dem Namen »Neo-Reaction« versehenen Programm skizzierte Moldbug die Gründe, welche seiner Ansicht nach zum Umbau demokratischer Systeme in autoritäre Staaten drängten.³

Die Theorien von Land und Moldbug fanden schnell überschwänglichen Zuspruch in den Internetforen der amerikanischen Neuen Rechten – insbesondere bei jener Fraktion, die fortan als »Alt-Right« von sich reden machte. Wissenschafts- und technikaffin, gespickt mit Verweisen auf libertäres und soziobiologisches Gedankengut, lieferten die Theorien von Land bzw. Curtis einen intellektuellen Denkraum, innerhalb dessen die vermeintlichen Probleme der Gegenwart vorgeblich »rational« diskutiert werden konnten.

Die zu Beginn nur im Abseits der Blogosphären zirkulierenden Theorien gelangten im Verlauf der letzten Jahre verstärkt an die Oberfläche: Spätestens seit der Wahl Donald Trumps wurde auch die breitere Medienöffentlichkeit auf die »rechten« Kreise des Internets aufmerksam.⁴ Der Diskurs der Medien bemühte sich hauptsächlich darum, eine ideologische Verbindung dieser neuen bzw. »alternativen« rechten Bewegung des Netzes – der »Alt-Right« – zum Silicon Valley nachzuweisen; auch die Begriffsschöpfung »Dark Enlightenment« und deren Ursprünge gerieten hierbei in den Fokus.⁵ Hauptfigur dabei: der bereits genannte Mencius Moldbug – der Silicon Valley Unternehmer und Programmierer. Die Spuren Nick Lands, der als zweitwichtigster Vordenker des »Dark Enlightenment« direkt nach Moldbug gehandelt wurde, führten über China (wo Land sich mittlerweile aufhielt) nach England: zur *Cybernetic Culture Research Unit*, kurz CCRU, eines kurzlebigen Kollektivs rebellischer Philosoph*innen, Künstler*innen und Musiker*innen, das sich im Dunstkreis der Universität Warwick formiert hatte. Die radikal ablehnende Kritik an den Institutionen demokratischer Gesellschaften à la »Dark Enlightenment« florierte, so scheint es, nicht zufällig in Räumen, die quer zu »traditionellen« Produktionsorten des Wissens – konkret der Universität – stehen.



Abb.1: *Virtual Futures '96: Datableed*, Konferenz-Broschüre. Zu den Teilnehmer*innen zählte der Philosoph Nick Land: »A unique and exciting author, the UK's antidote to Californian cyberhippiedom«.

Ideen, wie sie von den Akteuren des »Dark Enlightenment« vertreten werden, präsentieren sich gerne als etwas, das am Rand der Gesellschaft – sei es auf Internetforen, in den Köpfen abgehobener Silicon Valley »Denker« oder gegenkultureller Unternehmungen – entsteht und von aussen gegen diese in Stellung gebracht wird.⁶ Die Motivik allerdings ist nicht neu: Sie lässt sich bis in die 1990er Jahre zurückverfolgen. Und bereits damals wurde ein kritischer Diskurs um Technologie, Kapitalismus und antidemokratische Ideen geführt: eine »Kalifornische Ideologie« würde sich, so hiess es damals, immer weiter ausbreiten und eine Kombination von Individualismus, Elitismus, Tech-Gläubigkeit und Hyper-Kapitalismus predigen, dabei allerdings demokratische Institutionen und Solidarität untergraben – bis hin zu faschistoiden Tendenzen, die sich etwa in der Aufspaltung der Gesellschaft in eine »virtuelle«, global agierende Oberschicht und allen anderen manifestieren würde: »surplus-bodies«.⁷

Auch die CCRU – die para-universitäre Forschungseinheit, der Land ab 1995 angehörte, bevor er sich als Theoretiker von »Dark Enlightenment« selbstständig machte – kann zu dieser Welle gezählt werden. So erstaunt es umso mehr, dass der mediale Diskurs, der sich in den letzten Jahren um

»Alt-Right«, »Dark Enlightenment« und dergleichen entfaltete, diesem Motiv des Antiakademismus bzw. dessen historischen Fäden relativ wenig Beachtung schenkte. Im Folgenden möchte ich diese Spur nachzeichnen. Der antiakademische Habitus des »Dark Enlightenment«, so lässt sich auf diesem Weg zeigen, ist dem universitären System keineswegs so äusserlich, wie es zunächst den Anschein hat. Vielmehr lässt er sich als Produkt sich verändernder Bedingungen der akademischen Wissensproduktion lesen.

Die Idee einer »Anti-Versity«

Zur Einordnung lohnt es sich, zunächst noch beim »Dark Enlightenment« zu verweilen. Wie erwähnt sind die beiden wichtigsten intellektuellen Vertreter dieser Strömung – Mencius Moldbug und Nick Land – davon überzeugt, dass das westliche politische System – im Speziellen das U.S.-amerikanische – auf Täuschungen und Irrglauben beruht. Insbesondere behaupten sie in ihren Schriften, dass fundamentale Grundannahmen, auf denen moderne Demokratien beruhen – allen voran die Gleichheit der Menschen –, keine »wissenschaftliche« Basis besitzen und deshalb haltlose Ideologien darstellen. Die Bewohner*innen dieser Demokratien würden solche fehlerhaften Grundprinzipien nur deshalb akzeptieren, weil wichtige »liberale« Institutionen – Universitäten, aber auch Medien oder einflussreiche Prominente – den irrationalen Glauben des Universalismus praktizieren, verbreiten und somit über die Unhaltbarkeit der demokratischen Grundprinzipien hinwegtäuschen. Passend zum Begriff des Glaubens bezeichnet Moldbug diese Institutionen als »Cathedral«.

Anhand Richard Dawkins' Buch *The God Delusion* (2006) entwickelte Moldbug im Blogbeitrag »How Dawkins got Pwned« [sic] 2007 den Gedanken, dass der Universalismus eine für die Gesellschaft schädliche Religion darstellt. Dawkins – ein Evolutionsbiologe, »Atheist« und selbst notorischer Verfechter von »Aufklärung« – behauptete in seinem Buch (gemäss der Interpretation von Moldbug), dass Religionen keine faktische Basis aufweisen und nur durch eine parasitäre Täuschung überleben können:

»First, a parasitic meme is not even parasitic if it is not *delusional*. It must contain some assertion which is alien to reason, which no sensible person would independently invent. The »God delusion«—a metaphysical construct [...] with no basis in reality—is a perfect example«.g

»Meme«, eine von Dawkins ursprünglich Ende der 1970er Jahre in Umlauf gesetzte quasi-darwinistische Metaphorik, die in Anlehnung an das Konzept des »Gens« die Replikation bzw. Verbreitung von Ideen verständlich machen sollte,g bezeichnet hier die kleinste Einheit der sozialen Täuschung: eine nicht weiter spezifizierte Nachahmungshandlung, durch die ein menschliches Subjekt Träger*in einer parasitären *delusion* (wie eben jener des Universalismus) werden kann – Moldbug spricht in dem

Zusammenhang auch von Viren. Anders als Dawkins, dessen Argument in *The God Delusion* auf theistische Religionen zielte, dehnt Moldbug seine Kritik auf das gesamte Moralsystem westlicher Gesellschaften aus.



Abb. 2: Schon in den 1990er Jahren wurde ein kritischer Diskurs um neue Technologien, Kapitalismus und antidemokratische Ideen geführt. So etwa von den Theoretiker*innen Arthur und Marilouise Kroker, hier im Interview mit der Zeitschrift *monochrom* (1996): »Einer von euch hat den seltsamen Ausdruck »Liberaler Faschismus« erfunden. Könntet ihr beschreiben, was ihr damit meint?«

Um die Behauptung zu untermauern, dass der säkulare Universalismus so unvernünftig wie religiöser Glaube ist, nämlich im Konflikt mit wissenschaftlichen Tatsachen steht, wendet sich Moldbug dem von ihm sogenannten zentralen Grundsatz des Universalismus zu: »Let's start with what might well be Universalism's central belief, the principle of *fraternism*. *Fraternism* is the belief that all men and women are created born equal [sic]«. ¹⁰

Für Moldbug ist klar, dass diese Grundannahme nicht bestätigt werden kann. Er rekurriert hierzu auf genetische Forschung, die angeblich Unterschiede in Intelligenz und Gehirngröße zwischen verschiedenen

menschlichen ›Rassen‹ festgestellt habe und somit der von Moldbug ausgewiesenen Zentralthese des Universalismus – dass alle Menschen gleich geboren werden – widerspricht. Moldbug verknüpft hierbei den Anspruch auf Vernunft und Wahrheit mit positivistischer und statistischer Wissenschaft. Alles was von dieser nicht verifiziert oder erfasst werden kann, wird von ihm als sozialer Irrglaube abgetan. Auch moralische Vorstellungen hätten dementsprechend nur solange Gültigkeit, wie sie sich auf ›wissenschaftliche‹ Tatsachen berufen können. Dies, so triumphiert Moldbug, gelte für den Universalismus ganz sicher nicht. In seiner Weiterentwicklung der Ideen Moldbugs fasst Land diese Irrationalität der universalistischen Moral wie folgt zusammen: »If the facts are *morally wrong*, so much worse for the facts – that’s the only position that could possibly be adopted [inside the »Cathedral«], even if it’s based upon a mixture of wishful thinking, deliberate ignorance, and insultingly childish lies«. ¹¹

Was tun? Um die hegemoniale Stellung der »Cathedral« zu brechen, konzeptioniert Moldbug in seinen Schriften die Idee einer »Anti-versity« – das radikale Gegenstück der Universität, ein Freiraum jenseits aller ›Denkverbote‹. In dieser solle wirkliches wissenschaftliches Vorgehen praktiziert werden, ohne sich durch die moralistischen ›Lügen‹ der »Cathedral« ablenken zu lassen. Es wäre wohl übertrieben zu behaupten, dass die Diskussionen in den Onlineforen zu »Dark Enlightenment« bereits eine tatsächliche Institutionalisierung dieser Ideen darstellen würden. Im Diskurs der Online-Rechten sind sie dennoch der einzig verbleibende Raum, in dem die ›Wahrheiten‹ noch (oder wieder) zu Tage treten können – notwendigerweise, wie Nick Land schreibt, als *thoughtcrime*:

»The war on political incorrectness creates data-empowered, web-coordinated, paranoid and poly-conspirational werewolves, superbly positioned to take advantage of liberal democracy’s impending rendezvous with ruinous reality, and then play their part in the unleashing of unpleasantness that are scarcely imaginable (except by disturbing historical analogy). When a sane, pragmatic, and fact-based negotiation of human differences is forbidden by ideological fiat, the alternative is not a reign of perpetual peace, but festering of increasingly self-conscious and militantly defiant *thoughtcrime*, nourished by publicly unavowable realities, and energized by powerful, atavistic, and palpably dissident mythologies. That’s obvious, on the ›Net«.« ¹²

Im »Netz« lassen sich dann auch durchaus Initiativen finden, solche »Anti-versities« in die Tat umzusetzen. Das Forum »Dark Enlightenment« auf Reddit (online seit Juni 2013) etwa stellt sich mit diesen Worten vor: »A place to discuss the terrible state of the modern world that has resulted from the progressive religion of egalitarianism. Topics: Dark Enlightenment, Neoreaction, Moldbug. ›In a time of universal deceit, telling the truth is a revolutionary act«. ¹³ Es wird dort also die ›Wahrheit‹ angestrebt, die als

revolutionärer Bruch mit der gegenwärtig hegemonialen, »progressiven Religion« des Egalitarismus betrachtet wird. Diese »Wahrheit« soll aus dem Zustand herausführen, der durch egalitaristische Bemühungen herbeigeführt wurde. Konkret verorten die Vertreter*innen des »Dark Enlightenment« ihre Feinde etwa im von ihnen so bezeichneten »postmodernen« Lager. So besagt die erste Regel des Dark Enlightenment-Forums auf Reddit »1. No Post-Modern discourse«.14 Im Weiteren wird der verbotene postmoderne Diskurs wie folgt charakterisiert:

»[I]t relies primarily on deceptive argument tactics more concerned with winning over the crowd rather than the objective determination of truth. For example, claiming something is offensive and thus shouldn't be discussed regardless of whether or not it is true«.15

Der »postmoderne Diskurs« erfüllt somit exakt die Rolle einer unwissenschaftlichen Religion, er ist der Diskurs der »Cathedral«: Aus moralischen oder sonstigen taktischen Gründen wird von der faktischen Realität abgelenkt, Sprech- und Denkverbote etabliert, und damit die »Wahrheitsfindung« untergraben.

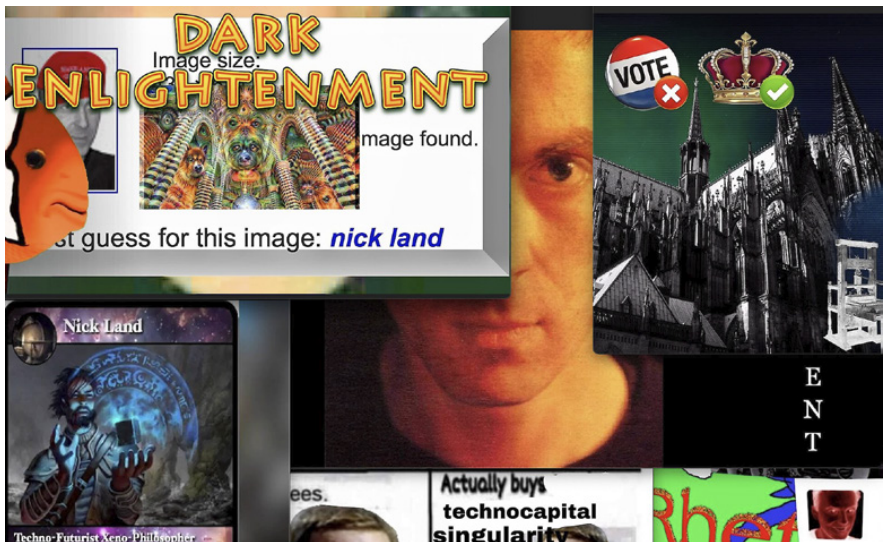


Abb. 3: Dark Enlightenment »Memes«.

Um diese objektive »Wahrheit« trotz allem aufzuspüren, tauschen die Teilnehmenden in den Onlineforen entsprechend (vermeintlich objektive) Daten, Belege und Fakten aus – vorwiegend solche, die vom Irrglauben des Universalismus unterdrückt würden. Im Mittelpunkt steht dabei, wie schon bei Moldbug, die angeblich »wissenschaftlich« erwiesene Ungleichheit der Menschen: Unter dem Euphemismus »Human Bio Diversity« – kurz HBD – werden etwa vermeintlich erwiesene genetisch-biologische Unterschiede zwischen Menschen-»Rassen« diskutiert, Indizien gesammelt, Diagramme geteilt usw.

Ein Beispiel aus dem (mittlerweile gelöschten) HBD-Reddit Subforum illustriert eingehend, wie sich dabei der bereits erwähnte statistische Positivismus als Basis aller objektiven ›Wahrheit‹ – oder in Moldbugs Terminologie: der Vernunft – durchsetzt. In einem Post mit dem Titel »U.S. ethnic gaps in reading & math as of 2019« ist bzw. war eine Website – pumpkinperson.com – verlinkt, auf der Testresultate von US-amerikanischen Schüler*innen nach Ethnie sortiert und zusätzlich in IQ-Punkte umgerechnet wurden. Den Kommentarspalten des Forums nach zu urteilen, wurden diese Resultate bzw. ›Berechnungen‹ als Belege für genetische Differenzen zwischen besagten Ethnien gewertet.¹⁶ Der Versuch, eine soziale Erklärung für die Daten zu liefern oder die zugrundeliegende Klassifikation ›Ethnie‹ zu hinterfragen, wäre im Kosmos von R/HBD ein unverzeihlicher postmoderner Akt, der über die Objektivität der Zahlen hinwegzutäuschen versucht – oder kurz, eine Lüge.

Das Programm von »Dark Enlightenment« erschöpft sich allerdings nicht im Aufzeigen der Ungleichheit der Menschen bzw. im Beweis für die Irrationalität des Universalismus: Der Ausbruch aus dessen »Gefangenschaft« stehe noch bevor. Insbesondere Land, der die »Cathedral« mehr noch als Moldbug mit (europäischer) Sozialdemokratie und Sozialismus in Verbindung bringt, konzipiert diesen Ausbruch dann auch weniger als Frage des besseren Arguments, sondern letztlich als Abwendung von der öffentlichen Debatte überhaupt. Bemüht wird stattdessen das »Refugium« anarcho-libertärer Entkopplung:

»More dialectics is more politics, and more politics means ›progress‹ – or social migration to the left. The production of public agreement only leads in one direction, and within public disagreement, such impetus already exists in embryo. It is only in the absence of agreement *and* of publicly articulated disagreement, which is to say, in non-dialectics, non-argument, sub-political diversity, or politically uncoordinated initiative, that the ›right-wing‹ refuge ›the economy‹ (and civil society more widely) is to be found«.¹⁷

Lands Vorstellung eines ökonomisch organisierten Austritts aus der Demokratie orientiert sich hier vordergründig an der politischen Theorie des deutsch-jüdisch-amerikanischen Ökonomen Albert O. Hirschman (1915–2012). Demnach können Individuen Kritik am Staat entweder durch »Voice« – alle Formen des artikulierten Widerstandes: Abstimmungen, Protest, Petitionen, Bürger*inneninitiativen und so weiter – oder durch »Exit« – Verlassen des Staatsgebietes – üben.¹⁸ Insofern für Land die Artikulation von Kritik immer nur zu einer Reproduktion der »Cathedral« führen kann, könne demnach nur ein politisches System, das auf die Strategie des »Exit« aufgebaut ist, eine von universalistischen Dogmen befreite Gesellschaft garantieren. Zu Ende gedacht bedeutet dies, dass es nur noch Staaten geben soll, die wie Unternehmen konstruiert sind und zwischen denen die Bürger*innen wie Konsument*innen wählen können.¹⁹ An der Spitze dieser Unternehmensstaaten soll ein CEO-König – Frauen

sind für diese Aufgabe gemäss »Dark Enlightenment« nicht geeignet – stehen, der dafür zu sorgen hat, dass sein Königreich für die Bürger-Konsument*innen möglichst attraktiv ist. (In den Onlinedebatten zu diesem Thema werden oftmals die grossen Technologiekonzerne als Vorbilder für diese Unternehmensstaaten gewählt: Elon Musk etwa ist ein beliebter Kandidat für das Amt des CEO-Königs.)

Überspitzt ausgedrückt macht den Kern von »Dark Enlightenment« also die Stilisierung eines souveränen, wissenden und heroischen Individuums aus, das sich aus den Fängen der »Cathedral« zu befreien weiss. Dieses Wissen könne sich das Individuum nicht innerhalb der akademischen Institutionen aneignen, sondern es müsse notwendigerweise aus diesen heraustreten. Auf der politischen Ebene spiegelt sich diese Haltung darin wieder, dass »Politik« nicht als gesellschaftliches, kollektives Projekt verstanden wird, sondern vielmehr als quasi-marktwirtschaftlicher Prozess, an dessen Horizont ebenfalls der (individuelle) Exit steht.

CCRU und Virtual Futures

Woher nun aber stammen solche Denkgebäude? Eine Spur führt, wie bereits angedeutet, ins England der 1990er Jahre, konkret an die Universität Warwick: Dort hat Nick Land, damals Lehrbeauftragter für Kontinentale Philosophie, gemeinsam mit der Kulturtheoretikerin Sadie Plant, die zuvor am Centre for Contemporary Cultural Studies der Universität Birmingham unterrichtet hatte, die Cybernetic Culture Research Unit, kurz CCRU, 1995 gegründet. Ziel dieser Research Unit war es, einen Ort für interdisziplinäre Forschung zu etablieren – an der Schnittstelle von Plants bzw. Lands damaligen Interessen: Kybernetik und »cyber-theory«, Kunst, Literatur, elektronische Musik »plus chaos, complexity and connection theory«.²⁰

Die Forschung der CCRU drehte sich – wie der Name schon vermuten lässt – um die technologischen und kulturellen Sphären des in den 1990er Jahren vielbeschworenen, kommenden digitalen Zeitalters. Die CCRU bemühte sich dabei um eine neue Perspektive auf die untersuchten Phänomene: weg vom »Humanismus« der klassischen Kulturwissenschaften hin zu einem Verständnis technischer Objekte als eigenständiger Akteure. So sahen Plant und Land nicht nur die entstehende Sphäre des Digitalen, sondern etwa auch die globale Zirkulation von Drogen wie Kokain, MDMA und »other software diseases« als Syndrom kapitalistischer Beschleunigung.²¹

Für Land waren es die synthetisch-maschinellen Akkumulationsprozesse des Kapitals, die sich so verselbstständigten und die humanistische Sphäre – das »Human Security System« – unterwanderten und aktiv veränderten.²² Auf der Ebene der Methode wurde diese Eigenständigkeit der Objekte und Prozesse an der CCRU zudem insofern forciert, als soziale oder diskursive Gefüge, anders als in den »klassischen« Kultur- und Sozialwissenschaften,

nicht als Erklärungsgrundlage herangezogen wurden. Vielmehr wurde versucht, die – meist als technisch verstandene – Realität der Objekte möglichst ›direkt‹ darzustellen.

Ein 1996 in der von der CCRU herausgegebenen »Abstract Cultures«-Pamphletserie erschienener Essay illustriert diese Herangehensweise. Kodwo Eshun, ein CCRU-Mitglied, erläuterte dort am Beispiel »black music« seinen Ansatz, möglichst unmittelbar – ohne Rückgriff auf biographische und soziale Faktoren – auf das Untersuchungsobjekt zuzugreifen.²³ Eshun selbst präsentierte sich dabei nicht als Autor oder Musikwissenschaftler, sondern als »Konzept-Ingenieur«. Dementsprechend verstand er auch sein eigenes Werk nicht als ein literarisches Erzeugnis oder Forschungsergebnis, sondern als *cut&paste* Maschine – ein Sampler. In Eshuns Musikstudien äusserte sich dies etwa in der Bevorzugung des »Vinyls«, der materiellen Existenz der Musik, als Untersuchungsgegenstand – gegenüber dem »sozialen Hintergrund« der Kunstschaffenden als kulturellen Bedingungen des Kunstwerks: »My aim is to suspend all of that, absolutely«.²⁴

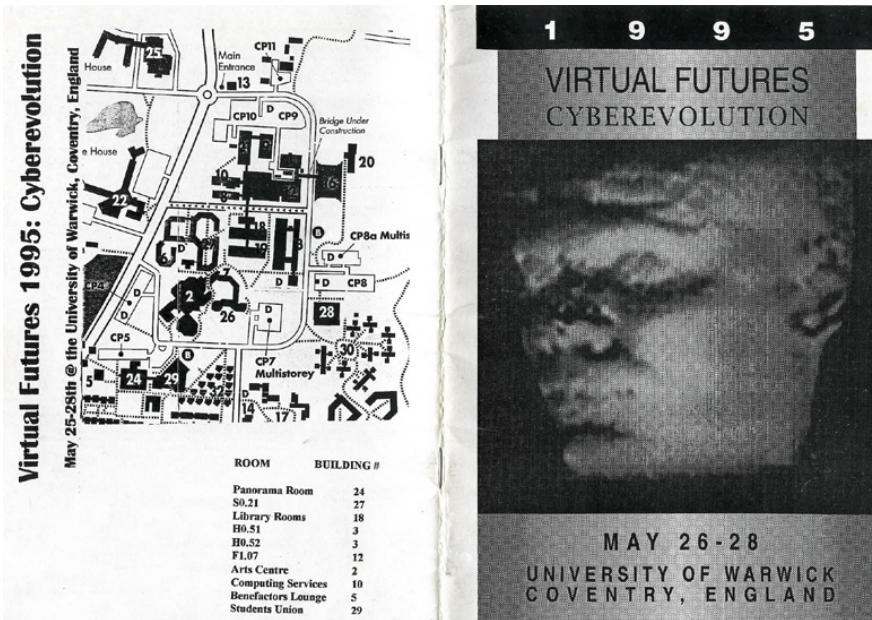


Abb. 4: *Virtual Futures 1995: Cyberevolution*, Konferenz-Broschüre.

Diese Ideen kommen auf der Ebene der Darstellungsform mit gravierenden Unterschieden zur traditionellen wissenschaftlichen Produktion einher. Beispielsweise wurde der elliptische Stil von Land als Weg gesehen, die besagte Realität der Objekte zu kommunizieren – weg vom Zeichen und Symbol der Kultur und des Sozialen hin zu Code und Maschine: »Recording devices. Copiers. Faxes. Samplers. K-stammer (((re)re)reruns) cross-cut by orphan drift. Repeat infection. All hype hype hype hype hype hype hype hype hypervirus strains are plastic and interoperative«.²⁵

Neben der Ellipse als Annäherung an den abgehackten ›Klang‹ einer maschinellen Welt wurde mit computercode-artigen Satzkonstruktionen als Gegenstück zum literarischen Zeichen gearbeitet – Versuche, okkult-abstrakte Gedankengänge in mathematischer Sprache darzustellen:

»AxS:000 Oedipus. Pure (Oedipal (figure made out of (nothing but))) time-distortion.

AxS:0001 Closed fate (-loop (multi-linear)) nightmares.

AxS:0002 Altitude times Spin produces a chronometric read-out«.26

Betrachtet man dieses Experimentieren mit Darstellungsformen im Zusammenhang mit den oben skizzierten Forschungsgebieten, liegt der Schluss nahe, dass man an der CCRU hoffte, durch mathematisierte und technisierte Sprache einen adäquateren Zugang zu den Untersuchungsgegenständen herzustellen. Dies verdeutlicht, wie für die CCRU-Denker*innen jene maschinelle und digital-technische Welt – eine Welt der Codes, Zahlen und virtueller Prozesse – als realer oder ontologisch fundamentaler fungiert als die soziale Welt des Symbolischen – etwas, was bereits in Lands Gegenüberstellung von technischem Kapitalismus und dem von ihm sogenannten »Human Security System« angedeutet ist.

Diese Weltsicht blieb für die CCRU dann auch nicht nur Ausgangspunkt theoretischer Untersuchungen, sondern beinhaltete eine Lebenshaltung – in Verbindung mit jener fundamentalen Realität des Technischen. Mit dem Begriff »cyberpositive« wird diese Haltung umschrieben: eine Haltung, die die Aufhebung des »Human Security Systems« – also der menschlichen Scheinrealität – durch die Prozesse des maschinell beschleunigten Kapitalismus begrüsst. Die Zerstörung des »Human Security Systems« durch die maschinellen Kräfte des Kapitalismus wurde dabei weitestgehend als eine Befreiung des Individuums von den Fesseln der Gesellschaft – in manchen Fällen sogar des Menschseins – betrachtet. 1996 formulierte Land diesen Gedankengang unter anderem als prophetische Spekulation über den in naher Zukunft eintreffenden Zusammenbruch des akademischen Bildungssystems durch die im »Meltdown« entfesselten Kräfte des digitalen Kapitalismus:

»The meltdown of metropolitan education system in the near future is accompanied by a quasi-punctual bottom-up takeover of academic institutions, precipitating their mutation into amnesiac cataspace-exploration zones and bases manufacturing cyberian soft-weaponry«.27

Die Nähe zum Antiakademismus des späteren Cathedral-Diskurses scheint evident, allerdings verwies die antiakademische Wissenschaft der CCRU tendenziell in andere Richtungen: nicht Exit-Fantasien, Hyper-Rationalismus und CEO-Könige standen im Mittelpunkt der Theoriearbeit, sondern die Herstellung kreativ-hedonistischer »exploration zones«. Basierend auf den

oben skizzierten Ideen wurde an der Universität Warwick eigens eine Konferenzreihe ins Leben gerufen: Die eingangs erwähnten »Virtual Futures« Tagungen. Abgehalten wurde dieses »Laboratorium« drei Mal: 1994, 1995 und 1996. Der cyber-theoretischen Vision eines materiell verfassten, experimentell zu erfahrenden Wissens folgend, war die Tagung nicht als rein akademische geplant: neben Vorträgen und Diskussionen wurden auch Kunstinstallationen, Filmvorführungen und Technopartys für eine technisch-sinnliche Gesamterfahrung mobilisiert.²⁸ Dementsprechend reichen auch etwa die zum Tagungsband der »Virtual Futures 1996«-Konferenz beitragenden Personen von Stephan Pfohl – Professor für Soziologie am Boston College, USA – bis hin zu Stelarc – ein Performance-Künstler, der (laut Tagungsprogramm) durch Eingriffe am eigenen Körper aufzeigte, »the extent to which the body is being transformed, & may yet be eclipsed, by the influence of new technology«.²⁹ Dazwischen fanden sich Personen mit einem universitären Hintergrund, wie etwa Eric Cassidy – damals Philosophiestudent an der Universität Warwick –, nicht zuletzt aber auch Personen aus der Kunst- und Kulturszene, darunter Manuel De Landa – ein von der Philosophie von Gilles Deleuze und Félix Guattari inspirierter Autor und Videokünstler aus New York –, oder VNS Matrix – eine Gruppe cyberfeministischer Aktivistinnen aus Australien.

Für die Tagung von 1995 – Motto: »Cyberevolution« – wurden die neuen Formen der Wissensproduktion, die bei »Virtual Futures« entwickelt werden sollten, wie folgt beschrieben:

»We have gathered you here this weekend to bury the 20th century & begin work on the 21st. We are children of the 21st century & live already in the future unknown, uncovering every day vast new landscapes for exploration. We will not know the results of the tumultuous global changes we are undergoing and creating for a hundred years or more, if we can survive them, but we are less interested in knowledge than in experiencing these changes. »So far philosophers & artists have only interpreted situations; the point now is to transform them, to create situations worthy of our desires.« Any post-nietzschean, post-marxist or post-wittgensteinian philosophy is based on experimentation, & so we offer ourselves up to you as your laboratory for the weekend. And you are our lab rats...«³⁰

Nicht die Aufhäufung und Vermehrung von Wissen, sondern das Erleben und das Erschaffen einer zukünftigen Welt sollte hier geleistet werden. Hierzu wurden etwa »Experimente« angestellt (wie Nick Lands eingangs beschriebene Lecture-Performance), was durchaus als ein Verweis auf positivistische Praktiken der Erkenntnisgewinnung verstanden werden kann, wozu auch die erwähnten Schreibpraktiken (Zahlen, Codes, Diagramme) gezählt werden können. Die bekundete Absicht allerdings lag auf dem aktiven Eingreifen in die zukünftige Welt, nicht nur dem Nachvollziehen und Interpretieren der Umgestaltungen. Die neue Form des

Wissens sollte damit jene Prozesse beschleunigen, die zu einer noch rasanteren Umgestaltung der Welt führen – verstanden als maschinierter, digitaler Kapitalismus –, wobei selbst die Auflösung des ›Menschen‹ in Kauf genommen wurde (Stichwort: Post-Humanismus).³¹

z e r o s + o n e s

scribed them a single wafer of silicon. In the same vein of exponential miniaturization, the microprocessor was developed in the early 1970s, effectively putting all the solid-state circuits of a computer onto a single silicon chip. The screen migrated from the TV set to give the machine a monitor, and by the 1980s what had once been vast room-size systems without windows on the world were desktop microprocessors.

3 ***“The calculations taking place within the machine are continuously registered as clicks clicking high-pitched sounds as of tinkling bells, noises like those of a cash-register. There are lights that go out and come on at irregular intervals of time. They are red orange blue. The apertures through which they shine are circular. Every divergence is ceaselessly recorded in the machine. They are scaled to the same unit whatever their nature.”***

Monique Wittig, *Les Guérillères*

Whether they are gathering information, telecommunicating, running washing machines, doing sums, or making videos, all digital computers translate information into the zeros and ones of machine code. These binary digits are known as bits and strung together in bytes of eight. The zeros and ones of machine code seem to offer themselves as perfect symbols of the orders of Western reality, the ancient logical codes which make the difference between on and off, right and left, light and dark, form and matter, mind and body, white and black, good and evil, right and wrong, life and death, something and nothing, this and that, here and there, inside and out, active and passive, true and false, yes and no, sanity and madness, health and sickness, up and down, sense and nonsense, west and east, north and south. And they made a lovely couple when it came to sex. Man

Abb. 5: »The zeros and ones of machine code seem to offer themselves as perfect symbols of the orders of Western reality, the ancient logical codes which make the difference between on and off, right and left, light and dark, form and matter, mind and body, white and black, good and evil, right and wrong, [...]«. Buchseite aus Sadie Plant: *zeros + ones: Digital Women and the New Technoculture* (1997)

Die Zielsetzung, aktiv in die Produktion einer zukünftigen Kultur einzugreifen führte (neben anderen Gründen) schlussendlich dazu, dass die CCRU von der Universität abwanderte. Bereits im Jahr 1997 kehrte Sadie Plant der Universität Warwick wieder den Rücken, um eine Karriere ausserhalb des akademischen Feldes zu verfolgen. Und bald schon verliessen auch Nick Land und die restlichen CCRU-Mitglieder die Räumlichkeiten der Universität Warwick – gemäss offizieller Darstellung, weil Sadie Plant nie die Formulare ausgefüllt hatte, die notwendig gewesen wären, um die CCRU zu einem permanenten Institut der Universität Warwick zu machen.³² Die Mitglieder der CCRU zeigten sich allerdings nicht sonderlich betrübt über den Abgang von der Universität, vielmehr sahen sie

darin die Chance, sich aus der Starre der Institution zu befreien und ihren Forschungen so intensiver nachgehen zu können.³³

Die Abwanderung der CCRU erfolgte, wenn auch nicht immer ganz freiwillig, parallel zur Verabschiedung klassischer akademischer Laufbahnen durch die CCRU-Mitglieder: Sadie Plant etwa, die britischen Medien damals als avantgardistisches »It girl for the 21st century« galt, sollte später Studien im Auftrag privatwirtschaftlicher Akteure verfassen – zum Beispiel für Motorola.³⁴ Mark Fisher – ein weiteres, mittlerweile verstorbene Mitglied der CCRU – beschritt einen ähnlich prekären Lebensweg. Nach seiner Zeit bei der CCRU arbeitete er unter anderem als Lehrer, Journalist – zum Beispiel für die Musikzeitschrift *The Wire* – und freischaffender Autor bzw. Blogger unter dem Pseudonym »k-punk«.³⁵ Andere Mitglieder der CCRU – so etwa Steve Goodman alias Kode9, der Betreiber des Technolabels *Hyperdub* – kombinierten ihre Theoriearbeit ebenfalls mit Kulturschaffen. Die theoretische Aufgabe, die Kultur der Zukunft zu produzieren, nicht (nur) zu erforschen, mündete für viele (ehemalige) Mitglieder der CCRU in Karrieren innerhalb der Kreativindustrie.³⁶

Wurden, wie gesehen, an der CCRU derartige Schnittstellen zur Welt jenseits der Universität geradezu avantgardistisch kultiviert, so lagen die Karrieren der ehemaligen CCRU-Mitglieder dennoch im Trend. In den 1980er und 1990er Jahren wurden, nicht zuletzt in Grossbritannien, zunächst unter Margaret Thatcher, dann unter Tony Blair, verstärkt wirtschaftliche Ansprüche an die universitäre Ausbildung gestellt und die Universitäten neoliberalen Vorgaben entsprechend umgestaltet: Nicht mehr die Ausbildung von Nachwuchsforschenden, sondern die Ausbildung von Arbeitskräften für die Privatwirtschaft stand im Zentrum der Lehrtätigkeit – wobei Privatwirtschaft zusehends als Sache des »tertiären« Sektors verstanden wurde (Finanzindustrie, Kreativindustrie, usw.).³⁷ Diese Neuausrichtungen wurden an der Universität Warwick vergleichsweise früh forciert: bereits 1970 titelte der Historiker E.P. Thompson: *Warwick University Ltd: Industry, Management and the Universities*; in den 1980er Jahren galt Warwick bezeichnenderweise als Thatchers »favourite university«.³⁸ Die Universität Warwick bot durchaus ein Klima, in dem sich Vorstellungen von proprietärer, an den Bedürfnissen der Wirtschaft ausgelegte »Wissensproduktion« fruchtbar entwickeln konnten.

Die zu Beginn angesprochene Konstellation von Kapitalismus, Technologie und Antiakademismus erscheint im Dunstkreis der CCRU als Kombination von Cyberspace-Ideologie und (kultur-)industrieller Produktion, die ihren Anfang im akademischen Rahmen nahm, sich aber zunehmend zu dessen Gegenentwurf entwickelte: als Verknüpfung von individualistischem Antiakademismus mit einer affirmativen Haltung gegenüber technokapitalistischen Prozessen – »cyberpositive«. Die an der CCRU unter grossem Aufwand zelebrierte Loslösung von traditionelleren akademischen Produktionsformen des Wissens unterstreicht dies ebenso wie – auf theoretischer Ebene – die Absage der CCRU-Denker*innen an die »humanistische« Kultur, die damit einhergehenden Institutionen und in

gewissem Sinne auch an die Politik als Ort der gesellschaftlichen Verhandlung. In Erwartung eines hyperkapitalistischen *meltdown* war die Befreiung des Individuums scheinbar nur noch in der Auflösung von Gesellschaft zu suchen, nicht in deren kollektivem Ausbau. So attestierte der Musikjournalist Simon Reynolds der CCRU 1999 denn auch einen »humanely ambivalent«, einen menschlich wie politisch ambivalenten, Standpunkt. Plant etwa (so Reynolds) »ha[d] come to believe that the privatisation and anti-welfare policies pursued by the Conservative government in the 1980s really did constitute ›a revolution‹. She talks approvingly of the end of ›the dependency culture‹, arguing that this helped catalyse the Nineties upsurge of British pop culture, fashion and art.«³⁹

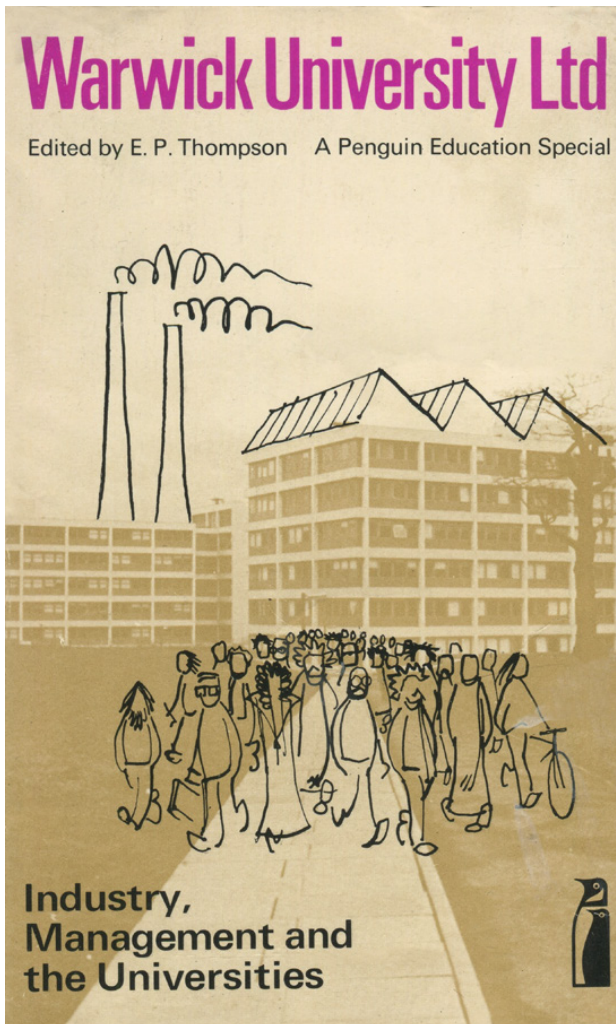


Abb. 6: *Warwick University Ltd* (1970): »[...] it became apparent«, so der Klappentext, »that what was wrong was not a close relationship with ›industry‹ but a particular kind of subordinate relationship with industrial capitalism«.

Schluss: Antiakademie und Universität

Das an der CCRU hergestellte Wissen war dennoch und offensichtlich nicht ›rechts‹: es führte von den dortigen Aktivitäten und Theorien, dies zeigen nicht zuletzt die deutlich anders gelagerten Karrieren Lands ehemaliger Mitstreiter*innen, kein direkter Weg ins »Dark Enlightenment«. Die beiden hier herausgearbeiteten Konstellationen – die Konvergenz von Kulturwissenschaft und Kreativindustrie im England der 1990er Jahre, die ›neoreaktionären‹ Tendenzen der letzten Jahre – weisen wichtige Unterschiede, allerdings auch entscheidende Gemeinsamkeiten auf. In beiden Fällen steht bzw. stand an zentraler Stelle eine dezidiert antiakademische Haltung, die sich gegen vermeintlich überkommene, humanistische und universalistische Werte richtet(e). Den Beteiligten an der CCRU schwebte dabei noch eine idealisierte, marktförmig organisierte Cyber-Zukunft vor; im Ideenuniversum des »Dark Enlightenment« dagegen erscheint das existierende Gesellschaftssystem – den Vorgaben der »Cathedral« gemäss – als irrational egalitär, die Realität ›natürlicher‹ Hierarchien und Differenzen leugnend. Versprach *meltdown* im CCRU-Verständnis noch und nicht zuletzt neue und ›post-humane‹ Erfahrungsräume, verheisst die Aussicht auf CEO-Könige und »Exit« heute eine autoritär, antidemokratisch und rassistisch verfasste Gesellschaftsordnung.

Beiden Konstellationen ist ebenfalls eigen, dass sie, obwohl die Universität als Inbegriff des bestehenden Systems abgelehnt wird, trotz allem Formen des Wissenserwerbs praktizieren und letztendlich einem heroisch-positivistischem Wissenschaftsverständnis nachhängen. So spielt etwa bei beiden Herangehensweisen die Zahl als Chiffre von ›Realität‹ eine zentrale Rolle: Bei »Dark Enlightenment« ist es Wissen, das aus Statistik gewonnen wurde; im Fall der CCRU waren es Codes, Diagramme und mathematisch-technische Darstellungen, die der Wirklichkeit von Objekten und Prozessen näher kommen sollten als Hermeneutik und Sprache. Ebenfalls grenzen sich beide Herangehensweisen gegen ›soziale‹ Erklärungen der Dinge oder Fakten ab – haben in Universalismus und Humanismus sogar einen gemeinsamen Feind. Wiederum gilt es hier allerdings Unterschiede zu beachten. So wird bei »Dark Enlightenment« ›Wissen‹ viel stärker mit ›klassischem‹ (naturwissenschaftlichem) Faktenwissen gleichgesetzt – nicht aber mit universitär-disziplinärem Konsens, der die ›Fakten‹ über die Ungleichheit der Menschen leugne; die CCRU hingegen pflegte ein Wissensverständnis, das sich stärker an damals neuartigen Trendwissenschaften (wie Chaos- und Komplexitätstheorie) sowie an künstlerischen Erfahrungen orientierte – Erleben, nicht ›Rationalismus‹ war die Devise.

Nicht zuletzt zeichnen sich beide Strömungen – die »cyber-theory« der CCRU sowie Theoriegebäude wie dasjenige des Softwareentwicklers Curtis Yarvin – durch ihre Affinität zu techno-libertären Ideologien aus: Die erwähnte Kritik an der »Californian Ideology« erschien nicht zufällig Mitte der 1990er Jahre auf der Bildfläche. Als diese Kritik am digitalen

Kapitalismus im Zuge der Wahl Präsident Trumps nach 2016 neuen Aufwind erlebte, erwachte auch das Interesse an den neu-rechten Internetszenen, die Trump, wie etliche Silicon Valley-Unternehmer auch, tatkräftig unterstützten. Schnell wurden diese Onlineaktivist*innen – die »Alt-Right« – auf ihre Verbindungen zur Tech-Szene hin untersucht. Zum Konglomerat der Ideen, das so ins Blickfeld der Öffentlichkeit geriet, gehörten nicht zuletzt die Visionen des »Dark Enlightenment« und der Anklang, den diese im Milieu des Silicon Valley fanden und finden.⁴⁰ Der antiakademische Gestus, mit dem erstere in Erscheinung treten, passt auch ins Bild, das letzteres von sich projiziert.⁴¹ Allerdings: dieser antiakademische Impetus – das zeigt die Geschichte der CCRU bzw. dies zeigen Karrieren wie die des Philosophen Nick Land – ist der heutigen, unternehmerischen Universität keineswegs äusserlich. Die Rhetorik von »Anti-versity«, »Cathedral« und dergleichen ist insofern als das zu lesen, was es ist: als ideologischer Diskurs, der seine Entstehungsbedingungen geschickt verhüllt.

Simon Kräuchi studiert »Geschichte und Philosophie des Wissens« an der ETH Zürich.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: *Virtual Futures '96: Datableed*, Konferenz-Broschüre, <https://www.virtualfutures.co.uk/conferences> (CC BY-NC-ND 4.0).

Abb. 2: Johannes Grenzfurthner, Matthias Brandstetter: »Kroking the Code: Interview mit Arthur und Marilouise Kroker«, in: *monochrom* 4/5 (1996), S. 47–54, hier S. 48.

Abb. 3: Dark Enlightenment / Nick Land Memes, eigene Collage.

Abb. 4: *Virtual Futures '95: Cyberevolution*, Konferenz-Broschüre, <https://www.virtualfutures.co.uk/conferences> (CC BY-NC-ND 4.0).

Abb. 5: Sadie Plant: *zeros + ones: Digital Women and the New Technoculture*, London: Fourth Estate (1997), S. 34.

Abb. 6: E.P. Thompson (Hg): *Warwick University Ltd.: Industry, Management and the Universities*, Harmondsworth: Penguin Books (1970), Cover.

Literatur

- 1 Andy Beckett: »Accelerationism: How a Fringe Philosophy Predicted the Future We Live In«, in: *The Guardian* (11. Mai 2017), <https://www.theguardian.com/world/2017/may/11/accelerationism-how-a-fringe-philosophy-predicted-the-future-we-live-in/> (hier und im Folgenden: Sofern nicht anders angegeben, stammen die Übersetzungen vom Autor dieses Beitrags.)
- 2 Nick Land: »The Dark Enlightenment« (2013), <https://www.thedarkenlightenment.com/the-dark-enlightenment-by-nick-land/>. Zur Datierung des Manifestes vgl. Andrew Jones: »From NeoReactionary Theory to the Alt-Right«, in: Christine Battista, Melissa Sande (Hg.): *Critical Theory and the Humanities in the Age of the Alt-Right*, Cham: Palgrave (2019), S. 101–120.
- 3 Mencius Moldbug: »Unqualified Reservations by Mencius Moldbug« (undatiert), <https://www.unqualified-reservations.org/>. Vgl. etwa Andrew Jones: »From NeoReactionary Theory to the Alt-Right«, in: Christine Battista, Melissa Sande (Hg.): *Critical Theory and the Humanities in the Age of the Alt-Right*, Cham: Palgrave (2019), S. 101–120.
- 4 Vgl. Angela Nagle: *Kill All Normies: The Online Culture Wars From Tumblr and 4chan to the Alt-Right and*

- Trump, Winchester: Zero Books (2017).
- 5 Siehe etwa Olivia Goldhill: »The Neo-Fascist Philosophy That Underpins Both the Alt-Right and Silicon Valley Technophiles«, in: *Quartz* (18. Juni 2017), <https://qz.com/1007144/the-neo-fascist-philosophy-that-underpins-both-the-alt-right-and-silicon-valley-technophiles/>; Dylan Matthews: »The Alt-Right Is More than Warmed-over White Supremacy. It's That, but Way Way Weirder«, in: *Vox* (18. April 2016), <https://www.vox.com/2016/4/18/11434098/alt-right-explained/>; Rosie Gray: »The Anti-Democracy Movement Influencing the Right«, in: *The Atlantic* (10. Februar 2017), <https://www.theatlantic.com/politics/archive/2017/02/behind-the-internets-dark-anti-democracy-movement/516243/>.
 - 6 Zu diesem Topos, siehe etwa Adrian Daub: *Was das Valley denken nennt. Über die Ideologie der Techbranche*, Frankfurt am Main: Suhrkamp (2020).
 - 7 Richard Barbrook, Andy Cameron: »The Californian Ideology«, in: *Mute* 1(3) (September 1995), <https://www.metamute.org/editorial/articles/californian-ideology/>; ähnlich argumentierten etwa Arthur Kroker, Michael A. Weinstein: *Data Trash. The Theory of the Virtual Class*, New York: St. Martin's Press (1994), hier S. 63.
 - 8 Mencijs Moldbug: »How Dawkins Got Pwned | Chapter 1: A Really Ugly Bug«, in: *Unqualified Reservations by Mencijs Moldbug* (26. September 2007), <https://www.unqualified-reservations.org/2007/09/how-dawkins-got-pwned-part-1/>.
 - 9 Zur Geschichte des Konzepts siehe Jeremy Burman: »The Misunderstanding of Memes: Biography of an Unscientific Object, 1976–1999«, in: *Perspectives on Science* 1/20 (2012), S. 75–104.
 - 10 Mencijs Moldbug: »How Dawkins Got Pwned | Chapter 3: Manitou and the Zeitgeist«, in: *Unqualified Reservations by Mencijs Moldbug* (11. Oktober 2007), <https://www.unqualified-reservations.org/2007/10/how-dawkins-got-pwned-part-3/>.
 - 11 Nick Land: »Obnoxious observations« (3. Mai 2012), <https://oldnicksite.wordpress.com/2012/05/03/the-dark-enlightenment-part-4b/>.
 - 12 Ebd.
 - 13 »R/Dark Enlightenment: The place to discuss Neoreaction and Mencijs Moldbug«, <https://www.reddit.com/r/DarkEnlightenment/>.
 - 14 Ebd.
 - 15 Ebd.
 - 16 »R/HBD – U.S. Ethnic Gaps in Reading & Math as of 2019«, https://www.reddit.com/r/HBD/comments/exk4a/us_ethnic_gaps_in_reading_math_as_of_2019/, (zugegriffen am 24. April 2020).
 - 17 Nick Land: »Obnoxious observations« (3. Mai 2012), <https://oldnicksite.wordpress.com/2012/05/03/the-dark-enlightenment-part-4b/>.
 - 18 Vgl. Albert O. Hirschman: *Exit, Voice, and Loyalty: Responses to Decline in Firms, Organizations, and States*, Cambridge, MA: Harvard University Press (1970).
 - 19 Zu derartigen Visionen vgl. etwa Stephan Trübly: »Das Faustrecht der Freiheit. Anarchokapitalistische Fantasien in der zeitgenössischen Architektur«, in: *Geschichte der Gegenwart* (28. März 2021), <https://geschichtedergewenwart.ch/das-faustrecht-der-freiheit-anarchokapitalistische-fantasien-in-der-zeitgenoessischen-architektur/>; und Florian Keller: »Wahrhaft souverän wird demnach sein, wer keine Steuern mehr zahlt«, in: *woz* (11. Februar 2021), <https://www.woz.ch/-b3a1>.
 - 20 Simon Reynolds: »Renegade Academia: The Cybernetic Culture Research Unit [1999]«, in: *Energy Flash* (3. November 2009), <http://www.energyflashbysimonreynolds.blogspot.com/2009/11/renegade-academia-cybernetic-culture.html>.
 - 21 Sadie Plant, Nick Land: »Cyberpositive [1994]«, in: Robin MacKay, Armen Avanessian (Hg.): *#Accelerate. The Accelerationist Reader*, Falmouth: Urbanomic (2014), S. 303–313, hier S. 311.
 - 22 Nick Land: »Meltdown [1996]«, in: Robin MacKay, Ray Brassier (Hg.): *Fanged Noumena: Collected Writings 1987–2007*, Falmouth: Urbanomic (2011), S. 441–460.
 - 23 Kodwu Eshun: »Motion Capture«, in: *abstract culture: swarm 1* (1996), online: http://www.ccru.net/swarm1/1_motion.htm.
 - 24 Ebd.
 - 25 Nick Land: »Hypervirus [1995]«, in: Robin MacKay, Ray Brassier (Hg.): *Fanged Noumena: Collected Writings 1987–2007*, Falmouth: Urbanomic (2011), S. 383–390, hier S. 386.
 - 26 »Flatlines«, in: CCRU (Hg.): *Writings 1997–2003: CCRU*, Falmouth: Urbanomic (2017), S. 101–119, hier S. 101.
 - 27 Nick Land: »Meltdown [1996]«, in: Robin MacKay, Ray Brassier (Hg.): *Fanged Noumena: Collected Writings 1987–2007*, Falmouth: Urbanomic (2011), S. 441–460, hier S. 459.
 - 28 Vgl. <https://www.virtualfutures.co.uk/conferences/>.
 - 29 Vgl. Joan Broadhurst Dixon, Eric J. Cassidy (Hg.): *Virtual Futures: Cyberotics, Technology and Posthuman Pragmatism*, London: Routledge (1998); zitiert ist das Tagungsprogramm »Virtual Futures '95: Cyberevolution«, online auf: <http://danohara.co.uk/hyperprogramme.html/>.
 - 30 Vgl. »Virtual Futures '95: Cyberevolution«, online auf: <http://danohara.co.uk/hyperprogramme.html/>.
 - 31 Das CCRU-Umfeld gilt gemeinhin dann auch als Ursprungsszene des sogenannten Akzelerationismus. Vgl. z.B. Robin MacKay, Armen Avanessian (Hg.): *#Accelerate. The Accelerationist Reader*, Falmouth: Urbanomic (2014).
 - 32 Vgl. Simon Reynolds: »Renegade Academia: The Cybernetic Culture Research Unit [1999]«, in: *Energy Flash* (3. November 2009),

- <http://www.energyflashbysimonreynolds.blogspot.com/2009/11/reegade-academia-cybernetic-culture.html>.
- 33 CCRU (Hg): *Writings 1997–2003*: CCRU, Falmouth: Urbanomic (2017), S. 7.
- 34 Ann Treneman: »Interview: Sadie Plant: It Girl for the 21st Century«, in: *Independent* (11. Oktober 1997), <https://www.independent.co.uk/life-style/interview-sadie-plant-it-girl-for-the-21st-century-1235380.html>; und vgl. Sadie Plant: »On the Mobile: The Effects of Mobile Telephones on Social and Individual Life«, Motorola (2001).
- 35 Fishers gesellschaftskritische Schriften haben mittlerweile – vorwiegend in linken Kreisen – grössere Beachtung gefunden. Vgl. Simon Hammond: »k-punk at Large«, in: *New Left Review* 118 (2019), S. 37–66.
- 36 Land selbst verschlug es, wie erwähnt, zunächst nach Taiwan, dann nach China, wo er sich als Journalist durchschlug. Siehe Andy Beckett: »Accelerationism: How a Fringe Philosophy Predicted the Future We Live In«, in: *The Guardian* (11. Mai 2017), <https://www.theguardian.com/world/2017/may/11/accelerationism-how-a-fringe-philosophy-predicted-the-future-we-live-in/>.
- 37 Vgl. dazu etwa Casey Brienza: »Degrees of (Self-)Exploitation: Learning to Labour in the Neoliberal University: Degrees of (Self-)Exploitation«, *Journal of Historical Sociology* 29(1) (2016), S. 92–111; James Vernon: »The Making of the Neoliberal University in Britain«, in: *Critical Historical Studies* 5(2) (2019), S. 267–80.
- 38 Siehe Simon Reynolds: »Renegade Academia: The Cybernetic Culture Research Unit [1999]«, in: *Energy Flash* (3. November 2009), <http://www.energyflashbysimonreynolds.blogspot.com/2009/11/reegade-academia-cybernetic-culture.html>.
- 39 Ebd.
- 40 Bei Menciun Moldbug handelt es sich freilich nur um einen Akteur innerhalb dieser Szene. Vgl. etwa Gideon Lewis-Kraus: »Slate Star Codex and Silicon Valley's War Against the Media«, in: *The New Yorker* (9. Juli 2020), <https://www.newyorker.com/culture/annals-of-inquiry/slate-star-codex-and-silicon-valleys-war-against-the-media/>; Thomas Meaney: »Trumpism After Trump«, in: *Harper's Magazine* (Februar 2020), <https://harpers.org/archive/2020/02/trumpism-after-trump/>.
- 41 Adrian Daub: *Was das Valley denken nennt. Über die Ideologie der Techbranche*, Frankfurt am Main: Suhrkamp (2020).

Using Science to Justify the »Crisis of Masculinity«

According to Éric Zemmour, one of France's most successful ideological entrepreneurs, French society is dominated by »feminine values« – in violation of alleged natural differences. To present his anti-feminist theories as objective, Zemmour draws on numerous scientific fields ranging from genetics to anthropology to literature.

»The man of the year will be a woman. Or rather: Women. Idolised, sanctified, deified women«. Thus wrote French journalist and writer Éric Zemmour in a 2018 column, adding that the »feminine revolution is underway«.¹ The idea that women are idealised, at the expense of men, is one of the main features behind the »crisis of masculinity« concept, which has enjoyed increasing popularity in the last two decades or so. »Crisis« here designates the suffering and difficulties that men undergo because they are men – the absence of positive masculine role models, underperforming at school, high suicide rates, and so on –, and because of the outsized influence that women and feminists supposedly have on society.² Nowadays, this concept is notably supported by far right networks, and particularly by ideological entrepreneurs such as Éric Zemmour and Alain Soral, among others, in France.

The argumentation underlying the concept – that there must be a crisis of masculinity – can be divided as follows: (1) Men and women are biologically different, which causes differences in their psychological make-up and abilities. (2) Because of these differences, they used to have different and distinct societal roles. (3) Feminism has warped this natural partitioning of feminine and masculine roles. (4) Owing to these changes, masculinity is in crisis, causing both men and women to suffer. What is more, proponents of the concept such as Éric Zemmour routinely use »science« to justify these assertions, skilfully interweaving in their writings ideological claims with (alleged) scientific facts.

Drawing on the case of Zemmour, the aim of this text is to analyse these tactics; that is, its aim to show how various fields of science are used to justify above arguments, Zemmour engaging, as we shall see, both natural and human sciences. In addition, he uses literature, politics, even pop-cultural references to drive home his argument – treating them like further sources of factual knowledge. Indeed, in his writings, he does not make any difference between scientific results and narratives from novels, movies, or the lives of politicians and authors, seemingly confronting the reader with a plethora of evidence.

To see this, this essay draws on Zemmour's journalistic output as well as his (bestselling) books, notably *Le Premier Sexe* (2006), in which scientific references were numerous and diverse; it also resorted to a range of rhetorical techniques such as deference to authority. Far from presenting a broad scientific theory supporting the notion of an emerging »crisis of masculinity«, Zemmour's *oeuvre* on closer inspection reveals itself a mere arrangement of quotes, arguments and examples taken from scientists, philosophers, writers, or politicians. Zemmour frequently quotes these »sources« out of context, thus fitting their arguments to his own theory. As we shall see, this enabled him to write his own version of history – one opposed to the work of professional historians; as well as to write his own account of the interactions between nature and culture – in ways that appeal to citizens who mistrust established institutions.

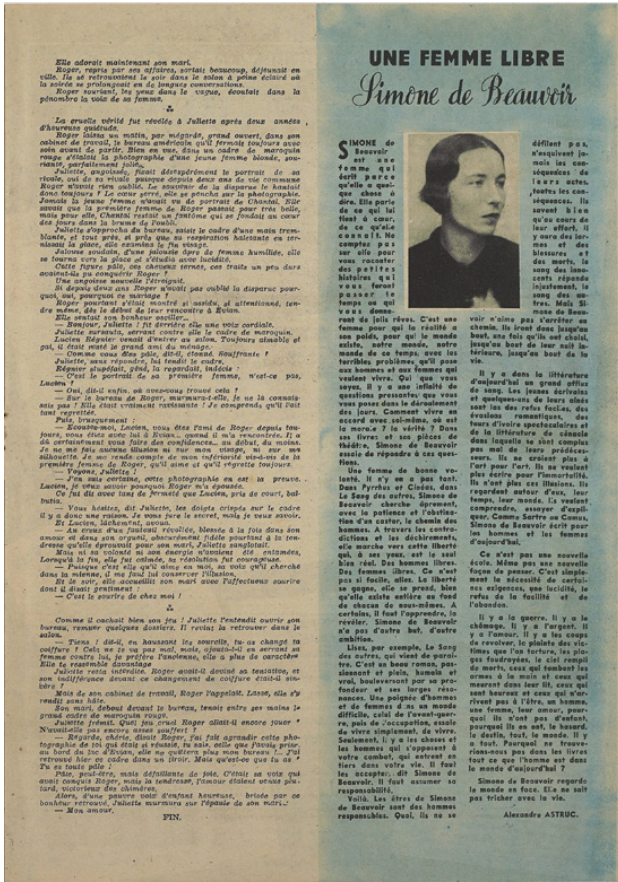


Fig. 1: «Une femme libre» — Éric Zemmour's bestselling antifeminist tract Le Premier Sexe (2006) is an allusion to Simone de Beauvoir's seminal Le Deuxième Sexe (1949).

The crisis of masculinity in French far-right networks

Éric Zemmour was born in 1958. He studied at the Institut d'Études Politiques in Paris until 1979, and then worked as a journalist at various outlets, including *Le Quotidien de Paris*, *Info-Matin*, and *Le Figaro*. He also wrote articles in other newspapers, such as *Valeurs Actuelles*. In an interview released in 2013, Zemmour claimed that he was not affiliated to any political party, and that his political influence was »gaullo-bonapartisme«. He also said that this political family had a »glorious history, from Bonaparte to the General De Gaulle, and then to Philippe Séguin and Jean-Pierre Chevènement«. More notably, at the time he was close to anti-Maastricht politicians such as the founder of the far-right party Front National (FN), Jean-Marie Le Pen. Though not a politician himself, then, Zemmour elsewhere noted that, in fact, he »ha[d] the impression of engaging more in politics than most politicians«, a view shared by observers

from the left, including the former editor of *Nouveau magazine littéraire*, Raphaël Glucksmann: »Zemmour has a very clear ambition, which is to erase the divide between the Republican right and the far right under the banner of the far right«.4 In order to press his agenda, Zemmour can rely on his considerable presence in the media. Indeed, Zemmour regularly appears on television channel CNews (four days a week for one hour); in *Face à l'info*, a show in which he debates with a guest on a current topic; on Wednesdays for two hours on *Paris Première*, where he has been a co-host in the show *Zemmour et Naulleau* until September 2021; and he regularly writes columns in *Le Figaro*. In order to »generate buzz«, he also makes frequent appearances on television shows to debate with his opponents.5 Meanwhile, his presence in the media is highly controversial: Zemmour is well-known among the general public for his contentious stances; he also was sued and even sentenced several times for encouraging racial discrimination and religious hatred.6 However, television channels such as CNews are reluctant to part with him, allegedly to respect the right to freedom of speech, but mainly because his shows are watched by a broad audience. Either way, this media exposure lends him visibility. Indeed, although he is neither a philosopher nor an historian, the media typically present him as an expert in politics and current social issues. As a consequence, Zemmour frequently finds himself in the spotlight, especially in right-wing spheres.

Already in 2006, Zemmour had published *Le Premier Sexe*, a book in which he argued that French society is deeply influenced, or rather, controlled by women, including in sectors such as economics and politics. In this society, according to Zemmour, the main goal of men now was to »becom[e] a woman like the others«, because »being a woman is not a sex anymore, but an ideal«. Thus, men are »deprived of their own minds«, and masculine values are disappearing.7 This scenario would then resurface in his other books, such as *Destin Français*, published in 2018.

Zemmour, of course, isn't an isolated figure. Other ideologists associated with far-right networks had developed similar ideas, notably the French-Swiss essayist Alain Soral. In 1999, seven years before Zemmour's *Premier Sexe*, the latter had published *Vers la féminisation?*, an essay in which he likewise criticised the (damaging) influence of feminism on French society, claiming that feminism was a diversion from issues of class, inequality, and so on. For Soral, the »totalitarianism of feminism« tends to reduce our world's perception to »the unconscious, seduction, affectivity and consumption, which forbids any social or historical criticism«.8 As with Zemmour, the idea underlying Soral's thesis is that men and women are intrinsically different, which justifies their social inequality; by implication, feminism is essentially a distraction from »real« social inequalities. Such sentiments, it has been suggested, have their roots in the antifeminist theories that the *Parti communiste français* (PCF), of which Soral was once a member, supported before 1975.9 Indeed it is common for Soral, who joined the *Front National* in 2005, to make use of Marxist concepts to camouflage his nationalism and to cater to the working-class. In a video

released in 2018, Soral noted that he had written on all these topics years before Zemmour appeared on the scene, implying that he influenced him – something Zemmour had already denied in an interview in 2017.¹⁰ Meanwhile, in his book *L'amour à trois: Eric Zemmour, Alain Soral, Alain de Benoist* (2016), Nicolas Bonanni suggests that Zemmour's and Soral's ideas are similar because they are both influenced by Alain de Benoist, the founder of the »Nouvelle Droite«.¹¹



Fig. 2: »La liberté c'est le travail« — commonly seen as a time of progress and emancipation, in Zemmour's scheme of things the 1960s and 1970s merely accelerated the disruption of cultural standards.

Explaining men's and women's biological nature

Science, of course, has often been used to naturalize inequalities. This trend is not new: biology in particular has long been mobilized to justify forms of sexism. In the nineteenth century, scientists relied on morphological characteristics, such as the size of the brain, to show that women were inferior to men.¹² Later, in the second half of the twentieth century, it were anthropologists such as Robin Fox and Lionel Tiger, for instance, who furthered the naturalization of »male« respectively »female« behaviours. As Erika Milam writes in her book *Creatures of Cain*, »Fox's larger point was that evolution acted to modify human behaviour, just as it had altered our anatomy«.¹³ Milam further sums up his thought as follows:

»males competed with each other for access to reproductively available females, and females fought for status within the social hierarchy to ensure the survival and health of their offspring. To succeed evolutionarily, he posited, a male had to be smart, able to defer

gratification (sexual or otherwise), be socially graceful and cooperative (with larger, more important males), and acceptable to females. Most important, »he must also be tough and aggressive in order to assert his rights« within the hierarchy. Control over such emotions turned into the capacity to use tools, wield weapons, and ultimately shape his environment«.14

In brief, for Fox, the construction of masculinity and femininity was closely associated with their reproductive functions. Similarly, Lionel Tiger's *Men in Groups*, published in 1969, argued for the importance of bonds between men in the emergence of structured societies, while women apparently played no such role. After the release of his book, it was criticised as a justification of patriarchy by way of biology. Nowadays, antifeminists still resort to such biologisms in order to justify their ideas.¹⁵ For example, in aforementioned *Vers la féminisation?*, Alain Soral attempted to correlate human biology, psychology, and male-female inequalities. (For him, the mind is entirely determined by the body). For example, women's bodies are fatter, and their genitals are inside the body and open. In contrast, men's bodies are more muscular, while their genitals are external. Therefore, Soral's reasoning goes, women's minds are different from men's minds: they are characterised by seduction and manipulation, women having a psychological need to be filled by a man to be complete. Men, by contrast, are psychologically complete and naturally attracted to action. Or again, women are by nature incapable of a coherent vision of the world, which prevents them from being good thinkers. Therefore, it is natural that politics is dominated by men.¹⁶

Zemmour similarly draws on biologicistic theories to account for the »natural« differences in societal status between men and women. In his 2018 article *L'éternel féminin, impossible à dépasser*, for example, Zemmour ostensibly reviewed a book, Peggy Sastre's *Comment l'amour empoisonne les femmes* – for Sastre, too, masculine domination finds its roots in biology, particularly in evolutionary theories. In her book, Sastre, a French journalist with a PhD in philosophy of science, thus claimed that feminism was utopic, because it wants to achieve an »undifferentiated equality« between men and women. Provided that they are determined by their genes, which have not changed for 30,000 years (according to Sastre), this »undifferentiated equality«, however, is impossible.

Needless to say, Zemmour endorsed her thesis, noting that both, hormones and the »Darwinian rules of evolution« explain the behavioural differences between men and women: »women must procreate and take care of their children; therefore they need a protector, whom they select at best«. Trying to run counter to this biological law, Zemmour implied, would have serious consequences. To back this up, Zemmour essentially resorted to argument from authority, emphasizing the fact that Peggy Sastre has a PhD in philosophy of science; and he then stressed that her work is based on »numerous, very serious studies«, without actually citing any.¹⁷ In *Destin Français*, he similarly emphasized the importance of the rules of Darwinist

evolution regarding the relationships between men and women.¹⁸ As he wrote there: »Men produce millions of sperm cells easily; women have one egg cell a month and a few oocytes at their disposal; this difference induces a founding inequality, dissimilar behaviours, »gender-oriented« behaviours, as the saying goes nowadays – a sentimental over-investment for women, a hunting behaviour for men, who are pushed into preying as much as possible – thus falling into the purview of biology, not of sociology«.¹⁹

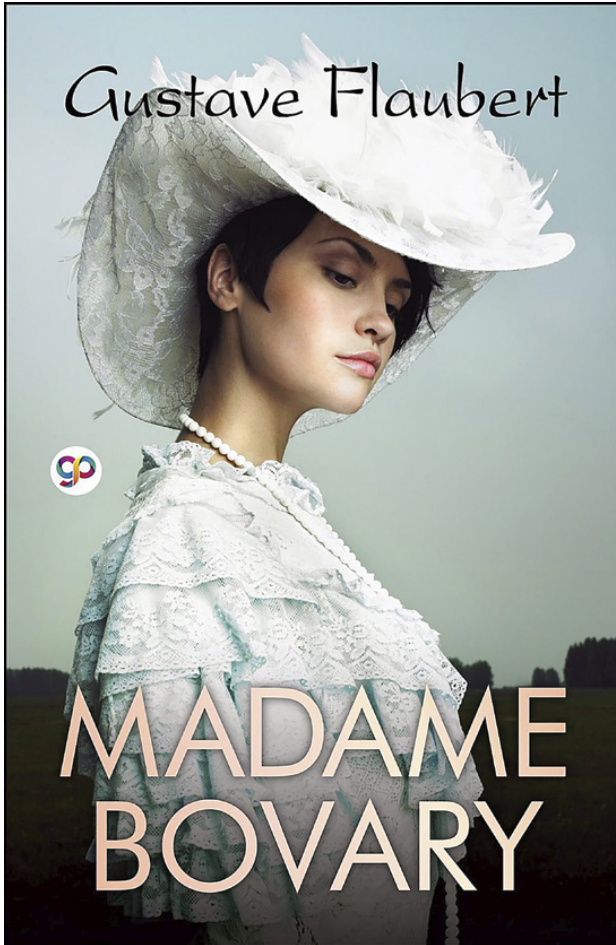


Fig. 3: Drawing on »common« knowledge: In his writings, Zemmour frequently refers to canonical texts such as Flaubert's *Madame Bovary* (1856), knowing full well that his readers will be familiar with the characters — pictured is an ebook version.

In short, men and women's differing reproductive functions are aligned with conservative notions of masculinity and femininity, in an argument that is similar to Robin Fox's thesis above: Women need to procreate; they think they »waste their time when they are not taking care of [their babies]«; women look for a protector (a rich man able to provide for their families), and so on. To make this sound plausible, Zemmour frequently draws on the works of famous French writers. Already in *Le Premier Sexe*, for instance, he

cited texts by the nineteenth century novelists Stendhal and Balzac to provide seemingly naturalistic descriptions of men's sexual desires. Both texts here served to underscore the notion that men cannot love *and* desire at the same time, which is why it is natural for them to cheat on their wives. In other words, Zemmour takes these texts at face value, without questioning their epistemic relevance. By citing authors most of readers will have studied at school, and whose work is considered canonical in terms of French literature, Zemmour thus provides a seemingly unquestionable backbone to his argument. In other words, in appealing to his readers' tacit presuppositions, he shrewdly makes use of ›common‹ knowledge.

In the same vein, Zemmour mobilizes famous philosophers (e.g. Blaise Pascal, Friedrich Nietzsche, Jean-Jacques Rousseau) and notable scholars such as French ethnologist Christian Bromberger, philosopher and historian René Girard, or the American anthropologist Margaret Mead.²⁰ In all of these cases, Zemmour cites them without context, riffing on their arguments without giving any broader description of the framework in which those points were made.

Omitting the scientific fields that question the dichotomy between nature and culture

If men and women are indeed essentially different, following the above reasoning, it is natural that they should have different positions in society. To Zemmour, consequently, the disruption of this supposedly natural order is »a catastrophe«.²¹ As he explained both in *Le Premier Sexe* and *Destin Français*, this process of disruption started after the first World War, when society was turned upside down, and when profound transformations concerning the relationship between men and women ensued. In *Destin Français*, he named this a »Big Bang«, a »shock between historical time and evolutionary time, between reason and instincts, between nature and culture, between brains and guts, between speech and hormones«.²²

Yet even to Zemmour, nature isn't all there is to it. In an interview released in 2006, for example, Zemmour said that because he grew up in the 1970s, he knew that culture played a role in the development of masculinity and femininity.²³ (In *Destin Français*, he similarly contended that »natural and cultural, biological and social, instincts and cultural constructions, [...] do not contradict themselves, but complement each other«.) Zemmour, then, does include cultural aspects in his argumentation; but he does so only superficially. Notably, he doesn't take into account the research pursued in scientific fields that *question* the dichotomy between nature and culture he aims to erect.

For example, when Zemmour makes allusions to biology, he essentially refers to a simplistic version of genetics and Darwinist evolution, ignoring discoveries that would challenge his account – for example, in the field of

epigenetics. Indeed, recent studies in epigenetics, and particularly in environmental epigenetics, challenge theories based on a schism between nature and culture: in fact, they blur the boundaries between these two concepts.²⁴ Studies thus show, for instance, that environmentally acquired traits can be transmitted to subsequent generations; researchers, moreover, are uncovering the molecular mechanisms responsible for this transmission.²⁵ In other words, and contrary to Zemmour's telling, current biological research may be said to shed light on various mechanisms that integrate biological and cultural factors.

Biological theories, then, have become more open to engaging with social factors thanks, in part, to the discoveries in epigenetics. The existence of epigenetic programming mechanisms suggests that human nature is adaptative, questioning the kind of Neodarwinist theory which Zemmour's description of men and women relies on. More broadly, environmental epigenetics challenges concepts of genetic determinism, offering richer (biological) descriptions of individuality and human psychology. In turn, epigenetic research also has had an influence on our perception of social factors:²⁶ Notions of social space are reconfigured by epigenetic discoveries in that the social can be considered in terms of molecular interactions between body and environment, which is measurable. Therefore, a materialist language that used to be specific to biology has seeped into social studies. Significantly, this »molecularisation« of social space does not imply the reduction of cultural aspects to genetics. Rather, it takes into account the interactions between body and external cues, redefining their relations. Social time is likewise reconfigured, in that the life-history of an individual, too, is structured by epigenetic factors. In light of these discoveries, Zemmour's conjecture of a »shock« between historical and biological times, or nature and culture, falters.

Perhaps less unsurprisingly, Zemmour is loath to consider the field of gender studies, according to which genders are (also) the outcome of cultural factors and socialisation.²⁷ Of course, this reluctance, or rather, hostility is part of a broader trend in extreme-right networks around the world: politicians including Donald Trump, Jair Bolsonaro, Vladimir Putin, and Viktor Orbán have lashed out against it. In France, Christine Boutin, the head of the *Parti Chrétien-Démocrate* (Christian Democrat Party), similarly attacked the field: In 2011, she wrote »une Lettre ouverte sur le Gender« (an open letter on Gender), addressed to Luc Châtel, the Minister of Education, in which she invoked the fears of »catholic circles« vis-à-vis gender issues. She subsequently was joined by several members of parliament from the *Union pour un Mouvement Populaire* (UMP), the former French main conservative party.²⁸ This controversy surrounding gender would intensify when, in 2012, a draft bill to allow homosexual people to marry was submitted.

In this context, the concept of gender is called »la théorie du genre«, which is a way to discredit it by casting doubts on its scientific relevance.²⁹ Beside the UMP, notably extreme-right groups criticised gender »theory«.³⁰ For

example, the organisation *Egalité et Réconciliation*, led by Alain Soral, published numerous articles and videos on that matter. Zemmour also took part in this barrage of criticism, drawing parallels between Judith Butler – one of the most prominent exponents of gender studies – and »les femmes savantes« (the learned women), as ridiculed in Molière’s comedy *Les Femmes savantes* (1672).³¹ In *Destin Français*, he even went further, calling gender studies a »theoretical and lexical hodgepodge« that merely served the ideological purpose of getting rid of the supremacy of heterosexual males.³²



Fig. 4: While the fictional Madame Bovary — seen here as a sculpture by H. Jondet — hardly is representative of the women of her time, Zemmour is adept at evoking the past »greatness« of France.

Mixing literature and science

Already in *Le Premier Sexe*, Zemmour used different types of narrative to evoke a bygone patriarchal society, contrasting this society with the new, supposedly »feminised« one. These narratives, as noted, were not presented as (fictional) narratives, but rather on par with scientific knowledge, enabling Zemmour to write his own version of history. In order to show how society used to be before its »feminisation«, Zemmour referred

to the canonical texts of French literature in various ways, from mere citations to referencing the plot of whole novels. At times, it's sufficient for Zemmour to simply mention the names of characters from well-known novels. For example, to show that »women used to dream of the ideal couple«, Zemmour brings up the princess of Clèves, from the eponymous novel by Madame de La Fayette (1678), and Madame Bovary, from the novel by Gustave Flaubert (1857).³³ Both are feminine characters with well-known romantic expectations, suitably supporting Zemmour's line of argument: »In the olden days, Madame Bovary took a lover to experience the dream life of the Parisians, whose adventures she read about in pulp literature«.³⁴

These short references enable Zemmour to (seemingly) substantiate his case, without in fact having to explain the link between his theory and the historical evidence supposedly supporting it. While Madame Bovary certainly isn't representative of the women of her time, however, Zemmour can rely on his readers to understand the point he is making: these novels form part, as it were, of general knowledge.

Novels thus feature frequently in Zemmour's descriptions of »traditional patriarchal society«, whether he explains that there was (or should be) a dichotomy between sexual desire and love, or whether he recounts how men had wives, who were respected and with whom they had children, as well as mistresses, who were desired sexually, but did not benefit from the protection of marriage. To make his point, Zemmour draws on *Une vie*, by Guy de Maupassant (1883), and *La femme de trente ans*, by Honoré de Balzac (1842) – both novels in which women are deceived by their husbands.³⁵ And he refers to the lives of French nineteenth century authors themselves – Flaubert, Maupassant and Baudelaire – who had recourse to the services of sex workers openly and shamelessly (while American politicians such as Bill Clinton, a century later, had to apologize publicly for the same kind of actions).³⁶ These literary references, drawn from the heights of French nineteenth century culture, thus aim at showing how men and women used to interact before the so-called feminisation of society, and that this order of things was natural. It is also in line with Zemmour's nostalgia of the past »greatness« of France, a past golden age – a recurring topic in the extreme-right ideology, from Jean-Marie Le Pen's exclusionary brand of nationalism to Trump's campaign slogan »Make America great again«.³⁷

To be sure, even professional historians tap novels as sources to understand the political, social, economic, and cultural context of a given time. But historians such as Judith Lyon-Caen emphasise that the question of the relationship between history and literature is complex, and that »methodological precautions [are] essential to the historian's work with literature«.³⁸ Zemmour, by contrast, eludes such issues, citing literary works without any precaution: he does not provide context or critical analysis, let alone deconstruct his textual evidence (that could be read from other angles). To the contrary, in *Destin Français*, he criticised the *questioning* of

literary canons, something that according to Zemmour first happened in American universities under the influence of French Theory during the 1960s and 1970s. Against the grain of cultural and feminist studies, to him, white male authors (among them Balzac and Flaubert) »shaped the [universal] concepts of humanism, freedom, progress, and emancipation of individuals«.³⁹

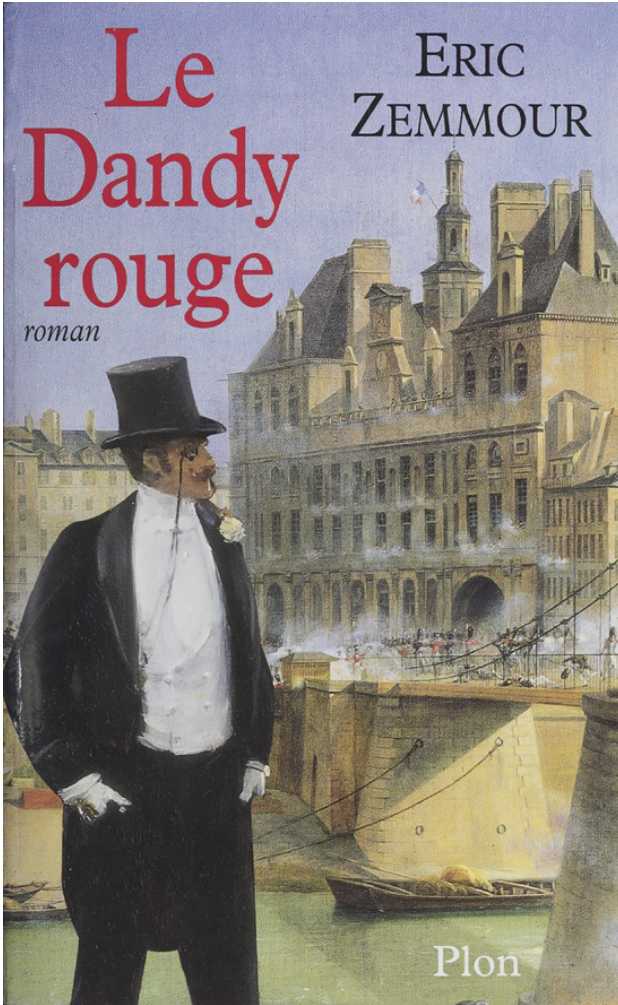


Fig. 5: *Le Dandy Rouge*: Zemmour's 1999 novel »mixes politics, treason, pretense, vanity and romanticism«.

Meanwhile, these references to the literary past enable Zemmour's version of history to sustain a veneer of erudition: *Le Premier Sexe* recounts a history of France from the seventeenth century to present days, told through the lens of male-female relationships. In Zemmour's telling, women progressively took over power, while men gave up on their manliness.⁴⁰ As noted, Zemmour makes much of the disruption of cultural standards during and after the First World War; and another turning point occurred in the 1970s – in the wake of May 1968, because of new social movements, owing

to novel legislation (e.g. granting rights to women in terms of remuneration and birth control). Since then, according to Zemmour, feminine values have dominated society. In this version of history, »feminism« is exclusively framed in pejorative terms – the title of the book itself of course is a reference to the well-known feminist book, Simone de Beauvoir's *Le Deuxième Sexe*, which Zemmour, needless to say, finds wanting.⁴¹ Indeed, to Zemmour, feminism, be it identarian or universalist, puts women at a disadvantage.

According to French historian Gérard Noiriel, Zemmour, by cultivating such vernacular versions of history, »aims at discrediting all professional historians«. Zemmour, as Noiriel notes, sees France as an »imaginary character, with a stable and immutable identity, and not as a community of individuals«; professional historians, in contrast, seek to understand the complexities involved in the construction of something like the French »people«. ⁴² Nevertheless, to Zemmour it's the professional historians who are powerful and have the ability to control what history is told: against them, Zemmour adopts the »position of the gagged hero«, meaning that he pretends to be censored by his opponents – even though, as Noiriel notes ironically, these historians rarely appear on television and do not enjoy Zemmour's level of media exposure. Indeed, Zemmour's considerable popularity as an »outsider« allows him to appeal to freedom-of-speech whenever he is attacked by his critics, while simultaneously appealing to the resentments of citizens who have come to mistrust establishment institutions.

Conclusion

As we've seen, to show that a »crisis« of masculinity is occurring, and to explain why, Zemmour ostensibly makes use of a wide range of evidence. To naturalize the differences between men and women, he resorts to a mix of biology, psychology, anthropology, and ethnology. Meanwhile, to dramatize the ways French society devolved into a »feminised« society, he conjures up fictionalized versions of past and present societies, fashioning himself as an anti-establishment, hence proper historian.

Despite all that, Zemmour's approach – a montage of quotations from science, philosophy, and literature – evidently is not particularly scientific. Indeed, he tends to dismiss, more or less explicitly, entire academic fields, notably gender studies and (academic) history. This doesn't prevent Zemmour from being a successful writer, however. His bestselling books include *Le Suicide Français* (2014) (500.000 copies) and *Le Premier Sexe* (2006), which wasn't quite as successful; it still sold 100.000 copies.⁴³ Clearly, his ideas are being taken seriously, at least in right and extreme-right circles, where he is revered as »a man of influence«, someone distinguished by »having been right before everyone else«. ⁴⁴ He is also often described as someone who says out aloud what everyone thinks. In these circles, he is considered as an intellectual, someone who prioritizes big

ideas, who writes well, is intelligent and knowledgeable. In academic spheres, needless to say, his work tends to be frowned upon. Nevertheless, according to journalist Jean-Marie Durand, this is not enough to bring him into disrepute. Indeed, his »anti-intellectualist« positions precisely appeal to parts of the population, the ones who think that »France is dying because of its ›feminisation‹, ›xenophilia‹, ›islamisation‹, and the derision and deconstruction of moral values of days gone by«.⁴⁵ Dressed up as science, these positions constitute a reason for his popularity.

Emmanuelle Maciel has completed the master's degree »History and Philosophy of Knowledge« at ETH Zurich; she is currently pursuing a PhD in molecular genetics at Université Toulouse III.

Abbildungsverzeichnis

Fig. 1: Alexandre Astruc: »Simone de Beauvoir: Une femme libre«, in: *La Femme: hebdomadaire illustré des femmes de la libération nationale* (20 October 1945), p. 13, gallica.bnf.fr.

Fig. 2: »La liberté c'est le travail« (o.V.), in: *air france revue* 4 (1964), special issue »Le temps des femmes«, p. 12/18, gallica.bnf.fr / Musée Air France.

Fig. 3: Gustave Flaubert: *Madame Bovary*, ebook, GP (2019), Cover.

Fig. 4: »Madame Bovary, statue par H. Jondet en 1910«, gallica.bnf.fr / Bibliothèque municipale de Rouen.

Fig. 5: Éric Zemmour: *Le Dandy Rouge*, Paris: Plon (1999), Cover.

Literatur

- 1 Éric Zemmour: »L'éternel féminin, impossible à dépasser«, in: *Le Figaro* (14 February 2018), <https://www.lefigaro.fr/vox/societe/2018/02/14/31003-20180214ARTFIG00270-eric-zemmour-l-eternel-feminin-impossible-a-depasser.php>.
- 2 Francis Dupuis-Déri: »Le discours de la ›crise de la masculinité‹ comme refus de l'égalité entre les sexes: histoire d'une rhétorique antiféministe«, in: *Cahiers du Genre* 1 (2012), pp. 119–143.
- 3 »Eric Zemmour se définit politiquement«, interview with Philippe Bilger (December 2013), <https://www.youtube.com/watch?v=n9sA18HtSj0>.
- 4 Elisabeth Zerofsky: »The Right-Wing Pundit ›Hashtag Triggering‹ France«, in: *The New York Times Magazine* (6 February 2019), <https://www.nytimes.com/2019/02/06/magazine/eric-zemmour-france-far-right.html>.
- 5 Florian Besson, Gérard Noiriel: *Le Venin dans la plume. Édouard Drumont, Éric Zemmour et la part sombre de la République*, Paris: La Découverte (2019).
- 6 Elisabeth Zerofsky: »The Right-Wing Pundit ›Hashtag Triggering‹ France«, in: *The New York Times Magazine* (6 February 2019), <https://www.nytimes.com/2019/02/06/magazine/eric-zemmour-france-far-right.html>.
- 7 Éric Zemmour: *Le Premier Sexe*, Paris: Denoël (2006), p. 11.
- 8 Alain Soral: *Vers la féminisation? Démontage d'un complot antidémocratique*, Paris: Éditions Blanche (1999), p. 3.
- 9 Michel Briganti, André Déchot, Jean-Paul Gautier: *La galaxie Dieudonné. Pour en finir avec les impostures*, Paris: Syllepse (2011), p. 60. Soral was born in 1958. In 1990, he joined the French Communist Party, *Parti communiste français* (PCF), which he left in 2000. In 2005, he joined the *Front national* (FN), led by Jean-Marie Le Pen, and in 2007, he founded the movement »Égalité et réconciliation« (Equality and Reconciliation), which was close to the FN until Soral left it in 2009.
- 10 »Soral parle de Zemmour« (2018), https://www.youtube.com/watch?v=1q_lPymzLgU; »Eric Zemmour s'exprime sur Alain Soral« (2017), <https://www.youtube.com/watch?v=lBwFa2vDr6g>.
- 11 Nicolas Bonanni: *L'amour à trois: Eric Zemmour, Alain Soral, Alain de Benoist*, Grenoble: Le monde à l'envers (2016).
- 12 See, for example: Catherine Vidal: »Le cerveau, le sexe et l'idéologie dans les neurosciences«, in: *L'Orientation scolaire et professionnelle* 4 (2002), pp. 495–505.
- 13 Erika Lorraine Milam: *Creatures of Cain. The Hunt for Human Nature in Cold War America*, Princeton:

Princeton University Press (2019), p. 148.

- 14 Ibid.
- 15 See, for example: Erwan Cario: «Les hommes sont en crise dès que les femmes avancent vers plus d'égalité et de liberté» (interview with Francis Dupuis-Déri), in: *Libération* (1 February 2019), https://www.liberation.fr/debats/2019/02/01/francis-dupuis-deri-les-hommes-sont-en-crise-des-que-les-femmes-avancent-vers-plus-d-egalite-et-de-l_1706916/.
- 16 Alain Soral: *Vers la féminisation? Démontage d'un complot antidémocratique*, Paris: Éditions Blanche (1999), pp. 33-35.
- 17 Éric Zemmour: «L'éternel féminin, impossible à dépasser», in: *Le Figaro* (14 February 2018), <https://www.lefigaro.fr/vox/societe/2018/02/14/31003-20180214ARTFIG00270-eric-zemmour-l-eternel-feminin-impossible-a-depasser.php>.
- 18 Éric Zemmour: *Destin Français. Quand l'histoire se venge*, Paris: Albin Michel (2018).
- 19 Ibid., p. 483.
- 20 Éric Zemmour: *Le Premier Sexe*, Paris: Denoël (2006), pp. 26-33; 72; 97.
- 21 «Eric Zemmour: Le premier sexe», in: *Les archives de la RTS* (2006), <https://www.youtube.com/watch?v=lqZTCTt1DpA>.
- 22 Éric Zemmour: *Destin Français. Quand l'histoire se venge*, Paris: Albin Michel (2018), p. 464.
- 23 «Eric Zemmour: Le premier sexe», in: *Les archives de la RTS* (2006), <https://www.youtube.com/watch?v=lqZTCTt1DpA>.
- 24 See, for example: Charles Dupras: «Rapprochement des pôles nature et culture par la recherche en épigénétique: dissection d'un bouleversement épistémologique attendu», in: *Les Ateliers de l'Éthique* 2/3 (2017), pp. 120-145.
- 25 See Gretchen van Steenwyk, Martin Roszkowski, et al: «Transgenerational inheritance of behavioral and metabolic effects of paternal exposure to traumatic stress in early postnatal life: evidence in the 4th generation», in: *Environmental Epigenetics* 4 (2018), <https://doi.org/10.1093/eeep/dvy023>; and John Smythies, Lawrence Edelstein, et al: «Molecular mechanisms for the inheritance of acquired characteristics-exosomes, microRNA shuttling, fear and stress: Lamarck resurrected?», in: *Frontiers in Genetics* 5 (2014), <https://doi.org/10.3389/fgene.2014.00133>.
- 26 Charles Dupras: «Rapprochement des pôles nature et culture par la recherche en épigénétique: dissection d'un bouleversement épistémologique attendu», in: *Les Ateliers de l'Éthique* 2/3 (2017), pp. 120-145.
- 27 See, for example: Rebecca Jordan-Young: *Brain Storm: The Flaws in the Science of Sex Differences*, Cambridge, MA: Harvard University Press (2010).
- 28 See Anne-Charlotte Husson: «La controverse sur le genre, la droite et l'extrême-droite françaises» [2014], in: *labogenere.fr* (4 December 2017), <https://genere.hypotheses.org/443>.
- 29 Sandra Laugier: «Le genre, c'est de la science», in: *CNRS Le journal* (7. March 2014), <https://lejournal.cnrs.fr/billets/le-genre-cest-de-la-science>.
- 30 See Anne-Charlotte Husson: «La controverse sur le genre, la droite et l'extrême-droite françaises» [2014], in: *labogenere.fr* (4 December 2017), <https://genere.hypotheses.org/443>.
- 31 Éric Zemmour: «La théorie du genre pour tous», in: *Le Figaro* (9 November 2016), <https://www.lefigaro.fr/vox/societe/2016/11/09/31003-20161109ARTFIG00421-eric-zemmour-la-theorie-du-genre-pour-tous.php>.
- 32 Éric Zemmour: *Destin Français. Quand l'histoire se venge*, Paris: Albin Michel (2018), p. 481.
- 33 Éric Zemmour: *Le Premier Sexe*, Paris: Denoël (2006), p. 100.
- 34 Ibid., p. 21.
- 35 Ibid., p. 67.
- 36 Ibid., p. 50.
- 37 On the former, see e.g. Pascal Perrineau: «La montée des droites extrêmes en Europe», in: *Études* 12 (2002), pp. 605-613.
- 38 Judith Lyon-Caen, Dinah Ribard: *L'historien et la littérature*, Paris: La Découverte (2010), p. 10.
- 39 Éric Zemmour: *Destin Français. Quand l'histoire se venge*, Paris: Albin Michel (2018), p. 480.
- 40 Éric Zemmour: *Le Premier Sexe*, Paris: Denoël (2006), pp.10-20.
- 41 Éric Zemmour: *Destin Français. Quand l'histoire se venge*, Paris: Albin Michel (2018), p. 483.
- 42 Gérard Noiriel: «Eric Zemmour tente de discréditer tous les historiens de métier», in: *Le Monde* (29 September 2018), https://www.lemonde.fr/idees/article/2018/09/29/gerard-noiriel-eric-zemmour-tente-de-discrediter-tous-les-historiens-de-metier_5361955_3232.html.
- 43 Bertrand Guyard: «Zemmour dépasse Trierweiler: les raisons d'un succès», in: *Le Figaro* (8 October 2014), <https://www.lefigaro.fr/livres/2014/10/08/03005-20141008ARTFIG00206-zemmour-depasse-trierweiler-les-raisons-d-un-succes.php>; Sandrine Bajos: «Zemmour, numéro 1 des ventes de livres, détrône Notho», in: *Le Parisien* (27. September 2018), <https://www.leparisien.fr/culture-loisirs/livres/zemmour-numero-1-des-ventes-de-livres-detrone-notho-mb-27-09-2018-7905015.php>.
- 44 Pierre de Boishue: «Eric Zemmour, un homme d'influences», in: *Le Figaro* (26 September 2014), <https://www.lefigaro.fr/actualite-france/2014/09/26/01016-20140926ARTFIG00128-eric-zemmour-un-homme-d-influences.php>.
- 45 Jean-Marie Durand: «Zemmour ou la destitution de l'intellectuel», in: (1 October 2019), <https://www.nouveau-magazine-litteraire.com/société/zemmour-ou-la-destitution-de-l-intellectuel>.

Postdemokratie: Krisendiagnose zwischen Wissenschaft und Neuer Rechter

›Postdemokratie‹ fand als Krisenbegriff aus der Politikwissenschaft Eingang in die öffentliche Debatte. Auch von der Neuen Rechten wurde der Begriff aufgegriffen, veränderte hier allerdings seine Bedeutung. Wie ›Postdemokratie‹ von der Politikwissenschaft in die *Junge Freiheit* und wieder zurückwanderte.

In den Nullerjahren entstand unter dem Begriff der ›Postdemokratie‹ eine öffentliche Debatte über den Zustand der Demokratie. Einer der ersten Artikel, der zu diesem Thema in den deutschsprachigen Printmedien erschien, wurde im Januar 2007 in der Wochenzeitung *Die Zeit* veröffentlicht. Unter dem Titel »Wenn das Volk zweifelt. Glauben Sie noch an die Demokratie? Gespräche mit vier Skeptikern« kamen vier nicht namentlich genannte Männer, ein pensionierter technischer Angestellter, ein Arzt und zwei Anwälte zu Wort. Alle vier wurden dabei als überzeugte Demokraten aus der Mitte der Gesellschaft beschrieben, die allerdings zunehmend Zweifel an der Funktionstüchtigkeit der in Deutschland herrschenden demokratischen Praxis hegten.

Um das Phänomen der zweifelnden Demokraten zu erklären und einzuordnen, brachte der Autor das politikwissenschaftliche Konzept der Postdemokratie ins Spiel: »Ein neues Schlagwort macht die Runde: Postdemokratie. Die westlichen Demokratien haben nach dieser Lehre ihren Zenit überschritten; kapitalkräftige Lobbygruppen, illegitime Expertengremien, Umfragen und Fokusgruppen drängen allenthalben die Bedeutung der Wahlentscheidungen zurück. Der Rückgang der Wahlbeteiligung, der Ansehensverlust der Politik, das Auseinanderklaffen der Zustimmungswerte für Theorie und Praxis der Demokratie in den Umfragen – all das gilt als Indiz für einen Niedergang der Demokratie selbst.«¹



Abb. 1: Schweigen in der Demokratie?: Leerer Plenarsaal des EU-Parlaments in Brüssel.

Der Autor des Artikels griff damit Thesen des britischen Soziologen und Politikwissenschaftlers Colin Crouch auf, der mit der Veröffentlichung des Buches *Post-Democracy* im Jahr 2004² sowohl eine wissenschaftliche wie auch eine internationale öffentliche Debatte zur strukturellen Funktionstüchtigkeit der Demokratie, insbesondere in europäischen Ländern, entfachte.³ Der Eingang des sozialwissenschaftlichen Begriffes ›Postdemokratie‹ in die öffentliche Diskussion wird aus akademischer Perspektive bisher sehr positiv eingeschätzt. So stellte beispielsweise der

Sozialphilosoph Martin Saar zum Verhältnis zwischen wissenschaftlicher und öffentlicher Debatte am Beispiel der Postdemokratie kürzlich fest: »Den Sozialwissenschaften kann wenig Besseres passieren, als dass ihre Begriffe eine auch ausserwissenschaftliche Evidenz gewinnen und zu gängigen Metaphern zur Beschreibung politischer und gesellschaftlicher Erfahrung werden.«⁴

Saar spricht hier eine Wissenspopularisierung an, mit der Phänomene, die zuvor in erster Linie wissenschaftlich verhandelt wurden, in einen breiteren öffentlichen Rahmen getragen werden. Zuvor unbenannte, aber politisch relevante Erfahrungen würden durch die Verbindung mit wissenschaftlichen Beobachtungen und Konzepten benennbar, lesbar und verhandelbar.⁵ Ein neues Verständnis oder Bewusstsein für ein gesellschaftliches Problem könne sich dadurch in der Öffentlichkeit bilden, soziale und politische Realitäten könnten neu ausgehandelt werden. Colin Crouch beteiligte sich auch selbst aktiv an dieser Popularisierung: In Interviews und Gastbeiträgen für verschiedene Zeitungen trug er seine Beobachtungen zu den strukturellen Problemen zeitgenössischer Demokratien unter dem Stichwort »Postdemokratie« an die Öffentlichkeit.⁶

Innerhalb dieses Popularisierungsprozesses lässt sich allerdings auch beobachten, dass verschieden gelagerte öffentliche Diskurse entstehen und der Begriff »Postdemokratie« je nach Diskursraum mit unterschiedlichen Narrativen und Interessen verknüpft wird. Dass hierbei auch strategische Umdeutungen stattfinden, lässt sich an der Verwendung und Veränderung des Begriffes »Postdemokratie« im Umfeld der Neuen Rechten zeigen. Besonders interessant in diesem Zusammenhang ist ein Interview, das Colin Crouch 2008 in der Wochenzeitung *Junge Freiheit* gab, sowie ein Buch des Autors Karlheinz Weißmann, das 2009 unter dem Titel *Post-Demokratie* erschien.

Die *Junge Freiheit* wird in der Rechtsextremismus-Forschung häufig als »Zentralorgan der »Neuen Rechten«⁷ bezeichnet, dem eine »Scharnierfunktion«⁸ hinsichtlich der Verknüpfung von rechtsextremistischen mit demokratisch-konservativen Kreisen zukommt. Sie ist mit einer Auflage von fast 30'000 verkauften Ausgaben im Jahr 2019⁹ die wichtigste nationalkonservative Publikation im deutschsprachigen Raum,¹⁰ die als Diskussions- und Darstellungsplattform für Wissensinhalte aus rechter Perspektive verstanden werden kann.

Karlheinz Weißmann veröffentlicht seit 1997 regelmässig Artikel in der *Jungen Freiheit*; in den Reihen der Neuen Rechten wird er aufgrund seiner regen Publikationstätigkeit zu konservativen und neurechten Themen als führender Vertreter der »Neuen Konservativen Intelligenz«¹¹ bezeichnet. Für ein genaueres Verständnis öffentlicher Debatten um die »Krise der Demokratie« lohnt ein Blick auf den Transfer des Begriffes »Postdemokratie« von der Politikwissenschaft ins Umfeld der Neuen Rechten und den dabei entstehenden Bedeutungsverschiebungen.

›Postdemokratie‹ als politikwissenschaftlicher Begriff

Theorien rund um die Postdemokratie gehören zu den derzeit bekanntesten Krisentheorien der Demokratie.¹² Geprägt wurde der Begriff 1992 vom französischen Philosophen Jacques Rancière.¹³ Zentrale Themen in seinen Überlegungen zu Demokratie und Postdemokratie sind das Postulat der Gleichheit und die Möglichkeiten demokratisch-emanzipatorischer Praktiken als Mittel gegen eine zunehmende Entpolitisierung von Institutionen wie Parteien, Parlamenten und Wahlen.¹⁴

In der jüngeren politikwissenschaftlichen Literatur zu Postdemokratie wird allerdings vorwiegend auf den bereits erwähnten Colin Crouch Bezug genommen.¹⁵ Crouch fasst Postdemokratie als Gemeinwesen, in dem zwar Wahlen abgehalten werden, diese jedoch durch den Einfluss von PR-Experten zu reinen Spektakeln verkommen, und »die Mehrheit der Bürger eine passive, schweigende« Rolle spielt.¹⁶ »Reale Politik wird hinter verschlossenen Türen gemacht« und zwar von »gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten«.¹⁷ Zur »Demokratiemüdigkeit«¹⁸ der Bürger*innen trägt nach Crouch auch der Abbau des Wohlfahrtsstaates im Zeichen von Austeritätspolitik sowie die Marginalisierung von Gewerkschaften bei, da durch solche Entwicklungen das »bürgerliche Teilhaberecht für alle«¹⁹ massiv eingeschränkt würde. Der Ausweg aus der Postdemokratie muss für Crouch in erster Linie mit einer Beschränkung der Macht ökonomischer Eliten, der Wiederbelebung der Parteienlandschaft, der Stärkung des Wohlfahrtsstaates und einer steigenden politischen Beteiligung von Bürger*innen verbunden sein.²⁰ Crouch vertritt ein sozialdemokratisches Ideal und betont den »Abbau ökonomischer und politischer Ungleichheit«²¹ zur Stärkung demokratischer Aushandlungsprozesse.

Sowohl der Ansatz von Rancière wie auch jener von Crouch werden in der Politikwissenschaft für ihre mangelnde empirische Fundierung kritisiert, da bis zum jetzigen Zeitpunkt keine systematischen empirischen Untersuchungen zum Phänomen der Postdemokratie vorgenommen wurden.²² Obwohl sich die Postdemokratie also einer »gesicherte[n] Diagnose«²³ entzieht, werden postdemokratische Ansätze dennoch häufig zur kritischen Analyse von Demokratien herangezogen. Dabei zu beachten ist, dass eine solch kritische Analyse der Funktionsweise eines demokratischen Systems nicht ohne eine zugrunde liegende Demokratietheorie vorgenommen werden kann. Nur mit einer Theorie, die darlegt, wie sich das Zusammenleben in einer Demokratie sowohl für Individuen wie auch für Gruppen gestalten sollte und welche demokratischen Institutionen und Prozesse welchen Zweck zu erfüllen haben, können gegenläufige Zustände kritisiert werden. Hier stellt sich die Frage, inwiefern das Ausblenden demokratietheoretischer Überlegungen das Aufgreifen des Begriffes ›Postdemokratie‹ in der öffentlichen Debatte vereinfacht und ihn auch für neurechte Diskurse interessant macht.

Im Umfeld der Neuen Rechten

Die Neue Rechte in Deutschland kann als heterogenes Netzwerk aus verschiedenen Publikationen, Think-Tanks, Verlagen, Burschenschaften und Autor*innen beschrieben werden. Gemeinsam ist neurechten Akteur*innen zumeist die Distanzierung vom Nationalsozialismus trotz gleichzeitiger ideologischer Nähe dazu,²⁴ Islamfeindlichkeit, das völkisch-nationale Ideal eines starken Staates mit kulturell homogener Bevölkerung und Kritik an den bestehenden politischen Eliten.²⁵ Ziel und Strategie der Neuen Rechten ist es vor allem, über Publikationen Diskurshoheit zu erlangen.²⁶ Eines der wichtigsten Publikationsorgane dafür ist die bereits erwähnte Wochenzeitung *Junge Freiheit*.

Die *Junge Freiheit*, die 1986 zum ersten Mal erschienen ist, spielt eine zentrale Rolle in der Vernetzung verschiedener rechter Akteur*innen und Diskurse.²⁷ In ihrem Leitbild hält die *Junge Freiheit* ihre Vision in den folgenden Stichpunkten fest: »Freier Diskurs und Austausch der Meinungen. [...] Gleichberechtigung der Konservativen in Politik, Medien und Kultur. Regeneration deutscher Identität und Deutschland als selbstbewusste Nation.«²⁸ In dieser Selbstbeschreibung lässt sich die Selbstinszenierung der *Jungen Freiheit* als Verteidigerin der Meinungsfreiheit gegen eine vermeintlich links-dominierte Medienöffentlichkeit²⁹ herauslesen, wie auch ein völkisch-nationaler Unterton erkennen.

Die *Junge Freiheit* ist personell und ideologisch eng vernetzt mit dem Think-Tank Institut für Staatspolitik (IfS) und dem Antaios Verlag. Sowohl das IfS wie auch der Antaios Verlag haben ihren Sitz auf dem Rittergut Schnellroda, das auch als Wohnsitz des neurechten Aktivisten Götz Kubitschek dient.³⁰ Das IfS wurde im Jahr 2000 von Kubitschek und Karlheinz Weißmann gegründet, im April 2020 stuft es der deutsche Verfassungsschutz als Rechtsextremismus-Verdachtsfall ein.³¹ Es verfolgt mit seinen Publikationen, den regelmässigen Tagungen sowie den Sommer- und Winterakademien das Ziel, zur Bildung einer neurechten geistigen Führungselite beizutragen, die mit «den Eliten des linken und liberalen Spektrums» gleichziehen vermag.³²

Diese Strategie, die nicht in erster Linie auf parteipolitische Erfolge, sondern auf das Erlangen von Diskurshoheit abzielt, wird im neurechten Jargon als Metapolitik bezeichnet und orientiert sich explizit an dem Konzept der »kulturellen Hegemonie« des Marxisten Antonio Gramsci.³³ Der Antaios Verlag wird gleich wie das IfS von Kubitschek geleitet und ist für die Publikation der Arbeitsergebnisse des IfS oder von Schriften aus dessen Netzwerk zuständig.³⁴ Häufig gehören zu den im Antaios Verlag publizierten Büchern auch Werke ständiger Autor*innen der *Jungen Freiheit*.³⁵

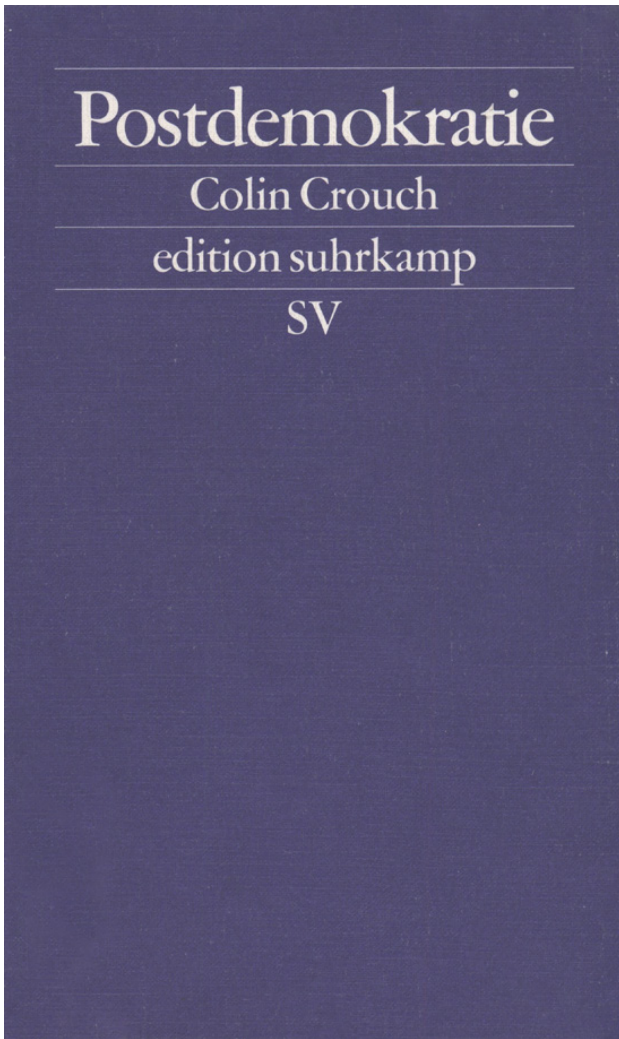


Abb. 2: »Abbau ökonomischer und politischer Ungleichheit« zur Stärkung demokratischer Aushandlungsprozesse: Colin Crouch: *Postdemokratie*, edition suhrkamp, Cover.

Schon im März 2008 tauchte der Begriff ›Postdemokratie‹ erstmals in einem Artikel der *Jungen Freiheit* auf. Kurz nach Erscheinen der deutschen Übersetzung von Crouchs Buch *Postdemokratie* erschien hier im Januar 2009 auch ein erstes Interview mit Colin Crouch.³⁶ Seither erschienen regelmässig Artikel in der *Jungen Freiheit*, in denen auf Crouchs Postdemokratie-Theorie Bezug genommen oder aber angeblich postdemokratische Zustände thematisiert wurden.³⁷ Im selben Jahr wurde im neurechten Antaios Verlag das knapp 90-seitige Büchlein *Post-Demokratie* von Karlheinz Weißmann publiziert. Weißmann, geboren 1959, hat nach einem Studium der Geschichte und evangelischen Theologie an der Universität Braunschweig über die politische Symbolik der deutschen Rechten promoviert.³⁸ Häufig wird er aufgrund seiner publizistischen Tätigkeiten beim IfS aber auch bei der *Jungen Freiheit* als einer der

»Vordenker der Neuen Rechten«³⁹ bezeichnet. So war Weißmann unter anderem auch an der Erstellung des vom Antaios Verlag publizierten fünfbandigen *Staatspolitischen Handbuch* beteiligt. Ziel des von ihm mitherausgegebenen ersten Bandes *Leitbegriffe* war, die wichtigsten »Leitbegriffe der konservativen Weltanschauung«⁴⁰ neu auszulegen und zu prägen. Im Vorwort lässt sich wiederum das Ziel der Diskursverschiebung eindeutig herauslesen, wenn Weißmann Sprache als »Machtmittel«⁴¹ beschreibt und feststellt, dass »wer über Begriffe herrscht, [...] auch über Menschen und Verhältnisse«⁴² herrsche. Auch in diesem Band *Leitbegriffe* findet sich ein Eintrag von Weißmann zum Begriff »Postdemokratie«.

Das Interview mit Colin Crouch in der *Jungen Freiheit* sowie Weißmanns Publikationen zur Postdemokratie bieten aufschlussreiche Fundstücke, um die Verwendung und Umdeutung des politikwissenschaftlichen Begriffes »Postdemokratie« im Umfeld der Neuen Rechten zu analysieren.

Colin Crouch und die *Junge Freiheit*

Das Interview, das Colin Crouch im Januar 2009 der *Jungen Freiheit* gab, erschien unter dem Titel »Die Demokratie ist im Verfall«⁴³ und wurde vom langjährigen *Junge Freiheit*-Autor Moritz Schwarz geführt. Wie bereits erwähnt, beteiligte sich Crouch aktiv an der Kopplung des wissenschaftlichen Postdemokratie-Diskurses mit öffentlichen Diskursen und kam in verschiedenen Zeitungen als Experte zu Wort. Das Interview in der *Jungen Freiheit* ist insofern besonders, als die Interviewfragen äusserst suggestiv gestellt sind und somit viel über die Art und Weise verraten, in der der Interviewer Schwarz den Begriff »Postdemokratie« verstanden wissen möchte. Der wissenschaftliche Hintergrund des Begriffes »Postdemokratie« dient hier nämlich weniger der Differenzierung und Analyse von beobachtbaren Phänomenen, sondern vielmehr als bestärkende Referenz aus der Wissenschaft für eine schon lang bestehende, politisch aber ignorierte Krisendeutung.

Gemeinsam ist Crouchs theoretischem Ansatz und Schwarz' Einschätzung die Beobachtung, dass viele Demokratien in einer Krise stecken, die langfristig zu einer ernsthaften Gefahr für das Funktionieren demokratischer Strukturen werden könnte. Hinsichtlich der Frage, wodurch sich diese Krise auszeichnet, wo ihre Ursprünge zu suchen und potenzielle Auswege zu finden sind, weicht Schwarz allerdings stark von Crouchs Postdemokratie-Theorie ab. Anstatt auf strukturelle und ökonomische Faktoren als mögliche Ursache für postdemokratische Phänomene einzugehen, macht Schwarz in seiner suggestiven Fragestellung die »Linken« verantwortlich. Rhetorisch zeigt sich diese Umdeutung, indem er gleichzeitig mit seiner Frage an Crouch seine eigene Sicht der politischen Auswirkungen von 1968 formuliert: »Unsere Gegenwart ist das Ergebnis der Umwälzung von 1968. Also wurzelt der von Ihnen diagnostizierte postdemokratische Verfall in der Kulturrevolution der Linken?« Crouch geht auf die Frage ein, differenziert aber den Moment der »Kulturrevolution der Linken« und spricht von einem

»doppelten Erbe von 1968«. Positive gesellschaftliche Veränderungen wie mehr Offenheit, Transparenz und weniger Autorität hätten sich bis heute fortgesetzt. Allerdings hätte sich die Forderung nach Offenheit mit einer neoliberalen Gegenbewegung verbunden, wodurch sie in die Forderung »nach offenen Märkten und unbegrenztem Handel« umgemünzt wurde. Dies führte nach Crouch dazu, dass immer mehr gesellschaftliche Fragen nicht mehr über demokratische Mechanismen reguliert, sondern durch freie Marktmechanismen bestimmt würden, die sich der demokratischen Entscheidungsfindung entzögen. Diese Entwicklungen gehören nach Crouch zu den wichtigsten Auslösern postdemokratischer Phänomene. Zu den ausschliesslich positiven Entwicklungen aus dem Erbe von 1968 zählt Crouch hingegen feministische Bewegungen und die Umweltbewegung.

Etwas später suggeriert Schwarz mit zwei aufeinanderfolgenden Fragen, »die Rechte« sei gemäss Crouchs Postdemokratie-Theorie als wichtige politische Bewegung gegen postdemokratische Zustände zu interpretieren: »Welche Rolle spielt demzufolge die Rechte? Ist sie ergo die volksdemokratische Opposition zum postdemokratischen Establishment?« Anschließend verweist Schwarz, ohne dabei konkret zu werden, auf »Meinungsumfragen«, die zeigen würden, dass »die Politik der Etablierten etwa in den Bereichen Einwanderung, Globalisierung oder Ausweitung und Vertiefung der EU oft keine Mehrheit im Volk [habe]. Die einzigen, die hier mehrheitsfähige Positionen zu formulieren scheinen, sind die Rechten. Warum betrachten Sie also – gemäß Ihrer Theorie – die Rechten nicht als den Ausdruck der Stimme des Volkes?«

Dass rechte Mobilisierung und Politik einen Ausweg aus der Postdemokratie bieten könnten, verneint Crouch deutlich und plädiert stattdessen für »neue linke, soziale, zivilgesellschaftliche Bewegungen«. Allerdings hinterlässt das Interview den Eindruck, es handle sich hierbei um eine persönliche politische Meinung von Crouch, die unabhängig von seiner Postdemokratie-Theorie ist. Das liegt daran, dass Crouchs sozialdemokratisch und pluralistisch geprägte Demokratietheorie, die seiner Postdemokratie-Diagnose zugrunde liegt, im Interview nicht zur Sprache kommt. Auch die bereits in der ersten Interviewfrage implizierte Annahme, eine »volksdemokratische Opposition« müsse sich gegen ein »postdemokratisches Establishment« zur Wehr setzen, lässt sich nicht mit Crouchs Theorie in Übereinstimmung bringen. Crouch argumentiert nämlich, dass neben der Stärkung der Zivilgesellschaft und des Sozialstaates auch die Stärkung des bestehenden Parteiensystems hinzukommen muss, um ein Fortbestehen der Demokratie sicherzustellen.

Das Vorgehen gegen ein verallgemeinertes »postdemokratisches Establishment« wäre deshalb aus Crouchs Perspektive nicht zielführend. Schwarz nutzt also Crouchs strukturelle demokratietheoretische Krisendiagnose, um »linke« Verursacher*innen der Krise den »rechten« Retter*innen aus der Krise gegenüberzustellen. So rückt einerseits Crouchs eigenes Verständnis der Postdemokratie und vor allem seine zugrundeliegende Demokratietheorie in den Hintergrund, andererseits

resultiert aus Schwarz' offensiver Konfrontation des Postdemokratie-Experten Crouch mit der neurechten Umdeutung des Begriffes der Eindruck einer Legitimierung ebendieser Umdeutung. Ähnliches lässt sich auch bei der Verwendung des Postdemokratie-Begriffes in den Publikationen Karlheinz Weißmanns beobachten. Indem dieser mit seinem Eintrag im *Staatspolitischen Handbuch* ›Postdemokratie‹ zu einem »Leitbegriff« neurechter Theorie macht sowie durch die gleichzeitige Veröffentlichung seines Buches *Post-Demokratie*, kommt dem Begriff eine besondere Aufmerksamkeit innerhalb des neurechten Diskurses zu.

Das Begehren nach einem starken Staat

Wenige Monate nach der Veröffentlichung der deutschen Übersetzung des Buches *Postdemokratie* von Colin Crouch erschienen 2009 zwei Bücher des Autors Karlheinz Weißmann, die prominent auf den Begriff ›Postdemokratie‹ eingehen. Da sich der Eintrag in Weißmanns *Staatspolitischem Handbuch – Leitbegriffe* inhaltlich stark an seinem Buch *Post-Demokratie* orientiert, lohnt vor allem ein Blick auf Letzteres.



Abb. 3: Vernetzung rechter Diskurse: Die Wochenzeitung *Junge Freiheit* — links im Bild: Weißmanns Kolumne »GegenAufklärung«.

Weißmanns knapp 90-seitiges Büchlein *Post-Demokratie* erschien in der Publikationsreihe *kaplaken* des Antaios Verlags. Die Bände dieser Reihe sollen laut Antaios Verlag »wegweisende Texte in handlichem Format« als »geistige Zulage für Selbstdenker« bereitstellen.⁴⁴ Anders als der Titel des Buches *Post-Demokratie* erwarten lässt, steht aber nicht die Diskussion oder Anwendung des politikwissenschaftlichen Konzepts der

Postdemokratie im Zentrum. Dies zeigt sich schon daran, dass Weißmann seine Ausführungen nur mangelhaft belegt, etwa wenn er auf Ergebnisse von Meinungsumfragen verweist. Eine vermeintlich demoskopisch beobachtbare Entfremdung der Bevölkerung vom Gedanken der Demokratie bildet den Ausgangspunkt seiner Argumentation, die sich durch die Kapitel *Einleitung*, *Dafür*, *Dagegen*, *Danach* und *Schluss* zieht.⁴⁵

Weißmann beschreibt drei Szenarien, die entweder *für* die Vertiefung der bestehenden Demokratie, *gegen* die Funktionstüchtigkeit von Demokratien ganz generell sprechen oder aber darstellen, was *nach* der Demokratie kommen könnte. Zu guter Letzt kommt Weißmann allerdings zum Schluss, die Krise der Demokratie sei nicht auf »das Verschwinden der Demokratie, sondern auf das Verschwinden des Staates«⁴⁶ zurückzuführen.

Zumindest der Form nach scheint sich Weißmann in seinem Buch *Post-Demokratie* an wissenschaftlichen Texten orientiert zu haben, da er einen argumentativen Aufbau versucht und einflussreiche Philosophen, Kultur- und Sozialwissenschaftler zitiert, darunter Platon, Aristoteles, Weber, Horkheimer, Habermas und Luhmann. Allerdings fällt auch auf, dass er zur Herleitung seiner demokratietheoretischen Position genauso Autoren mit engen Verbindungen zum italienischen Faschismus oder zum Nationalsozialismus heranzieht, darunter den Soziologen Robert Michels, die Staatsrechtler Carl Schmitt und Ernst Forsthoff oder sogar Passagen aus Adolf Hitlers *Mein Kampf*. Häufig bleibt dabei durch die fragmentarische Zitationsweise der Kontext der Zitate wie auch die politische Positionierung der zitierten Personen unklar.

Die Argumentation Weißmanns ist diffus, da er sein Verständnis von Demokratie und Staatlichkeit nicht explizit macht und den Begriff »Postdemokratie« zur Bezeichnung eines politischen Systems *nach* der Demokratie verwendet und nicht zur Beschreibung einer auf bestimmte Weise veränderten Demokratie, wie es in der Politikwissenschaft üblich ist. Deutlich wird aber, dass hier, wie bereits im Interview der *Jungen Freiheit* mit Colin Crouch, der Begriff »Postdemokratie« als Anlass genommen wird, über einen Krisenzustand des bestehenden politischen Systems nachzudenken, ohne allerdings auf die strukturellen politikwissenschaftlichen und demokratietheoretischen Dimensionen des Konzeptes einzugehen. In der Politikwissenschaft wichtige Theoretiker*innen der Postdemokratie wie Rancière oder Crouch werden nur am Rande erwähnt.

Eine wichtige Gemeinsamkeit zwischen Weißmanns Buch *Post-Demokratie* und Crouchs Postdemokratie ist das Argument, dass demokratische Systeme nicht notwendigerweise selbsterhaltend sind und sich abhängig von verschiedenen Faktoren verändern oder auch zerfallen können. In der Frage, was ein demokratisches System ausmacht, was genau unter »Postdemokratie« zu verstehen ist und durch welche Faktoren Demokratien postdemokratische Züge bekommen, weicht Weißmann aber stark von Crouchs Postdemokratie-Theorie ab. Wie bereits erwähnt, geht Crouch vom Ideal einer sozialdemokratischen, pluralistischen Form der Demokratie aus,

die jedoch durch strukturelle Verflechtungen von ökonomischen und politischen Institutionen und Akteur*innen geschwächt wird. Der politische Einfluss und das Engagement der Zivilbevölkerung mindern sich, wichtige demokratische Institutionen wie das Wahl- und Parteiensystem bleiben aber bestehen, auch demokratische Rechte wie Versammlungs- und Meinungsfreiheit bleiben erhalten.

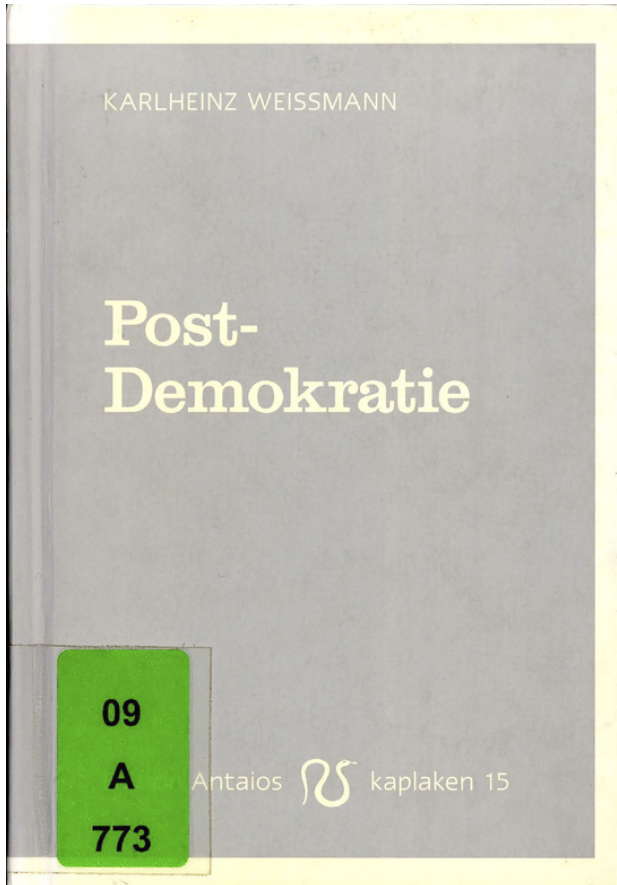


Abb. 4: Postdemokratie von rechts: Karlheinz Weißmann: *Post-Demokratie*, Schnellroda: Antaios (2009), Cover.

Postdemokratie ist im Ansatz von Crouch also kein nach-demokratischer Zustand, sondern die Schwächung eines bestimmten demokratischen Ideals, dass durch Regulation der Wirtschaft, Stärkung des Wohlfahrtsstaates, des Parteiensystems und des zivilen Engagements wieder gestärkt werden kann. Weißmann hingegen spricht von der Postdemokratie als einem »nachdemokratischen Zeitalter«, in dem die »allgemein akzeptierten politischen Grundsätze nicht mehr gelten werden.«⁴⁷ Die Gefahr eines nachdemokratischen Zeitalters sieht Weißmann weniger in strukturellen Faktoren, denn in kulturellen Faktoren begründet. Als »Kernproblem« bezeichnet Weißmann »das Verschwinden des Staates«,⁴⁸ das für Weißmann eng mit einer mangelnden Homogenität des Demos zusammenhängt:

»Aber das Kernproblem ist nicht das Verschwinden der Demokratie, sondern das Verschwinden des Staates, der auch die Voraussetzung der Demokratie bildet. Der Staat erodiert an der Basis durch die Auflösung der tragenden Institutionen und verliert sich nach oben durch die Einfügung in immer andere, immer neue, unkontrollierbare Strukturen, die theoretisch oder praktisch seine Souveränität aufzuheben suchen. Verglichen mit diesem Problem ist die Frage nach der Zukunft der Demokratie sekundär.«⁴⁹

Zwar führt Weißmann an dieser Stelle nicht aus, was seiner Einschätzung nach den Staat an der Basis erodieren lässt, einige Seiten zuvor spricht Weißmann allerdings von einem »Umschichtungsprozess«,⁵⁰ ausgelöst durch Zuwanderung, der die »staatstragende Mittelklasse«⁵¹ der europäischen Nationen schwäche. Für Weißmann setzt ein starker Staat ein ethnisch, religiös und zivil homogenes Staatsvolk voraus, da nur so eine nach Weißmann notwendige »Willensvereinheitlichung«⁵² möglich sei. Obwohl sich Crouch in seinem Buch *Postdemokratie* explizit gegen die Politisierung von Identitäten in einem ethnischen und essentialistischen Sinn ausspricht,⁵³ wird er von Weißmann missverständlich zitiert, der anhand von Crouch versucht, seine eigene Problemdarstellung zu stützen.

Dass Crouch die Überwindung postdemokratischer Strukturen als schwierig einschätzt, deutet Weißmann in ein Argument ethnischer Identität um: »Diesen Zustand [der Postdemokratie, A.M.] zu korrigieren sei [nach Crouch] deshalb so schwierig, weil es unter den Bedingungen der Moderne gar keine »stabilen kollektiven Identitäten« mehr gäbe, die es dem Demos erlaubten, ein politisches Selbstverständnis zu entwickeln und politische Zielsetzungen zu bestimmen.«⁵⁴ Crouch erwähnt die »stabilen kollektiven Identitäten« allerdings nicht im Kontext von ethnischen oder religiösen Identitäten, sondern mit Bezug auf die Politik von Tony Blair und Silvio Berlusconi, die »nicht länger auf stabilen kollektiven Identitäten aufbaut.«⁵⁵ Er meint damit, dass kein Bezug mehr auf »klare klassenspezifische Identitäten«⁵⁶ genommen wird, die seiner Einschätzung nach »in den meisten westeuropäischen Gesellschaften«⁵⁷ lange Zeit wichtige Faktoren für das politische Engagement der Zivilbevölkerung darstellten und durch eine bestimmte Form der Politik und Politisierung an Bedeutung verloren.

Weißmanns Pochen auf eine starke Staatlichkeit mit homogenem Demos ist keine neue Idee, die er im Buch *Post-Demokratie* entwickelt. Die Idee eines starken Staates, der klar zwischen »Freund« und »Feind«, »Wir« und »Nicht-Wir«⁵⁸ unterscheidet, ist an Carl Schmitts Theorie des Politischen orientiert⁵⁹ und wird schon in seinen früheren Büchern heraufbeschworen.⁶⁰ Auch im Band *Leitbegriffe des Staatspolitischen Handbuchs* postuliert Weißmann eine Gefährdung der Souveränität des Staates durch die pluralistische Verfassung, die er als Ursache für die Aushöhlung der »Staatshoheit« durch »einzelne gesellschaftliche Gruppen«⁶¹ darstellt, was wiederum »anarchische Zustände«⁶² befürchten lasse. Weißmann nutzt den Begriff »Postdemokratie« in diesem Sinn, um auf eine von ihm schon lange postulierte Krise des Staates aufmerksam zu machen, die er vor allem an

einer kulturell und ethnisch nicht homogenen Bevölkerung festmacht. Damit entfernt er sich weit von den politikwissenschaftlichen Überlegungen zu einer möglichen strukturellen Krise der Demokratie.

Die diskursive Verschiebung, die Weißmann vornimmt, betrifft einerseits den Begriff ›Postdemokratie‹, der in eine Krise der Staatlichkeit umgedeutet wird. Andererseits betrifft sie auch die Darstellung von Theoretiker*innen und Wissenschaftler*innen. Während Theoretiker*innen des deutschen und italienischen Faschismus eine prominente Rolle in der Erörterung demokratiethoretischer Grundlagen erhalten, wird Crouch als Politikwissenschaftler dargestellt, der die Krisensituation zwar bemerkt, aus »Scheu vor Konsequenzen«⁶³ jedoch nicht die richtigen Schlüsse gezogen und das eigentliche »Kernproblem«⁶⁴ nicht erkannt hätte. Weißmann sucht Anschluss an die politikwissenschaftliche Postdemokratie-Theorie, um auf die Krisenhaftigkeit des Status quo hinzuweisen. Er verknüpft den politikwissenschaftlichen Begriff ›Postdemokratie‹ allerdings mit im neurechten Diskursraum verbreiteten Narrativen. Dazu gehören das Ideal der starken Staatlichkeit und der ethnisch-kulturell homogenen Bevölkerung, aber auch die Idee, etablierte Wissenschaftler*innen seien durch ihre Zugehörigkeit zu einem ›linken‹ Establishment nicht in der Lage, konsequent Schlüsse aus ihren Beobachtungen zu ziehen. Durch diese Verknüpfung neurechter Narrative an einen Begriff, der sowohl in der Politikwissenschaft wie auch in der breiten Öffentlichkeit Aufmerksamkeit erfuhr, gelingt es Weißmann in der Folge, seine metapolitische Strategie umzusetzen und in der politikwissenschaftlichen Debatte als neurechter Theoretiker der Postdemokratie Erwähnung zu finden.

Postdemokratie – eine neurechte Theorie?

Sowohl in der *Jungen Freiheit* wie auch in Weißmanns Buch wird der Begriff ›Postdemokratie‹ als wissenschaftliche, aber in der Politikwissenschaft angeblich falsch gedeutete Krisendiagnose verwendet. Allerdings wird eine solche »falsche« Deutung nicht argumentativ hergeleitet, sondern durch selektives Zitieren und strategisches Ausklammern demokratiethoretischer Grundlagen behauptet.

Umso überraschender ist es, dass Weißmanns Buch *Post-Demokratie* in zwei politikwissenschaftlichen Beiträgen zur Postdemokratie zitiert wird. Beide Male wird Weißmann als rechter Theoretiker der Postdemokratie dargestellt. Obwohl seine Auseinandersetzung mit Phänomenen der Postdemokratie in seinem Buch *Post-Demokratie* inhaltlich weder theoretisch und noch weniger empirisch fundiert ist, scheint Weißmann die Veröffentlichung seines Buches wie auch sein Ruf als »Vordenker der Neuen Rechten«⁶⁵ eine gewisse theoretische Autorität zu verleihen.

Das 2012 in Springers sozialwissenschaftlichem Verlag erschienene Buch *Regieren: Festschrift für Hubert Heinelt* zeigt eine solche wissenschaftliche Autorisierung von Weißmanns Postdemokratie-Buch. Im Beitrag »Regieren

als Schatten der Demokratie?«⁶⁶ von Michael Haus, Professor für Moderne Politische Theorie an der Universität Heidelberg, wird im Rahmen einer Kritik an Crouchs Ansatz auf Weißmanns *Post-Demokratie* Bezug genommen. Dabei kommt Weißmanns Text die Rolle einer anderen »Theorie der Postdemokratie«⁶⁷ zu, die Crouchs These aus guten Gründen für unplausibel halte, jedoch selbst keine »überzeugende historische Beweisführung vorlegen«⁶⁸ könne. Einige Seiten später verweist Michael Haus erneut auf Weißmanns Buch, nun allerdings, um zu belegen, dass »ideengeschichtlich [...] Demokratiefreundlichkeit als *Ausnahme* zu betrachten«⁶⁹ sei. Weißmann dient Haus hier als Beispiel für einen Autor, der in seiner »Auseinandersetzung mit der ›Postdemokratie‹ deutlich [macht], dass die Ideengeschichte ohnehin von *antidemokratischem* Denken bestimmt war.«⁷⁰ Da Weißmanns Gedanken zur notwendigen Homogenität des Demos zwar als »sarrazinesk«⁷¹ beschrieben werden, sein Buch *Post-Demokratie* jedoch in seiner methodischen Vorgehensweise nicht kritisch analysiert wird, entsteht der Eindruck einer spezifisch rechten politikwissenschaftlichen Theorie der Postdemokratie.

Weißmanns *Post-Demokratie* findet ausserdem Erwähnung im 2015 erschienen Buch *Legitimität ohne Legalität? Carl Schmitts Kategorie der Legitimität*, in dem Oliver Eberl und David Salomon auf Weißmanns Buch *Post-Demokratie* Bezug nehmen. Hier wird die Notwendigkeit betont, »linke und rechte Demokratiekritik«⁷² voneinander zu unterscheiden und die zugrundeliegenden Demokratiebegriffe offen zu legen. Als Beispiel, dass der Begriff ›Postdemokratie‹ »auch von rechts verwendet«⁷³ wird, dient Weißmanns Buch *Post-Demokratie*. Die Autoren zeigen in einer kurzen Analyse, welche Konzepte Carl Schmitts von Weißmann übernommen wurden. Dabei wird Weißmann als »randständige publizistische Erscheinung in der bundesdeutschen Debatte«⁷⁴ beschrieben und zugleich darauf hingewiesen, dass »die Wirksamkeit offen autokratischer und dem historischen Faschismus nicht abgeneigter Ideologien in der gegenwärtigen Krisenperiode nicht unterschätzt werden«⁷⁵ sollten.

Trotz dieser wichtigen Einordnung entsteht auch hier der Eindruck einer rechten Theorie, die als Teil des politikwissenschaftlichen Diskurses um Postdemokratie anerkannt wird, obwohl Weißmanns Zitations- und Argumentationsweise – wie bereits erwähnt – keineswegs den üblichen Vorgehensweisen wissenschaftlicher Arbeiten entspricht. So wandert Weißmanns Umdeutung des Begriffes ›Postdemokratie‹, die in vielerlei Hinsicht nicht vereinbar ist mit den prägenden politikwissenschaftlichen Ansätzen der Postdemokratie, aus dem Umfeld der Neuen Rechten zurück in die Politikwissenschaft. Der neurechte Diskurs, der das Konzept der Postdemokratie aufgreift, wird hier selbst als Postdemokratie-Theorie dargestellt, obwohl es sich eher um eine an Carl Schmitt orientierte Staatstheorie handelt, die von neurechten Autoren auf einen politikwissenschaftlichen Krisendiskurs bezogen und damit an eine aktuelle öffentliche Debatte angeschlossen wird.

Zwischen Politikwissenschaft und Öffentlichkeiten

Am Beispiel der Verwendung des Begriffes ›Postdemokratie‹ im Umfeld der Neuen Rechten wird deutlich, wie sehr sich die Deutung eines Konzepts in einem öffentlichen Diskurs vom wissenschaftlich-theoretischen Konzept entfernen kann. Im Umfeld der Neuen Rechten wird zwar von ›Postdemokratie‹ häufig mit Bezug auf das politikwissenschaftliche Konzept gesprochen, allerdings werden dabei die zugrundeliegenden pluralistischen Demokratietheorien ausgeblendet. Stattdessen wird das Bild eines erodierenden Staates und der rechten Retter*innen der Demokratie ins Zentrum gestellt, was beides in Widerspruch zu den politikwissenschaftlichen Theorien der Postdemokratie steht, die durchweg von einer stärkeren gesellschaftlichen Heterogenität wie institutionellen Komplexität ausgehen. Trotzdem gelingt es neurechten Autoren wie Schwarz und Weißmann, durch die publizistische Verwendung des Begriffes ›Postdemokratie‹ einerseits einen Platz im öffentlichen Diskurs für die neurechte Umdeutung zu beanspruchen und damit andererseits auch in der Politikwissenschaft Beachtung zu finden.

Dass sozialwissenschaftliche Begriffe »ausserwissenschaftliche Evidenz« entfalten und zu »gängigen Metaphern«⁷⁶ werden, wie Martin Saar die Wissenspopularisierung des Begriffes ›Postdemokratie‹ beschreibt, scheint kein unidirektionaler Vorgang von der Wissenschaft in die Öffentlichkeit zu sein. Wie dargelegt, beteiligt sich Colin Crouch als öffentlicher Experte selbst aktiv an der Popularisierung seiner Postdemokratie-Theorie, um in der politischen Öffentlichkeit zu intervenieren, weswegen sich der Begriff ›Postdemokratie‹ schon mit Crouchs Buch *Postdemokratie* in nicht klar abgegrenzten Räumen zwischen Wissenschaft und politischer Öffentlichkeit bewegte. So findet die Postdemokratie-Debatte in einem engen Zusammenspiel zwischen Politikwissenschaft und öffentlichem Diskurs statt, wobei ein diffuser Diskursraum entsteht, in dem auch neurechte Positionen Anschluss finden.

Gleichzeitig liegt es hier auch nahe, von mehr als einer Öffentlichkeit im Sinne verschiedener öffentlicher Diskurse oder Diskussionsräume zu sprechen, in denen (politik-)wissenschaftliche Begriffe in einem je eigenen Narrativ eine spezifische Verwendung finden können. So orientiert sich der neurechte Diskurs zur Postdemokratie klar an neurechten Narrativen, wie dem starken Staat, der mit Carl Schmitt an eine »homogene soziale Einheit«⁷⁷ gekoppelt wird, was in einem anderen, beispielsweise sozialdemokratisch geprägten öffentlichen Diskurs, nicht der Fall wäre. Dieser Vorgang kann im Fall der neurechten Umdeutung der Postdemokratie als doppeltes diskursives Spiel beschrieben werden: einerseits wird der Begriff genutzt, um eigene Narrative unter einem neuen, populären Begriff zu verbreiten, andererseits wird damit auch die eigene mediale Infrastruktur für ein breiteres Publikum attraktiv gemacht, was zu einer Erweiterung des Sagbaren nach rechts führt.⁷⁸

Die Analyse der Verwendungsweisen des Begriffs ›Postdemokratie‹ im öffentlichen Diskurs macht deutlich, dass öffentliches Wissen nicht nur durch einen einseitigen Transfer wissenschaftlichen Wissens in die Öffentlichkeit generiert wird, sondern innerhalb verschiedener, sowohl wissenschaftlicher als auch öffentlicher Diskurse entsteht. Am Beispiel des neurechten Diskurses zur Postdemokratie lässt sich beobachten, wie die Bedeutung des Begriffes durch bestehende neurechte Narrative und Netzwerke transformiert und reformuliert wird. Es zeigt sich, wie die Interaktionen mit und Bezüge zur Wissenschaft – je nach Kontext – sehr unterschiedlich ausfallen können. Gerade für ein Verständnis der unterschiedlichen Diskurse um ›Postdemokratie‹ drängt sich die Frage auf, wie verschiedene Diskursräume zu Wissenschaften und zueinander stehen, aber auch, welche Perspektive sie in Bezug auf Konzepte demokratischer Öffentlichkeiten einnehmen. Aus Sicht pluralistischer Demokratien muss nicht jede neue Debatte oder Position eine Erweiterung des gesamten demokratischen öffentlichen Diskursraumes bedeuten. Das gilt vor allem dann, wenn, wie im Fall neurechter Theorien der Postdemokratie, nicht die Erweiterung eines Aushandlungsraumes im Zentrum steht, sondern im Gegenteil ein auf Exklusion ausgerichtetes Streben nach Deutungshoheit.

Anna Morawietz studiert im Master »Geschichte und Philosophie des Wissens« an der ETH Zürich.

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Alina Zienowicz: Plenarsaal des EU-Parlaments in Brüssel (2017), Wikimedia Commons, https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2007_07_16_parlament_europejski_bruksela_26_CROPPED.JPG

Abb. 2: Colin Crouch: *Postdemokratie*, Frankfurt/Main: Suhrkamp (2008), Cover.

Abb. 3: *Junge Freiheit* 44/21, 29. Oktober 2021, Ausschnitte (eigene Fotografie).

Abb. 4: Karlheinz Weißmann: *Post-Demokratie*, Schnellroda: Antaios (2009), Cover.

Literatur

- 1 Frank Drieschener: »Demokratie: Wenn das Volk zweifelt: Glauben Sie noch an die Demokratie? Gespräche mit vier Skeptikern«, in: *Die Zeit*, <https://www.zeit.de/2007/04/Politikverdrossenheit> (18. Januar 2007).
- 2 Colin Crouch: *Post-democracy: Themes for the 21st Century*, Malden, MA: Polity (2004); Colin Crouch: *Postdemocrazia*, Rom: GLF Ed. Laterza (2003).
- 3 Christiane Barnickel: *Postdemokratisierung der Legitimationspolitik: Diskursnetzwerke in bundesdeutschen »Grossen Regierungserklärungen« und Aussprachen 1949–2014*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (2019), S. 2.
- 4 Martin Saar: »Ohnmacht und Unfreiheit: Demokratische Politik nach der Postdemokratie«, in *Kritische Theorie der Politik*, Ulf Bohman, Paul Sörensen (Hg.), Berlin: Suhrkamp (2019), S. 474.
- 5 Ebd., S. 476.
- 6 Colin Crouch: »Wir brauchen Konflikt: Zu viel Ruhe schadet der Demokratie. Eine Warnung«, in: *Die Zeit*, https://www.zeit.de/2007/13/Wir_brauchen_Konflikte (22. März 2007); Moritz Schwarz: »Die Demokratie ist im Verfall«, in: *Junge Freiheit*, <https://jungefreiheit.de/debatte/interview/2009/die-demokratie-ist-im-verfall/> (9. Januar 2009); Colin Crouch: »Der europäische Netzwerkeffekt«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, <https://www.faz.net/suche/?query=Colin+crouch&type=content&ct=article&ct=blog&ct=gallery&ct=video&ct=audio&ct=infografik&ct=storytelling&author=Colin+Crouch&from=&to=> (14. August 2012); Colin Crouch: »Die Superreichen gefährden die Demokratie«, in: *Die Zeit*,

- <https://www.zeit.de/wirtschaft/2019-04/kapitalismus-demokratie-ungleichheit-globalisierung> (5. Juni 2019).
- 7 Dierk Borstel: »Geländegewinn? Bilanz rechtsextremer Erfolge und Misserfolge«, in: Stephan Braun et al. (Hg.): *Strategien der extremen Rechten: Hintergründe-Analysen-Antworten*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (2009), S. 68.
 - 8 Stephan Braun, Alexander Geisler, Martin Gerster, »Die ›Junge Freiheit‹ der ›Neuen Rechten‹«, in: Stephan Braun, Ute Vogt (Hg.): *Die Wochenzeitung ›Junge Freiheit‹: Kritische Analysen zu Programmatik, Inhalten, Autoren und Kunden*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (2007), S. 28.
 - 9 Junge Freiheit (Hg.): »Junge Freiheit hält Auflage«, in: *Junge Freiheit*, <https://jungefreiheit.de/kultur/medien/2019/junge-freiheit-haelt-auflage/> (19. Juli 2019).
 - 10 Christian Fuchs und Paul Middelhoff: *Das Netzwerk der neuen Rechten: wer sie lenkt, wer sie finanziert und wie sie die Gesellschaft verändern*, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt (2019), S. 61.
 - 11 Felix Dirsch: *Authentischer Konservatismus: Studien zu einer klassischen Strömung des politischen Denkens*, Münster: LIT (2012) (=Politikwissenschaft, Band 185), S. 244.
 - 12 Christiane Barnickel: *Postdemokratisierung der Legitimationspolitik: Diskursnetzwerke in bundesdeutschen »Grossen Regierungserklärungen« und Aussprachen 1949–2014*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (2019), S. 2.
 - 13 Dagmar Comtesse und Katrin Meyer: »Plurale Perspektiven auf die Postdemokratie.«, in: *Zeitschrift für politische Theorie* 1 (2011), S. 64.
 - 14 Christiane Barnickel: *Postdemokratisierung der Legitimationspolitik: Diskursnetzwerke in bundesdeutschen »Grossen Regierungserklärungen« und Aussprachen 1949–2014*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (2019), S. 58.
 - 15 Ebd., S. 4.
 - 16 Colin Crouch: *Postdemokratie*, Frankfurt am Main: Suhrkamp (2008), S. 10.
 - 17 Ebd.
 - 18 Ebd., S. 34.
 - 19 Ebd.
 - 20 Colin Crouch: *Postdemokratie*, Frankfurt am Main: Suhrkamp (2008), S. 133.
 - 21 Ebd., S. 34.
 - 22 Christiane Barnickel: *Postdemokratisierung der Legitimationspolitik: Diskursnetzwerke in bundesdeutschen »Grossen Regierungserklärungen« und Aussprachen 1949–2014*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (2019), S. 3.
 - 23 Ebd.
 - 24 Moritz Neuffert, Morten Paul: »Rechte Hefte: Zeitschriften der alten und neuen Rechten nach 1945«, in: *Eurozine*, <https://www.eurozine.com/rechte-hefte/> (7. November 2018).
 - 25 Christian Fuchs, Paul Middelhoff: *Das Netzwerk der neuen Rechten: Wer sie lenkt, wer sie finanziert und wie sie die Gesellschaft verändern*, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt (2019), S. 24f.
 - 26 Moritz Neuffert, Morten Paul: »Rechte Hefte: Zeitschriften der alten und neuen Rechten nach 1945«, in: *Eurozine*, <https://www.eurozine.com/rechte-hefte/> (7. November 2018).
 - 27 Stephan Braun, Alexander Geisler, Martin Gerster: »Die ›Junge Freiheit‹ der ›Neuen Rechten‹«, in: Stephan Braun und Ute Vogt (Hg.): *Die Wochenzeitung ›Junge Freiheit‹: kritische Analysen zu Programmatik, Inhalten, Autoren und Kunden*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (2007), S. 16.
 - 28 Junge Freiheit, »Leitbild der JF«, in: *Junge Freiheit*, <https://jungefreiheit.de/informationen/ueber-den-verlag/> (18. Januar 2020).
 - 29 Stephan Braun, Alexander Geisler, Martin Gerster: »Die ›Junge Freiheit‹ der ›Neuen Rechten‹«, in: Stephan Braun, Ute Vogt (Hg.): *Die Wochenzeitung ›Junge Freiheit‹: kritische Analysen zu Programmatik, Inhalten, Autoren und Kunden*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (2007), S. 32.
 - 30 Christian Fuchs, Paul Middelhoff: *Das Netzwerk der neuen Rechten: Wer sie lenkt, wer sie finanziert und wie sie die Gesellschaft verändern*, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt (2019), S. 99.
 - 31 O.V.: »Neue Rechte: Verfassungsschutz stuft Kubitschek-Intitut als Verdachtsfall ein«, in: *Die Zeit*, <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-04/neue-rechte-goetz-kubitschek-verfassungsschutz-institut-staatspolitik> (24. April 2020); O.A.: »Verfassungsschutz: Institut im Rechtsextremismus-Verdacht«, in: *Süddeutsche Zeitung*, <https://www.sueddeutsche.de/politik/extremismus-albersroda-verfassungsschutz-institut-im-rechtsextremismus-verdacht-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200423-99-810432> (23. April 2020).
 - 32 Helmut Kellershohn: »Das Institut für Staatspolitik und das jungkonservative Hegemonieprojekt«, in: Stephan Braun, Alexander Geisler, Martin Gerster (Hg.): *Strategien der extremen Rechten*, Wiesbaden: Springer Fachmedien (2016), S. 440. Online: <https://doi.org/10.1007/978-3-658-01984-6>.
 - 33 Karlheinz Weißmann, Erik Lehnert (Hg.): *Staatspolitisches Handbuch: Leitbegriffe.*, Bd. 1, Schnellroda: Antaios (2009), S. 101; Christian Fuchs, Paul Middelhoff: *Das Netzwerk der neuen Rechten: Wer sie lenkt, wer sie finanziert und wie sie die Gesellschaft verändern*, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt (2019), S. 23.
 - 34 Helmut Kellershohn: »Das Institut für Staatspolitik und das jungkonservative Hegemonieprojekt«, in: Stephan Braun, Alexander Geisler, Martin Gerster (Hg.): *Strategien der extremen Rechten*, Wiesbaden: Springer Fachmedien (2016), S. 440. Online: <https://doi.org/10.1007/978-3-658-01984-6>.
 - 35 Helmut Kellershohn: »Widerstand und Provokation: Strategische Optionen im Umkreis des ›Instituts für Staatspolitik‹«, in: Stephan Braun, Alexander Geisler, Martin Gerster (Hg.): *Strategien der extremen*

- Rechten: Hintergründe-Analysen-Antworten*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (2009), S. 265.
- 36 Moritz Schwarz: »Die Demokratie ist im Verfall«, in: *Junge Freiheit*, <https://jungefreiheit.de/debatte/interview/2009/die-demokratie-ist-im-verfall/> (9. Januar 2009).
- 37 Klaus Peter Krause: »Nicht die Umwelt ist gefährdet, sondern die Freiheit«, in: *Junge Freiheit*, <https://jungefreiheit.de/archiv/> (20. Mai 2011); Heino Bosselmann: »Willkommen in der Postdemokratie«, in: *Junge Freiheit*, <https://jungefreiheit.de/kolumne/2012/willkommen-in-derpostdemokratie/#comments> (20. September 2012); »Freihandelsabkommen TTIP: Vor der letzten Deregulierung aller Grenzen: Auf dem Weg zur Postdemokratie«, in: *Junge Freiheit*, <https://jungefreiheit.de/archiv/> (19. Juni 2015); Björn Schumacher: »Demokratie im Zeitalter supranationaler Strukturen: Der Souverän ist lästig«, in: *Junge Freiheit*, <https://jungefreiheit.de/archiv/> (3. April 2015); Thorsten Hinz: »Auf dem Weg in die Demokratur: Kosmopolitismus. Unsere politischen Repräsentanten haben den Bezug zum Staatsvolk aufgegeben«, in: *Junge Freiheit*, <https://jungefreiheit.de/archiv/> (29. Juli 2016); Marc Jongen: »Gift für die Gesellschaft: Ideologie in der Wissenschaft. Warum Gender Studies nicht gefördert werden sollten«, in: *Junge Freiheit*, <https://jungefreiheit.de/archiv/> (15. Februar 2019); Thorsten Hinz: »Auf den korrekten Weg führen: Kritik am Rechtspopulismus. Wir sind auf dem Weg in die Pöbelherrschaft«, in: *Junge Freiheit*, <https://jungefreiheit.de/archiv/> (3. April 2020).
- 38 Katja Eddel: *Die Zeitschrift Mut – Ein Demokratisches Meinungsforum? Analyse einer politisch gewandelten Zeitschrift*, Wiesbaden: Springer Fachmedien (2011), S. 491.
- 39 Helmut Kellershohn: »Widerstand und Provokation: Strategische Optionen im Umkreis des ›Instituts für Staatspolitik‹«, in: Stephan Braun, Alexander Geisler, Martin Gerster (Hg.): *Strategien der extremen Rechten: Hintergründe-Analysen-Antworten*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (2009), S. 259; Martin Lichtmesz: »Autorenportrait Karlheinz Weißmann«, in: *Sezession*, <https://sezession.de/50572/autorenportraet-karlheinz-weissmann> (Juni 2015).
- 40 Karlheinz Weißmann: »Vorwort«, in: Karlheinz Weißmann, Erik Lehnert (Hg.): *Staatspolitisches Handbuch: Leitbegriffe*, Bd. 1, Schnellroda: Antaios (2009), S. 9.
- 41 Ebd., S. 7.
- 42 Ebd.
- 43 Moritz Schwarz: »Die Demokratie ist im Verfall«, in: *Junge Freiheit*, <https://jungefreiheit.de/debatte/interview/2009/die-demokratie-ist-im-verfall/> (9. Januar 2009).
- 44 »Reihe kaplaken« (o.V.), <https://antaios.de/gesamtverzeichnis-antaios/reihe-kaplaken/>.
- 45 Karlheinz Weißmann: *Post-Demokratie*, Schnellroda: Antaios (2009).
- 46 Ebd., S. 81.
- 47 Ebd., S. 7.
- 48 Ebd., S. 81.
- 49 Ebd.
- 50 Ebd., S. 70.
- 51 Ebd.
- 52 Ebd., S. 69.
- 53 Colin Crouch: *Postdemokratie*, Frankfurt am Main: Suhrkamp (2008), S. 152ff.
- 54 Karlheinz Weißmann: *Post-Demokratie*, Schnellroda: Antaios (2009), S. 66.
- 55 Colin Crouch, *Postdemokratie*, Frankfurt am Main: Suhrkamp (2008), S. 40.
- 56 Ebd.
- 57 Ebd.
- 58 Helmut Kellershohn: »Widerstand und Provokation: Strategische Optionen im Umkreis des ›Instituts für Staatspolitik‹«, in: Stephan Braun, Alexander Geisler, Martin Gerster (Hg.): *Strategien der extremen Rechten: Hintergründe-Analysen-Antworten*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (2009), S. 274.
- 59 Helmut Kellershohn: »Das Institut für Staatspolitik und das jungkonservative Hegemonieprojekt«, in: Stephan Braun, Alexander Geisler, Martin Gerster (Hg.): *Strategien der extremen Rechten*, Wiesbaden: Springer Fachmedien (2016), S. 447. Online: <https://doi.org/10.1007/978-3-658-01984-6>.
- 60 Karlheinz Weißmann: *Das konservative Minimum*, Schnellroda: Antaios (2007).
- 61 Karlheinz Weißmann, Erik Lehnert (Hg.): *Staatspolitisches Handbuch: Leitbegriffe*, Bd. 1, Schnellroda: Antaios (2009), S. 139.
- 62 Ebd.
- 63 Karlheinz Weißmann: *Post-Demokratie*, Schnellroda: Antaios (2009), S. 67.
- 64 Ebd., S. 81.
- 65 Helmut Kellershohn: »Widerstand und Provokation: Strategische Optionen im Umkreis des ›Instituts für Staatspolitik‹«, in: Stephan Braun, Alexander Geisler, Martin Gerster (Hg.): *Strategien der extremen Rechten: Hintergründe-Analysen-Antworten*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (2009), S. 259; Martin Lichtmesz: »Autorenportrait Karlheinz Weißmann«, in: *Sezession*, <https://sezession.de/50572/autorenportraet-karlheinz-weissmann> (Juni 2015).
- 66 Michael Haus: »Regieren im Schatten der Demokratie? Zum Verhältnis von Postdemokratie- und Governance-Diskurs«, in: Björn Egner, Michael Haus, Georgios Terizakis (Hg.): *Regieren*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (2012), S. 135–56. Online: <https://doi.org/10.1007/978-3-531-19793-7>.
- 67 Ebd., S. 148.
- 68 Ebd.
- 69 Ebd., S. 150.

70 Ebd.

71 Ebd., S. 148.

72 Oliver Eberl und David Salomon, «Legitimitätsverhältnisse in der Postdemokratie. Carl Schmitt und die Postdemokratiedebatte.», in: Rüdiger Voigt (Hg.): *Legalität ohne Legitimität?*, Wiesbaden: Springer Fachmedien (2015), S. 264, <https://doi.org/10.1007/978-3-658-06927-8>.

73 Ebd., S. 263.

74 Ebd., S. 278.

75 Ebd.

76 Martin Saar: »Ohnmacht und Unfreiheit: Demokratische Politik nach der Postdemokratie«, in: Ulf Bohmann, Paul Sörensen (Hg.): *Kritische Theorie der Politik*, Berlin: Suhrkamp (2019), S. 474.

77 Eberl, Salomon: »Legitimitätsverhältnisse in der Postdemokratie«, S. 277.

78 Moritz Neuffert, Morten Paul: »Rechte Hefte: Zeitschriften der alten und neuen Rechten nach 1945«, in: *Eurozine*, <https://www.eurozine.com/rechte-hefte/> (7. November 2018).

About Æther

Æther ist Lehrformat und hybride Publikation zugleich. Die einzelnen Ausgaben entstehen in Projektseminaren, in denen die Studierenden anhand eines konkreten Gegenstandes – eines Ortes, eines Archivs, einer Thematik – gemeinsam an einer Publikation arbeiten. Die Studierenden lernen, sich komplexe gesellschaftliche Sachverhalte im Bereich von Wissenschaft, Technik und Gesellschaft eigenständig zu erschliessen, über diese Sachverhalte kritisch – schreibend – zu reflektieren und sie einer breiteren Öffentlichkeit zu vermitteln. Fünf Ausgaben sind bisher erschienen: Æther 01 (Flughafen Kloten: Anatomie eines komplizierten Ortes); Æther 02 (Archive des Aktivismus: Schweizer Trotzist*innen im Kalten Krieg); Æther 03 (Montan-Welten: Alpengeschichte abseits des Pfades); Æther 04 (Was ist neu an der New Economy? Eine Spurensuche); Æther 05 (Was ist Universität? Zwölf Antworten aus Basel).

Die Reihe Æther wurde 2017/2018 an der Professur für Wissenschaftsforschung der ETH Zürich im Rahmen eines Lehrprojekts entwickelt. Die Umsetzung erfolgte in enger Kooperation mit dem Masterprogramm für »Visuelle Kommunikation« der ZHdK, betreut durch Sarah Owens, Jonas Vögeli und Patrik Ferrarelli. Das Projekt wurde durch Mittel der ETH Zürich grosszügig unterstützt, und zwar durch den Innovedum-Fonds des Rektorats, die Critical-Thinking-Initiative, die Professur für Wissenschaftsforschung und den Lehrbeauftragten des Departments Geistes-, Sozial- und Staatswissenschaften.

Der intercom Verlag wurde 2018 als nicht-gewinnorientierter Verein mit Sitz in Zürich gegründet. Er ist eine Plattform für die Gestaltung, Entwicklung und Umsetzung von neuen, unabhängigen Publikations-, Lehr- und Vermittlungsformaten in den Geistes- und Kulturwissenschaften – mit einem Schwerpunkt auf der Geschichte und Gegenwart von Wissenschaft und Technik.

Dank

Die Herausgeber*innen danken Fabian Grütter und Nils Güttler für die gemeinsame Entwicklung und Durchführung des Seminars »Neue Rechte und Wissenschaft«; den beteiligten Studierenden für ihr Engagement und die Geduld; Zohra Briki für die redaktionelle Unterstützung; Michael Hagner, Professur für Wissenschaftsforschung der ETH Zürich für die finanzielle Unterstützung des Drucks; dem Department Geistes-, Sozial- und Staatswissenschaften der ETH Zürich für die finanzielle Unterstützung der zweimestrigen Lehrveranstaltung.

Impressum

Æther 06

Rechtes Wissen: Konstellationen zwischen Universität und Politik

Herausgeber*innen

Max Stadler, Janosch Steuwer, Monika Wulz

Redaktionelle Betreuung

Zohra Briki

Bildbearbeitung

Chhandak Pradhan

Abbildung Umschlagrückseite

Unbekannt, UNESCO Kurier, Themenheft »Die Rassen und der Rassenhass«
(April 1965), S. 16.

Druck und Bindung

Franz X. Stückle Druck und Verlag e.K., Deutschland

Æther

Konzept, Redaktion

Nils Güttler, Niki Rhyner, Max Stadler

Gestaltung

Loraine Olalia, Reinhard Schmidt, Nadine Wüthrich

Entwicklung

Süpèr (Daniel Stutz)

Æther erscheint bei

intercom Verlag, Kalkbreitestrasse 3, 8003 Zürich

Kontakt

info@intercomverlag.ch

www.intercomverlag.ch

1. Auflage

Printed in Germany

ISBN 978-3-9524954-7-6

© 2021 intercom Verlag



ISBN 978-3-9524954-7-6

aether.ethz.ch

intercomverlag